

Archiv der Gossner Mission
im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin



Signatur

Gossner_G 1_1703

Aktenzeichen

ohne

Titel

Arbeitslosigkeit, ABM usw. - Herausforderungen für die Kirche

Band

Laufzeit

1990 - 1991

Enthält

u. a. Vorschläge zur Ausbildung zum Sozialsekretär durch Evangelische Landeskirchen der früheren DDR, Aufbau von kirchliche Industrie- und Sozialarbeit; Kirche als Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Hilfen für Arbeitslose; Beschluss der Bunde

Digitalisiert/Verfilmt 2009 von Mikro-Univers GmbH

Tagung am 22. Februar 1991 im Tagungshaus der Ev. Industriejugend,
Frankenallee 6, Berlin

ABM in den neuen Ländern - neuer Begriff, neue Inhalte?

Vorbemerkung

Auf Wunsch habe ich meine Ausführungen auf der o.a. Tagung nachstehend kurz skizziert. In Berlin hatte ich meinen Vermerk vom 8.1. weitgehend ausklammert. Zum Teil gibt es dadurch Überschneidungen, die aber m. E. hingenommen werden können.

Ich bitte meine Ausführungen als einen persönlichen Diskussionsbeitrag zu verstehen. Zu Gunsten von Aktualität und Arbeitsökonomie habe ich auf eine stilistische Überarbeitung verzichtet.

1. Allgemeines

Richtig eingesetzt sind ABM in den neuen Ländern ein sehr wirksames Förderungsinstrument. Bisher sind die in ihnen steckenden Möglichkeiten noch bei weitem nicht ausgeschöpft. Dies ist nicht eine vage Überlegung oder theoretische Hoffnung, sondern eine für den Praktiker aus realen Beispielen und Erfahrungen abgeleitete Überzeugung.

Die weitgehende Identität der Förderungsbestimmungen für die alten und die neuen Länder verleitet offenbar dazu, die Erfahrungen aus den alten Ländern weitgehend ungeprüft zu übertragen. Dieses Vorgehen ist falsch. Die Rahmenbedingungen in den neuen Ländern sind völlig anders als in der Alt-Bundesrepublik. Dieser allgemeine Tatbestand wird in seiner vollen Tragweite zwar zunehmend erkannt, muß jedoch noch in konkrete Handlungsstrategien umgesetzt werden. Dem kommt für ABM entgegen, daß einige Förderungsbestimmungen für die neuen Länder günstiger sind. Es sind wenige, aber entscheidende. Dies wird von Ungeübten offenbar schnell übersehen oder in seiner Bedeutung nicht richtig eingeschätzt. Auch fehlen den (für die Verhältnisse der alten Länder entworfenen) Vorschriften einleuchtende, griffige Handlungsanleitungen und -hilfen; es dominieren komplizierte Regelungen zum Ausschluß von Mißbrauch. Dieser Tatbestand wirkt in den neuen Ländern als eine

(psychologisch) Barriere, die überwunden werden muß. Tatsächlich kann die Bedeutung und Wirksamkeit von ABM in den neuen Ländern nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die dramatische Arbeitsmarktsituation dort verlangt ihren offensiven Einsatz.

2. Andere Rahmenbedingungen

Die völlig andere Lebenssituation in Ost und West mag es überflüssig erscheinen lassen, spezielle Abweichungen in den Rahmenbedingungen für ABM anzusprechen. Es geschieht nachstehend nur sehr punktuell und soll die vorstehende These untermauern, daß Erfahrungen aus den alten Ländern, auch solche aus dem Ruhrgebiet, nicht ohne weiteres übertragbar sind. Wenn auch die Probleme im Ruhrgebiet extrem groß waren (und zum Teil noch sind), so war doch das Umfeld ein völlig anderes. Die Infrastruktur war weitgehend intakt, die Verwaltungen funktionstüchtig. Weitere wichtige Aktivposten waren ein - trotz aller Kontroversen - leidlich tragfähiger gesellschaftlicher Konsens und die Beherrschung der Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft. Für jeden erkennbar sind die Verhältnisse in der ehemaligen DDR anders.

Von den speziellen Rahmenbedingungen für ABM sind für den Vergleich Ost-West nur folgende herausgegriffen.

a) Personenkreis

In den alten Ländern kommt für ABM nur ein begrenzter Personenkreis in Betracht. Darüber darf das Spektrum der möglichen Teilnehmer (Akademiker mit arbeitsmarktlich ungünstiger Studienrichtung bis hin zu ungelernten Arbeitnehmern mit gravierenden Vermittlungsproblemen) nicht hinweg täuschen. Förderungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten finden eine Grenze im Arbeitsmarkt sowie bei anderen beruflichen Lösungen und konkurrierenden Hilfsmöglichkeiten. Im Hinblick auf die günstige Arbeitsmarktlage stehen derzeit Maßnahmen für sozial benachteiligte Personen im Vordergrund.

Anders in den neuen Ländern. Hier wartet eine riesige Zahl von Arbeitslosen auf Hilfe. Darunter sehr viele hochmotivierte, vollleistungsfähige, auch jüngere Arbeitnehmer.

b) Keine Konkurrenz zur Wirtschaft

In den alten Ländern befürchtete man in der Vergangenheit die Konkur-

renz von ABM zum Handwerk und die Verlagerung von öffentlichen Aufgaben (insbesondere die der Gemeinden) in die Förderung der Bundesanstalt. Auch in dieser Beziehung liegen die Dinge in den neuen Ländern völlig anders. ABM stellen, richtig praktiziert, keine Konkurrenz dar. Sie sind im Gegenteil die Chance, vorhandene Strukturen, auch die des Handwerks, zu retten und anzupassen und dringend benötigte neue zu schaffen.

c) Andere Ziele

In den alten Ländern haben ABM bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage nur eine subsidiäre, letztlich marginale Funktion. Individuelle soziale und berufliche Interessenlagen stehen im Vordergrund. In den neuen Ländern können dagegen ABM als ein sehr wirksames, globales Förderungsinstrument eingesetzt werden. Es gilt dort, Produktion sowie private und öffentliche Dienstleistungen in Gang zu bringen und Hilfen für die Erhaltung und Anpassung gesellschaftlicher Strukturen zu leisten. Rein konsumtive soziale Leistungen können abgelöst werden durch produktive Arbeit, die der Gesellschaft zugute kommt und auch den einzelnen fördert. Hierdurch kann sich global ein psychologisch und volkswirtschaftlich wirksamer Multiplikatoreffekt ergeben. Es wäre traurig, wenn diese Chance durch Unkenntnis und Befangenheit im Denken verspielt würde.

3. Großzügige Förderungsmöglichkeiten

Für einen Praktiker aus den alten Ländern sind die Förderungsbestimmungen für die neuen Länder in der Anfangsphase extrem großzügig. Wenn das nicht immer sofort erkannt wird, kann dabei die ganz simple Tatsache eine Rolle spielen, daß die Unterschiede Ost-West im Text der Anordnung versteckt und leicht überlesbar sind. Sie sind aber ganz entscheidend. Sie geben dem Förderungsinstrument für die neuen Länder eine andere Qualität, verbunden mit der Chance zu einem großen Förderungsvolumen. Diese Einschätzung schließt nicht aus, daß es weitere Wünsche nach (partiellen) Verbesserungen geben kann. Unabhängig hiervon sollten jedoch die Chancen, die in den großzügigen Regelungen für die Anfangsphase liegen, ausgeschöpft werden. Vereinfacht geht es vor allem um folgende Regelungen:

- 100 %ige Förderung
- keine Mindesdauer der Arbeitslosigkeit für Zuweisung in Maßnahmen

- Förderung auch von Projekten, die zu den Pflichtaufgaben öffentlicher Stellen, insbesondere der Gemeinden, gehören
- extrem günstige Darlehen zur Abdeckung von Sachkosten
- genügend Mittel, dadurch Planungssicherheit.

4. Mögliche Verbesserungen

Wie bei jedem Regelwerk sind Verbesserungen denkbar, auch wünschenswert. Sie betreffen die Übernahme der Sachkosten. Offenbar stößt die Gewährung von Darlehen noch auf administrative Probleme, auch auf Vorbehalte. Auch gibt es begründete Wünsche zur weiteren Abdeckung von sonstigen Kosten. Eine baldige Lösung würde sehr hilfreich sein. Diese Probleme stehen aber dem Anlaufen von ABM auf breiter Basis nicht entgegen.

5. Probleme: Fehlende Träger

Wenn Förderungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten praktisch unbegrenzt sind, drängt sich zwangsläufig die Frage auf, warum nicht schneller mehr geschieht.

Relativierend wird man sagen können, daß - auch nach den Erfahrungen im Westen - die Einrichtung von ABM eine gewisse Zeit erfordert. Vieles kommt offenbar jetzt in Gang, und gute Beispiele können in einem Schneeballeffekt beschleunigend wirken. Auch sind nach meinen dreimonatigen Erfahrungen in Frankfurt/Oder Informationen und Werbung durchaus wirksam. Wichtig ist, möglichst schnell einen breiten Erfahrungsaustausch zu organisieren. Ein gutes Beispiel überzeugt häufig mehr als viele abstrakte Regelungen und Appelle. Es wird darauf ankommen, gesellschaftlich engagierten Persönlichkeiten und Institutionen schlüssig darzulegen, welche Möglichkeiten der Hilfe sie für ihren Verantwortungsbe- reich haben. Aus der Kenntnis dieser Möglichkeiten wird dann persönliche Verantwortung empfunden werden, die sich auch in praktisches Handeln umsetzt.

Vielleicht wird es hier und da notwendig und möglich sein, neue Träger zu installieren. Die erste Frage sollte jedoch dahin gehen, ob nicht vorhandene gesellschaftliche Institutionen die Aufgabe übernehmen können. Dies sollten nach Möglichkeit welche mit einem intakten administrativen Apparat sein. Besondere Hoffungen gelten vor allem den Betrieben (Industrie, Landwirtschaft, Forstwirtschaft usw.). Sie können wesentlich

dazu beitragen, daß ihre Mitarbeiter zunächst nicht arbeitslos werden und ihnen Möglichkeiten der beruflichen Qualifizierung und eines Neuanfanges erschlossen werden. Im übrigen zeigen die Erfahrungen im Ruhrgebiet, welche Hilfsmöglichkeiten in ABM auch lang- und mittelfristig liegen. Der gravierende berufliche und soziale Umbruch im Ruhrgebiet wurde auch durch AB-Maßnahmen erleichtert und gefördert.

Eine wichtige, auch moralisch richtungweisende Institution können die Kirchen sein.

Eine besondere Schwierigkeit liegt bei den finanziellen und administrativen Problemen der Gemeinden. Im Zusammenhang mit ABM erscheint mir kurzfristig eine Kompensation nur dadurch möglich, daß private Firmen (vorübergehend) Vorbereitungs-, Planungs- und Abwicklungsfunktionen übernehmen. Es käme hierdurch die Schaffung der dringend benötigten Infrastruktur in Gang. Der Effekt wäre ein doppelter: Es gäbe sofort Aufträge und Arbeit und die neue Infrastruktur würde die Chance für eine weitere wirtschaftliche Entwicklung geben. Ich möchte dringend dafür eintreten, den Sachverstand und die noch funktionstüchtige Struktur der ehemaligen Baukombinate zu mobilisieren. Im sozialen Bereich sollten sich die künftigen Träger ihre Struktur durch ABM sozusagen selbst schaffen.

6. Fortentwicklung der ABM-Strategie

Für Praktiker ist zu erkennen, daß unter den Bedingungen der neuen Länder ABM-Strategien in einem offenen Prozeß fortentwickelt werden sollten. ABM-Maßnahmen dürfen hier nicht auf die enge Funktion eines arbeitsmarktlichen Reparaturinstrumentes beschränkt bleiben. Sie können ein allgemeines Förderungsinstrument sein, durch das man Produktion, Dienstleistungen und soziale Hilfe in Gang bringen kann. Zentrale Zielrichtung sollte die Schaffung der fehlenden Infrastruktur sein. Es gibt keine Konkurrenz zur Privatwirtschaft. Ihre Interessen müssen mit eingebunden und gefördert werden. Eine Lösung scheint mir in der Kombination von Förderungsprogrammen zu bestehen: Mittel zur Förderung wirtschaftsregionaler Infrastruktur, Gemeinde-Kreditprogramm, Wohnungsmodernisierungsprogramm usw. usw. kombiniert mit ABM. Aus den anderen Förderungsmitteln würden die Sachkosten finanziert, die Personalkosten

zu einem großen Teil über ABM abgerechnet. Die Abwicklung könnte - unter Kontrolle von Gemeinde und Arbeitsamt - zu einem großen Teil bei den privaten Firmen liegen. Die Gewerke würden ausgeschrieben mit der Auflage, in einem (erheblichen) Umfang ABM einzubeziehen. Die Firma würde ihre Kosten (Planung, Personal, Baubetreuung, Abschreibung, Rücklagen, Gewinn) aus Städtebauförderungsmitteln usw. finanzieren, daneben liefere die ABM-Förderung.

7. Fazit

AB-Maßnahmen sind unter den Bedingungen der neuen Länder ein wichtiges Förderungsinstrument, von dem entscheidende wirtschaftliche und soziale Impulse ausgehen können. Die volle Ausschöpfung ihrer Möglichkeiten und ihre konzeptionelle Weiterentwicklung unter Berücksichtigung der Verhältnisse und Interessen der neuen Länder ist dringend zu empfehlen. Ein grundlegender Schnitt wurde bereits mit der Ausweitung des möglichen Schulungsanteils getan (jetzt 20 % der Arbeitszeit).

Bericht über die Expertenrunde am 22. Februar 1991 in Berlin

64 durch das Arbeitsförderungsgesetz als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme geförderte Stellen haben engagierte Vertreter der Ev. Kirche inzwischen in **Fürstwalde** geschaffen. 64 Menschen haben damit Arbeit im Bereich von Bau- und Renovierungsarbeiten und in der Forstwirtschaft. Zusätzlich haben sich die Initiatoren aus Gemeinden und Kirchenkreis eine gemeinsame Abrechnungsstelle geschaffen. Damit wurde dort ein entscheidender Schritt getan, damit aus dem guten Willen eine Struktur wird, die zum Mitmachen einlädt und zum Nachahmen motiviert. Solche Kristallisationspunkte des Engagements sind in den neuen Bundesländern jetzt dringend nötig, denn die Enttäuschung über die Entwicklung der letzten Monate ist massiv.

"Die Menschen empfinden es als moralischen und politischen Skandal, daß die Vereinigung dem Westen zusätzliches Wirtschaftswachstum und dem Osten Arbeitslosigkeit beschert hat", betonte Frau Dr. Ingrid Kurz-Scherf. Unklar aber ist, wie in dieser Mischung aus Empörung und Enttäuschung Menschen Mut und Perspektive für persönliches und gesellschaftliches Engagement finden können. Der Zusammenbruch des DDR-Systems bedeutet ja auch den Zusammenbruch jeder individuellen Lebensplanung, die auf "Dableiben" gesetzt hatte und um der Bewältigung des Alltags willen Kompromisse eingegangen war. So hatten z.B. unter den alten Bedingungen die Betriebe eine ausgebaute soziale Funktion, die nun verlorengegangen ist.

Einige TeilnehmerInnen aus dem Bereich der Kirchengemeinden betonten die Notwendigkeit, diesen tiefen Irritationen der Menschen durch intensivere Begleitung und Beratung zu begegnen. Hierfür fehlen allerdings bisher die geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch Angehörige der alten DDR-Sozialfürsorge sind ohne Qualifizierung und Begleitung den neuen Herausforderungen nicht gewachsen. Ein Schritt in die richtige Richtung ist hier offensichtlich eine Initiative, die aus der Kooperation der Arbeitsverwaltungen Essen und Frankfurt/O. entstanden ist: begleitend zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im sozialen Bereich wird den TeilnehmerInnen eine Qualifizierung angeboten, die es ihnen ermöglichen soll, an der Gesamthochschule Essen die Prüfung als SozialarbeiterIn abzulegen. Westliche Sach- und Methodenkenntnisse werden so mit Erfahrungen und Perspektiven ehemaliger DDR-Bürger verknüpft, daß sie von ihren eigenen Wurzeln her einen Beitrag zur Bewältigung ihrer Situation leisten können.

.....

Die Verbesserung der sozialen Begleitung kann allerdings nur einen sehr begrenzten Beitrag zur Lösung der Probleme leisten. "Grundsätzlich muß den Menschen eine Chance gegeben werden, in der Arbeit eine eigene Identität aufzubauen", betonte E. Wörmann. Bei den Dimensionen des Strukturwandels ist neben gezielter Wirtschafts- und Strkturförderung aber auch eine offensive Arbeitsförderung notwendig, um die schlimmen individuellen, strukturellen und ordnungspolitischen Folgen langandauernder Massenarbeitslosigkeit zu begrenzen. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, im Westen mit der Absicht verknüpft, Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen, bekommen damit in den neuen Bundesländern einen anderen Akzent. Es geht darum, vorhandene Arbeit zu organisieren und Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden.

Damit gelten in den neuen Bundesländern auch andere Förderrichtlinien. Zwar gilt weiterhin der Grundsatz, daß an den geförderten Arbeiten ein öffentliches Interesse bestehen muß und diese Arbeiten zusätzlich zu den öffentlichen Aufgaben hinzukommen müssen, aber: "In der Ex-DDR ist eben viel mehr zusätzlich notwendig!", betonte ein Teilnehmer. Konkret gilt:

- 100 % des Arbeitsentgeltes werden gefördert.
- Bis zu 20 % der Arbeitszeit können zur Qualifizierung genutzt werden. Diese Zeiten können auch in Blöcke zusammengefaßt werden.
- Bei den TeilneherInnen der ABM wird keine Mindestdauer der Arbeitslosigkeit vorausgesetzt. Eine Teilnahme ist sogar möglich, wenn das Beschäftigungsverhältnis nur ruht.
- Sachmitteldarlehn werden gewährt (bis zur doppelten Höhe der Zuschüsse zinsfrei, 27 Jahre Laufzeit, 2 Jahre tilgungsfrei, dann 4 % Tilgung).

Wünschenswert ist, daß diese Regelungen über den 30. Juni hinaus gelten und noch verbessert werden. So wären eine Ausweitung des Arbeitszeitanteils für Qualifizierung denkbar wie auch eine stärkere Beteiligung an den Sachkosten aus Mitteln der Arbeitsförderung. Zu betreiben ist eine Verzahnung mit anderen wirtschaftsfördernden Programmen, eine Vereinfachung der Abwicklung der Sachmittelfinanzierung, sowie die Finanzierung der Planungskosten einer Maßnahme.

Durch ein "Sofortprogramm Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg" will die Landesregierung die Wirksamkeit und Zielgenauigkeit des vorhandenen Förderinstrumentariums verbessern. Darin geht es um

- Aufbau und Finanzierung von Arbeitsförderungsgesellschaften,
- Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik,
- Kombination von Arbeit und Qualifikation,
- Frauenförderung am Arbeitsmarkt und im Betrieb,
- Umlenkung der Mittel zur Alimentierung von Arbeitslosigkeit in die Finanzierung von Arbeit und beruflicher Bildung,
- Sicherung von Ausbildung und Berufsperspektive Jugendlicher.

Neben der Förderung auch von betrieblichen Trägern von Beschäftigungs- und beruflichen Bildungsmaßnahmen enthält dieses Programm auch Unterstützungsleistungen für TeilnehmerInnen an solchen Maßnahmen. Liegt zum Beispiel der Anspruch auf Unterhaltsgeld nach AFG bei Teilnahme an einer Maßnahme der beruflichen Bildung unter 800,-- DM, so wird dieser um die Differenz aus Mitteln des Landes aufgestockt. Damit soll erreicht werden, daß Qualifizierung auch für Menschen, die aktuell darauf bedacht sein müssen, ihren Lebensunterhalt zu sichern, attraktiver bleibt als Arbeitslosigkeit.

Aber immer noch fehlt es an einzelnen oder Gruppen, die die Initiative ergreifen und die vorhandenen Förderungsmöglichkeiten ausschöpfen. Auch der Hinweis, nicht mit "Minimaßnahmen" die begrenzte Verwaltungskapazität von Arbeitsämtern, Kommunalverwaltungen und Landesbehörden zu blockieren, wirkte nur wenig aufmunternd. Deutlich war der Appell aus der Landesregierung in Richtung Kirche zu hören: "Uns fehlt es an geeigneten Trägern!" Aber auch wenn die Rahmenbedingungen weiter optimiert werden: den nächsten Schritt von der Kritik maroder menschenverachtender Zustände und deren Bekämpfung nun weiter zur aktiven sozial-verantwortlichen Mitgestaltung der Gesellschaft können die Menschen in den neuen Bundesländern nur selbst gehen. Auch für die Verantwortlichen der Ev. Kirche handelt es sich hier weitgehend um Neuland. Und so wurde von den kirchlichen Gesprächsteilnehmern aus den neuen Bundesländern die Frage nach der eigenen kirchlichen Identität immer wieder gestellt. Sicher ist hier auch eine theologische Verständigung nötig, aber es ist zu hoffen, daß eine solche Debatte das gesellschaftsdiakonische Engagement nicht blockiert. Vielmehr ist darauf zu achten, daß die in solchem Engagement gemachten Erfahrungen nicht verloren gehen, sondern genutzt werden, um im sozialen Engagement ein eigenes kirchliches Profil zu entwickeln. Zur Zeit bieten Arbeitsförderungsgesetz und Landesgesetze (zumindest in Brandenburg) Hilfestellungen zum Aufbau einer kirchlichen Trägerstruktur mit eigenem Profil in einer umfassenden Trägerstruktur im Land Brandenburg.

.....

Als mögliche Elemente einer solchen umfassenden Trägerstruktur in Brandenburg werden genannt:

- Eine Programmzentrale, die einzelne Träger und Initiativen bei der Konzeption und Antragstellung berät und begleitet.
- Intensive Begleitung und Unterstützung von Projekten mit Modellcharakter mit dem Ziel, "kopierfähige" Modelle zu erhalten.
- Trägerübergreifende Beratungsgesellschaft für Projektentwicklung, die auch "Projektentwickler" qualifiziert.
- Kirche als Anstellungsträger von "Projektentwicklern", die auf die eigenen Strukturen und Möglichkeiten zugeschnittene Maßnahmen entwickeln (ABM für ABM, Regiestellen).
- Aufbau eines Trägerverbundes (z.B. Neue Arbeit Saar).
- Mitträgerschaft bei sozialen Einrichtungen, um deren Erhalt zu sichern (z.B. Tageseinrichtungen für Kinder).

Von den Vertretern der Kirchengemeinden zeigte sich gerade am letzten Punkt besondere Reserviertheit. Zum einen wurden nicht abschätzbare Folgekosten im Bau- und Personalbereich befürchtet, zum anderen äußerten sie sich skeptisch, in einem Bereich tätig zu werden, in dem die staatliche Ideologie nachdrücklich galt - aus staatlichen oder betrieblichen Kindergärten nun kirchliche zu machen. Hier zeigte sich exemplarisch eine Diskussionslage, in der die Sorge um die Wahrung kirchlicher Identität und die Angst vor der Verkirchlichung der Gesellschaft den Zielen einer verantwortlichen Sozialpolitik und den Interessen der Betroffenen gegenüberstehen. "Kirche muß nicht alles machen!", wurde dieses Werben um Initiative in diesem Bereich abgewehrt.- Allerdings muß Kirche, wo sie sich beteiligt, auch nicht alles alleine machen. Mit dieser Expertenrunde wurden Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, die auf die gesellschaftspolitische Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft der evangelischen Kirchen in den neuen Bundesländern setzen. Es geht darum, eine drohende soziale Katastrophe zu verhindern und sich an einem Prozeß zu beteiligen, in dem Orientierungsfähigkeit, Selbständigkeit und Mitbestimmungsfähigkeit wachsen können.

Konzertierte Aktionen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern Kirche muß sich beteiligen

Auf einer Expertenrunde im Haus der Evangelischen Industriejugend (Berlin-West) sprachen sich Verantwortliche aus zuständigen Bundes- und Länderministerien, aus Arbeitsverwaltung und kirchlichen Einrichtungen für die Förderung von Projekten über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in der ehemaligen DDR aus. Vordringend müsse verhindert werden, daß Menschen bei drohender Langzeitarbeitslosigkeit ihrer Zukunft hoffnungslos gegenüberstehen. Den Tagungsteilnehmern war klar, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht den Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit garantieren. Dazu sollten neben den sofort erforderlichen Hilfen für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit Bedrohter wirtschaftspolitische und strukturelle Maßnahmen ergriffen werden.

Eingeladen hatten zu der Tagung am Freitag, den 22.2.1991, sowohl Pastor Eduard Wörmann, Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Fragen der Arbeitslosigkeit und die Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in Brandenburg, Dr. Ingrid Kurz-Scherf. Die Expertenrunde tagte unter dem Titel: "Kirchliche Impulse - Beiträge - Beteiligungen bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern". Das Gespräch wird später fortgesetzt.

"Die wollen uns nicht hochkommen lassen. Da war es früher ja besser": Diesen Satz bekommen Gemeindepfarrer aus Brandenburg inzwischen öfter zu hören. Mit ihm verbunden seien ernstzunehmende Zeichen von tiefer Resignation, von Zweifeln daran, ob es überhaupt lohne, sich für die neue Gesellschaft zu engagieren. Viele der von Arbeitslosigkeit Bedrohten würden den Sinn von Qualifizierungsmaßnahmen nicht erkennen, wenn danach ja doch nur Langzeitarbeitslosigkeit zu erwarten sei. So beschrieben Pfarrer aus Brandenburg am Freitag, den 22. Februar 1991 im Haus der Evangelischen Industriejugend die Stimmung in ihren Gemeinden.

Pastor Eduard Wörmann, Beauftragter des Rates der EKD für Fragen der Arbeitslosigkeit, betonte in seinem Eingangsreferat zur Veranstaltung noch einmal die Mitverantwortung der Unternehmen zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit, indem er aus der Kundgebung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vom 9. November 1990 zitierte: "Die Unternehmen müssen in dieser Lage bereit sein, größere Risiken als gemeinhin üblich zu übernehmen und gegebenenfalls einen Solidarbeitrag zu entrichten. Gewinnerzielung und soziale Verpflichtung sind Grundlagen für unternehmerische Tätigkeit in der sozialen Marktwirtschaft. Die ökologische Verantwortung tritt hinzu. Diese Ziele dürfen nicht aus dem Gleichgewicht geraten oder vorrangig kurzfristigem Gewinnstreben nachgeordnet werden."

Im Januar '91 wurden in den neuen Bundesländern registriert: 752.000 Arbeitslose, 1.855.000 Kurzarbeiter, zuzüglich derjenigen, die in Warteschleifen hängen, wurde eine Zahl von 3 Millionen Menschen genannt, die unmittelbar von Erwerbslosigkeit bedroht oder bereits arbeitslos sind. Alle 14 Tage werden zur Zeit 60 Betriebe geschlossen - nach aktueller Sprachregelung - abgewickelt, mit Ballungen von Entlassungen. Dagegen wurden erst 34.000 Menschen in AB-Maßnahmen vermittelt.

Nach Erfahrungen kirchlicher Mitarbeitern und Arbeitsamtsleitern aus Brandenburg gelten bei vielen Arbeitslosen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als sozialer Abstieg. Von nur wenigen wird die Chance einer Qualifizierung gesehen, da unklar bliebe, wohin sich die Wirtschaft entwickeln werde.

Staatssekretärin Dr. Ingrid Kurz-Scherf stellte ihr "arbeitsmarktpolitisches Sofortprogramm" vor, das in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden soll. Im Kern sprach sie sich für eine Arbeitsförderung im Betrieb aus, also bevor jemand arbeitslos wird und Veränderungen der Persönlichkeitstruktur befürchten muß. Gleichzeitig werde dadurch der Massenansturm auf die Arbeitsämter verhindert. Besondere Förderprogramme für Frauen und Jugendliche nehmen in ihrem "Sofortprogramm" großen Raum ein.

Eine Chance sah Staatssekretärin Kurz-Scherf in den im Aufbau befindlichen Ministerien der neuen Bundesländer. Noch könnten sie miteinander vernetzt werden, um eine koordinierende Politik und eine Verzahnung von Finanzierungsfonds möglich zu machen.

An der Bewältigung der anhaltenden und zunehmenden Arbeitslosigkeit in den alten und neuen Bundesländern will sich auch die Kirche beteiligen. Nur müsse sie die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit genau kennen, warnte Superintendent Kuhn aus Fürstenwalde. Kirche dürfe nicht zu einem "Reparaturbetrieb Arbeitsplatz" werden. Wenn Kirchengemeinden bereit sind, Träger für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu sein, dann sollten sie darauf achten, so Kuhn, daß a) ABM den Menschen persönlich helfen müssen; b) ABM so eingesetzt werden, daß auch für die Kirchen etwas dabei herauskommt denn dadurch c) können AB-Maßnahmen Impulse für die Gesellschaft setzen.

In Fürstenwalde leistete die Kirche bereits vorbildliches. Inzwischen konnten 64 ABM-Stellen geschaffen und, auf ABM-Basis, eine Regiestelle eingerichtet werden.

Sprach Superintendent Kuhn von überwiegend guten Erfahrungen mit dem zuständigen Arbeitsamt, so gewann Superintendent Hallmann aus Cottbus eher den Eindruck, das für ihn zuständige Arbeitsamt wolle Projekte für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in jedem Fall verhindern.

Um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in großem Stil umsetzen zu können, forderten die Fachleute in der Expertenrunde miteinander vernetzte Regiestellen und Träger. Allerdings wurde ein großer Mangel an geeigneten Mitarbeitern für Beratungstätigkeiten im Bereich Arbeitslosigkeit festgestellt. Schließlich gehe es nicht darum, jemanden nur beim Ausfüllen eines Formulars zu helfen; Wer hilft, wenn sich jemand das Leben nehmen will, fragten besorgt die Pfarrer. Selbst Personen, die in sozialen Einrichtungen tätig waren, wie zum Beispiel in einem Kindergarten, seien deshalb nicht automatisch qualifizierte Arbeitslosen-Berater. Das Brandenburger Arbeitslosenzentrum mußte bereits bis auf weiteres die Beratung für arbeitslose Jugendliche einstellen.

Zum weiteren Aufbau von Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen, zur Einrichtung von Projektträgern und AB-Maßnahmen forderte die Expertenrunde, daß die Bundesanstalt für Arbeit weiterhin 100 Prozent der Personalkosten übernimmt. Das Ende der 100%-igen Förderung ist für Juni '91 vorgesehen. Dann soll altes Bundesrecht auch in der ehemaligen DDR gelten. Tatsache ist aber, daß nur mit einer Verlängerung dieser Frist bereits angeschobene ABM-Projekte überhaupt noch eine Chance zur Realisierung haben. Auf der Expertentagung hielten Fachleute aus den Ministerien eine Verlängerung dieser Frist für denkbar.

Noch eine besondere Regelung gilt für die ehemalige DDR: Träger von AB-Maßnahmen müssen per Gesetz die Sachkosten, die mit einer ABM-Stelle verbunden sind, selber tragen. Hierzu kann ein überaus günstiges Sachkosten-Darlehen beansprucht werden: Ein zinsloser Kredit bis zur doppelten Höhe des Personalzuschusses wird für die Dauer von 27 Jahren gewährt. Nach den ersten 2 tilgungsfreien Jahren muß die Rückzahlung mit jährlich 4% des Darlehens erfolgen.

Wolfgang Rojek
25-02-91

LAND BRANDENBURG

Ministerium für Arbeit,
Soziales, Gesundheit und Frauen

S o f o r t p r o g r a m m

"Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg"

vom 26. Februar 1991

I. Arbeit und Qualifizierung für Brandenburg	1
1. Die brandenburgische Arbeitsmarktpolitik: integrativ, präventiv und innovativ	1
1.1. Integrierte Arbeitsmarktpolitik	1
1.2. Präventive Arbeitsmarktpolitik	3
1.3. Arbeitsförderungsgesellschaften und andere Ansätze innovativer Arbeitsmarktpolitik	3
2. Förderung und soziale Kontrolle des Strukturwandels - Infrastrukturpolitik durch Arbeitsmarktförderung	5
II. Allgemeine Bestimmungen	6
1. Zuwendungsempfänger	6
2. Haushaltsrechtliche Bestimmungen	6
3. Prüfung der Anträge	6
4. Förderansprüche	6
III. Hauptkriterien zur Förderung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen aus Landesmitteln	6
IV. Darstellung der Förderinstrumente	9
1. Förderung für Träger von Beschäftigungs- und beruflichen Bildungsmaßnahmen	9
1.1. Förderung von Arbeitsförderungsgesellschaften (Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften)	9
1.2. Förderung von Einrichtungen der beruflichen Bildung	10
1.3. Vorfinanzierung und Bürgschaften für die Beschaffung von Sach- und Investitionsmitteln	10
2. Förderung der betrieblichen Aus- und Fortbildung	11
2.1. Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze	11
2.2. Öffnung betrieblicher Fortbildungsmaßnahmen für Externe	12
3. Hilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Bildung	12
3.1. Sicherung des Lebensunterhaltes	12
3.2. Arbeit und Bildung (Berufsbildungsvergütung)	13
3.3. Lehrgangskosten	14
4. Förderung von Existenzgründerinnen/-gründern	14
5. Frauen im Betrieb	15

Inhalt	II	Seite
6. Lohnkostenzuschüsse		16
6.1. Einarbeitung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen		16
6.2. Berufliche Eingliederung von Personen mit geringen Vermittlungschancen		16
6.3. Arbeitsbeschaffung für ältere ArbeitnehmerInnen		17
7. Förderung der Betreuung aufsichtsbedürftiger Kinder und pflegebedürftiger Familienangehöriger		18
V. Umsetzung des Programms		18
1. Aktivitäten des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen (MASGF)		18
2. Programmzentrale		19
3. Programmbeirat		19
VI. Inkrafttreten des Programms		19

I. Arbeit und Qualifikation für Brandenburg

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen (MASGF) in Brandenburg legt hiermit ein arbeitsmarktpolitisches Sofortprogramm vor, durch das u.a. die Wirksamkeit und Zielgenauigkeit des vorhandenen Förderinstrumentariums der Bundesanstalt für Arbeit und der Europäischen Gemeinschaft unter den besonderen Bedingungen Brandenburgs erhöht werden soll. Dazu gehört der Aufbau einer arbeitsmarktpolitischen Infrastruktur, d.h. unter anderem der Aufbau, die Unterstützung und Vernetzung von Trägern arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen sowie die Bereitstellung eines ausreichenden Beratungsangebotes für die Durchführung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. In enger Kooperation mit der Arbeitsverwaltung, den Kommunen, den Arbeitgebern, den Gewerkschaften und den anderen Ministerien der Landesregierung sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Strukturbruch nicht verhindern, sondern vielmehr beschleunigen und in sozialverträgliche und perspektivisch sinnvolle Bahnen lenken.

1. Die brandenburgische Arbeitsmarktpolitik: integrativ, präventiv und innovativ

1.1. Integrierte Arbeitsmarktpolitik

So besorgniserregend und teilweise bedrückend die Situation und die Aussichten am Brandenburgischen Arbeitsmarkt sind, so unüberwindlich die Diskrepanz zwischen dem Handlungsbedarf und den Handlungsmöglichkeiten zu sein scheint, so liegen dennoch in der aktuellen Situation auch Chancen, die es offensiv zu nutzen gilt. Eine Chance liegt in der Integration üblicherweise kaum aufeinander abgestimmter Vorhaben und Maßnahmen auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Landespolitik im Hinblick auf einen möglichst hohen arbeitsmarktpolitischen Wirkungsgrad. In Brandenburg besteht die Chance, das Prinzip der Integration und Kooperation von vornherein als Strukturprinzip der Arbeitsmarktpolitik zu verankern. Arbeitsmarktpolitik kann in Brandenburg nicht als die Angelegenheit nur eines Ministeriums verfolgt werden, sondern jedes Ressort steht in der Verantwortung für die Auswirkungen seiner spezifischen Maßnahmen auf die Situation am Arbeitsmarkt.

In allen Politikfeldern stellt sich die Frage der Auswirkungen von einzelnen Maßnahmen und längerfristigen Planungen auf die Anzahl und die Qualität von

Arbeitsplätzen in den jeweiligen Bereichen. Andererseits ist fast überall zu prüfen, welchen Beitrag arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verwirklichung der politischen Ziele in den einzelnen Bereichen der Landespolitik leisten können.

Gerade weil die Landesregierung noch im Aufbau begriffen ist, sich noch keine "Erbhöfe" und Abschottungen der einzelnen Ressorts gegeneinander entwickelt haben, besteht die Chance einer alle Ressorts umfassenden integrierten Arbeitsmarktpolitik. Dies gilt auch für die sonstigen Träger der Arbeitsmarktpolitik, seien es die Arbeitsämter, die Kommunen, die Verbände, oder die Bildungsträger. Noch haben sich die üblichen Verkrustungen der arbeitsmarktpolitischen Landschaft nicht herausbilden können, noch sind alle aufeinander angewiesen. Um so größer ist die Chance der Abstimmung und Integration aller Anstrengungen im Hinblick auf eine möglichst schnelle Besserung der Situation am Arbeitsmarkt.

Die Notwendigkeit und Möglichkeit einer integrierten Arbeitsmarktpolitik besteht in Brandenburg auch in bezug auf verschiedene Instrumente und Finanzierungsquellen der Arbeitsmarktförderung. Die Förderinstrumente und -mittel der Bundesanstalt für Arbeit und der Europäischen Gemeinschaft können und müssen miteinander verzahnt werden, kommunale und Landesprogramme können aufeinander aufbauen, sich gegenseitig ergänzen. Die Wirtschafts- und Strukturförderung und die Förderprogramme in anderen Politikbereichen können mit der Arbeitsmarktförderung abgestimmt werden und umgekehrt.

Integrierte Arbeitsmarktpolitik erfordert das ständige und enge Zusammenwirken aller Akteure am Arbeitsmarkt und vor allem auch die Beteiligung der Betroffenen an der Umsetzung und Weiterentwicklung von Arbeitsmarktprogrammen. Die brandenburgische Landesregierung ruft deshalb gemeinsam mit dem Arbeitslosenverband Brandenburg e.V. zu einer Aktion Arbeit für Brandenburg (AAB) auf. Die AAB soll auf Landesebene ein Forum der gegenseitigen Information und Abstimmung, der Diskussion und Vorbereitung gemeinsamer Initiativen zur Überwindung der Krise am Arbeitsmarkt sein.

Daneben unterstützt die Landesregierung arbeitsmarktpolitische Runde Tische und Arbeitsmarktgespräche auf kommunaler und regionaler Ebene. Schließlich wird ein "Programmbeirat" berufen, der als Expertengremium die Umsetzung, Steuerung und Weiterentwicklung des vorliegenden arbeitsmarktpolitischen Sofortprogramms begleitet.

1.2. Präventive Arbeitsmarktpolitik

Neben der Integration ist die Prävention die zweite große Chance der Arbeitsmarktpolitik in Brandenburg. Die Möglichkeit und Notwendigkeit **präventiver Arbeitsmarktpolitik** ist in den westlichen Bundesländern erst ins aktive Bewußtsein der Arbeitsmarktpolitik gerückt, nachdem sich bereits ein fester Sockel von Langzeitarbeitslosigkeit etabliert hatte, an dem auch die aktuelle Hochkonjunktur und der Facharbeitermangel im Westen nahezu spurlos vorübergehen. Demgegenüber hat sich in Brandenburg Langzeitarbeitslosigkeit noch nicht im großen Maßstab etabliert. Noch besteht die Chance, alle Kräfte darauf zu konzentrieren, daß eine dauerhafte Ausgrenzung eines Teils der Bevölkerung aus den Betrieben und damit aus der Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen nicht stattfindet.

Der präventive Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit hat für die Brandenburgische Landesregierung absolute Priorität!

Präventive Arbeitsmarktpolitik bedeutet aber auch besondere Anstrengungen der Zukunftsvorsorge, indem gerade jungen Menschen attraktive Berufs- und Lebensperspektiven eröffnet werden. Die Landesregierung hat durch die Regierungserklärung ihres Ministerpräsidenten, Dr. Manfred Stolpe, die Verpflichtung übernommen, alles zu unternehmen, daß alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren eine solide Ausbildung erwerben und eine zukunftsichere Berufsperspektive entwickeln können. Diesen Anspruch wird die Landesregierung mit ihren begrenzten Mitteln und Möglichkeiten alleine nicht verwirklichen können; sondern dazu bedarf es einer konzentrierten Aktion auf allen Ebenen, zu der auch die Bundesregierung und die Europäische Gemeinschaft ihren Beitrag leisten müssen. Der besonderen Verantwortung der Landesregierung in diesem Bereich trägt das vorliegende Sofortprogramm dadurch Rechnung, daß es einen Schwerpunkt auf die Förderung der betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildung legt und im übrigen diejenigen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen im Vorrang fördert, die Jugendliche und junge Erwachsene besonders ansprechen und berücksichtigen.

1.3. Arbeitsförderungsgesellschaften und andere Ansätze innovativer Arbeitsmarktpolitik

Die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit in den westlichen Bundesländern bei gleichzeitiger Hochkonjunktur und Facharbeitermangel zeigen, daß das in den

60er Jahren entwickelte und seitdem nur in Details modifizierte Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik den inzwischen grundlegend veränderten Bedingungen eines erheblich beschleunigten Strukturwandels bei gedrosselten Wachstumsraten der Wirtschaft längst nicht mehr gerecht wird. Der Strukturbruch in den östlichen Bundesländern lenkt wie durch ein Brennglas die Aufmerksamkeit auf strukturelle Mängel und Defizite der traditionellen Methoden und Instrumente der Arbeitsförderung. Durch die Sonderkonditionen des Arbeitsförderungsgesetzes für das Gebiet der ehemaligen DDR hat die Bundesanstalt für Arbeit diesem Tatbestand bereits Rechnung getragen. Darüber hinaus aber müssen in der Arbeitsmarktpolitik neue Konzepte entwickelt und neue Wege gegangen werden, um der dramatischen Situation in den östlichen Bundesländern gerecht zu werden.

Innovative Ansätze der Arbeitsmarktpolitik enthält das vorliegende Sofortprogramm für Brandenburg neben den bereits beschriebenen Elementen der Integration und Prävention insbesondere

- im Konzept der Arbeitsförderungsgesellschaften
- in der Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik
- in der Kombination von Arbeit und Qualifikation
- im Moment der besonderen Förderung von Frauen am Arbeitsmarkt und im Betrieb
- in der Umlenkung der Mittel zur Alimentierung von Arbeitslosigkeit in die Finanzierung von Arbeit und beruflicher Bildung.

Vor allem von dem Konzept der Arbeitsförderungsgesellschaften ist eine bedeutende Bereicherung der arbeitsmarktpolitischen Infrastruktur zu erwarten. Sie sollen als betriebliche Einrichtungen "freigesetzte" Arbeitskräfte vor der Individualisierten Arbeitslosigkeit bewahren und als kommunale Einrichtungen Arbeitslosen sinnvolle Arbeit und neue Berufsperspektiven bieten. Das Leistungsangebot und die Organisation der Arbeitsförderungsgesellschaften muß den spezifischen Bedingungen in den Betrieben bzw. in den Regionen angepaßt werden. Arbeitsförderungsgesellschaften sind in der Regel selbst Träger von Beschäftigungs- und/oder Qualifizierungsmaßnahmen. Sie können aktive Hilfe zur Berufsorientierung leisten, die Arbeitsämter bei der Vermittlung von Arbeitskräften auf andere Arbeitsplätze oder in Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen bei anderen Trägern unterstützen, Hilfestellung für Existenzgründungen geben oder auch psycho-soziale Beratung und Betreuung in besonderen Problemfällen und Situationen anbieten.

Die Arbeitsförderungsgesellschaften wirken als Scharnier im aktiven Strukturwandel, entlasten den Arbeitsmarkt und die Arbeitsämter und leisten gleichzeitig einen Beitrag zur Modernisierung der industriellen und regionalen Infrastruktur. Ihr Erfolg setzt immer die Beteiligung und Kooperation mit der Arbeitsverwaltung, den Tarifvertragsparteien und anderen gesellschaftlichen Gruppen sowie die aktive Mitwirkung aller Beteiligten voraus.

2. Förderung und soziale Kontrolle des Strukturwandels - Infrastruktur durch Arbeitsmarktförderung

Gerade vor dem Hintergrund der enormen Anstrengungen, die erforderlich sind, um die Fehlentwicklung der Vergangenheit zu korrigieren und die Voraussetzungen für eine bessere Zukunft zu schaffen, ist die bloße Finanzierung von Arbeitslosigkeit in den östlichen Bundesländern unsinnig und inakzeptabel. Die vorhandenen Mittel müssen verstärkt umgelenkt werden in Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, die einen aktiven Beitrag zur Umstrukturierung und Modernisierung sowohl der Wirtschaft wie auch des Arbeitskräftepotentials leisten.

Das Ziel der Arbeitsmarktpolitik in Brandenburg ist nicht die Verhinderung oder das Abbremsen des Strukturwandels, sondern im Gegenteil dessen Beschleunigung und Regulierung nach sozialen und humanen Kriterien. Das bedeutet, die Arbeitsmarktpolitik muß selbst einen Beitrag dazu leisten, daß neue Arbeitsplätze entstehen und daß die Arbeitskräfte die dazu erforderlichen Qualifikationen erwerben. Gerade unter den gegebenen Bedingungen Brandenburgs ist die bloße Stellegung von Unternehmen und Einrichtungen und die einfache "Freisetzung" von Arbeitskräften kein geeigneter Beitrag zum Strukturwandel. Vielmehr sollten unmittelbar Maßnahmen zum Neuaufbau von Unternehmen und Einrichtungen ergriffen werden. Die dazu erforderlichen Arbeiten müssen geleistet werden und die dazu erforderlichen Qualifikationen erworben werden. Für ein Konzept der aktiven Sanierung der Brandenburgischen Wirtschaft ist der Beitrag aller Beteiligten erforderlich; insbesondere die Treuhand ist deshalb aufgerufen, sich an der Verwirklichung der Ziele dieses arbeitsmarktpolitischen Sofortprogramms aktiv zu beteiligen.

II. Allgemeine Bestimmungen

1. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger können sein

- juristische Personen des öffentlichen Rechts,
- Unternehmen oder Einrichtungen des privaten Rechts, Betriebe oder Einzelpersonen,

wenn zu erwarten ist, daß die Förderung positive Auswirkungen auf die Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und/oder sozialpolitische Situation haben wird.

2. Haushaltsrechtliche Bestimmungen

Für die Bewirtschaftung der Fördermittel gelten das Haushaltsgrundsätzegesetz des Landes Brandenburg (HGrG-land) - wie im HGrG-Land vorgesehen - sowie die VV bzw. VVG zu § 44 LHO NRW, die diesem Programm als Anlage 3 beigelegt sind.

3. Prüfung der Anträge

Bestehen Zweifel z.B. an der arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeit oder wirtschaftlichen Tragfähigkeit eines Projektes, werden das MASGF oder die Programmzentrale Stellungnahmen von kompetenten Einrichtungen (Arbeitsämter, Kammern o.ä.) einholen.

4. Förderansprüche

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nach diesem Programm besteht nicht; vielmehr entscheidet die bewilligende Stelle aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

III. Hauptkriterien zur Förderung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen aus Landesmitteln

Die allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem AFG sowie sozialversicherungsrechtlich abgesicherten Beschäftigungsmaßnahmen nach dem § 19 BSHG erfüllen eine wichtige Funktion zur beruflichen (Wieder-)Eingliederung von Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt in Brandenburg.

Leistungen nach diesem Programm zielen darauf ab, die Bemühungen der Arbeitsverwaltung um eine zusätzliche Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und die der Kommunen um eine Förderung sozialversicherungsrechtlich abgesicherter Beschäftigungsmaßnahmen nach dem § 19 BSHG zu unterstützen. Sie haben die Funktion einer Anschub-, Lücken- oder Restförderung.

Vorrangig gefördert werden Maßnahmen bzw. Einrichtungen, die

- eine dauerhafte Verbesserung der Arbeits- und Lebensperspektiven der Teilnehmerinnen und Teilnehmer schaffen; besondere Bedeutung hat die Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit;
- zur Verbesserung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklungsperspektiven Brandenburgs beitragen;
- eine größere Zahl von Qualifizierungs- und/oder Beschäftigungsplätzen schaffen;
- durch ihre Qualität beispielgebend sind;
- deren Frauenanteil mindestens dem Anteil der Frauen an der Arbeitslosigkeit im jeweiligen Arbeitsamtsbezirk entspricht;
- Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren eine zukunftssichere Ausbildung und Berufsperspektive eröffnen;
- Behinderte angemessen berücksichtigen und behindertengerechte Angebote enthalten;*
- den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Gelegenheit zum Erwerb dauerhaft verwertbarer Qualifikationen geben.

Bevorzugt gefördert werden im übrigen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, die die Anpassung an die zukünftigen wirtschaftlichen und technologischen Anforderungen ermöglichen, insbesondere in folgenden Bereichen:

- Bereich Natur- und Umweltschutz

Z.B. Feststellungen über Umweltbelastungen, Rekultivierungsarbeiten im ehemaligen Grenzstreifen und im Braunkohlenbergbau, Erfassung und Beseitigung ehemaliger Mülldeponien bzw. Müllablagerungen, Befestigung der Uferzonen, zusätzliche Maßnahmen der Bodenverbesserung.

* Zur besonderen Förderung von Behinderten wird die Landesregierung ein Ergänzungsprogramm vorlegen

- Bereich Landschaftspflege und Forsten

Z.B. ökologische Bestandsaufnahme und Bewertung von Landschaftselementen, Aufstellung von Grünordnungsplänen, Anlage von Biotopen - insbesondere von natürlichen Feuchtgebieten, Bestandsaufnahme von Pflanzen und Tieren, Intensivierung des biologischen Forstschutzes.

- Bereich Strukturverbesserung

Z.B. Erschließung und Sanierung von Gewerbeflächen und -gebäuden, Sanierung und Begrünung von Industriebrachen und Ödgrundstücken, Einrichtung von Innovations- und Technologieberatungsstellen, Arbeiten zur Erschließung für den Tourismus (Anlage von Wander- und Lehrpfaden, Aufbau und Ausrichtung von Ausstellungen, Erstellung von Werbebroschüren usw.).

- Bereich Wohnumfeldverbesserung und Verkehrsgestaltung

Z.B. Anlegen und Errichten von Park- und Grünanlagen in unterversorgten Wohngebieten, Arbeiten an denkmalwerten Gebäuden, zusätzliche Einrichtung bzw. Renovierung von Kinderspielplätzen, Entwurf eines innerstädtischen Radwegenetzes, Errichtung bzw. Ausbau von Verkehrsübungsplätzen, Verkehrsuntersuchungen, Aufbau von Bürgerbüros als allgemeine Informations- und Beratungsstellen.

- Bereich der sozialen Dienste und der sozialpädagogischen Betreuung

Z.B. aktive Pflege im Heim- und Wohnbereich, Freizeithilfen und -gestaltung, Verbesserung der Gemeinwesenarbeit, stationäre, institutionelle und gesellschaftliche Eingliederung Behinderter, Entwicklung eines Modells zur Betreuung von Schlüsselkindern, Aufrechterhaltung bestehender Kindergärten und -krippen, Maßnahmen der prophylaktischen Gesundheitsbetreuung.

- Bereich Wissenschaft und Kultur

Z.B. Durchführung von Forschungsprojekten, Umstrukturierung wissenschaftlicher Einrichtungen, Maßnahmen zur Bereicherung des kulturellen Lebens und zur Bewahrung der kulturellen Infrastruktur, Projekte zur Verbindung von Arbeit und Kultur, "Geschichtswerkstätten" etc..

IV. Darstellung der Förderinstrumente

1. Förderung für Träger von Beschäftigungs- und beruflichen Bildungsmaßnahmen

Durch die Gewährung dieser Hilfen sollen neben den Unternehmen der privaten Wirtschaft auch kommunale sowie gemeinnützige Arbeitgeber und Einrichtungen zur Begründung zusätzlicher Beschäftigungsverhältnisse und Maßnahmen der beruflichen Bildung angeregt werden.

1.1. Förderung von Arbeitsförderungsgesellschaften (Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften)

Das Instrument der "Arbeitsförderungsgesellschaft" kann in- und außerhalb von Unternehmen zur Lösung arbeitsmarktpolitischer Probleme eingesetzt werden. Diese Gesellschaften fungieren als Träger von regionalen und branchenorientierten Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen, die einerseits Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen neue Arbeits- und Lebensperspektiven eröffnen, und die andererseits einen aktiven Beitrag zum betrieblichen und regionalen Strukturwandel leisten.

Förderungsvoraussetzungen

In die Förderung können nur Einrichtungen einbezogen werden, die den Zielen und Kriterien von regionalen, wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Entwicklungsplänen der Landesregierung Rechnung tragen.

Träger von Arbeitsförderungsgesellschaften können Betriebe, kommunale Einrichtungen und gemeinnützige Träger sein, sofern ihre Maßnahmen

- eine dauerhafte Verbesserung der Berufschancen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern erwarten lassen;
- einen aktiven Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels in den Regionen und in der Wirtschaft leisten;
- nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant und durchgeführt werden.

Förderungsleistungen

Sofern die notwendigen Kosten nicht durch Zuschüsse Dritter und/oder Eigenmittel der Träger gedeckt werden können, gewährt das Land Brandenburg Zuwendungen zur Finanzierung von Sach-, Personal- und Investitionskosten für die Dauer von längstens 2 Jahren an

- Einrichtungen und Maßnahmen in Betrieben

bis zu DM 50.000,-- im ersten Jahr, wobei davon bis zu DM 25.000,-- für das Gesellschaftskapital eingesetzt werden können und im zweiten Jahr bis zu DM 25.000,--.

- kommunale und gemeinnützige Träger

bis zu DM 75.000,-- im ersten Jahr,
bis zu DM 25.000,-- im zweiten Jahr.

Abweichende Regelungen sind in begründeten Ausnahmefällen möglich.

1.2. Förderung von Einrichtungen der beruflichen Bildung

Die Kosten für Innenausbau und Ausstattung sollen nach Möglichkeit durch § 50 AFG (institutionelle Förderung), wirtschaftliche Hilfen, Gemeindekreditprogramm und andere abgedeckt werden.

Die Förderung nach diesem Programm zielt darauf ab, die institutionelle Förderung der Arbeitsverwaltung beim Aufbau, der Erweiterung und Ausstattung von Einrichtungen der beruflichen Bildung zu ergänzen. Gefördert werden bereits bestehende sowie neue Einrichtungen zur beruflichen Umschulung, Aus- und Fortbildung im Land Brandenburg.

Förderungsleistungen

Soweit eine Finanzierung dieser Kosten nicht oder nur in einem unzureichenden Umfang möglich ist, können Zuwendungen für gemeinnützige Träger der beruflichen Bildung, die für ihre Einrichtung den arbeitsmarktpolitischen Bedarf nachweisen können, gewährt werden.

- Zuwendungen werden bis zu 100 % des Vertragspreises für Innenausbau und Ausstattung gewährt. Über die Höhe der Förderung wird nach der arbeitsmarktpolitischen Wirkung der vorgesehenen beruflichen Bildungsmaßnahmen entschieden.
- Wenn gemeinnützige Träger der beruflichen Bildung zur Finanzierung von Innenausbau und Ausstattung Darlehen in Anspruch nehmen, gilt Nr. 1.3..

1.3. Vorfinanzierung und Bürgschaften für die Beschaffung von Sach- und Investitionsmitteln

Kosten für Sach- und Investitionsmittel in Beschäftigungsmaßnahmen sollen nach Möglichkeit durch wirtschaftliche Hilfen (z.B. Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", verstärkte ABM-Förderung nach § 96 AFG, Gemeindekreditprogramm, Wohnungsmodernisierungsprogramm) gedeckt werden.

Soweit eine Kostendeckung durch Dritte und/oder Eigenmittel nicht möglich ist und daher dafür Darlehen aufgenommen werden müssen, bietet dieses Programm folgende Möglichkeiten:

- Der Träger kann bei Vorlage des Zuwendungsbescheides der Arbeitsverwaltung oder anderen Institutionen für die beantragte Maßnahme bis zum Zeitpunkt der Auszahlung der dafür vorgesehenen Mittel ein Darlehen in Höhe des Bescheides in Anspruch nehmen. Die dafür anfallenden banküblichen Zinsen trägt das Land.
- Für gemeinnützige Träger und Kommunen, die aus Mitteln des AFG oder im Rahmen von Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur Darlehen in Anspruch nehmen wollen, können Bürgschaftserklärungen durch das Land Brandenburg abgegeben werden.

2. Förderung der betrieblichen Aus- und Fortbildung

2.1. Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze

Zur Sicherstellung von Erstausbildungsplätzen für Jugendliche soll neben den Leistungen nach § 40 c AFG (überbetriebliche Ausbildung) auch die Ausbildung in Betrieben gefördert werden.

Fördervoraussetzung

Ein Betrieb kann eine Förderung erhalten, wenn er Ausbildungsplätze anbietet, die über seinen unmittelbaren Ausbildungsbedarf hinausgehen. Für dieses Programm wird der Eigenbedarf mit 5 - 10 % Anteil von Auszubildenden an den Beschäftigten des Betriebes festgelegt. Gleiches gilt für jeden einzelnen Betrieb, wenn mehrere Betriebe in einem Ausbildungsverbund kooperieren.

Vorrangig gefördert werden Betriebe, die

- Mädchen in freien Berufen ausbilden,
- Konkurslehrlinge aufnehmen.

Förderungsleistungen

Ausbildungsplätze, die über die Quote hinaus von einem Betrieb angeboten werden, fördert das Land mit einem Zuschuß von 75 % der tariflichen bzw. ortsüblichen Ausbildungsvergütung.

Leistungen Dritter werden auf diese Förderleistung des Landes angerechnet.

Wird der Lehrvertrag aus nicht in der Person des Auszubildenden liegenden Gründen vor Beendigung der Ausbildungszeit gekündigt, ist der Betrieb zur Rückzahlung der erhaltenen Förderung an das Land verpflichtet.

2.2. Öffnung betrieblicher Fortbildungsmaßnahmen für Externe

Betriebe, die in ihre Maßnahmen und Einrichtungen der Fortbildung externe Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen aufnehmen, können für die dadurch entstehenden Kosten eine Zuwendung erhalten.

Förderungsvoraussetzungen

- Die Fortbildungsmaßnahme muß durch fachlich und pädagogisch qualifiziertes Personal nach einem fundierten Konzept erfolgen.
- Es müssen betriebsexterne verwertbare Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden.

Förderungsleistungen

Ein Zuschuß kann bis zur Höhe der durch die Beteiligung betriebsexternen Personen entstehenden anteiligen Kosten gewährt werden.

3. Hilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Bildung

3.1. Sicherung des Lebensunterhaltes

Die individuelle Förderung der Teilnahme an den beruflichen Bildungsmaßnahmen aus Mitteln des Landes Brandenburg erfolgt durch Zahlung eines Berufsbildungsgeldes als Zuschuß zur Sicherung des Lebensunterhaltes. Dadurch sollen die Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung solcher Zielgruppen des Brandenburger Arbeitsmarktes, deren Lebensunterhalt während der entsprechenden Bildungsmaßnahmen nach dem AFG nicht oder nicht im notwendigen Umfang gesichert werden kann, verbessert werden.

Förderungsvoraussetzungen

Die Teilnehmerin bzw. der Teilnehmer muß vor Beginn der Bildungsmaßnahme mindestens 3 Monate seinen Wohnsitz im Land Brandenburg haben und eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- bei einem Arbeitsamt im Land Brandenburg arbeitslos/arbeitssuchend gemeldet sein,
- auf Kurzarbeit gesetzt sein,
- sich in der "Warteschleife" des öffentlichen Dienstes befinden,
- ergänzende oder laufende Hilfen zum Lebensunterhalt nach dem BSHG bezogen haben.

Förderungsleistungen

- Sofern eine Teilnehmerin bzw. ein Teilnehmer an einer Bildungsmaßnahme einen Unterhaltsgeldanspruch nach § 44 AFG, der unter DM 800,--/Monat liegt, wird die Differenz bis zu dieser Höhe durch eine Zuwendung aufgestockt.
- Für Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer an einer Fortbildungs-, Umschulungs- oder Rehabilitationsmaßnahme, die keinen Anspruch auf Unterhaltsgeld nach § 44 AFG haben, gewährt das Land ein Berufsbildungsgeld in Höhe von DM 800,--/Monat für die Dauer der Bildungsmaßnahme.

3.2. Arbeit und Bildung (Berufsbildungsvergütung)

Personen ab dem 25. Lebensjahr soll die gleiche Förderungsmöglichkeit eröffnet werden, die für Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr nach § 44 AFG besteht.

Förderungsvoraussetzungen

- Die Teilnehmerin bzw. der Teilnehmer muß zu Beginn der Maßnahme das 25. Lebensjahr vollendet haben.
- Die Teilnehmerin bzw. der Teilnehmer muß von einem Brandenburger Arbeitsamt einer Teilzeitarbeitsbeschaffungsmaßnahme zugewiesen worden sein.
- Der Qualifizierungsanteil soll neben der Teilzeitbeschäftigungsmaßnahme mindestens 40 % der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit betragen.

Förderungsleistungen

Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer an diesen Qualifizierungsmaßnahmen erhalten

- als Berufsbildungsvergütung eine Zuwendung in Höhe von DM 320,--/Monat und
- die notwendigen Lehrgangskosten (Personal-, Sachkosten sowie Kosten für Lehr- und Lernmaterial) bis zu einer Höhe von DM 5,--/Teilnehmer/Unterrichtsstunde, sofern eine Förderung nach § 45 AFG nicht möglich ist.

3.3. Lehrgangskosten

Das Land kann neben den beruflichen Bildungsmaßnahmen der Arbeitsämter für bestimmte Zielgruppen des Arbeitsmarktes landesgeförderte Maßnahmen der beruflichen Vorbereitung und Bildung durch geeignete Bildungsträger durchführen lassen.

Die Bildungsmaßnahmen sollen vorrangig

- auf die Aufnahme einer Beschäftigung in Maßnahmen nach § 91 AFG oder § 19 BSHG vorbereiten,
- auf die Tätigkeit als Regiepersonal in den o.g. Maßnahmen vorbereiten,
- auf die Tätigkeit als Lehrpersonal in Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen vorbereiten,
- beschäftigungsbegleitend zu Maßnahmen nach § 91 AFG oder § 19 BSHG durchgeführt werden,
- auf die Eingliederung von Arbeitslosen in eine dauerhafte Beschäftigung gerichtet sein,
- zu einem anerkannten Berufsabschluß nach dem Berufsbildungsgesetz führen
o d e r
- die selbständige Existenzgründung nach § 55a AFG oder § 30 BSHG vorbereiten.

Förderungsleistung

Förderungsfähig sind die notwendigen Lehrgangskosten (Personal-, Sachkosten sowie Kosten für Lehr- und Lernmaterial) bis zu einer Höhe von DM 5,--/Teilnehmer/Unterrichtsstunde.

4. Förderung von Existenzgründerinnen/gründern

Es ist eine, über die Bedingungen des § 55 a AFG bzw. § 30 BSHG hinausgehende Förderung von Existenzgründerinnen/-gründern beabsichtigt. Die Existenzgründungen sollen in den Wirtschafts- und Dienstleistungsbereichen erfolgen, die zu einer Stärkung der Wirtschaftsstruktur beitragen.

Förderungsvoraussetzungen

- Die Existenzgründung muß im Land Brandenburg erfolgen.
- Die Existenzgründerin bzw. der Existenzgründer muß eine Beurteilung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit durch eine fachkundige Stelle (z.B. Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer) erbringen.

- Die Existenzgründerin bzw. der Existenzgründer muß bei einem Brandenburger Arbeitsamt arbeitslos/arbeitssuchend gemeldet sein o d e r
- aus einer beruflichen Bildungsmaßnahme, einer allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme nach § 91 AFG bzw. einer Beschäftigungsmaßnahme nach § 19 BSHG arbeitslos geworden oder von Arbeitslosigkeit unmittelbar bedroht sein o d e r
- auf Kurzarbeit gesetzt sein o d e r
- sich in der "Warteschleife" des öffentlichen Dienstes befinden.

Förderungsleistungen

DM 500,--/Monat für einen Zeitraum von 12 Monaten, zahlbar in zwei Raten für jeweils sechs Monate im voraus.

Die Förderung nach diesem Programm geht den Leistungen nach § 30 BSHG vor.

5. Frauen im Betrieb

Betriebe, die besondere Leistungen für ihre Mitarbeiterinnen erbringen, können für die dadurch entstehenden Kosten eine Zuwendung erhalten.

Förderungsfähig sind insbesondere

- Erhöhung der Frauenquote in leitenden Funktionen,
- Inanspruchnahme einer sachkundigen Beratung für die Ausarbeitung eines Frauenförderplanes,
- Bestellung einer Frauenbeauftragten im Betrieb mit Initiativ- und Mitbestimmungsrechten,
- Gewährleistung einer Kinderbetreuung während der Zeit einer betrieblichen Fortbildungsmaßnahme für Frauen.

Förderungsleistungen

Es kann eine Zuwendung in Höhe der nachgewiesenen Kosten gewährt werden, maximal DM 10.000,--/Jahr/Betrieb.

6. Lohnkostenzuschüsse

6.1. Einarbeitung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen

Förderungsfähiger Personenkreis

- Personen, die eine volle Leistung am Arbeitsplatz erst nach einer Einarbeitungszeit erreichen können (§ 49 AFG).

Förderungsvoraussetzungen

Die einzuarbeitenden Beschäftigten müssen eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- bei einem Brandenburger Arbeitsamt arbeitslos/arbeitssuchend gemeldet sein,
- aus Kurzarbeit bei einem anderen Unternehmen eingestellt werden,
- aus der "Warteschleife" des öffentlichen Dienstes eingestellt werden,
- nach einer Zeit der Kindererziehung oder der Betreuung eines pflegebedürftigen Familienangehörigen wieder in das Erwerbsleben eingegliedert werden,
- als Ausländer, der keine Förderung nach § 62 a AFG beanspruchen kann.

Die Förderung kann von Unternehmen mit Sitz in Brandenburg erfolgen. Es muß durch sie ein sozialversicherungspflichtiges, in der Regel unbefristetes Arbeitsverhältnis abgeschlossen werden. Beim Abschluß von befristeten Arbeitsverhältnissen kann eine Förderung der Einarbeitung nur erfolgen, wenn für die Befristung ein besonderer, sachlicher Grund nachgewiesen wird.

Während des vom Arbeitsamt festgesetzten Einarbeitungszeitraums muß die Einarbeitung durch fachlich qualifiziertes Personal nach einem dem MASGF vorgegebenen Einarbeitungsplan erfolgen.

Förderungsleistungen

Das Land gewährt einen Zuschuß zum Bruttoarbeitsentgelt in Höhe von 20 v. H. der Lohn- bzw. Gehaltskosten für den vom Arbeitsamt festgesetzten Einarbeitungszeitraum.

6.2. Berufliche Eingliederung von Personen mit geringen Vermittlungschancen

Förderungsfähiger Personenkreis

Arbeitssuchende, deren Unterbringung auf dem Arbeitsmarkt erschwert ist (§ 54 AFG).

Förderungsfähig sind insbesondere Personen, die

- das 50. Lebensjahr vollendet haben,
- das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
- als Haftentlassene beruflich eingegliedert werden sollen,
- wegen der Betreuung aufsichtsbedürftiger Kinder oder pflegebedürftiger Familienangehöriger geminderte Unterbringungschancen haben.

Förderungsvoraussetzungen

Die einzugliedernde Person muß eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- bei einem Brandenburger Arbeitsamt arbeitslos/arbeitssuchend gemeldet sein,
- aus Kurzarbeit bei einem anderen Unternehmen eingestellt werden,
- aus der "Warteschleife" des öffentlichen Dienstes eingestellt werden.

Es muß ein sozialversicherungspflichtiges, in der Regel unbefristetes Arbeitsverhältnis begründet werden. Die Förderung befristeter Arbeitsverhältnisse erfolgt nur, wenn ein besonderer, sachlicher Grund für die Befristung nachgewiesen wird.

Förderungsleistungen

Das Land Brandenburg gewährt eine Zuwendung zum Bruttoarbeitsentgelt in Höhe von 20 v. H. der Lohn- bzw. Gehaltskosten für den vom Arbeitsamt festgesetzten Eingliederungszeitraum.

6.3. Arbeitsbeschaffung für ältere Arbeitnehmer

Förderungsfähiger Personenkreis

Beschäftigte ab dem 50. Lebensjahr, die einen Lohnkostenzuschuß nach § 97 AFG erhalten.

Förderungsvoraussetzungen

- Der Arbeitnehmer muß innerhalb der letzten 18 Monate mindestens 12 Monate bei einem Brandenburger Arbeitsamt arbeitslos gemeldet gewesen sein und zusätzlich eingestellt werden.
- Es muß grundsätzlich ein sozialversicherungspflichtiges, unbefristetes Arbeitsverhältnis begründet werden. Die Förderung befristeter Arbeitsverhältnisse erfolgt nur, wenn ein besonderer, sachlicher Grund für die Befristung nachgewiesen wird.

Förderungsleistungen

Das Land Brandenburg gewährt eine Zuwendung zum Bruttoarbeitsentgelt in Höhe von 20 v. H. der Lohn- bzw. Gehaltskosten im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

7. Förderung der Betreuung aufsichtsbedürftiger Kinder und pflegebedürftiger Familienangehöriger

Während der Teilnahme an Beschäftigungs- und Berufsbildungsmaßnahmen kann die notwendige Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Personen durch das Land gefördert werden.

Förderungsvoraussetzungen

Die Teilnehmerin bzw. der Teilnehmer ist alleinerziehend bzw. alleinstehend.

Förderungsleistungen

- Kosten für die Betreuung von Kindern bei gemeinnützigen Trägern bis zu DM 100,--/Monat/Kind, aber nicht mehr als 100 % der Betreuungskosten oder
- in Ausnahmefällen die notwendigen Betreuungskosten für Kinder und pflegebedürftige Personen in nichtöffentlichen Einrichtungen bis zu DM 250,--/Person/Monat, sofern eine Unterbringung in öffentlichen Einrichtungen nicht möglich ist.

Leistungen Dritter (z.B. Arbeits-, Sozial- und Jugendamt) sind vorrangig und werden auf die Förderungsleistungen des Landes angerechnet.

V. Umsetzung des Programms

1. Aktivitäten des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen stellt sich insbesondere folgende Aufgaben:

- Durchführung des arbeitsmarktpolitischen Programms, u.a. mit Hilfe einer Programmzentrale,
- Aufbau von Beratungskapazitäten,
- Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik,
- Entwicklung eines Kommunikationsnetzes als Serviceleistung für Arbeitsförderungsgesellschaften.

2. Programmzentrale

Aufgaben

- Bereitstellung von Informationsmaterial zum Programm,
- Beratung bei der Antragstellung,
- Entgegennahme von Anträgen,
- Prüfung der Anträge und Abstimmung mit dem Arbeitsamt,
- Vorbereitung der Entscheidungen über die Anträge unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Zuwendungsart

Institutionelle Förderung

Finanzierungsart

Vollfinanzierung

- für das erste Jahr DM 700.000,--,
- für die Folgejahre je DM 600.000,--.

3. Programmbeirat

Durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen wird ein Programmbeirat zur Unterstützung der Programmzentrale gebildet. Die Berufung der Mitglieder erfolgt durch das MASGF.

VI. Inkrafttreten des Programms

Dieses Programm tritt mit Wirkung vom 26.02.1991 in Kraft.

→ A
lue

Manuskript für Tagung "pro Brandenburg" am 18.04.91 im
Schloß Königs Wusterhausen

Vorbemerkung:

Die nachstehenden Ausführungen stütze ich im wesentlichen auf Erfahrungen, die mein Vertreter und ich im AA-Bezirk Frankfurt/Oder gesammelt haben. Wir waren dort jeweils 3 Monate zur Unterstützung der Amtsleitung; erneute Aufenthalte sind vorgesehen. Eingeflossen sind natürlich auch unsere Erfahrungen aus dem Ruhrgebiet, insbesondere aus Essen.

ABM: Zwischenbilanz - Perspektiven

1. Gutes Anlaufen - optimistische Perspektiven

Im AA Bezirk Frankfurt/Oder sind ABM alles in allem in erfreulicher Weise angelaufen. Mit breiterem Informationsstand und zunehmenden Erfahrungen nimmt das Engagement der verantwortlichen Gruppen und Einzelpersonen deutlich und stetig zu. Wie immer und überall macht der Erfolg Mut. Extrapoliert man den Trend, ist in Kürze mit einem steilen Anstieg der Förderung zu rechnen. Im Hinblick auf die bedrückende Arbeitsmarktsituation gibt es dennoch verständliche Ungeduld und Fragen nach den Möglichkeiten einer Beschleunigung.

Für die Vergangenheit muß man sehen, daß ABM nicht - wie z. T. andere öffentliche Förderungsprogramme - rein technokratisch umgesetzt werden können. Man braucht hierzu aktive Träger. Die Aufklärung der Öffentlichkeit und die konkrete Beratung potentieller Träger erfordert jedoch eine gewisse Zeit. Auch haben alle Maßnahmen, insbesondere solcher anspruchsvoller Art, eine gewisse Vorlaufphase. Ist erst einmal eine be-

stimmte Maßnahmedichte erreicht, kann eine Selbstverstärkung erwartet werden. Andererseits ist es unverkennbar, daß es deutliche regionale Unterschiede, auch Defizite in bestimmten Wirtschaftsbereichen gibt.

2. Gewinnung von Trägern

In der neu entstehenden Gesellschaftsordnung der östlichen Bundesländer können ABM nicht vom Staat per Weisung eingerichtet werden. Sie müssen gesellschaftlich getragen und von den Personen, Gruppen und Verwaltungen, die die personellen und sachlichen Voraussetzungen dafür besitzen, entwickelt und durchgeführt werden. Die Arbeitsämter können beraten und für eine reibungslose Finanzierung Sorge tragen. Die Initiative muß jedoch auch von anderer Seite kommen. Hier gibt es, wenn auch örtlich sehr unterschiedlich ausgeprägt, Probleme. Die Gründe liegen auf der Hand. Die neuen gesellschaftlichen Strukturen sind zum Teil erst im Aufbau, ein Teil der Verwaltungen hat die gewünschte Leistungskapazität noch nicht erreicht. Dies bessert sich jedoch fortlaufend. Im übrigen können ABM bei diesem Prozeß eine wesentliche Hilfe sein. Mit ihrer Hilfe kann der Aufbau neuer Strukturen wesentlich beschleunigt werden. Sind sie geschaffen, ist die Basis für die weitere Ausweitung von ABM gegeben. Es gilt, die Chance der schnellen Entwicklung aus kleinen Anfängen zu nutzen.

Viel wäre gewonnen, wenn die noch vorhandenen funktionstüchtigen Strukturen der Wirtschaft für ABM genutzt werden könnten. Dabei ist gleichermaßen an Betriebe der Industrie, des Handwerks, der Land- und Forstwirtschaft zu denken. Mit ihren administrativen, personellen und technischen Möglichkeiten können sie Arbeit und Schulung organisieren. Eine wirksame Lösung ist die Gründung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften. Aber auch neu gegründete Betriebe können als Träger auftreten. Gelingt es, den vorhandenen Sachverstand zu mobilisieren und zu organisieren, eröffnen sich Möglichkeiten der betrieblichen und regionalen Umstrukturierung, der Wirtschaftsförderung und der Verbesserung der Infrastruktur. Für die Arbeitnehmer eröffnet sich

die Möglichkeit der beruflichen Qualifizierung, der Weiterbeschäftigung im bisherigen Unternehmen oder in ausgegliederten Unternehmensteilen oder aber die Chance zum Wechsel in andere Bereiche. Ältere Arbeitnehmer können durch Förderungsketten die Altersgrenze für Vorruhestand und Rente erreichen. Wir haben im Ruhrgebiet gesehen, welche Möglichkeiten der Hilfe organisiert werden können, wenn Firmen sich engagiert dieser Aufgabe stellen.

3. Öffentliche Verwaltungen als Träger

Große Hoffnungen richten sich auf die öffentlichen Verwaltungen. Wohlmeinende Fachleute leugnen nicht die zweifelsfrei vorhandenen Anfangsprobleme und Schwierigkeiten. In der jetzigen Krisensituation bleibt jedoch ihre zentrale Verantwortung. Es müssen für schnelles Handeln Wege gesucht und gefunden werden, auch wenn sie anfangs nur zu Teillösungen führen. Wir haben im Ruhrgebiet erlebt, wie wichtig es ist, in den unteren kommunalen Verwaltungseinheiten (Kreis, Stadt, Gemeinde) öffentliche Hilfe und Selbsthilfe zu organisieren. Dies entspricht der sozialen Verantwortung gegenüber den Bürgern. Zu sehen ist aber auch die Konkurrenz unter den Standorten und hier gilt - analog zu anderen Bereichen - unter den Bedingungen der Marktwirtschaft die Selbstverstärkung des Erfolges: Erfolg hat in der Tendenz der Erfolgreiche. Investoren interessieren sich für wohnliche Städte mit guter Infrastruktur, qualifizierter Arbeitnehmerschaft; Investitionen bringen wiederum Arbeitsplätze, reduzieren die Sozialausgaben usw. usw. Die Herausforderungen der Kommunalverwaltungen im Osten liegen auf der Hand: Die dringend notwendige Verbesserung der Infrastruktur bietet Arbeit in nahezu unbegrenztem Umfang, Geld steht genügend zur Verfügung. Beides muß zusammengebracht werden, daß möglichst viele Menschen schnell Arbeit finden.

In der Anfangsphase können dabei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine ganz zentrale Rolle spielen. Zur Vorbereitung von ABM sind wiederum ABM möglich, bekannt unter dem Terminus "ABM für ABM". Diese Maßnahmen sind nicht auf rein administrative und organisatorische Funktionen beschränkt,

man kann auch die vielfältigsten Planungsaufgaben hierüber abwickeln. Bei der jetzigen Situation ist das vordringliche Ziel, möglichst schnell eine große Breitenwirkung zu erzielen.

4. Übertragbarkeit von Erfahrungen aus den alten Ländern?

Die weitgehende Identität der Förderungsbestimmungen für die alten und die neuen Länder verleitete in der Anfangsphase dazu, die Erfahrungen aus den alten Ländern weitgehend ungeprüft zu übertragen. Dieses Vorgehen war und ist falsch. Die Rahmenbedingungen in den neuen Ländern sind anders als in der Alt-Bundesrepublik. Dieser allgemeine Tatbestand wird in seiner vollen Tragweite zunehmend gesehen, muß jedoch noch in konkrete Handlungsstrategien vor Ort umgesetzt werden. Einige entscheidende Vorschriften sind in der Übergangsphase in den neuen Ländern deutlich günstiger als in den alten Ländern. Hinzu kommt, daß mit der Übernahme von Sachkosten durch die Arbeitsämter ein ganz entscheidender Schritt nach vorne getan wird. Irritierend sind leider die für die alten Länder entworfenen komplizierten Vorschriften. Mit zunehmender Erfahrung ist jedoch für die Verantwortlichen erkennbar, daß sie unter Beachtung der für die neuen Länder gültigen großzügigen Einstiegsregelungen und der bedrückenden Arbeitsmarktsituation konstruktiv ausgelegt werden müssen.

5. Andere Rahmenbedingungen für ABM in den neuen Ländern

Um deutlich zu machen, daß die Rahmenbedingungen für ABM in den neuen sich erheblich von denen in den alten Ländern unterscheiden, sollen nachstehend nur einige Aspekte herausgegriffen werden:

a) Personenkreis

In den alten Ländern kommt für ABM nur ein begrenzter Personenkreis in Betracht. Darüber darf das Spektrum der möglichen Teilnehmer (Akademiker mit arbeitsmarktlich ungünstiger Studienrichtung bis hin zu ungelernten Arbeitnehmern mit gravierenden Vermittlungsproblemen) nicht hinwegtäuschen. Förderungsmöglichkeiten finden

eine Grenze im Arbeitsmarkt sowie bei anderen beruflichen Lösungen und konkurrierenden Hilfsmöglichkeiten. Im Hinblick auf die günstige Arbeitsmarktlage im Westen stehen derzeit Maßnahmen für sozial benachteiligte Personen im Vordergrund.

Anders in den neuen Ländern. Hier wartet eine riesige Zahl von Arbeitslosen auf Hilfe. Darunter sehr viele hochmotivierte, voll leistungsfähige, auch jüngere Kräfte.

b) Keine Konkurrenz zur Wirtschaft

In den alten Ländern befürchtete man in der Vergangenheit die Konkurrenz von ABM zum Handwerk und die Verlagerung von öffentlichen Aufgaben (insbesondere die der Gemeinden) in die Förderung der Bundesanstalt. Auch in dieser Beziehung liegen die Dinge in den neuen Ländern völlig anders. ABM stellen, richtig praktiziert, keine Konkurrenz dar. Sie sind im Gegenteil die Chance, vorhandene Strukturen, auch die des Handwerks, zu retten und anzupassen und dringend benötigte neue Strukturen zu schaffen.

c) Andere Ziele

In den alten Ländern haben ABM bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage nur eine subsidiäre, letztlich marginale Funktion. Individuelle, soziale und berufliche Interessenlagen stehen im Vordergrund. In den neuen Ländern können dagegen ABM als ein sehr wirksames, globales Förderungsinstrument eingesetzt werden. Es gilt dort, Produktion (indirekt) sowie private und öffentliche Dienstleistungen in Gang zu bringen und Hilfen für die Erhaltung und Anpassung gesellschaftlicher Strukturen zu leisten. Rein konsumtive soziale Leistungen können und müssen abgelöst werden durch produktive Arbeit, die der Gesellschaft zugute kommt und auch den einzelnen fördert. Hierdurch kann sich global ein psychologisch und volkswirtschaftlich wirksamer Multiplikatoreffekt ergeben.

6. Großzügige Förderungsmöglichkeiten

Für einen Praktiker aus den alten Ländern sind die Förderungsbestimmungen für die neuen Länder in der Anfangsphase extrem großzügig. Wenn

das nicht immer sofort erkannt wird, kann dabei die ganz simple Tatsache eine Rolle spielen, daß die Unterschiede Ost-West im Text der Anordnung versteckt und leicht überlesbar sind. Sie sind aber ganz entscheidend. Sie geben dem Förderungsinstrument für die neuen Länder eine andere Qualität, verbunden mit der Chance zu einem großen Förderungsvolumen. Vereinfacht geht es vor allem um folgende Regelungen:

- 100 %ige Förderung
- keine Minstdauer der Arbeitslosigkeit für Zuweisung in Maßnahmen
- auch Zuweisung von Kug-Beziehern bei 100 % Ausfall (Wahrung arbeitsrechtlicher Ansprüche)
- Förderung auch von Projekten, die zu den Pflichtaufgaben öffentlicher Stellen, insbesondere der Gemeinden gehören
- extrem günstige Darlehen zur Abdeckung von Sachkosten (dazu Bürgschaft des Landes Brandenburg)
- genügend Mittel, dadurch Planungssicherheit
- Übernahme von Sachkosten durch Arbeitsämter.

7. Kombination: ABM und andere Förderungsprogramme

Für Praktiker ist zu erkennen, daß unter den Bedingungen der neuen Länder ABM-Strategien in einem offenen Prozeß fortentwickelt werden sollten. ABM-Maßnahmen dürfen hier nicht auf die bloße Funktion eines engen, arbeitsmarktlichen Reparaturinstrumentes beschränkt bleiben. Sie können ein allgemeines Förderungsinstrument sein, durch das man Produktion, Dienstleistungen und soziale Hilfe in Gang bringen kann. Zentrale Zielrichtung sollte die Schaffung der fehlenden Infrastruktur sein.

Bei richtigem Verständnis und richtiger Organisation kollidieren ABM nicht mit den Interessen der Privatwirtschaft. Ihre Interessen müssen mit eingebunden und gefördert werden. Eine Verbindung von Interessen erreicht man mit der Kombination von Förderungsprogrammen: Mittel zur Förderung wirtschaftsregionaler Infrastruktur, Gemeinde-Kreditprogramm, Wohnungsmodernisierungsprogramm usw. usw. kombiniert mit ABM. Aus den anderen Förderungsmitteln werden die Sachkosten finanziert, die Personalkosten zu einem großen Teil über ABM abgerechnet. Die Abwicklung könnte - unter Kontrolle von Gemeinde und Arbeitsamt - zu einem großen Teil bei den privaten Firmen liegen. Die Gewerke würden vergeben/ausge-

schrieben mit der Auflage, in einem (erheblichen) Umfang ABM einzubeziehen. Die Firma würde ihre Kosten (Planung, Personal, Baubetreuung, Abschreibung, Rücklagen, Gewinn) aus Städtebauförderungsmitteln usw. finanzieren, daneben liefere die ABM-Förderung.

8. Kombination: ABM und berufliche Qualifizierung

Eine entscheidende Verbesserung für die neuen Länder ist, daß 20 % der Arbeitszeit für die theoretische Schulung eingesetzt werden können. Dies erlaubt eine wirksame Verbindung von ABM mit beruflicher Qualifizierung. Dies spielt insbesondere für Bereiche eine Rolle, in denen ABM gut organisierbar sind und notwendiger Unterricht und das (zwangsweise unproduktive) Üben ein bestimmtes Maß nicht überschreitet. Zu denken ist u. a. an die Bau- und Baunebenberufe. (Anders ist es dagegen in den sehr anspruchsvollen neuen Metall- und Elektroberufen und im kaufmännischen Bereich. Hierfür steht eine Förderung im Rahmen der Fortbildung und Umschulung im Vordergrund.)

9. Beispiel für Förderungskombinationen: Stadt- und Dorfsanierung, Denkmalpflege

Ein wichtiger, großer Bereich für die Kombination von Förderungsprogrammen und von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit Fortbildung und Umschulung ist die Stadt- und Dorfsanierung und die Denkmalpflege. Hier drängt sich die Kombination von "Arbeiten und Lernen" nahezu auf. Natürlich ist auch hier theoretischer Unterricht und das systematische Vermitteln bestimmter Grundkenntnisse (nach Möglichkeit auf einem Lehrbauhof) unverzichtbar. Ein Großteil der Übungen kann jedoch - evtl. bei pädagogischer Begleitung - unter Praxisbedingungen erfolgen. Ein solches Lernen durch reale Arbeit ist motivierend und effizient. Es hat von einem bestimmten Ausbildungsstand an Vorteile gegenüber dem Lernen auf einem Lehrbauhof, auf dem die gefertigten Bauelemente wieder abgerissen werden müssen. Auch wirkt die Eingliederung in ein intaktes Arbeitsteam persönlich stabilisierend. Lehrpläne für solche "Kombi-Maßnahmen" sind unschwer zu entwickeln bzw. liegen schon vor.

"Produktive Berufsförderung" im Baubereich hätte folgende Vorteile:

- Wirksamer Anstoß für die nur sehr schleppend anlaufenden Stadt- und Dorfsanierung und die Denkmalpflege
- schnelle Schaffung von Ausbildungskapazitäten
- Gewinnung einer großen Zahl von Fachkräften in kurzer Zeit
- Zusammentreffen von Interessen der öffentlichen Hand, der Baufirmen und der Arbeitnehmerschaft
- Möglichkeit der Kombination mit anderen Förderungsprogrammen
- gute Absicherung des Lebensunterhaltes der "Umschüler" und ihrer Familien (voller Lohn und aktuelle Anpassung an die Tarifentwicklung, Aufstieg im Tarif bei Schulungsfortschritt möglich)
- einfache verwaltungsmäßige Umsetzung bei den Arbeitsämtern
- große wirtschaftliche und psychologische Wirkung, die von Bauvorhaben ausgeht. (Dringende Arbeiten könnten auch mit "Umschülern" sofort in Angriff genommen werden.)
- Multiplikatoreffekt: (Arbeitskräfte in der Bauwirtschaft fördern Arbeitsplätze in anderen volkswirtschaftlichen Bereichen.)

schweren Belastungen in den neuen Bundesländern auffangen können. Die EKD-Synode ruft deshalb zu konzertierten Aktionen von Gewerkschaften, Arbeitgebern, Kommunalverwaltungen, Arbeitsverwaltung, Trägern der Wohlfahrtspflege und Kirchen auf. Dabei sollten auch die jeweiligen Partner aus den westlichen Bundesländern beteiligt werden. Nur durch tätige Mithilfe aller und durch persönliche Kontakte kann ein neues Miteinander und ein Klima entstehen, in dem die vorhandenen Kräfte gebündelt werden.

Beim Aufbau dieses Netzwerks gegen Arbeitslosigkeit sollten folgende Prinzipien beachtet werden:

Erhalt und Sanierung bestehender Arbeitsplätze gehen vor "Kahlschlag". Kurzarbeit geht vor Entlassung. Kurzarbeitszeit ist als Qualifizierungschance zu nutzen.

Um den psychischen und wirtschaftlichen Belastungen und der drohenden Isolierung durch Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, muß ein zusätzliches Beratungsangebot durch ein Netz von Arbeitslosenzentren im Zusammenwirken von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Arbeitsämtern, Selbsthilfeorganisationen der Arbeitslosen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen aufgebaut werden. Hierbei ist ein Trägerverbund anzustreben.

Es wird auch in den neuen Bundesländern Menschen geben, deren Risiko, arbeitslos zu bleiben, besonders hoch ist. Für diese Menschen müssen z.B. im Umweltschutz, in der Wohnumfeldsanierung und in den sozialen Diensten zusätzliche Arbeits- und Qualifizierungsmöglichkeiten erschlossen werden. Nur so können die Integrationschancen dieser Menschen verbessert und ihnen Perspektiven vermittelt werden.

Bei Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz, bei Ausbildungsabbrechern und Jugendlichen ohne Arbeitsplatz nach Beendigung der Ausbildung bestehen häufig besondere Probleme bei der Arbeitsplatzsuche. Gerade bei dieser Gruppe muß durch ein lokales/regionales ergänzendes Arbeitsplatzangebot die Abwanderung aus der Region verhindert werden. Darum muß allen Jugendlichen, die keinen Arbeits- und keinen Ausbildungsplatz haben, zunächst eine Stelle angeboten werden, die als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ausgestattet ist und sinnvolle Mitarbeit zu normalen tariflichen Bedingungen ermöglicht. Sie sollte mit Weiterbildung verbunden sein.

Auch unsere Kirche, unsere Gemeinden und kirchlichen Werke können und müssen Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sein. Im Baubereich, in der sozialen Arbeit, im kulturellen Angebot gibt es viele

Möglichkeiten, für die die Arbeitsämter die Lohnkosten für die Beschäftigung von Arbeitslosen übernehmen. Die notwendigen Sachkosten müssen durch Zusammenarbeit der Kirchen in allen Teilen der Bundesrepublik aufgebracht werden. Dabei können Partnerschaften begründet und viele Organisationsformen gefunden werden. Sie bereichern das Gemeinwesen und seine Infrastruktur, helfen den Arbeitslosen, vermitteln Kenntnisse und können rasch wirksam werden.

Neben den materiellen und strukturellen sind auch personelle Hilfen nötig. Mehr als bisher müssen sich Menschen aus den alten Bundesländern finden, die sich mit ihren Fähigkeiten, ihren Erfahrungen und ihren Sachkenntnissen am Aufbau beteiligen.

Es ist also notwendig, die Arbeitsmarktpolitik stärker als bisher als integrierten Bestandteil der Wirtschaftspolitik zu begreifen. Nur wenn es gelingt, die Menschen zu bewegen, die vor ihnen liegende Durststrecke nicht durch Abwanderung abkürzen zu wollen, kann es mittelfristig gelingen, zu einheitlichen Lebensverhältnissen in Deutschland zu kommen. Daher wäre es unvertretbar, angesichts der drohenden Ausweitung der Arbeitslosigkeit zur Deckung von Haushaltslücken gerade in diesem Bereich Einsparungen vorzunehmen.

nehmen und gegebenenfalls einen Solidarbeitrag zu entrichten. Gewinnerzielung und soziale Verpflichtung sind Grundlagen für unternehmerische Tätigkeit in der sozialen Marktwirtschaft. Die ökologische Verantwortung tritt hinzu. Diese Ziele dürfen nicht aus dem Gleichgewicht geraten oder vorrangig kurzfristigem Gewinnstreben nachgeordnet werden.

Arbeitnehmer tragen ihrerseits in dieser Situation verstärkt das Risiko der Entlassung und der beruflichen Umorientierung. Gerade diejenigen, die ausgeharrt haben, sollten jetzt nicht für diese Entbehrung zusätzlich Nachteile in Kauf nehmen müssen.

Beim Wettbewerb um Investoren müssen die einzelnen Länder und Kommunen zusammen mit den Tarifpartnern darauf achten, daß nicht die Mindeststandards der Arbeits- und Lohnbedingungen unterlaufen werden, wie es gegenwärtig schon bei Leiharbeitern zu beobachten ist. Die Möglichkeiten betrieblicher Mitbestimmung und Unternehmensmitbestimmung müssen ausgeschöpft werden.

Wo Arbeitsplätze noch nicht entstanden sind, muß wenigstens ein tragfähiges soziales Netz aufgebaut werden. Allerdings werden weder Arbeitsverwaltung noch kommunale und kirchliche Hilfen allein die

Schatten dieser Entwicklung stehen. Die Synode hat bereits 1989 darauf hingewiesen, daß Langzeitarbeitslosen umfassend geholfen werden muß. Sie sind darauf angewiesen, dauerhaft Erwerbsarbeit zu finden. Vorhandene Programme und Initiativen, um sie wieder an Erwerbsarbeit zu beteiligen, müssen verbreitert und vervielfältigt werden.

Es ist eine dringende Aufgabe, Langzeitarbeitslosigkeit in den westlichen Bundesländern wirkungsvoller abzubauen und in den neuen Bundesländern von vornherein zu verhindern.

II

Sozialpolitische Maßnahmen müssen in Wechselbeziehung mit der wirtschaftlichen Entwicklung gesehen werden.

Jetzt kommt es darauf an, die politischen und rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen (Klärung der Eigentumsfrage, Finanzausstattung der Kommunen, Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltung), damit die Arbeitgeber neue Arbeitsplätze einrichten können. Die Unternehmen müssen in dieser Lage bereit sein, größere Risiken als gemeinhin üblich zu über-

Chancen und Risiken des Übergangs müssen gerecht verteilt sein. Wir müssen bereit sein, Chancen gemeinsam zu nutzen, Risiken und Lasten gemeinsam zu tragen. Teilen erfordert heute persönliche Bereitschaft und politisches Wollen und Gestalten.

(Die westfälische Landessynode machte sich diese EKD-Kundgebung einstimmig zu eigen)

derung der Lebensumstände führt bei den einzelnen und bei Institutionen oft zu Desorientierung. Die Perspektiven sind so unsicher geworden, daß sie sich lähmend auf mögliche Initiativen auswirken.

In diesem Prozeß sind insbesondere Frauen, Ältere, gesundheitlich Beeinträchtigte und auch Jugendliche von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht. So lange z.B. als "Ernährer der Familie" erstrangig noch immer der Mann angesehen wird, haben Frauen es gerade in Krisenzeiten besonders schwer, ihre Gleichberechtigung im Erwerbsleben durchzusetzen. Durch den Abbau von Kindergärten und Kinderkrippen nehmen die familiären Belastungen zu. Dies droht sich zu Lasten der Frauen auszuwirken.

Bei vielen Bürgern in den neuen Bundesländern droht im Zuge der Umstellung nicht nur der Arbeitsplatzverlust. Bei steigenden Preisen nimmt gegenwärtig die Kaufkraft der Löhne und Renten ab. Zur Arbeitslosigkeit kommt dann eine schleichende Verarmung hinzu.

In den alten Bundesländern ist das wirtschaftliche Klima unverändert gut. Dennoch müssen wir daran erinnern, daß es immer mehr Menschen gibt, die als Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger im

Arbeitslosigkeit solidarisch überwinden

I

In einer gemeinsamen Erklärung haben die evangelischen und katholischen Bischöfe darauf hingewiesen, daß "Teilung nur durch Teilen überwunden werden kann". Dies gilt auch für die Bewältigung der Arbeitsmarktprobleme. Der Prozeß der Vereinigung eröffnet neue Chancen und schafft zugleich schwer vorhersehbare Probleme und Aufgaben. Hoffnungen auf persönliche Freiheit und auf Gerechtigkeit in den gesellschaftlichen Lebensbedingungen waren die treibenden Kräfte einer gewaltlosen Revolution von unten. Diese Hoffnungen dürfen nicht enttäuscht werden.

Die tiefgreifende Umstellung der Wirtschafts- und Lebensbedingungen hat viele Menschen in den neuen Bundesländern mit Arbeitslosigkeit konfrontiert. Jeder dritte Arbeitsplatz in der Industrie und jeder zweite in der Landwirtschaft ist derzeit gefährdet oder schon nicht mehr vorhanden. Auch wenn man hoffen kann, daß ein Teil der Betroffenen eine neue Erwerbsarbeit finden kann, lastet ein ungeheurer Druck auf den Menschen. Die schockartige Verän-

Arbeitslosigkeit

solidarisch überwinden

Pastor Eduard Wörmann
EKD-Beauftragter für
Fragen der Arbeitslosigkeit

Sozialamt der EKvW
Haus Villigst
Iserlohner Str. 25
5840 Schwerte
Tel.: 02304/755-140

Kundgebung der Synode der Ev. Kirche
in Deutschland vom 09. November 1990



Bundesanstalt für Arbeit Der Präsident

Bundesanstalt für Arbeit, Postfach, 8500 Nürnberg 1

- 1) Alle Dienststellen der Bundesanstalt im Beitrittsgebiet

nachrichtlich an die übrigen
Landesarbeitsämter, Arbeitsämter
und die ZAV

2295
2. April 1991
Ia7 - 5590 A/3313 -

Betreff: Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM)
hier: Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit zur Umsetzung des Sonderprogramms im Rahmen des "Gemeinschaftswerkes Aufschwung-Ost" sowie vorläufige Durchführungsanweisungen

Im Rahmen des "Gemeinschaftswerkes Aufschwung-Ost" hat die Bundesregierung 5,5 Mrd DM für eine quantitative Ausweitung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie für eine begrenzte Bezuschussung von notwendigen Sachkosten bei Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung bereitgestellt.

Damit sollen noch bis Ende 1991 für weitere rd. 150.000 Arbeitnehmer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bewilligt werden. Zusammen mit dem bisherigen Haushaltsansatz der Bundesanstalt, der Neubewilligungsmöglichkeiten für 130.000 ABM-Beschäftigte vorsieht, ergibt sich daraus die neue Mindestzielgröße von 280.000 Neubewilligungen noch bis Ende 1991. Die hieraus resultierenden Mindestzielgrößen für 1991 bezogen auf die einzelnen Arbeitsamtsbezirke sind in der Anlage 1 beigefügt.

Aktendurchschrift/Entwurf

Verteiler	Zahl der Abdrücke
Beitrittsgebiet 10, 11 übrige LAA/AA je 3 Ex. S/1800 S/2600 S/BMA	5. Verteiler
Reserve Ia7	82
Gesamtauflage	3100

Referent: Hr. Grottel
Bearbeiter: Zafall

Kanzlei- und Poststellenvermerke		
Geschrieben	02.04	SD
Gelesen/korrigiert		
Abgesandt		

→ lue

- 2 -

Die mit RdErl vom 26. Februar 1991 - 5590 A/3313 mitgeteilten Mindestzielgrößen sind insoweit überholt.

Diese neuen Zielvorgaben erfordern eine deutliche Verstärkung der Anstrengungen zur Trägergewinnung. Die mit dem Gemeinschaftswerk nunmehr eröffnete - wenn auch begrenzte - Möglichkeit zur Finanzierung von Sachkosten bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollte nachhaltige Impulse für die ABM-Entwicklung geben und die Motivierung von potentiellen ABM-Trägern zur Durchführung von Maßnahmen erleichtern. Ich bitte, unverzüglich alle Vorkehrungen zu treffen, potentielle ABM-Träger über diese neuen Möglichkeiten zu informieren und sie für die Durchführung von ABM zu gewinnen.

Verstärkte Anstrengungen zur Trägergewinnung

Die personellen Voraussetzungen für die Umsetzung dieses Programms werden so schnell wie möglich geschaffen. Hierzu ergehen gesonderte Weisungen.

Schaffung der personellen Voraussetzungen

Der Text der zwischen der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit geschlossenen Vereinbarung über die Durchführung eines einmaligen Sonderprogramms im Rahmen des "Gemeinschaftswerkes Aufschwung-Ost" für mehr Beschäftigung und Investitionen in den neuen Bundesländern und dem Ost-Teil Berlins betreffend "Lohn- und Sachkostenzuschüsse zur Durchführung von Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung" sowie die dazugehörigen vorläufigen Durchführungsanweisungen sind als Anlage 2 beigefügt.

Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der BA vom 22.03.1991

- 2 -

F 7825a

- 3 -

Um Erfahrungen über den Umfang der Sachkostenzuschüsse bezogen auf das förderungsfähige Arbeitsentgelt zu gewinnen, bitte ich die in der Anlage 3 vorgegebene Meldung monatlich zuverlässig zum 5. des darauffolgenden Monats an die zuständigen Landesarbeitsämter/ZentrAV weiterzugeben. Diese melden die zusammengefaßten Summen bei den einzelnen Positionen unter Beifügung von Ablichtungen der Meldungen der Arbeitsämter unverzüglich an die Hauptstelle, Referat Ia7, weiter.

Anlage

Im Auftrag

(AL I z.U.)

UAL Ia	IVa3	IVa2	Ia7

gesonderte
Anzahlungs-
exemplare

2/4
2x 2/4

Arbeitsamtsbezirk	Zahl der Arbeitslosen Stand Dezember 1990	neue Mindest- zielgröße für ABM-Ein- tritte 1991
	1	2
Mecklenburg-Vorpommern		
Neubrandenburg	22 216	9 700
Rostock	26 372	11 500
Schwerin	26 104	11 400
Stralsund	14 950	6 600
Brandenburg		
Cottbus	22 108	9 700
Eberswalde	14 157	6 200
Frankfurt (Oder)	16 393	7 200
Neuruppin	25 740	11 300
Potsdam	22 696	9 900
Sachsen-Anhalt		
Dessau	9 894	4 400
Halberstadt	14 354	6 300
Halle	17 196	7 500
Magdeburg	28 368	12 400
Merseburg	12 583	5 500
Sangerhausen	14 384	6 300
Standal	11 606	5 100
Wittenberg	4 979	2 200
Sachsen		
Altenburg	7 819	3 500
Annaberg	12 858	5 700
Bautzen	24 495	10 700
Chemnitz	16 306	7 200
Dresden	18 864	8 300
Leipzig	34 901	15 300
Oschatz	6 765	3 000
Pirna	12 578	5 500
Plauen	9 723	4 300
Riesa	7 225	3 200
Zwickau	17 669	7 800
Thüringen		
Erfurt	20 388	8 900
Gera	12 439	5 400
Gotha	17 557	7 700
Jena	11 981	5 300
Nordhausen	15 510	6 800
Suhl	24 219	10 600
Berlin (Ost)		
AA I Berlin (Ost)	19 786	8 700
AA II Berlin (Ost)	18 668	8 200
AA III Berlin (Ost)	20 679	9 100
AA IV Berlin (Ost)	7 652	3 400
Beitrittsgebiet - gesamt -	642 182	281 800

Vereinbarung

zwischen der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit über die Durchführung eines einmaligen Sonderprogramms im Rahmen des "Gemeinschaftswerkes Aufschwung Ost" für mehr Beschäftigung und Investitionen in den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins betreffend "Lohn- und Sachkostenzuschüsse zur Durchführung von Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung"

und

vorläufige Durchführungsanweisungen.

Artikel 1

Die Bundesanstalt für Arbeit gewährt in den Jahren 1991 und 1992 Trägern von Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung aus Bundesmitteln Zuschüsse zu den Lohn- und Sachkosten, die mit der Durchführung einer Maßnahme im Sinne des Artikels 2 dieser Vereinbarung in den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins in Zusammenhang stehen, nach Maßgabe dieser Vereinbarung, der §§ 23, 44, 44a der Bundeshaushaltsordnung und den hierzu ergangenen Vorläufigen Verwaltungsvorschriften sowie der von der Bundesanstalt für Arbeit hierzu erlassenen Durchführungsanweisungen.

DA

In den nachfolgenden Durchführungsanweisungen sind die genannten Bestimmungen berücksichtigt.

Artikel 2

§ 1

(1) Die Bundesanstalt für Arbeit kann Zuschüsse zu Lohnkosten aus Bundesmitteln bis zum 31.12.1992 in entsprechender Anwendung der §§ 91 bis 96 Arbeitsförderungsgesetz (AFG), der vom Minister für Arbeit und Soziales der Deutschen Demokratischen Republik am 1. Juli 1990 in Kraft gesetzten Anordnung über die Förderung von Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung aus Mitteln der Arbeitsverwaltung (ABM-Anordnung) (GBI. I Nr. 53 S. 1115) und der hierzu erlassenen Durchführungsanweisungen jeweils in der für die neuen Bundesländer und den Ostteil Berlins geltenden Fassung den Trägern von Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung in den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins gewähren. Bei der Förderungsvoraussetzung nach § 91 Abs. 2 Satz 1 AFG sind auch die besonderen Verhältnisse in den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins zu berücksichtigen.

(2) Maßnahmen, die geeignet sind, die soziale, wirtschaftsnahe und ökologische öffentliche Infrastruktur zu verbessern und eine größere Zahl von Arbeitnehmern zu beschäftigen, sind hauptsächlich zu fördern.

DA

Die Voraussetzungen und Konditionen, unter denen Lohnkostenzuschüsse nach diesem Sonderprogramm gewährt werden, weichen von den bereits für das Beitrittsgebiet geltenden Bestimmungen zu Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach dem AFG nicht ab. Bei der Bewilligung von Zuschüssen zu den Lohnkosten ist nicht zwischen Bewilligungen nach diesem Programm und Bewilligungen aus Haushaltsmitteln der Bundesanstalt aufgrund der Regelungen nach §§ 91 - 96 AFG zu unterscheiden.

Sämtliche Vordrucke zur Beantragung und Bewilligung von Zuschüssen zum Arbeitsentgelt im Rahmen der ABM-Förderung sind weiter zu verwenden. Art.2 1.1.12 Vordrucke

(1) Für die Buchung sämtlicher nach dem 01.04.1991 neu bewilligten Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei ABM ergehen in Kürze gesonderte Weisungen. Art.2 1.1.13 Nach dem 01.04.91 bewilligten Zuschüsse zu den Lohnkosten

(2) Für die Zählbarmachung von Zuschüssen zum Arbeitsentgelt, die vor dem 01.04.1991 bewilligt wurden, ist weiterhin die Buchungsstelle 3/893/22 zu verwenden.

Der Hinweis im § 1 Abs. 2 zur programmatischen Ausrichtung ist in der DA zu § 3 berücksichtigt. Art.2 1.1.21

Artikel 2

§ 2

(1) Die Bundesanstalt für Arbeit kann den in Artikel 1 genannten Trägern Zuschüsse zu den Sachkosten gewähren. Sachkosten sind die notwendigen Aufwendungen für Planung, Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen, die nach § 1 oder in direkter Anwendung der §§ 91 bis 96 AFG gefördert werden, z.B. Aufwendungen für Maschinen, Geräte, Material, Werk- und Dienstleistungen.

(2) Soweit die Kosten für Maschinen und Geräte 2.000 DM im Einzelfall übersteigen, sind nur die Beträge zu berücksichtigen, die auf die Dauer der geförderten Maßnahme entfallen. Pro Jahr Förderungsdauer können bis zu 25 v.H. der Anschaffungskosten als Kosten für Maschinen und Geräte berücksichtigt werden. Bei einer Maßnahmedauer von unter einem Jahr reduzieren sich die berücksichtigungsfähigen Kosten zeitanteilig. Aufwendungen für Miete und Leasing von Maschinen und Geräte können für die Dauer der Maßnahme berücksichtigt werden.

(3) Als Sachkosten können auch die Aufwendungen für Qualifizierungsleistungen für die in die Maßnahme zugewiesenen Arbeitnehmer erstattet werden, wenn die Qualifizierung berufsbegleitend erfolgt und der Qualifizierungsanteil 20 v.H. der Arbeitszeit nicht überschreitet. Der Zeitanteil für Qualifizierung kann auch zu größeren Zeitabschnitten zusammengefaßt werden (Blocksystem).

DA

Zuschüsse zu den Sachkosten können wegen der zeitlichen Befristung in Artikel 1 nur für notwendige Aufwendungen geleistet werden, die bis 31.12.1992 anfallen. Maßgebend ist das Datum der Rechnungs-

stellung. Aufwendungen, die erst nach dem 31.12.1992 anfallen, können bei der Förderung nicht berücksichtigt werden.

(1) Zu den Sachkosten gehören über die in § 2 Art.2 1.2.12 Abs. 1 genannten darüber hinaus auch die notwendigen Aufwendungen wie Förderungsfähige Sachkosten

- nicht förderungsfähige Zuwendungen an Arbeitnehmer (siehe hierzu DA 16.16 zu § 16 ABM-Anordnung),
- durch die Maßnahme zusätzlich entstandener Verwaltungsaufwand, z.B. in Form der Bereitstellung von Arbeitsmaterialien, Bereitstellung von Projektleitung und Projektbegleitung, evtl. bei gemeinnützigen Trägern - nur soweit sie keine institutionellen Zuwendungen staatlicher Stellen erhalten und eine entsprechende Erklärung vorlegen - die auf die Maßnahme entfallenden Regiekosten,
- Kosten, die für die Maßnahme bereits vor ihrem Beginn bzw. erst nach ihrer Beendigung anfallen, aber kausal mit der Maßnahme im Zusammenhang stehen (Kosten für das Einrichten bzw. Abbauen einer Baustelle)

(2) Werden zur Durchführung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gebrauchte Ausrüstungsgegenstände oder sonstige Betriebsmittel erworben, deren Beschaffungskosten in etwa die Hälfte des Neupreises ausmachen, so können diese voll als Sachkosten berücksichtigt werden.

(1) Nicht förderungsfähige Sachkosten sind vom Träger lediglich fiktiv in Rechnung gestellte Kosten beispielsweise für das Nutzen von dem Träger gehörenden Gebäuden oder Räumen, Gerätschaften und Ausrüstungsgegenständen. Insoweit ist eine Eigenbeteiligung des Trägers zu verlangen und zumutbar. Art.2 1.2.13 Nicht förderungsfähige Kosten

(2) Ein besonders strenger Maßstab zur Notwendigkeit von Aufwendungen ist bei der Beschaffung und dem Leasing von Kraftfahrzeugen, insbesondere von Personenkraftwagen, anzulegen.

Soweit Aufwendungen für Werk- und Dienstleistungen für Planung, Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen geltend gemacht werden, soll der Träger vor Auftragserteilung i.d.R. mindestens 3 Angebote einzuholen und beibringen. Art.2 1.2.14

Die Notwendigkeit der im Antrag angeführten Aufwendungen ist auf Plausibilität hin zu prüfen. Bestehen begründete Zweifel hinsichtlich des Umfangs der geltend gemachten Aufwendungen, ist der Träger zu hören. Soweit die begründeten Zweifel auch nach Anhörung des Trägers noch fortbestehen, sind die geltend gemachten Aufwendungen nicht zuschußfähig. Zur Aufklärung des Sachverhalts kann von dem Träger auch die Vorlage von Vergleichsangeboten gefordert werden. Art.2 1.2.15 Plausibilitätsprüfung

Bei einer Maßnahmedauer von über einem Jahr erhöhen sich die berücksichtigungsfähigen Kosten gleichfalls zeitanteilig. Art.2 1.2.21

Für den Sachkostenzuschuß spielt es keine Rolle, ob die Qualifizierung vom Träger der ABM selbst oder von einem Dritten geleistet wird. Der Zeitanteil für Qualifizierung soll in der Regel nicht über einen größeren Zeitabschnitt als einen Monat geblockt werden. In jedem Fall darf der zusammengefaßte Zeitanteil für Qualifizierung 50 Unterrichtsstunden à 45 Minuten nicht überschreiten. Art.2 1.2.31 Zuschuß zu Aufwendungen für Qualifizierung

Artikel 2

§ 3

(1) Die Sachkostenzuschüsse dürfen im Durchschnitt aller Maßnahmen einen Betrag von 33 1/3 v.H., bezogen auf die Summe der als förderungsfähig anerkannten Lohnkosten der Maßnahmen, für die Sachkostenzuschüsse gewährt werden, nicht überschreiten. Sie sollen 100 v.H. der als förderungsfähig anerkannten Lohnkosten der einzelnen Maßnahme nicht überschreiten.

(2) Sachkostenzuschüsse und Lohnkostenzuschüsse zusammen dürfen die Differenz zwischen den Gesamtkosten der Maßnahme und den Einnahmen sowie Leistungen Dritter nicht überschreiten. Bei der Berechnung der Höhe der Gesamtkosten sind die Aufwendungen für Maschinen und Geräte nur im Rahmen des § 2 Abs. 2 zu berücksichtigen.

(3) Die Sachkostenzuschüsse für Aufwendungen für Planung und Vorbereitung der Maßnahme können bereits vor Beginn der Maßnahme aufgrund eines Rahmenkonzepts gewährt werden.

DA

Um die Einhaltung des Durchschnitts von 33 1/3 v.H. der als förderungsfähig anerkannten Lohnkosten als Sachkostenzuschüsse zu gewährleisten, werden die Dienststellen ermächtigt, Sachkostenzuschüsse bis zu einer Höhe von 30 v.H., bezogen auf die anerkannten Zuschüsse zum Arbeitsentgelt, zu bewilligen. Dies gilt jedoch nur für Maßnahmen, die bis längstens 31.12.1992 bewilligt werden. Bei einer Maßnahmedauer über den 31.12.1992 hinaus, darf bei der Berechnung der Obergrenze von 30 v.H.

Art. 2 1.3.11
Einhaltung des
Durchschnitts-
förderungssatzes

für Sachkostenzuschüsse nur das auf den Zeitraum bis 31.12.1992 entfallende anerkannte förderungsfähige Arbeitsentgelt zugrunde gelegt werden.

Bei der Berechnung der Förderungsgrenzen des § 14 ABM-Anordnung bleiben die Sachkostenzuschüsse unberücksichtigt.

Art. 2 1.3.12
Zustimmungsgrenzen

Eine Förderung mit Sachkostenzuschuß über 30 v.H. bezogen auf das förderungsfähige Arbeitsentgelt kann für Großprojekte mit einer voraussichtlichen Zahl von mehr als 150 Arbeitnehmern bewilligt werden, insbesondere für Maßnahmen, die die soziale, wirtschaftsnahe und ökologische öffentliche Infrastruktur verbessern. Eine solche erhöhte Sachkostenförderung ist nur nach vorheriger Einschaltung des Fachreferats der Hauptstelle und mit dessen Zustimmung möglich.

Art. 2 1.3.13
Abweichung von der
30 %-Obergrenze

(1) Eine pauschale Bewilligung von Sachkostenzuschüssen ohne Einzelnachweis bis zur prozentualen Grenze von 30 % ist nicht zulässig.

Art. 2 1.3.14
Keine Pauschalbewilligungen

(2) Etwas anderes gilt nur bei Großmaßnahmen, wenn ein Kostenvoranschlag vorgelegt wird, der die Sachkosten für die einzelnen Gewerke pauschaliert zusammenfaßt. In derartigen Fällen kann vorbehaltlich der später nachzuweisenden Einzelaufschlüsselung (vor Auszahlung) ein Zuschuß auch ohne vorhergehende detaillierte Aufschlüsselung bewilligt werden.

Erhöhen sich die notwendigen sächlichen Aufwendungen während der Durchführung der Maßnahme aus nicht vorhersehbaren Gründen und liegt der bewilligte Sachkostenzuschuß gemessen an dem anerkannten

Art. 2 1.3.15
Nachträgliche
Erhöhung

ten Lohnkostenzuschuß unter der in der Regel zu beachtenden Obergrenze von 30 v.H., so kann auf Antrag des Trägers ausnahmsweise durch Ergänzungsbescheid ein höherer Sachkostenzuschuß gewährt werden, wenn die Maßnahme ansonsten scheitern würde. Die Obergrenze von 30 v.H. gemessen an dem anerkannten Lohnkostenzuschuß ist dabei zu beachten.

Zur Sicherstellung der Finanzierung der Gesamtkosten einer Maßnahme kann ergänzend zu den Zuschüssen zu den Lohnkosten und den Sachkostenzuschüssen auch ein Darlehen aus Mitteln der Bundesanstalt gewährt werden. Der Sachkostenzuschuß ist im Verhältnis zur darlehensweisen Förderung als Leistung Dritter anzusehen, die vorrangig einzusetzen ist. Gleiches gilt für die verstärkte Förderung nach § 96 AFG.

Das geforderte Rahmenkonzept muß bereits hinreichend inhaltlich bestimmt sein und erkennen lassen, daß für die eigentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme auch die grundlegenden Voraussetzungen (Zusätzlichkeit, öffentliches Interesse, arbeitsmarktpolitische Zweckmäßigkeit) vorliegen. Der Antrag für einen Sachkostenzuschuß für Aufwendungen für Planung und Vorbereitung muß vor der Auftragserteilung gestellt sein. Zugleich muß die Gesamtfinanzierung der ABM zumindest realisierbar erscheinen. Die Sachkostenzuschüsse nach § 3 Abs. 3 der Vereinbarung werden auf die möglichen Sachkostenzuschüsse der eigentlichen ABM angerechnet.

Art.2 1.3.16
Ergänzende Darlehensgewährung

Art.2 1.3.31
Inhaltliche Bestimmtheit des Rahmenkonzepts

Verfahren

(1) Die Sachkostenzuschüsse werden auf Antrag gewährt. Außer in den Fällen der Beantragung von Sachkosten nach § 3 Abs. 3 ist der Antrag auf Sachkostenzuschüsse zusammen mit dem ABM-Antrag zu stellen. Art.2 2.3.11
Antragstellung

(2) Bis zur Auslieferung neuer Antragsvordrucke ist in Ziff. 11.2 des Vordruckes BA-ABM 3 handschriftlich zu ergänzen: "Es werden zusätzlich Zuschüsse zu den Sachkosten und/oder Darlehen beantragt...". Das Anlageblatt zum Vordruck ABM 3 (ABM 3d) ist in bereits überarbeiteter Fassung diesem Richtlinienentwurf mit Durchführungsanweisungen als Anlage 2a beigelegt.

Vordruck ABM-3d

Für die Bewilligung des Sachkostenzuschusses ist der in der Anlage 2b beigelegte Bewilligungsbescheid zu verwenden. Die Vordrucke werden in ausreichender Stückzahl in Kürze an die Dienststellen ausgeliefert.

Bewilligungsbescheid

(1) Die Sachkostenzuschüsse werden nach Abschluß der ABM fällig. Bis zur Fälligkeit des bewilligten Sachkostenzuschusses können auf die durch Rechnungsbelege nachgewiesenen Sachkosten Auszahlungen bis zu 100 % des bewilligten Sachkostenzuschusses geleistet werden.

Art.2 2.3.12
Auszahlung

(2) Abschläge können auch aufgrund eines vorgelegten Beschaffungsplanes bis zu 90 % der bewilligten Sachkosten ausgezahlt werden, wobei die Beschaffung innerhalb der nächsten 6 Monate erfolgen sollte.

(3) Der Sachkostenzuschuß kann auch in monatlich gleichbleibenden Raten bis zu 90 % des bewilligten Sachkostenzuschusses ausgezahlt werden.

Zur Buchung der Sachkostenzuschüsse ergeben in Kürze gesonderte Weisungen.

Art.2 2.3.13
Buchung

(1) Der Träger hat spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Abschluß der Maßnahme eine Gesamtkostenabrechnung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme vorzulegen. Mit der Gesamtabrechnung hat der Träger auch sämtliche Leistungen Dritter für die ABM und sämtliche Einnahmen nachzuweisen. Auf Verlangen des Arbeitsamtes hat der Träger auch sämtliche Rechnungsunterlagen vorzulegen.

Art.2 2.3.13
Abrechnung

(2) Liegen die tatsächlich nachgewiesenen Sachkosten unter den bereits ausgezahlten Sachkostenzuschüssen, so ist der überzahlte Betrag vom Träger zurückzufordern.

(3) Übersteigt die Summe aus Einnahmen, Leistungen Dritter, Lohnkostenzuschüssen und bereits ausgezahlten Sachkostenzuschüssen die Gesamtkosten der Maßnahme, so ist der die Gesamtkosten übersteigende Betrag vom Träger zurückzufordern.

Über die auflösenden Bedingungen im Bewilligungsbescheid und die dortigen Erstattungstatbestände hinaus ist eine Aufhebung des Anerkennungsbescheides über die Sachkosten bei Vorliegen der Voraussetzungen der §§ 45, 47, 48 Sozialgesetzbuch 10. Buch (SGB X) und in den Fällen des § 151 Abs. 1 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) möglich. Die Erstattung von Leistungen richtet sich nach § 50 SGB X. Das Verfahren zur Aufhebung von Verwaltungsakten

Art.2 2.3.14
Aufhebung und
Erstattung

und Erstattung von Leistungen ist in den Durchführungsanweisungen zu den §§ 44 - 52 SGB X (RdErl 295/80 - 7944/... -), zu § 151 Abs. 1 AFG (RdErl 250/81 - 7151.1/... -) sowie Näheres über Ermessensausübung in RdErl 60/87 geregelt.

Artikel 2

§ 4

Frauen sollen insgesamt bei Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung ihrem Anteil an den Arbeitslosen entsprechend berücksichtigt werden.

Artikel 3

Die Ausgaben für Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach Artikel 1 trägt der Bund. Verwaltungskosten werden nicht erstattet.

Artikel 4

§ 1

Die für die Gewährung der Lohn- und Sachkostenzuschüsse nach diesem Sonderprogramm erforderlichen Haushaltsmittel werden der Bundesanstalt für Arbeit rechtzeitig zur Bewirtschaftung zugewiesen. Für die Bewirtschaftung sind die haushaltsrechtlichen Vorschriften des Bundes zu beachten.

§ 2

Für Stundung, Niederschlagung und Erlaß von Ansprüchen gelten die Vorläufigen Verwaltungsvorschriften zu § 59 der Bundeshaushaltsordnung.

DA

Hierzu folgen noch nähere DA

§ 3

Die Vorprüfung der Tätigkeiten der Bundesanstalt für Arbeit aufgrund dieser Vereinbarung obliegt der Vorprüfungsstelle der Bundesanstalt für Arbeit.

§ 4

Etwaige Haftungsansprüche des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung aufgrund der Mitwirkung der Bundesanstalt für Arbeit können nur insoweit geltend gemacht werden, als die Bediensteten der Bundesanstalt für Arbeit nach deren Bestimmungen haften.

Artikel 5

Diese Vereinbarung tritt am 1. April 1991 in Kraft.

DA

Der Sachkostenzuschuß zur Durchführung einer ABM darf nur für Maßnahmen gewährt werden, die nach dem 01.04.1991 bewilligt wurden. Für vor dem 01.04.1991 bewilligte Maßnahmen ist davon auszugehen, daß die Finanzierung der Gesamtkosten auch ohne Sachkostenzuschuß gesichert ist. Wird allerdings eine vor dem 01.04.1991 bewilligte Maßnahme ausgeweitet und werden damit mehr ABM-Arbeitnehmer beschäftigt, so können bezogen auf das durch Ergänzungsbescheid zusätzlich bewilligte Arbeitsentgelt Zuschüsse zu den Sachkosten gewährt werden.

Anlage 2a

Anlage zu Nrn. 11.2/12 des Antrages auf Förderung einer Allgemeinen Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung (ABM)			
Träger der Maßnahme:			ABM-Nr.
Kurzbezeichnung der Maßnahme:			
Zuschüsse zu den Sachkosten/Darlehen/kapitalisierter Zinszuschuß/ Leistungen Dritter/Einnahmen			
			volle DM
1.	Gesamtkosten		
2.	Leistungen des Trägers der Maßnahme		Wird vom Arbeitsamt ausgefüllt
2.1	Haushaltsmittel des Trägers	DM	
2.2	Kapitalmarktmittel (ohne Nr. 2.5 und 2.8)	DM	
2.3	Sachleistungen (Materialien)	DM	
2.4	Leistungen Dritter	DM	
2.5	Leistungen Dritter, soweit vorfinanziert	DM	
2.6	Sonstige Geldmittel (bitte näher erläutern)	DM	
2.7	Summe der Beträge 2.1 bis 2.6		%
2.8	Kapitalmarktmittel, für die ein kapitalisierter Zinszuschuß beantragt wird		
2.9	Leistungen des Trägers insgesamt		
3.	Als Förderung werden zusätzlich beantragt:		
3.1	aus Mitteln der Bundesanstalt		
3.11	Darlehen (..... fache des Zuschusses gem. 11.118)	=	
3.12	kapitalisierter Zinszuschuß anstelle eines Darlehens (..... fache des Zuschusses) in Höhe von x 0,4/0,5	=	
3.2	aus Mitteln der Bundesanstalt nach § 96 AFG (verst. Förd.)		
3.21	Darlehen	+	
3.22	kapitalisierter Zinszuschuß anstelle eines Darlehens in Höhe von x 0,4/0,5	=	
3.3	aus Landesmitteln (verst. Förd.)		
3.31	Darlehen		
3.32	kapitalisierter Zinszuschuß anstelle eines Darlehens in Höhe von x 0,4/0,5	=	
3.4	aus Mitteln des Gemeinschaftswerkes "Aufschwung Ost"		
3.41	Zuschuß zu den Sachkosten	=	
3.51	Summe der Förderung - Darlehen	=	
3.52	Summe der Förderung - kapitalisierter Zinszuschuß	=	
3.53	Summe der Förderung - Zuschuß gem. 11.14	+	
3.54	Summe der Förderung - Zuschuß zu den Sachkosten i.R.d. Gemeinschaftswerks		
3.6	Summe der Förderung - insgesamt	=	

BAI - ABM 3d - 4/91 (nur neue Bundesländer)

-bitte wenden-

4.1 Zur Finanzierung der Maßnahme durch Dritte wurden/werden

	Leistende(r) Dritte(r)	Datum der Bewilligung/ Antragstellung	Zuschuß	Darlehen
			DM	DM
4.11 bewilligt/gewährt:				
4.12 in Aussicht gestellt:				
4.13 beantragt:				
4.14 erhoben (z.B. Anlieger-/Erschließungsbeiträge):				
4.15 Die Leistungen des/der Dritten insgesamt (Summe 4.11 – 4.14) davon				

- 4.16 Ein leistungspflichtiger Dritter ist außerstande, die von ihm zu erbringenden Leistungen zu gewähren? ☐ trifft zu ☐ trifft nicht zu
Wenn zutreffend, bitte näher erläutern:

4.2 Die Maßnahme führt zu folgenden Einnahmen:

Art: _____ ab _____
☐ einmalig ☐ monatlich ☐ jährlich für die Dauer von _____ bis _____
in Höhe von _____ DM

5. Erklärung des Trägers der Maßnahme

- 5.1 Die unter Nr. 2.1 – 2.6 aufgeführten eigenen und fremden Leistungen stehen für die Durchführung der Maßnahme
☐ in voller Höhe zur Verfügung. ☐ noch nicht ☐ noch nicht in voller Höhe zur Verfügung, weil

- 5.2 Die Aufsichtsbehörde hat die Aufnahme der als Darlehen/Basisdarlehen beantragten Förderung und der sonstigen Kapitalmarktmittel (bei Gebietskörperschaften und Trägern mit vergleichb. haushaltsrechtlichen Vorschriften)
☐ in vollem Umfang genehmigt. ☐ noch nicht ☐ nur teilweise genehmigt (auf Beibl. näher erläutern).

5.3 Die Kapitalmarktmittel für den Zinszuschuß (2.8)

☐ wurden/werden aufgenommen (s. Bescheinigung des Kreditinstituts).

- 5.4 Wird/Werden die beantragte(n) Förderung/Leistungen Dritter nicht bzw. nicht in vollem Umfang gewährt, werde(n) ich/wir ☐ einen Umfinanzierungs-/Einschränkungsantrag stellen.

☐ die Maßnahme nicht durchführen.

☐ für den Ausfall selbst eintreten.

_____, den _____ (Unterschrift(en) des Trägers der Maßnahme)

Allgemeine Maßnahmen
zur Arbeitsbeschaffung (ABM)ANERKENNUNGSBESCHEID
über die Förderung notwendiger
Sachkosten zur Durchführung der
Allgemeinen Maßnahme zur
ArbeitsbeschaffungABM-Nr.:

Kurzbezeichnung der Maßnahme:

Ihre Nachricht
Durchwahl-Nr.
Datum
Mein Zeichen

(Bitte bei jeder Antwort dieses Zeichen angeben)

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund Ihres Antrages vom _____ und der dazugehörigen Unterlagen bewillige ich Ihnen zur Durchführung der o.g. ABM aufgrund der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit über die Durchführung eines einmaligen Sonderprogramms im Rahmen des "Gemeinschaftswerkes Aufschwung Ost" für mehr Beschäftigung und Investitionen in den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins betreffend "Lohn- und Sachkostenzuschüsse zur Durchführung von Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung" vom 22. März 1991 aus Mitteln des Bundes einen

Zuschuß zu den notwendigen Sachkosten bis zur Höhe von _____ DM.

(= _____ % des als förderungsfähig anerkannten Arbeitsentgelts bzw. des auf den Zeitraum bis längstens 31.12.1992 entfallenden anerkannten Arbeitsentgelts bei ABM-Nr.: _____).

Die Sachkostenzuschüsse können dem Träger der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme nur für Aufwendungen für Planung, Vorbereitung und Durchführung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme gewährt werden, wenn sie in den Jahren 1991 oder 1992 anfallen. Maßgebend ist das Rechnungsdatum, das vor dem 31.12.1992 liegen muß.

Die weiter geltend gemachten Sachkosten können nicht berücksichtigt werden, weil

- ☐ sie nicht notwendig zur Durchführung der vorgenannten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sind,
- ☐ die Sachkosten im Durchschnitt aller Maßnahmen 33 1/3 % bezogen auf die Summe des als förderungsfähig anerkannten Arbeitsentgelts bei Allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht überschritten werden dürfen. Da nach der genannten Vereinbarung vorrangig größere Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen, wirtschaftsnahen und ökologische öffentliche Infrastruktur gefördert werden sollen, müssen bei anderen Maßnahmen zur Einhaltung des Durchschnittswertes Abschlüsse gemacht werden,
- ☐ Kosten für Maschinen und Geräte mit Anschaffungskosten von über 2.000,- DM nur mit 25 v.H. der Anschaffungskosten jährlich bei der Sachkostenförderung berücksichtigt werden können,
- ☐ sie erst nach dem 31.12.1992 entstehen,
- ☐ bei der Berechnung der Obergrenze für den Sachkostenzuschuß nur das auf den Zeitraum bis längstens 31.12.1992 entfallende anerkannte förderungsfähige Arbeitsentgelt berücksichtigt werden kann.

Bewilligungsgrundlage:

Die Entscheidung beruht auf Art. 2 § 2 und § 3 in Verbindung mit Art. 1 der oben genannten Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit sowie den dort weiter genannten Rechtsvorschriften.

Die Auszahlung der Zuschüsse zu den Sachkosten erfolgt grundsätzlich ohne weitere schriftliche Mitteilung zum Überweisungsbeleg

- ☐ jeweils nachträglich nach Vorlage der Rechnungsbelege bis zur Höhe des bewilligten Betrages
- ☐ als Abschlag in monatlich gleichbleibender Höhe bis zu 90 % des bewilligten Sachkostenzuschusses zusammen mit dem Lohnkostenzuschuß
- ☐ als Abschlagszahlung aufgrund eines vorgelegten Beschaffungsplanes, der höchstens Beschaffungen für einen Zeitraum von 6 Monaten umfassen soll, bis zur Höhe von 90 % des bewilligten Sachkostenzuschusses.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid ist der Widerspruch zulässig. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei dem umseitig bezeichneten Arbeitsamt einzureichen, und zwar binnen eines Monats, nachdem der Bescheid Ihnen bekanntgegeben worden ist.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Auflagen und Bedingungen

Folgende Auflagen und Bedingungen sind Bestandteil dieses Bescheides:

1. Die Sachkostenzuschüsse werden zweckgebunden zur Finanzierung von notwendigen Aufwendungen für Planung, Vorbereitung und Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (einschl. notwendiger Aufwendungen für berufliche Qualifizierung) gewährt. Die mit den Sachkostenzuschüssen beschafften Gegenstände bzw. finanzierten Werk- und Dienstleistungen sind ebenfalls ausschließlich zur Durchführung der oben genannten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bestimmt. Die Zweckbindung ist auch dann erfüllt, wenn Sie als Träger weitere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchführen und hierfür Ausrüstungsgegenstände oder Gerätschaften zur Durchführung dieser anderen Maßnahmen unentgeltlich zur Verfügung stellen. Gleiches gilt, wenn Sie Maschinen, Werkzeuge, Kraftfahrzeuge etc. anderen ABM-Trägern unentgeltlich zur Verfügung stellen. Dies darf jedoch die Durchführung der Maßnahme, zu der Ihnen der Sachkostenzuschuß bewilligt wurde, nicht stören oder gefährden.
2. Die Sachkostenzuschüsse sind strikt getrennt von anderen Geschäftsvorgängen zu bewirtschaften.
3. Die Sachkostenzuschüsse sind wirtschaftlich und sparsam zu verwenden. Preisnachlässe (Skonti und Rabatte) sind zu nutzen. Die mit den Sachkostenzuschüssen beschafften Sachen sind angemessen gegen Risiken (Diebstahl, Brand etc.) zu sichern.
4. Alle Zahlungen bis zur Erteilung eines Schlußbescheides erfolgen unter dem Vorbehalt des Nachweises einer zweckentsprechenden Mittelverwendung und des Nachweises, daß die anerkannten Sachkosten auch tatsächlich in dieser Höhe entstanden sind. Eventuell überzahlte Beträge sind zu erstatten.
5. Sämtliche Verpflichtungen aus dem Anerkennungsbescheid der oben bezeichneten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sind zu beachten.
6. Wird der Anerkennungsbescheid über die oben bezeichnete Arbeitsbeschaffungsmaßnahme aufgehoben, wird der Bescheid über den Sachkostenzuschuß rückwirkend unwirksam. Von einer Erstattung kann jedoch ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn der Träger der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme die Aufhebung des Anerkennungsbescheides nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht hat und die verbleibenden Vorteile aus dem Sachkostenzuschuß vergleichsweise gering sind. Von einer Erstattung kann jedoch auch dann abgesehen werden, wenn die mit dem Sachkostenzuschuß beschafften Geräte oder Ausrüstungsgegenstände und sonstigen Sachen von anderen ABM-Trägern benötigt werden und ihnen diese unentgeltlich überlassen oder für eine vergleichbare Maßnahmedauer zur Verfügung gestellt werden. Ansonsten sind bereits ausgezahlte Sachkostenzuschüsse im Verhältnis der tatsächlich zurückgelegten Förderungsdauer zur anerkannten Förderungsdauer zu erstatten.
7. Im Rahmen des bei der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme geforderten Gesamtkostennachweises, der spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zu erfolgen hat, hat der Träger sämtliche Einnahmen und andere Leistungen Dritter nachzuweisen. Soweit Zuschüsse zum Arbeitsentgelt, Zuschüsse zu den Sachkosten, andere Leistungen Dritter und Einnahmen die Gesamtkosten übersteigen, sind in Höhe dieses Betrages die Sachkostenzuschüsse zu erstatten.
8. Sämtliche Original-Rechnungsbelege sind unverzüglich auf Anforderung dem Arbeitsamt vorzulegen. Die Belege sind auch nach Erteilung des Schlußbescheides mindestens fünf Jahre aufzubewahren.
Die Rechnungsbelege über die Sachkosten können auch im Rahmen von unangemeldeten Maßnahmeprüfungen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme von Bediensteten der Bundesanstalt für Arbeit und den rechnungsprüfenden Stellen bei Ihnen geprüft werden.

Weitere Auflagen und Bedingungen (ggf. Auflageblatt):

Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM)
Liste über die Inanspruchnahme von ABM-Leistungen

ABM-Nr.	Zahl der zuzuweisenden Arbeitnehmer in ABM	Bewilligte Beträge für Zuschüsse zu den Lohnkosten	Anerkannte Zuschüsse zu den Sachkosten	Bewilligte ergänzende Darlehen aus Mitteln der BA	Ergänzungen
1	2	3	4	5	6
Summe					

BERICHTSTERMINE:

5. eines jeden Monats - AÄ an LAÄ/ZentrAV
möglichst 10. eines jeden Monats - LAÄ/ZentrAV (Eingang bei Hauptstelle):
diesen Termin bitte unbedingt einhalten!

An den

☐ Herrn Präsidenten des
Landesarbeitsamtes

Sachlich und rechnerisch
richtig

Datum: _____
i.A.

☐ Herrn Leiter der
Zentralen Arbeitsverwaltung

☐ Herrn Präsidenten der
Bundesanstalt für Arbeit
- Referat Ia7 -

(Unterschrift, Amtsbez./Verg.Gr.)

(Unterschrift)



Nr. 25/S. 177 Bonn, den 12. März 1991

Bulletin

Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost

Beschluß der Bundesregierung vom 8. März 1991

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl sandte am 8. März 1991 an die Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer und an den Regierenden Bürgermeister von Berlin mit folgendem Schreiben die Unterlage zum „Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost“:

Sehr geehrte Kollegen,

die Bundesregierung hat heute ein „Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost“ beschlossen. Es ist auf zwei Jahre angelegt und umfaßt ein zusätzliches finanzielles Gesamtvolumen von 24 Mrd. DM, jeweils 12 Mrd. DM für 1991 und 1992.

Ziel dieses Programms ist die nachhaltige Förderung von Investitionen und Arbeitsplätzen in den neuen Bundesländern. Schwerpunkte sind kommunale Investitionen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Unterstützung privater Unternehmensinvestitionen, regionale Wirtschaftsförderung, Werft-hilfen, Umweltschutzmaßnahmen, Wohnungs- und Städtebau sowie Investitionen in den Bereichen Verkehr und Hochschulen.

Über Einzelheiten des „Gemeinschaftswerks Aufschwung-Ost“ informiert Sie die beigefügte Unterlage.

• einem Gespräch, das ich gestern mit Spitzenvertretern der Wirtschaftsverbände, des Handwerks und der Gewerkschaften geführt habe, hat das Gemeinschaftswerk breite Unterstützung gefunden.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich persönlich für die möglichst schnelle Umsetzung dieses Programms einsetzen könnten. Die Bundesregierung ist bereit, hierfür ihrerseits Unterstützung und Hilfe zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr
Helmut Kohl

Die dem Schreiben des Bundeskanzlers beigefügte Unterlage hat folgenden Wortlaut:

Nach 45 Jahren sozialistischer Kommandowirtschaft muß der Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft zwangsläufig mit einem tiefgreifenden Strukturwandel einhergehen. Dieser hat in den neuen Bundesländern inzwischen voll eingesetzt.

Die früher verdeckte hohe Arbeitslosigkeit tritt immer offener zutage. Viele Arbeitsplätze in so nicht mehr überlebensfähigen Betrieben und in überdimensionierten Verwaltungen müssen aufgegeben oder angepaßt werden.

Auf der anderen Seite entstehen in den neuen Bundesländern bereits zahlreiche neue Arbeitsplätze. So haben nach einer Befragung von Infratest seit der „Wende“ rund eine Million Personen eine neue Beschäftigung aufgenommen.

Unbestritten bleibt aber: Alte Arbeitsplätze fallen schneller weg, als neue Arbeitsplätze entstehen. Das war in der Zeit des Wiederaufbaus der bisherigen Bundesländer Anfang der fünfziger Jahre nicht anders als später in den Regionen mit aufgestautem Strukturanpassungsbedarf, etwa im Ruhrgebiet.

Um so dringlicher ist es, die jetzt für viele Menschen schwierige Phase des Übergangs zu wettbewerbsfähigen Strukturen zu unterstützen. In dieser außergewöhnlichen Situation sind deshalb alle in unserem Lande gefordert, auch mit unkonventionellen Mitteln ihren Teil zur inneren Einheit Deutschlands beizutragen.

Schlüssel für die wirtschaftliche Erholung in den neuen Bundesländern sind private und öffentliche Investitionen. Die Bundesregierung hat bereits vielfältige Hilfen und Anstöße gegeben, um einen arbeitsplatzschaffenden Investitionsaufschwung in Gang zu bringen. Es gilt jedoch, die Zeit zu überbrücken, bis diese Maßnahmen breite Wirkung zeigen.

Dazu bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung von Bund, Ländern, Gemeinden, Tarifparteien, Verbänden und aller gesellschaftlichen Gruppen. Wenn jeder das in seinen Kräften Stehende tut, können wir gemeinsam die Spanne bis zum vermehrten Entstehen neuer Arbeitsplätze verkürzen und Brücken in dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse bauen.

Für die schwierige Umstellungsphase in den neuen Bundesländern brauchen wir weder komplizierte bürokratische Programme noch zeitaufwendige Verwaltungsprozeduren, sondern schnelle Hilfen und das pragmatische Zusammenwirken aller im Interesse der Menschen in den neuen Bundesländern. Gut und hilfreich sind alle Maßnahmen, die sofort und unmittelbar vor Ort für jeden sichtbar und spürbar wirksam werden. Der Erfolg einer gemeinsamen Anstrengung wird um so eher eintreten, je besser es gelingt, die Betroffenen zu Beteiligten zu machen.

Darum schlägt die Bundesregierung vor, in den neuen Bundesländern auf regionaler Ebene unter der Leitung von Landräten bzw. Oberbürgermeistern Aufbaustäbe zur Begleitung aller Maßnahmen zur Förderung von Wachstum

Inhalt

Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost

177

Maßnahmen zur Arbeitsförderung
in den neuen Bundesländern

182

und Beschäftigung einzurichten, sofern es nicht bereits vergleichbare Einrichtungen (z. B. Wirtschaftsförderungsgesellschaften) gibt. Mitglieder der Aufbaustäbe sollen erfahrene Mitarbeiter der Arbeitsverwaltung, der örtlichen Wirtschaft und ihrer Verbände sowie des Handwerks, der Kammern und Gewerkschaften sein. Sie treten regelmäßig zu Beratungen zusammen und erhalten bei Bedarf unbürokratische beratende Unterstützung von den Landesregierungen, der Bundesanstalt für Arbeit, von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften sowie von den kommunalen Spitzenverbänden.

Aufgabe der Aufbaustäbe ist es vor allem,

- Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu akquirieren,
- einen sozialverträglichen Übergang bei Betriebsschließungen zu sichern und unter Nutzung vorhandener Einrichtungen insbesondere Qualifizierungsmaßnahmen in Gang zu bringen,
- die Koordination mit den übrigen Maßnahmen der beruflichen Ausbildung, den öffentlichen Infrastrukturinvestitionen und den regionalpolitischen Förderungsmaßnahmen zu ermöglichen.

Für eine Beschleunigung des Aufschwungs in den neuen Bundesländern stellt die Bundesregierung für 1991 zusätzlich 17 Mrd. DM zur Verfügung. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus:

- 5 Mrd. DM zur Stabilisierung der Haushalte der neuen Länder und ihrer Gemeinden
- und 12 Mrd. DM, die der Bund für das Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost aufbringt.

Das Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost ist auf zwei Jahre angelegt. Zu den 12 Mrd. DM für 1991 kommen weitere 12 Mrd. DM für 1992, so daß die Bundesregierung das Gemeinschaftswerk insgesamt mit 24 Mrd. DM ausstattet.

Im Rahmen dieses Gemeinschaftswerkes und unter Beachtung der Eigenverantwortung von Ländern und Gemeinden hat die Bundesregierung mit den neuen Ländern eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen, nach der sofort 5 Mrd. DM den Kommunen in den neuen Ländern als Investitionspauschale für Instandsetzungen insbesondere von Schulen, Krankenhäusern und Altersheimen zur Verfügung gestellt werden. Damit sollen ohne bürokratische Verzögerungen unverzüglich Aufträge an die heimische Wirtschaft vergeben und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Weiterhin sollen im Rahmen des Gemeinschaftswerkes für Investitionen sowie für weitere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 1991 insgesamt 7 Mrd. DM bereitgestellt werden. Für 1992 erhöht sich dieser Betrag auf 12 Mrd. DM.

Die steuerliche Förderung privater Investitionen wird ausgeweitet (*Einzelheiten siehe Anlage*).

Die Bundesregierung geht davon aus, daß Arbeitgeber, Gewerkschaften, Verbände und gesellschaftliche Gruppen unseres Landes ihrerseits durch solidarische Beiträge zum Erfolg des „Gemeinschaftswerkes Aufschwung-Ost“ beitragen.

Erstens erwartet die Bundesregierung von den Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften, daß sie nach dem Vorbild der Lehrstellenoffensive, mit der sie gemeinsam

nach Amtsantritt dieser Bundesregierung in den alten Bundesländern die drohende Ausbildungsplatzknappheit abgewendet hatte, ausreichend viele Ausbildungsplätze auch in den neuen Bundesländern bereitstellen. Kein Jugendlicher in den neuen Bundesländern soll ohne Ausbildungsplatz bleiben.

Zweitens erwartet die Bundesregierung auch, daß von der Wirtschaft Aus- und Weiterbildungskapazitäten – wo immer dies vertretbar ist – erhalten und neue geschaffen werden.

Drittens erwartet sie von den Tarifpartnern eine stärkere Verzahnung der Tarifpolitik mit den Erfordernissen des Arbeitsmarktes. Eine Annäherung der Einkommen an westliches Niveau in vorhersehbaren Stufen und unter Berücksichtigung der Leistungskraft der Unternehmen kann für Arbeitnehmer und Unternehmer Zukunftsperspektiven schaffen, die eine Beteiligung am Aufbau in den neuen Bundesländern erleichtern. Die Tarifabschlüsse – ggf. mit Vermögensbeteiligung – können zu einer klaren Perspektive ebenso beitragen wie die notwendige stärkere Differenzierung der Lohnstrukturen.

Viertens erwartet die Bundesregierung von den kommunalen Spitzenverbänden und den Spitzenorganisationen der Wirtschaft, daß sie unbürokratisch, direkt und ohne Verbandsegoismus beim schnellen Aufbau in den neuen Bundesländern helfen und dabei auch unkonventionelle Lösungen unterstützen – z. B. bei der privaten Errichtung und dem Betrieb von kommunalen Infrastruktureinrichtungen.

Wenn alle in diesem Sinne ihren Beitrag zum gemeinsamen Aufbauwerk leisten und jeder an seinem Platz Verantwortung übernimmt, wird es gelingen, den Übergang von der sozialistischen Kommandowirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft zu beschleunigen und ihn ohne allzu große soziale Härten zu schaffen.

Anlage

A. Die wichtigsten Eckwerte für das Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost

1. Qualifizierung/Arbeitsbeschaffung beschleunigen und mit Existenzgründungen verbinden (2,5 Mrd. DM für 1991 und 3 Mrd. DM für 1992)

Jede sinnvolle Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahme wird 1991 und 1992 ermöglicht, anschließende Existenzgründungen werden gefördert.

a) Ziel

- Zu den bislang vorgesehenen 130 000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) in 1991 zusätzlich rd. 150 000 Förderungen erreichen (Mittelansatz 1991 insgesamt rd. 5,2 Mrd. DM);
- volle Ausschöpfung der für berufliche Qualifizierungsmaßnahmen bis Ende 1991 vorgesehenen Möglichkeiten (350 000 Teilnehmer);
- Qualifizierungs-/ABM-Phase auch gezielt zur Neugründung selbständiger Existenzen nutzen, z. B. bei Projekten zum Dekontaminieren von Gewerbeflächen.
- AB-Maßnahmen in Bereichen mit besonders hohem Anteil von Frauen an den Beschäftigten (z. B. Sozialstationen, Pflegeheime, Kinderbetreuungseinrichtungen).
- Verzahnung von AB-Maßnahmen mit strukturverbessernden Maßnahmen im agrarstrukturellen Bereich (z. B. mit

land- und forstwirtschaftlichem Wegebau, Wiederaufforstung, Wasserwirtschaft, Dorferneuerung und Wohnungsbau im ländlichen Raum).

b) Neue Elemente

- Projektförderung (neben Personalförderung) bei ABM mit erleichtertem Zugang wird ermöglicht.
- Für ABM können auch Zuschüsse zu den Sachkosten von durchschnittlich einem Drittel der Personalkosten übernommen werden; damit können auch Investitionen für die Ausweitung von Qualifizierungsmaßnahmen ermöglicht werden.
- Für anschließende Existenzgründungen werden - neben den bisherigen Fördermaßnahmen - in Zusammenarbeit mit Kammern und Banken gezielte Informationen und Beratungen durchgeführt; es wird sichergestellt, daß vorhandene ABM-Sachmittel zu günstigen Bedingungen übernommen werden können, etwa bei Auslaufen von ABM-Projekten.

Gemeinsam umsetzen

Die bereits genannten Aufbaustäbe werden auf regionaler Ebene unter Leitung der Landräte bzw. Oberbürgermeister gebildet. Je nach Größe der Landkreise sollen gemeinsame Aufbaustäbe für mehrere Landkreise gebildet werden. Dafür sollen die Arbeitsämter personelle und organisatorische Unterstützung leisten. Die finanzielle Förderung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfolgt durch die Arbeitsämter.

Die Aufbaustäbe werden durch Beratungsinstitutionen auf Länderebene mit externem Sachverstand unterstützt (z. B. Projektmanagementgesellschaft). Federführend: Landwirtschafts-/arbeitsminister unter Beteiligung von Bundesanstalt für Arbeit, Treuhandanstalt, Wirtschaftsverbänden, Handwerk, Gewerkschaften, kommunalen Spitzenverbänden.

1.1 Die beruflichen Ausbildungschancen junger Menschen sichern

Allen Schulabgängern wird auch 1991 ein Ausbildungsangebot gemacht; für jeden Ausbildungsplatzverlust wird Ersatz geschaffen.

Ziel: Ausbildungsplatzlücke verhindern:

- Ausbildungsleistungen von Betrieben, Verwaltungen und den Freien Berufen erhöhen, teilweise in Kooperation mit Westbetrieben,
- außerbetriebliche und berufsvorbereitende Maßnahmen (AFG) verstärken,
- vorhandene Ausbildungskapazitäten in wirtschaftlich gefährdeten Betrieben erhalten - in engem Zusammenwirken von Treuhandanstalt, Wirtschaftsorganisationen, westlichen Investoren, Staat und Kommunen,
- vollzeitschulische Ausbildungen ausweiten, z. B. in Berufsfachschulen/Bereich Wirtschaft,
- verbesserte Information und Werbung sowie Organisationshilfen, z. B. „Senioren“-Programm der Kammern.

1.2 Betriebliche und außerbetriebliche Berufsqualifizierung abstützen

Alle notwendigen Qualifizierungen müssen ermöglicht werden.

- a) Die westdeutsche Wirtschaft ist aufgefordert, erfahrene Praktiker/Ausbilder auf Zeit in die betrieblichen Qualifizierungsstätten zu entsenden und auch die notwendigen modernen Lehr- und Lernmittel (Maschinen, Computer und Kommunikationsmedien nach West-Standard) bereitzustellen. Damit ist die Erwartung an die westdeutsche Wirtschaft verbunden, daß betriebliche Bildungsstätten selbst im Konkursfall noch für eine bestimmte Zeit aufrechterhalten bleiben.
- b) Die Bildungswerke von Wirtschaft und Gewerkschaften leisten Personal- und Sachmittelhilfe für die außerbetriebliche Berufsqualifizierung.
- c) Die Treuhandanstalt (und andere staatliche Institutionen) wird alle nicht benötigten Gebäude und Einrichtungen zeitlich befristet für außerbetriebliche Qualifizierungszwecke anbieten - z. B. bisherige Akademien, Kasernen und Werkstätten.

2. Kommunale Infrastruktur unverzüglich instand setzen (5 Mrd. DM für 1991)

Zusätzlich zu dem von 10 auf 15 Mrd. DM aufgestockten kommunalen Kreditprogramm erhalten die Kommunen in den neuen Bundesländern 1991 eine Investitionspauschale in Höhe von 5 Mrd. DM, die mit geringstmöglichem Verwaltungsaufwand einsetzbar ist. Der Bund und die neuen Bundesländer haben bereits am 28. Februar 1991 eine Verwaltungsvereinbarung zur Förderung von kommunalen Investitionen unterzeichnet.

Förderschwerpunkte sind insbesondere Krankenhäuser, stationäre Altenheimen, Schulen. Die Verpflichtung der Länder für die investive Krankenhausförderung (§ 23 KHG) bleibt unberührt.

3. Beschleunigte Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (1,4 Mrd. DM für 1991 und 4,2 Mrd. DM für 1992)

Der Bund stellt 1991 zusätzlich 1,4 Mrd. DM für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur - sowohl Schiene als auch Straße - zur Verfügung, davon werden 400 Mill. DM für den Bundesfernstraßenbau genutzt. 1 Mrd. DM steht für kommunale Straßen, den öffentlichen Personennahverkehr der Kommunen und der Reichsbahn zur Verfügung. Mit weiteren 4,2 Mrd. DM in 1992 - davon ein wesentlicher Teil für die Reichsbahn - kann so die wirtschaftsnahe Verkehrsinfrastruktur in kurzer Zeit wesentlich verbessert werden.

Zur schnellen Verbesserung von Wirtschafts- und Beschäftigungssituation wird vom Bund empfohlen:

- Nutzen aller verfügbaren Planungs- und Verwaltungskapazitäten vom Bund (z. B. Bundesbahn),
- direkte Verwaltungshilfen der alten Länder,
- Einbeziehen privater Experten und Projektträger,
- vereinfachtes Vergabeverfahren.

4. Modernisierung des Wohnungsbestandes zusätzlich erleichtern, kommunale Wohnungen privatisieren, Stadt- und Dorfsanierung und städtebaulichen Denkmalschutz beschleunigen (1,1 Mrd. DM für 1991 und 1,1 Mrd. DM für 1992)

- Das bereits angelaufene KfW-Programm zur Wohnungsmodernisierung und Wohnungsinstandsetzung (Volumen: 10 Mrd. DM) kann künftig auch für Ausbau-, Umbau- und Anbaumaßnahmen genutzt werden.

- Für diese Zwecke werden (einschließlich für die Sanierung von Heizungsanlagen) zusätzliche Mittel des Bundes in Höhe von 700 Mill. DM (1991) bzw. 700 Mill. DM (1992) für 20prozentige Investitionszuschüsse bereitgestellt. Die Mittel kommen je zur Hälfte privaten Eigentümern, aber auch der genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungswirtschaft zugute, die Teile ihrer Bestände damit zugleich in einen privatisierungsfähigen Zustand versetzen kann; eine Kumulation mit dem KfW-Programm ist nicht möglich.
- Die Privatisierung von Wohnungen aus kommunalem Bestand wird durch 20prozentige Zuschüsse beim Erwerb durch die bisherigen Mieter gefördert. Hierfür stehen 1991 und 1992 je 200 Mill. DM Bundesmittel zur Verfügung.
- Die Gemeinden, auf die die bisherigen volkseigenen Wohnungsbestände übergegangen sind, werden aufgefordert, die Privatisierung durch Preisnachlässe bei der Veräußerung zu unterstützen. Der Bund wird hierauf bei den unter der Verwaltung der Treuhandanstalt stehenden Wohnungen (z. B. Werkswohnungen, frühere NVA-Wohnungen) ebenfalls hinwirken.
- Die Städtebauförderung wird durch ein Sonderprogramm in Höhe von je 200 Mill. DM in 1991 und 1992 unterstützt. Die Mittel kommen zur Hälfte dem städtebaulichen Denkmalschutz und der Förderung von etwa zehn zusätzlichen Modellstädten der Stadt- und Dorferneuerung zugute.

5. Verstärkte Förderung privater Unternehmensinvestitionen

Einer Verstärkung der privaten Investitionstätigkeit kommt für die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze besondere Bedeutung zu. Deshalb werden

- die Investitionszulage in Höhe von 12 Prozent für Ausrustungsinvestitionen um ein halbes Jahr bis zum 31. Dezember 1991 verlängert;
- die Frist für die 8-Prozent-Investitionszulage für den Beginn des Investitionsvorhabens ebenfalls um ein halbes Jahr bis zum 31. Dezember 1992 ausgedehnt;
- die Möglichkeit für Investoren gegeben, die Investitionszulage mit den vorgesehenen Sonderabschreibungen zu kumulieren.

Dies bedeutet Steuermindereinnahmen für den Bund in Höhe von 400 Mill. DM 1991 und 650 Mill. DM 1992.

6. Regionale Wirtschaftsförderung für neue Arbeitsplätze in Problemregionen bündeln (600 Mill. DM für 1991 und 600 Mill. DM für 1992)

Neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze müssen vordringlich in Gebieten mit hohen Arbeitskräftefreisetzungen entstehen, um den dort Betroffenen eine Perspektive zu geben (z. B. in Regionen mit hohem Anteil von Werft-, Bergbau-, Mikroelektronik-, Chemie-, Textilindustrie). Der Bund wird deshalb in diesem und im nächsten Jahr jeweils 600 Mill. DM für ein Sonderprogramm im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“ in Regionen zur Verfügung stellen, die vom Strukturwandel besonders betroffen sind. Der Bundesanteil beläuft sich dabei auf 50 Prozent.

Bei der Umsetzung kann die bewährte Gemeinschaftsaufgabe in den neuen Ländern genutzt werden.

7. Werfthilfen Ost

(130 Mill. DM für 1991 und 400 Mill. DM für 1992)

Um der Werftindustrie in den neuen Bundesländern bei ihrem schwierigen Anpassungsprozeß zu helfen, erhält der dortige Schiffbau eine besondere Werftenförderung. Die Hilfen dienen der Abwicklung laufender Verträge mit anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks. Diese Mittel, die sich in 1991 auf 130 Mill. DM sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 700 Mill. DM und in 1992 auf 400 Mill. DM belaufen, sichern den ostdeutschen Werften die Erfüllung dieser Verträge.

8. Soforthilfen im Umweltschutzbereich

(400 Mill. DM für 1991 und 400 Mill. DM für 1992)

Es wird ein Umweltschutzsofortprogramm aufgelegt. Damit sollen kurzfristig Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden.

Gefördert werden vorrangig Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen, dringende Maßnahmen zur Deponiesicherung sowie Sicherungsmaßnahmen bei gesundheitsgefährdenden Industrieanlagen.

9. Hochschulen Ost

(200 Mill. DM für 1991 und 200 Mill. DM für 1992)

Dieses Hochschulsonderprogramm ermöglicht die Förderung sofort durchführbarer Reparaturen in Hochschuleinrichtungen und Studentenwohnheimen. Da hier auch Maßnahmen gefördert werden können, die unterhalb der Bagatellgrenze des Hochschulbauförderungsgesetzes von 500 000 DM liegen, entfallen die sonst üblichen langen Vorlaufzeiten. Die 200 Mill. DM, die sowohl 1991 als auch 1992 zur Verfügung stehen, können also unmittelbar beschäftigungswirksam verwendet werden.

10. Instandsetzung im Gebäudebestand des Bundes

(insgesamt 320 Mill. DM für 1991 und 1992)

Die bundeseigenen Wohnungen in den neuen Bundesländern sowie die Kasernen der ehemaligen NVA werden durch umfangreiche Mittel instand gesetzt. Da der Bund bei diesen Immobilien alle Zuständigkeiten hat, können die 320 Mill. DM ohne nennenswerte Verzögerungen mit positiven Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt werden.

B. Besondere Hilfen

außerhalb „Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost“

1. Handel mit den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas

Mit dem Übergang auf konvertible Währung im RGW Ende 1990 droht wegen der zunehmenden Devisenprobleme in den ehemaligen Staatshandelsländern ein erheblicher Rückgang der Exporte in diesem Jahr.

- Zur Vermeidung eines Fadenrisses sind Ende 1990 vor allem ein Hermes-Sonderprogramm für die UdSSR mit vorteilhaften Bedingungen, die Fortführung der Hermes-

Deckungen für Exporte nach Polen, Ungarn, CSFR und die Neueröffnung für Rumänien beschlossen worden.

- Die sowjetische Regierung hat den Abschluß von Verträgen mit Unternehmen in den neuen Bundesländern in Höhe von 9 Mrd. DM zugesagt. Umsetzung dieser Zusage ist angelaufen.

2. Landwirtschaft

Um den Strukturwandel beim Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft zu begleiten und zu sichern, sind insbesondere folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Übernahme von Schulden, die landwirtschaftlichen Unternehmen durch administrative Entscheidungen aufgezungen worden sind, durch die Treuhandanstalt (Volumen: ca. 1,4 Mrd. DM).
- Zahlung von Anpassungs- und Überbrückungshilfen (800 Mill. DM) sowie von standortbezogenen Zuschlägen (400 Mill. DM); in beiden Fällen soll ein wesentlicher Teil schon im Frühjahr ausgezahlt werden.

C. Ergänzt wird das „Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost“ durch Maßnahmen, die die Umsetzung der einzelnen Programme beschleunigen

1. Aufbau von Verwaltung und Justiz beschleunigen

Den Aufbau der Gemeinden, Städte und Landkreise in den neuen Ländern unterstützt der Bund durch Personalkostenzuschüsse für Fachkräfte aus dem Westen. Das entsprechende Personalkostenzuschußprogramm für 1991 und 1992 wird jeweils auf 100 Mill. DM verdoppelt. Um breitere Einsatzmöglichkeiten für die Fachkräfte zu eröffnen und bessere Anreize zu geben, werden künftig u. a.

- kreisangehörige Gemeinden in die Förderung einbezogen
- Zuschüsse für jede Art der Tätigkeit in den Kommunalverwaltungen gewährt
- nach Abordnungen (über 1 Jahr) und die Beschäftigung von Beamten und Angestellten im Ruhestand bezuschußt sowie
- pauschalierte Aufwandsentschädigungen gezahlt.

Vermittlungs- und Anlaufstelle für Personalbedarf der Kommunen ist das Berliner Büro der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, Straße des 17. Juni 110, 1000 Berlin 12.

Für den Bereich der Justiz in den neuen Ländern stellt der Bund für drei Jahre jährlich 120 Mill. DM zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit den Ländern können jetzt sehr rasch bis zu 2 300 Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger aus dem Westen entsandt werden.

Im übrigen leistet der Bund personelle Verwaltungshilfe dadurch, daß er bei Abordnung von Beamten und Arbeitnehmern des Bundes an die neuen Länder bis Ende 1992 alle finanziellen Lasten (Besoldung, Vergütung, Lohn, Reisekostenvergütung, Trennungsgeld und Aufwandsentschädigung) selbst trägt. Im Falle von Versetzungen übernimmt der Bund die Gehaltsdifferenz zum Westen sowie Aufwandsentschädigung von Trennungsgeld.

2. Beschleunigte Vermögensübertragung insbesondere an Kommunen

Soforthilfe durch gesetzliche Regelungen, Maßnahmen der Bundesregierung und der Treuhandanstalt (THA):

- Gesetz zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Privatisierung von Unternehmen und zur Förderung von Investitionen; hier insbesondere das Vermögenszuordnungsgesetz. Dieses Gesetz ermöglicht die Eintragung in das Grundbuch.

Es ermächtigt darüber hinaus die Kommunen, sofern sie im Zeitpunkt der Verfügung als Rechtsträger eingetragen sind, über ehemals volkseigene Grundstücke und Gebäude sofort zu verfügen. Sie brauchen nicht auf die bestandskräftige Feststellung ihres Eigentums zu warten, die maßgeblich dafür ist, wem letztlich der Wert/Kaufpreis des Grund und Bodens zur Verfügung steht.

Das Gesetz bietet weiterhin eine Möglichkeit, für investive Vorhaben bevorzugt Grund und Boden an Kommunen abzugeben.

- Großzügige Auslegung des „Kommunalen Finanzvermögens“, wodurch die Kommunen zusätzlich Vermögensgegenstände erhalten, insbesondere in den Bereichen der Wohnungsverwaltung (Mietwohnungen und Eigenheime), der Wohnbauflächen und der gewerblich nutzbaren Flächen.

- Übertragung von Grundstücken aus dem Bereich der Land- und Forstwirtschaft an Personen, die darauf ein Eigenheim errichtet haben, zu günstigen Konditionen.

- Bereitstellung bundeseigener Liegenschaften, die für Aufgaben des Bundes nicht benötigt werden. Zusicherung des Bundesministeriums der Finanzen, daß in jedem Fall über die weitere Verwendung bundeseigener Liegenschaften im Benehmen mit den betroffenen Kommunen entschieden wird. Bei Verwendung für unmittelbare Verwaltungsaufgaben der Länder und Kommunen (z. B. Dienstgebäude, Schulen) ist ein Preisnachlaß von 25 Prozent für die Länder und bis zu 75 Prozent für die Kommunen vorgesehen.

- Die Treuhandanstalt wird den Gemeinden die Nutzung der MfS-Objekte – wegen eventueller Restitutionsansprüche zunächst für drei Jahre – überlassen, soweit sie zur Erfüllung eigener Verwaltungsaufgaben benötigt werden. Wenn keine Restitutionsansprüche bestehen, sollen die benötigten Grundstücke von der Treuhandanstalt vorrangig an die Gemeinden zu günstigen Bedingungen veräußert werden.

- Die Bundesregierung schlägt der Unabhängigen Kommission (Partei- und Organisationsvermögen) und der Treuhandanstalt vor, zur Förderung der Fremdenverkehrswirtschaft in den neuen Bundesländern alle Vermögensobjekte des Feriendienstes des FDGB einschließlich Infrastruktureinrichtungen den in diesen Gebieten liegenden Gemeinden zur Verwaltung und Verwertung zu übergeben; hierbei steht die Verwertung unter dem Vorbehalt der Maßgaben des Einigungsvertrages, wonach u. a. Restitutionsansprüche Vorrang haben. Die Gemeinden haben die Verwertungserlöse zur Befriedigung evtl. Entschädigungsansprüche zu verwenden, im übrigen gemeinnützigen Zwecken zuzuführen.

Die Kommunen sind aufgefordert, die sich durch das Maßnahmenpaket bietenden Chancen zu nutzen und Investitionen

durch breite Anwendung des Investitionsgesetzes zu ermöglichen und dafür die notwendigen Investitionsbescheinigungen auszustellen.

D. Den raschen Beschäftigungsaufbau tarifpolitisch flankieren

Die Tarifpartner können zum Beschäftigungsaufbau beitragen, indem sie

- Tarifverträge über Aufstockung des Kurzarbeitergeldes ändern,
- darauf hinwirken, die Arbeitsverhältnisse mit bisherigem Arbeitgeber bei Übergang von Mitarbeitern aus Kurzarbeit in ABM zu beenden,
- Tarifpolitik mit den Erfordernissen des Arbeitsmarktes stärker verzahnen und durch Tarifabschlüsse (ggf. mit Vermögensbeteiligung) den Menschen in den neuen Bundesländern eine klare Perspektive geben. Dazu gehört insbesondere eine stärkere Differenzierung der Lohnstrukturen sowie eine Annäherung der Einkommen an westliches Niveau in Stufen unter Berücksichtigung der Leistungskraft der Unternehmen.

Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost Bundesanteil

	1991 Bar- ansatz	VE - Mill. DM -	1992 Bar- ansatz
1. Kommunales Investitionsprogramm (insbesondere Schulen, Krankenhäuser, Altenheime)	5 000	(-)	-
2. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	2 500	(3 000)	3 000
3. Verkehr	1 400	(4 200)	4 200
davon:			
- Bundesfernstraßen	400	(900)	900
- kommunaler Straßenbau/ öffentlicher Personennahverkehr	1 000	(1 500)	1 500
- Investitionsvorhaben der Deutschen Reichsbahn	-	(1 800)	1 800
Wohnungs- und Städtebau	1 100	(1 100)	1 100
davon:			
- Modernisierung/Instandsetzung	700	(700)	700
- Privatisierung kommunaler Wohnungen	200	(200)	200
- Städtebauförderung	200	(200)	200
5. Verstärkte Förderung privater Unternehmensinvestitionen	400	(-)	650
- Verlängerung Investitionszulage	-	(-)	250
- Kumulation der Investitionszulage mit steuerlichen Sonderabschreibungen	400	(-)	400
6. Sonderprogramm „Regionale Wirtschaftsförderung“	600	(600)	600
7. Werfthilfen Ost	130	(700)	400
8. Umweltschutzmaßnahmen	400	(400)	400
9. Hochschulen Ost	200	(200)	200
10. Instandsetzung im Gebäudebestand des Bundes	270	(50)	50
11. Sonstiges	-	(-)	1 400
insgesamt	12 000	(10 250)	12 000
Baransätze 1991/1992		24 000	

Mitfinanzierung durch die neuen Länder

Im Gespräch des Bundesfinanzministers Dr. Theo Waigel am 6. März 1991 mit den sechs Länderfinanzministern aus

dem Beitrittsgebiet einigte man sich zum Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost bei den gemeinschaftlich zu finanzierenden Maßnahmen auf folgende Finanzierungsschlüssel:

	Bund	Anteil Länder/ Gemeinden - v. H. -
Verkehr		
kommunaler Straßenbau/ÖPNV	75	25
Wohnungs- und Städtebau		
- Modernisierung/Instandsetzung	75	25
- Städtebauförderung	33%	66%
Sonderprogramm „Regionale Wirtschaftsförderung“	50	50
Werfthilfen Ost (Wettbewerbshilfe)	66%	33%
Umweltschutz	1)	1)
Hochschulen Ost	75	25

1) Finanzierungsanteile werden für jedes Einzelprojekt gesondert festgelegt.

Maßnahmen zur Arbeitsförderung in den neuen Bundesländern

Gesetzentwurf zur Änderung arbeitsförderungsrechtlicher und sozialrechtlicher Vorschriften

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung teilt mit:

Das Bundeskabinett hat am 8. März 1991 den Gesetzentwurf zur Änderung arbeitsförderungsrechtlicher und anderer sozialrechtlicher Vorschriften beschlossen.

Die Arbeitsmarktpolitik wird weiterhin einen maßgeblichen Beitrag zur Vermeidung und zum Abbau von Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern leisten. Da eine Konsolidierung des Arbeitsmarktes der neuen Länder nicht kurzfristig zu erreichen sein wird, sollen – und dies sind die beiden Kernstücke des Gesetzentwurfes – die Sonderregelungen für das Kurzarbeitergeld und für die Förderung von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, die nach geltendem Recht am 30. Juni 1991 auslaufen würden, verlängert werden.

Für die Kurzarbeiter-Sonderregelung im Beitrittsgebiet bedeutet dies:

Sie wird bis zum 31. Dezember 1991 verlängert. Auf Grund der praktischen Erfahrungen mit dieser seit Juli letzten Jahres geltenden Sonderregelung sollen einige Maßgaben getroffen werden, die gewährleisten, daß die Zeit des Arbeitsausfalls noch stärker produktiv für Betriebe und Kurzarbeiter genutzt wird.

- Es wird klargestellt, daß die unbegründete Ablehnung der Teilnahme an einer beruflichen Bildungsmaßnahme eine Sperrfrist (in der Regel acht Wochen) zur Folge hat, das heißt, daß während dieser Zeit kein Kurzarbeitergeld gezahlt wird.

- Betriebliche Aufstockungen des Kurzarbeitergeldes, die der Motivierung zur beruflichen Bildung entgegenstehen, werden teilweise auf das Kurzarbeitergeld angerechnet. Die Anrechnung erfolgt, wenn die Summe aus den Aufstockungsleistungen des Arbeitgebers und dem Kurzarbei-

tergeld 75 Prozent des ausgefallenen Netto-Arbeitsentgelts übersteigt. Um zur Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen zu motivieren, soll allerdings eine Anrechnung von betrieblichen Aufstockungen auf das Kurzarbeitergeld unterbleiben, wenn der Kurzarbeitergeldbezieher während des Arbeitsausfalls an einer beruflichen Qualifizierungsmaßnahme teilnimmt.

- Als notwendige Ergänzung zur Fortgeltung der Kurzarbeitergeld-Sonderregelung soll den Arbeitgebern ebenfalls bis zum 31. Dezember 1991 der volle Aufwand für die Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung der Kurzarbeitergeldbezieher von der Bundesanstalt für Arbeit erstattet werden.

Verlängerung der ABM-Sonderregelungen im Beitrittsgebiet

Um mehr Beschäftigung in den neuen Bundesländern zügig und nachhaltig zu fördern, werden die ursprünglich bis zum 30. Juni 1991 befristeten Sonderregelungen bei der Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen entsprechend der Ausgestaltung des „Gemeinschaftswerks Aufschwung-Ost“ bis zum 31. Dezember 1992 verlängert, das heißt insbesondere:

- der uneingeschränkten Zulassung des 90-Prozent-ABM-Lohnkostenzuschusses sowie der weitgehenden Zulassung des 100-Prozent-ABM-Lohnkostenzuschusses,
- der uneingeschränkten Förderungsfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts als ABM-Träger.

Mit dieser Verlängerung der gegenüber den alten Bundesländern günstigeren ABM-Förderungsbedingungen im Beitrittsgebiet wird Planungssicherheit für die potentiellen ABM-Träger (zum Beispiel Städte, Gemeinden, Kreise, Länder, freie Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Vereine) geschaffen.

Im Haushalt 1991 der Bundesanstalt für Arbeit stehen zur Förderung dieser Beschäftigung 2,7 Milliarden Mark zur Verfügung. Im Rahmen des „Gemeinschaftswerkes Aufschwung-Ost“ werden für 1991 zusätzlich Bundesmittel in Höhe von 2,5 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt, womit eine Gesamt-Fördersumme von 5,2 Milliarden Mark erreicht wird. In diesem Jahr ist damit ein Beschäftigungsschub von 278 000 Eintritten in Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen möglich.

Aufhebung von § 128 AFG

Außerdem soll mit diesem Gesetzentwurf die Regelung des Arbeitsförderungs- und Rentenrechts, wonach Arbeitgeber, die 59jährige und ältere Arbeitnehmer freisetzen, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Rentenleistungen erstatten müssen (§ 128 AFG), aufgehoben werden, weil die Anwendung dieser Regelungen nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Januar 1990 zu erheblichen praktischen Schwierigkeiten führt.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Erstattungsregelung des § 128 AFG zwar im Grundsatz bestätigt; in der Begründung ist das Bundesverfassungsgericht jedoch davon ausgegangen, daß den Arbeitgeber nur dann eine Erstattungspflicht treffen kann, wenn ihn eine besondere Verantwortung für die Freisetzung des Arbeitnehmers trifft. Die in § 128 AFG nominierten Befreiungstatbestände seien deshalb aus verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten weit auszulegen.

Dies führt zu nahezu unüberwindbaren Schwierigkeiten in der Durchführung der Vorschriften. Ein starker Anstieg der Zahl der Gerichtsprozesse wäre zu befürchten.

Für die Vergangenheit machen besonders die Fälle Schwierigkeiten, in denen der ausgeschiedene Arbeitnehmer neben dem Arbeitslosengeld auch Krankengeld hätte beanspruchen können. Das Bundesverfassungsgericht hat nämlich entschieden, daß die Erstattungspflicht nach § 128 AFG nicht greift, wenn der ausgeschiedene Arbeitnehmer in der Vergangenheit neben Arbeitslosengeld auch eine andere Sozialleistung (zum Beispiel Krankengeld) hätte beanspruchen können.

Für zukünftige Fälle macht insbesondere der in § 128 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AFG niedergelegte Befreiungstatbestand der „besonderen Härte“ Schwierigkeiten. Nach der vom Verfassungsgericht geforderten weiten Auslegung soll eine „besondere Härte“ bereits dann vorliegen, wenn die Erstattung den Arbeitgeber vor wirtschaftliche Schwierigkeiten stellt, die nicht den Grad einer Existenzgefährdung bedeuten müssen. Hierüber gibt es – je nach Standort – sehr oft unterschiedliche Auffassungen. Angesichts der Höhe der Geldbeträge, um die dabei gestritten wird, muß damit gerechnet werden, daß in sehr vielen Fällen bis zu den höchsten Instanzen prozessiert wird.

Aus den oben angegebenen Gründen ist nach Gesprächen mit den Tarifvertragsparteien und nach Zahlung einer einmaligen pauschalen Summe durch die Arbeitgeberseite zur Abgeltung von ausstehenden, streitigen Erstattungsfordernungen ein allgemeiner Konsens erzielt worden, dem Gesetzgeber vorzuschlagen, die Erstattungspflicht nach § 128 AFG aufzuheben.

Gleiches gilt für die entsprechenden rentenrechtlichen Regelungen.

Im Zuge der Aufhebung des § 128 AFG und der entsprechenden rentenrechtlichen Regelungen werden bisher auf diesen Rechtsgrundlagen ergangene Verwaltungsakte, deren Zahl sich auf weit über 100 000 beläuft, ebenfalls aufgehoben.

In den Fällen, in denen Erstattungszahlungen durch den Arbeitgeber, sei es auch unter Vorbehalt oder auf Grund eines nicht bestandskräftigen Verwaltungsaktes, erbracht worden und damit bestimmte Vermögensdispositionen erfolgt sind, werden die Verwaltungsakte dann aufgehoben, wenn der Arbeitgeber dieses beantragt und die Voraussetzungen für die Erstattungspflicht nicht vorlagen oder ein Befreiungstatbestand nach § 128 Abs. 1 Satz 2 AFG bzw. der entsprechenden rentenrechtlichen Vorschriften gegeben ist. In diesen Fällen trägt der antragstellende Arbeitgeber die Darlegungs- und Beweislast.

Für den Antrag auf Aufhebung des Erstattungsbescheides gilt als Ausschußfrist der 30. Juni 1992.

Die Bundesregierung wird dem Gesetzgeber nach Konsultation der Sozialpartner möglichst umgehend eine Nachfolge-Regelung für den bisherigen § 128 AFG vorschlagen.

Schließlich soll mit dem Gesetzentwurf die Dauer der Sprachförderung für Aussiedler, Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge auf Grund der in neueren Modellversuchen gewonnenen Erfahrungen auf das Notwendige begrenzt werden.

Die Bundesregierung wird dem Gesetzgeber nach Konsultation der Sozialpartner möglichst umgehend eine Nachfolge-Regelung für den bisherigen § 128 AFG vorschlagen.

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1

Verantwortlich: Dr. Doris Bucker, Bonn

Vertrieb: Deutsche Reportagefilm
Produktions-, Verlags- und Vertriebs-GmbH

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn

Nachdruck honorarfrei gestattet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte und Besprechungsexemplare wird keine Haftung übernommen.

Bezugspreis halbjährlich 15,60 DM.
Laufender Bezug nur durch die Vertriebsgesellschaft.

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers.
Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer nicht enthalten (§ 2 Abs. 3 UStG 1980).

Z 1988 B

(Adresse)

Deutsche Reportagefilm
Produktions-, Verlags- und Vertriebs-GmbH · Postfach 14 28 · 5300 Bonn

Das im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom Goethe-Institut entwickelte Curriculum für Deutsch-Sprachlehrgänge hat sich in 18 im Jahre 1990 durchgeführten Modellversuchen bewährt; es hat sich gezeigt, daß selbst solche Aussiedler, die über keine Sprachkenntnisse verfügen, mit Hilfe dieses Curriculums innerhalb eines Rahmens von acht Monaten so weit gefördert werden können, daß sie Alltagssituationen sprachlich bewältigen, in Arbeit vermittelt werden und grundsätzlich auch an beruflichen Bildungsmaßnahmen teilnehmen können. In bestimmten Fällen erscheint es angezeigt, berufsspezifische Fachsprache im Rahmen einer sich anschließenden beruflichen Bildungsmaßnahme zu vermitteln. Es ist davon auszugehen, daß die Durchschnittsdauer der Sprachkurse, die zur Zeit bei acht bis neun Monaten liegt, insgesamt gesenkt werden kann, und daß es vertretbar ist, die Höchstförderungs-dauer um zwei Monate auf acht Monate abzusenken.

Gespräch des Bundeskanzlers mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung teilt mit:

Der Bundeskanzler empfing am 8. März 1991 die Präsidenten und Vorsitzenden der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege zu einem Gespräch. Daran nahmen teil der Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland und derzeitige Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Neukamm, der Präsident des Deutschen Caritas-Verbandes, Dr. Hüssler, der Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Prof. Dr. Sengling, die stellv. Vorsitzende des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Hämmerle, der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes e. V., Prinz zu Sayn-Wittgenstein und der Vorsitzende der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., Spiegel.

Außerdem waren bei dem Gespräch anwesend: Bundesminister Dr. Blum, Staatsminister Pfeifer und die Staatssekretäre der Bundesministerien für Familie und Senioren, für Frauen und Jugend und des Bundesministeriums für Gesundheit.

Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches standen die Perspektiven für die Sozialpolitik im geeinten Deutschland und die soziale Lage in den neuen Bundesländern.

Der Bundeskanzler unterstrich den unverzichtbaren Beitrag, den die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege mit ihren Einrichtungen und Diensten zur Sozialstaatlichkeit des Grundgesetzes leisten. Er dankte – stellvertretend für die vielen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – den Präsidenten und Vorsitzenden der sechs Ver-

bände für die geleistete Arbeit, vor allem auch für den Auf- und Ausbau sozialer Dienste in den neuen Bundesländern.

Der Bundeskanzler drückte seine Hoffnung aus, daß auch auf europäischer Ebene die Idee freier Verbände im System sozialer Sicherung stärkere Verbreitung findet.

Die Wohlfahrtsverbände machten darauf aufmerksam, daß die Einrichtungen im Sozial- und Gesundheitswesen der neuen Bundesländer in ihrem Bestand nur zu sichern und in ihrem Niveau schrittweise anzuheben seien, wenn in den nächsten Jahren zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt werden.

Der Bundeskanzler unterstrich die Bereitschaft des Bundes, die Aufbauarbeit der Freien Wohlfahrtspflege im Rahmen der Zuständigkeit und der finanziellen Möglichkeiten zu unterstützen. Vor allem wies er auf das von der Bundesregierung verabschiedete Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost hin. Im Rahmen dieses Gemeinschaftswerks hat die Bundesregierung mit den neuen Ländern eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen, nach der den dortigen Kommunen sofort 5 Mrd. DM als Investitionspauschale für Instandsetzungen insbesondere von Schulen, Krankenhäusern und Altersheimen zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt ist das Gemeinschaftswerk 1991 mit einem Volumen von 12 Mrd. DM veranschlagt; aus ihm können auch AB-Maßnahmen in sozialen Einrichtungen finanziert werden.

Ergänzend wies der Bundeskanzler auch auf das Gemeindeprogramm zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hin, dessen Kreditvolumen soeben von 10 Mrd. DM auf 15 Mrd. DM aufgestockt worden ist. Diese Finanzmittel stehen ebenso für Investitionen im Bereich der Krankenhäuser, Altenpflege und Behinderteneinrichtungen zur Verfügung. Hieran können auch die Träger der freien Wohlfahrtspflege partizipieren.

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege betonten im weiteren Verlauf die Notwendigkeit, das Problem der Pflegesicherung schnell und umfassend zu lösen. Sie begrüßten die Bereitschaft der Bundesregierung, entsprechend den Koalitionsvereinbarungen bis Mitte 1992 einen Gesetzentwurf zur Absicherung des Pflegefallrisikos vorzulegen. Darüber hinaus forderten sie eine bundeseinheitliche Regelung für den Altenpflegeberuf.

Der Bundeskanzler erwiderte, daß der Gesetzentwurf zur Absicherung des Pflegefallrisikos absolute Priorität habe. Damit soll sichergestellt werden, daß das Pflegerisiko nicht weiterhin ausschließlich der privaten Vorsorge und der Sozialhilfe überantwortet bleibt. Er hob die Bedeutung der Pflegeberufe für unsere Gesellschaft hervor und unterstrich die Notwendigkeit, den Pflegeberuf und insbesondere den Altenpflegeberuf attraktiver zu gestalten.

Thesen und Fragen zur Arbeitsmarktlage auf dem Lande

Pastor Dr. Willibald Jacob

Hohenbruch bei
Oranienburg-Sachsenhausen

21. März 1991

1. Die bisher von landwirtschaftlichen Betrieben und anderen Betrieben im ländlichen Bereich entlassenen Mitarbeiter können durchaus von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgefangen werden (ABM). Der Bau von Wasser- und Abwasserleitungen u.a. wird von Kommunen organisiert. Kirchengemeinden sind bereit, sich mit ihren materiellen Aufgaben an ABM zu beteiligen. Die Genossenschaften sehen es als eine Chance für ihren Bestand, in welcher Rechtsform auch immer, in enger Anlehnung an den Kernbetrieb Gesellschaften für Qualifizierung und Arbeitsförderung zu schaffen.
2. Die Gefahr der Massenarbeitslosigkeit droht durch die planmäßige Zerstörung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) durch eine entsprechende Gesetzgebung. Schon bisher sind sie nicht durch marktpolitische Maßnahmen geschützt (subventioniert) worden, trotzdem die Mehrzahl der Mitglieder an der LPG festhält. Im Gegenteil. Der unkontrollierte Aufbau von Monopolhandelsketten gefährdete den Markt. Jetzt, da der Markt für die Genossenschaften zu wirken beginnt, werden Gesetze vorbereitet, die die Verantwortlichkeiten der Vorstände verändern und zu ihrem Rücktritt führen werden. Die Folgen werden Chaos und Massenarbeitslosigkeit sein, die durch ABM nicht aufzufangen sind.
3. Die Bauern gehen davon aus, daß die sich herausbildende Landwirtschaftspolitik aus der Sicht der Regierung nicht fehlerhaft, sondern gewollt und geplant ist, um die bisherigen Besitzverhältnisse zu verändern, d.h. aber um jetzt erst die Bauern zu enteignen. Die strukturelle Mischform von genossenschaftlichen Rahmenbedingungen und privatem Bodenbesitz wird von den meisten Mitarbeitern der LPG bejaht. Sie sehen darin eine Chance, sich an der nicht rückgängig zu machenden Groß-

raumlandwirtschaft zu beteiligen. Sie sehen, daß nach den LPG keine Familienbetriebe entstehen werden, sondern kapitalistische Agrarkomplexe, die mit wenigen qualifizierten Mitarbeitern und guten Maschinen mehr oder weniger die bisherigen Flächen bearbeitet werden. Die Aufnahme von Bankdarlehen für Unternehmensgründungen (Familienbetriebe) würde im Falle des Bankrotts schnell zu einer "zivilen Enteignung" führen. Nur wenige wagen diesen Schritt.

4. Die ländliche Bevölkerung erkennt, daß die Landwirtschaftspolitik der letzten Monate die Arbeitslosigkeit auf dem Lande schafft, ohne daß gute Gründe dafür vorliegen.

ABM stehen in der Gefahr, von der eigentlichen Aufgabe abzulenken, der politischen und ökonomisch-sozialen Selbstbestimmung der Bevölkerung. Die Mehrzahl der ländlichen Bevölkerung hält fest

- . an den bestehenden Betriebsbelegschaften und wünscht eine allmähliche Reduzierung der Arbeitskräfte
- . an den bestehenden Besitzverhältnissen und lehnt die drohende Kapitalisierung ab
- . an der Chance der Marktwirtschaft, sofern ihr die gleichen gesetzlichen Schutzmaßnahmen und sozialen Leistungen wie im Westen zuteil werden
- . an der Würde des Menschen in seiner Arbeit, unter welchen Umständen auch immer, und verurteilt die Herabwürdigung ihrer bisherigen, geschichtlich gewachsenen Form der Arbeit.

5. Ökumenisch orientierte Christen auf dem Lande erleben die ökonomischen Eingriffe in Ostdeutschland als Parallelen zu dem seit Jahrzehnten stattfindenden Geschehen in den sogenannten Entwicklungsländern. Die Begegnung von unterschiedlichen Arbeitskulturen führt zur Benachteiligung des Schwächeren. Entwicklung auf der einen Seite wird durch Unterentwicklung auf der anderen Seite ermöglicht. Die Entwurzelung junger Obstbaumkulturen im Havelland zugunsten anderer Standorte und die Zerstörung der indischen Textilindustrie zum Nutzen der einstigen Manchesterregion in Britannien erscheinen als Parallelen. Die

Folge war und ist die Kolonisierung der jeweiligen Region, der die Produktion genommen wird, die gleichzeitig aber zur Konsumtion gezwungen oder "verleitet" wird.

6. Sofern die Kirchengemeinden sich nur auf die Organisierung von ABM beschränken, verkennen sie ihre heutigen Aufgaben und werden an den Menschen und ihrer Zukunft schuldig. Christen sollten die Bedeutung des sozialen Mutterleibes für den Menschen erkennen, der sich zwar umformen kann, der aber nicht zerrissen werden sollte. Sie sollten die Arbeitslosigkeit auf dem Lande an der Wurzel bekämpfen, indem sie für den Erhalt der genossenschaftlichen Tradition der Arbeit kämpfen und den Menschen helfen, diese weiterzuentwickeln. Nach dem von der Bundesregierung geplanten Zusammenbruch und Chaos werden ABM keine Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mehr sein und auch kein Mittel, die Gewissen zu beruhigen bzw. sich selbst ein gutes Gewissen zu verschaffen.

Fragen:

- . Was heißt heute Planung für Region und Volkswirtschaft?
- . Was heißt Selbst- und Mitbestimmung im ländlichen Raum?
- . Welche Eigentumsform ist für eine erfahrene Bevölkerung auf dem Lande noch akzeptabel?
- . Wozu dient Konkurrenz? Zur Förderung neuer Initiativen oder zur Ausschaltung von Konkurrenten?
- . Was wären die Folgen, wenn die "ostdeutsche Operation" in einem wirklichen Entwicklungsland stattfinden würde?
- . Warum wird von den neuerdings Regierenden das Phänomen der sogenannten "Lähmung" des arbeitenden Menschen in Ostdeutschland nicht als das erkannt, was es ist? Als Reaktion des sozialen Mutterleibes auf brutale Eingriffe!?
- . In welchem Verhältnis stehen der biblische Rhythmus von Arbeit und Ruhe und das Nebeneinander von Arbeit und Arbeitslosigkeit in der heutigen Gesellschaft?

Amt für Industrie und Sozialarbeit
der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin-West)
Karolingerplatz 6 A - W 1000 Berlin 19 - Tel.: 030/302 3490

Beauftragte für Berufstätige Jugend
der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg
- Sieglinde Rademacher - Neue Grünstraße 19-22 - O 1020 Berlin

MITARBEITERBERATUNG

"Umgang mit Arbeitslosen"

am 14.3. und 21.3. und 25.4. und 2.5. und 16.5.1991
jeweils von 10 bis 16 Uhr

im Haus der
Evangelischen Industriejugend - Frankenallee 6 - W 1000 Berlin 19

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
in Gemeinden, Kirchenkreisen und kirchlichen Einrichtungen.

"Die Arbeitslosigkeit ist eines der bedrängendsten Probleme. Die Kirche kann das Problem nicht lösen, aber sie muß sich den Menschen zur Verfügung stellen, auf verschiedene Weise", sagte Bischof Dr. Martin Kruse im Januar diesen Jahres.

Es gibt viele unter uns, die sich als kirchliche Mitarbeiter den Problemen stellen wollen. Das bringt manche Fragen und Nöte mit sich.

Wir wollen uns mit der Mitarbeiterberatung diesen Fragen annehmen und versuchen, gemeinsam Antworten und Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Das soll in seminaristischer Form geschehen, in Zusammenarbeit mit Fachreferenten.

Schwerpunkte werden sein:

- am 14.3. Was heißt Arbeitslosigkeit überhaupt?
(Welche Konsequenzen hat das für einzelne Menschen, in welche materielle und psychische Situation kommen sie dadurch, wie verhält sich Kurzarbeit zur Arbeitslosigkeit?)
- am 21.3. Welche Hilfen werden für Arbeitslose angeboten?
(Wegweiser durch den Ämterdschungel. Wo bleiben dabei die Arbeitslosen als Menschen?)
- am 25.4. Grundlinien von Beratungstätigkeit
(Gesprächsführung, Reflexion der eigenen Rolle als Berater bzw. Beraterin, Anfragen an die Psychologie)
- am 2.5. Welche Möglichkeiten der Förderungen von Arbeitslosen nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) gibt es?
(Hilfen durch Bewerbungstraining?)
- am 16.5. Aufarbeitung sich aufdrängender Fragen aus der bisherigen Beratung - Gegebenenfalls Besuch eines Arbeitslosen-Projekts

Ziel der Mitarbeiterberatung ist, kirchliche Mitarbeiter zu befähigen, Arbeitslosen ein qualifizierter Gesprächspartner zu sein und ihnen Hilfestellung geben zu können.

Die Mitarbeiterberatung wurde vorbereitet von

- * Gudrun Althausen, Evangelische Frauenhilfe Berlin-Brandenburg
- * Bertram Althausen, Kreisjugendpfarrer in Brandenburg
- * Manfred Berg, Amt für Industrie und Sozialarbeit (Berlin-West)
- * Gerlind Lachenicht, Evangelische Industriejugend (Berlin-West)
- * Sieglinde Rademacher, Berufstätige Jugend Berlin-Brandenburg

Die Teilnehmer werden gebeten, zur ersten Zusammenkunft stichwortartig Probleme aufzuschreiben, die ihnen im Umgang mit Arbeitslosen deutlich geworden sind.

Da die Plätze begrenzt sind, bitten wir um möglichst schnelle Anmeldung, spätestens bis 1. März '91.

Anmeldungen an das

Evangelische Konsistorium
-Berufstätige Jugend -

Neue Grünstraße 19-22
O 1020 Berlin

Teilnehmergebühren werden nicht erhoben.
Reisekosten können in besonderen Fällen auf Antrag erstattet werden.

Mit herzlichen Grüßen,
Sieglinde Rademacher und Manfred Berg

Das Haus der Evangelischen Industriejugend erreichen Sie

mit dem Auto: von der Stadtautobahn-Abfahrt Messedamm/Kaiserdamm
mit der U-Bahn: Linie 1 bis U-Bahnhof Theodor-Heuss-Platz
mit dem Bus: Linie 94 von Staaken oder vom Zoologischen Garten.

Jeder fünfte ist bereits arbeitslos

Offizielle Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit verschleiern wahres Ausmaß der Misere

Der Arbeitsmarkt Ostdeutschlands steht vor dem Kollaps. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nehmen beängstigende Ausmaße an. Vor allem seit Mitte 1990 nahm ihr Tempo zu. Die Arbeitslosigkeit droht, drastisch in Massenarbeitslosigkeit überzugehen. Ende Januar 1991 weist die Statistik 757 000 Arbeitslose und eine Arbeitslosenquote von 8,6 Prozent aus. Mit Ursachen und Wirkung setzt sich Prof. Dr. sc. Jürgen Wahse vom Institut für Wirtschaftswissenschaften Berlin auseinander.

Mit den durch die Vereinigung Deutschlands einsetzenden ökonomischen und politischen Umwandlungen trat die bisher verdeckte Arbeitslosigkeit offen in Erscheinung. Seriöse Schätzungen sprechen in diesem Zusammenhang von etwa 30 Prozent der einstmaligen 9,6 Millionen (1989) in der DDR Beschäftigten. Erschwerend wirkt, daß die notwendigen Strukturanpassungen nahezu unvorbereitet und extrem kurzfristig erfolgen müssen. Für einen derartigen bisher einmaligen Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft liegen zwangsläufig weder theoretische noch praktische Erfahrungen vor. Die ohnehin begrenzte Zeit für notwendige Anpassungs- und Übergangsmaßnahmen wurde überdies durch zögerndes Verhalten der Übergangsregierungen der DDR nicht ausreichend genutzt.

Notwendige Investitionen blieben bislang aus

Aber auch nach dem 3. Oktober 1990 setzten erforderliche Strukturveränderungen nur allmählich ein, weil die notwendigen Investitionen ausblieben. Das hat zur Folge, daß alte Arbeitsplätze verschwinden, neue aber entstehen kaum in dem erforderlichen Umfang und nur auf bestimmte Branchen, einzelne Unternehmen und Regionen konzentriert.

Die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ist wesentlich differenzierter, als das Arbeitslosenquote der Bundesanstalt für Arbeit ausdrücken.

Gegenwärtig arbeiten 1,8 Millionen Erwerbstätige, d.h. 20,9 Prozent der Erwerbspersonen ver-

kürzt, ein nicht unbeträchtlicher Teil davon mit einem Arbeitsausfall von 100 Prozent!

Faktisch arbeitslos, sind sie in der Statistik als solche nicht erfaßt. Es wäre aber auch nicht zulässig, Arbeitslose und Kurzarbeiter einfach zu addieren. Die finanziellen und sozialen Folgen für die Betroffenen unterscheiden sich wesentlich.

Im Durchschnitt haben Kurzarbeiter im Osten Deutschlands bereits heute einen Arbeitsausfall von 51 Prozent hinzunehmen, d.h. rein rechnerisch ist über die Hälfte der Kurzarbeiter ohne Arbeit, müßte also den Arbeitslosen direkt zugerechnet werden. Das sind 900 000 Personen. Die reale Arbeitslosenquote beträgt demnach nicht 8,6 Prozent, sondern 19,3 Prozent. Fast jeder fünfte Beschäftigte in Ostdeutschland ist also gegenwärtig ohne Arbeit!

Ende der Warteschleife verschärft die Lage

Wider Erwarten differiert die reale Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern nicht allzu stark. Ihre Spanne reicht von 18,5 Prozent in Sachsen bis zu 20,7 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Ostberlin liegt mit 17,8 Prozent relativ günstig. Dies kann sich schlagartig verschlechtern, wenn die Warteschleife für die Beschäftigten der ehemaligen zentralen Staatsorgane in Berlin Ende März ausläuft.

Wenn die Sonderbestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes zum Kurzarbeitergeld für die neuen Bundesländer nicht verlängert werden sollten, ist mit einem weiteren scharfen Ansteigen der Arbeitslosenquote zu rechnen. Die soziale Differenzierung und die sozialen Spannungen werden weiter zunehmen; große Teile der Arbeitnehmerschaft könnten ins soziale Abseits geraten. Um dies zu verhindern, muß der Übergang zu neuen Strukturen sozial abgefedert werden.

Eine Verlängerung der bisherigen Kurzarbeiterregelungen ist deshalb nicht nur berechtigt, sondern ein Gebot wirtschaftlicher und politischer Vernunft. Allerdings motivieren die Ausgleichszahlungen der Betriebe zum Kurz-

arbeitergeld bis auf 85 bzw. 90 Prozent des bisherigen Nettoeinkommens die Betroffenen häufig nicht genügend zu erforderlicher Fortbildung bzw. Umschulung. Eine Kopplung von betrieblichen Ausgleichszahlungen und ganzjähriger Fortbildung/Umschulung ist deshalb erforderlich. Das wiederum setzt aber ausreichende qualifizierte Fortbildungsangebote voraus, soll das Ganze nicht Selbstzweck bleiben. Generell darf die notwendige, oft auch schmerzhafteste Anpassung an neue Wirtschaftsstrukturen nicht durch die langfristige Fortführung der Kurzarbeiterregelung ersetzt oder abgeblockt werden.

Entscheidend für die wirtschaftliche Zukunft im Osten Deutschlands ist es, wirtschaftliche neue Produktionsstandorte zu schaffen. Die Industrie erwartet von der öffentlichen Hand die Initialzündung, nämlich die radikale Verbesserung der Infrastruktur, den Aufbau einer effizienten Verwaltung, die Kostenübernahme für die Umweltsanierung, Rechtssicherheit bei ungeklärten Eigentumsverhältnissen.

Gefragt ist politischer Gestaltungswille

Die Bundesregierung dagegen moniert ihrerseits zögerliche Investitionsbereitschaft und ungenügendes Engagement der Industrie in den neuen Bundesländern. Geht das Schwarze-Peter-Spiel zwischen Politik und Wirtschaft weiter, dürfte das verheerende soziale Auswirkungen haben.

Gesamtwirtschaftlich ist es weit aus effizienter und auch billiger, neue Arbeitsplätze zu schaffen als Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Das setzt Gestaltungswillen der Bundesregierung auch dort voraus, wo sie bislang nur der Allheilkraft der Marktkräfte vertraut - nämlich in der Wirtschaft.

Dazu gehören in erster Linie branchenspezifische Investitionsförderung, die Stützung der Finanzkraft in den ostdeutschen Ländern und Kommunen, Gewährung von Bundeszuschüssen für den raschen Ausbau der Infrastruktur, differenzierte Regionalförderung.

Berliner Bank:

Ostdeutsche Werften besser als ihr Ruf

Grundsätzliches Know-how günstig für die Sanierung / Staat sollte Altlasten übernehmen

Nach Ansicht von Dr. Jochen Krengel, Branchenanalytiker der Berliner Bank AG, ist die ostdeutsche Werftindustrie trotz der gegenwärtig dramatischen Lage durchaus noch zu retten. Im Wirtschaftsbericht des Bankhauses, der bereits Ende vergangenen Jahres veröffentlicht wurde, führt der Volkswirt unter anderem aus, daß

gänglich, wenn man in Ostdeutschland überhaupt noch Schiffbau betreiben" wolle. Im übrigen werde in der Branche weltweit subventioniert.

Krengel verweist dabei auf die öffentliche Förderung für die West-Werften. Sie werden jährlich mit rund drei Milliarden Mark subventioniert. Mit der Begleichung

Fischereifahrzeuge. Somit sei das grundsätzliche Know-how vorhanden und biete einer Sanierungsstrategie "wertvolle Ansatzpunkte", schätzt Krengel.

Durch die wirtschaftliche Vereinigung von sanierter Ost- und der West-Werftindustrie würde die drittgrößte Schiffbauindustrie der Welt entstehen - „mit Schwer-

Arbeitsmarkttendenzen in den neuen Bundesländern:

Fachkräfte gehen in den Westen – Frauen und Alte bleiben zu Hause

Von Prof. Dr. JÜRGEN WAHSE*

In den wenigen Monaten seit der Herstellung der Wirtschafts- und Währungsunion ist die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland drastisch zurückgegangen. Die Erwerbstätigenzahl von 9,6 Millionen (einschließlich Staats- und Parteiapparat, Staatssicherheit, Verteidigung, Wismut usw.) im Jahr 1989 ist auf etwa 8 Millionen Ende 1990 gesunken; bis Ende dieses Jahres ist nur noch ein Potential von etwa 6,7 Millionen zu erwarten. Das bedeutet innerhalb von zwei Jahren einen Rückgang um etwa 30 Prozent!

Der Abbau der Erwerbstätigenzahl von fast 3 Millionen Beschäftigten ist nicht allein auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Jedoch ist dies der entscheidende Faktor, denn Ende 1991 dürfte mit etwa 1,5 Millionen Arbeitslosen zu rechnen sein – wenn vereinbarte Kündigungs-schutzregelungen in bestimmten Wirtschaftszweigen und für einzelne Berufsgruppen und die sogenannte Warteschleife für Beschäftigte im öffentlichen Dienst auslaufen sowie Liquiditätshilfen der Treuhandanstalt reduziert werden. Diese Zahl würde sich noch beträchtlich erhöhen, sollten die Sonderregelungen des Arbeitsförderungsgesetzes für die Kurzarbeit in den neuen Bundesländern nicht mehr gelten. Der künftige Umfang der gegenwärtig zahlenmäßig noch unbefriedigend ausgeschöpften Möglichkeiten von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) wird dem Anstieg der Ar-

beitslosigkeit entgegenwirken, ihn aber kaum aufhalten können. Das Sinken der Erwerbstätigenzahl wird aber auch durch andere, arbeitsmarktentlastende Faktoren beeinflusst. Dazu zählen:

● Natürliche Bevölkerungsentwicklung

Mittelfristig ist auf Grund der Altersstruktur der ostdeutschen Bevölkerung ein leichter Rückgang zu erwarten, der allerdings erst Mitte der neunziger Jahre einsetzen dürfte.

● Abwanderung in die alten Bundesländer

Die Umsiedlerzahlen aus der DDR in die Bundesrepublik waren in den achtziger Jahren beträchtlich. Sie beliefen sich zwischen 1980 und 1988 im Jahresdurchschnitt auf etwa 20 000 Personen, davon waren etwa 70 Prozent im arbeitsfähigen Alter. 1989 schnellte die Zahl der Umsiedler auf fast 350 000 empor (davon etwa 250 000 im arbeitsfähigen

Alter). Im 1. Halbjahr 1990, d. h. bis zur Währungsunion, siedelten bereits wieder 240 000 Personen in die Alt-Bundesrepublik über. Aber auch nach Währungsunion und Wiedervereinigung Deutschlands riß die Abwanderung in Richtung Westen nicht ab. Im 2. Halbjahr 1990 verlegten immer noch etwa 100 000 Personen ihren Wohnsitz aus Ost- nach Westdeutschland, obwohl die politische Motivation für eine Übersiedlung weggefallen ist. Damit sind im Jahr 1990 insgesamt etwa 200 000 Arbeitskräfte in den Westteil Deutschlands verzogen.

Auch gegenwärtig wandern monatlich noch immer etwa 15 000 Menschen in die alten Bundesländer ab. Das ist zu einem wesentlichen Teil auf das Einkommensgefälle, auf die Unsicherheit des Arbeitsplatzes, aber auch auf unzumutbare Umweltbelastungen zurückzuführen. Wenn in diesen Problembereichen keine wesentlichen Veränderungen herbeigeführt werden können, ist für 1991 mit dem Verlust von

weiteren etwa 200 000 Personen, davon über 100 000 Arbeitskräften, zu rechnen.

● Pendler

Pendlerbewegungen von Arbeitskräften mit Wohnsitz in Ostdeutschland und Arbeitsplatz in Westdeutschland sind ein neues Phänomen, das erst durch den Fall der Mauer möglich wurde. Pendlerströme treten vor allem im Raum Berlin (z. Z. etwa 45 000) und in den ehemaligen unmittelbaren Grenzregionen zwischen Ost- und Westdeutschland auf. Die Ursachen dafür sind im wesentlichen die gleichen wie beim endgültigen Wohnortwechsel. Die Größenordnungen sind nur schwer einzuschätzen. Gegenwärtig sollte man wahrscheinlich von mehr als 100 000 Personen ausgehen. Ein deutlicher Anstieg dieser Zahl im Verlauf des Jahres 1991 ist vorhersehbar, weil ein Abbau des Wohlstandsgefälles nicht in Sicht ist.

● Inanspruchnahme von Altersübergangsgeld

In den neuen Bundeslän-

Erwerbstätige in Ostdeutschland

(in 1000 Personen)



Quelle: DIW

* Der Autor ist Mitarbeiter des Instituts für Wirtschaftswissenschaften in Ost-Berlin.

dem können Arbeitslose nach dem 57. Lebensjahr Altersübergangsgeld beantragen. Diese Regelung hat die Vorruhestandsregelung in der ehemaligen DDR abgelöst. Sie wurde eingeführt, um die durch gravierende Strukturbrüche eingetretenen Arbeitsmarktp Probleme in bestimmtem Maße sozial abzufedern. 1990 haben etwa 400 000 ältere Arbeitnehmer diese Möglichkeit in Anspruch genommen. 1991 sind über 100 000 Anträge auf Altersübergangsgeld zu erwarten.

● Rückgang der Zahl der berufstätigen Rentner

In der ehemaligen DDR war vor allem auf Grund des niedrigen Rentenniveaus ein großer Teil der Altersrentner weiter berufstätig. Obwohl sich dieser Anteil in den letzten Jahren halbiert hatte, waren es 1989 noch immer 280 000, d. h. etwa 10 Prozent der Bevölkerung im Rentenalter oder über 3 Prozent der Berufstätigen. Auf Grund des notwendig gewordenen Abbaus von Arbeitsplätzen ist diese Personengruppe besonders stark betroffen. Bereits 1990 dürfte sich ihre Zahl halbiert haben; mit einem weiteren deutlichen Rückgang ist zu rechnen.

● Verringerter Frauenbeschäftigungsgrad

Die DDR gehörte zu den Staaten mit der höchsten Frauenbeschäftigung. 49 Prozent aller Erwerbstätigen waren Frauen (in der ehemaligen Bundesrepublik vergleichsweise nur 38 Prozent). Die hohe Frauenbeschäftigung resultierte einerseits aus dem unbedingten Erfüllungszwang der angestrebten Wachstumsziele des Bruttosozialprodukts, aber auch aus dem erklärten Ziel, der Gleichstellung von Mann und Frau näherzukommen und den Frauen berufliche Chancengleichheit zu ermöglichen. Nicht zuletzt ist der hohe Beschäftigungsgrad der Frauen auch darauf zurückzuführen, daß nur durch die Berufstätigkeit beider Ehepartner ein auskömmliches Realeinkommen der Familie

gesichert werden konnte. Der Unterschied von 20 bis 25 Prozentpunkten zwischen den Frauenerwerbsquoten in den alten und den neuen Bundesländern wird sich ausgleichen.

● Arbeitszeitverkürzungen und Urlaubsverlängerungen

Mit einer Wochenarbeitszeit von 43,75 Stunden für die Mehrzahl der Beschäftigten und einem Urlaubsanspruch von durchschnittlich 20 Tagen gehörte die DDR zu den Ländern mit der längsten jährlichen Arbeitszeit in Europa. Tarifverhandlungen haben – beginnend mit dem Jahr 1990 – in den meisten

mit zu rechnen, daß 1991 fast alle der noch verbliebenen ausländischen Arbeitnehmer in ihre Heimat zurückgekehrt sein werden.

Durch all diese genannten Faktoren wird es auf dem Arbeitsmarkt 1990/1991 etwa 1,4 Millionen Erwerbspersonen weniger geben und damit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit kurzfristig entgegengewirkt. Mittel- und langfristig sind diese Faktoren allerdings durchaus differenziert einzuschätzen. Wenn in Ostdeutschland der prophezeite Wirtschaftsaufschwung einsetzt, könnte sich vor allem die vorherige Abwanderung qualifizierter und jünger Fachkräfte in die

dem Maschinen- und Anlagenbau, müssen neue Arbeitsplätze entstehen. Nicht zuletzt das Bau- und Ausbaugewerbe einschließlich des Verkehrsbaus wird neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen. Entscheidende Impulse werden dafür in verstärktem Maße von Handwerks-, Klein- und Mittelbetrieben ausgehen müssen. Alle Überlegungen zu künftigen Erwerbstätigen- und Arbeitslosenentwicklungen sollten hinsichtlich ihrer Genauigkeit mit Vorsicht betrachtet werden. Struktureinbrüche in der Wirtschaft Ostdeutschlands sind in ihren Folgen noch kaum einschätzbar, langfristige Zeit-



Wirtschaftsbereichen zu einer schrittweisen Einführung der 40-Stunden-Woche und zu einer Annäherung an die Urlaubsdauer in den alten Bundesländern geführt. Auch diese Regelungen wirken in gewissem Maße arbeitsmarktentlastend.

● Kündigung von Ausländern

Ende 1989 waren in der ehemaligen DDR ca. 90 000 Ausländer beschäftigt. Davon kamen etwa 60 000 aus Vietnam, 15 000 aus Mosambik und 8000 aus Kuba. Dem größten Teil dieser Beschäftigten wurden die meist befristet abgeschlossenen Arbeitsverträge im Jahre 1990 gekündigt, so daß Ende vergangenen Jahres noch etwa 30 000 ausländische Arbeitskräfte in Ostdeutschland tätig waren. Es ist da-

alten Bundesländer negativ auswirken. Dagegen könnten Pendler und zeitweilig nicht-berufstätige Frauen für den beruflichen Einsatz relativ kurzfristig wieder aktiviert werden.

Generell ist der Ausweg aus der prekären Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland nicht darin zu sehen, das Arbeitskräfteangebot einzuschränken. Er liegt vielmehr darin, durch Investitionen neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich zu erweitern. Dafür sind nicht nur solche sektoralen Wachstumsfelder wie Handel, Banken und Versicherungen sowie Beratungsdienstleistungen prädestiniert. Auch im produzierenden Gewerbe, vor allem in Branchen mit geringerem Produktivitätsrückstand wie

Arbeitsamt oder Abwandern? Vor dieser Frage stehen viele der von Arbeitslosigkeit Betroffenen in den neuen Bundesländern.

reihen als Grundlage für Arbeitsmarktvorausschau fehlen und wären durch die Umstellung auf die Marktwirtschaft auch nur wenig aussagekräftig. Daher sind bewährte Modelle für mittel- und langfristige Arbeitsmarktprojektionen in der gegenwärtigen Situation weitgehend untauglich. Auch die getroffenen Aussagen über den Erwerbstätigenrückgang und die dem zugrunde liegende Einschätzung der Arbeitslosenentwicklung und der einzelnen arbeitsmarktentlastenden Faktoren können nur in relativ großen Toleranzbereichen als zuverlässig angesehen werden. ■

Herausforderung Arbeitslosigkeit Thesen zu einer Lebenssituation ohne Arbeit

U. Schneider
Kölligsh

Gesprächsrunde im Amt für Industrie- und Sozialarbeit,
Berlin, Frankenallee 6

1. Wirtschaftliche Gesichtspunkte

- In der modernen Gesellschaft westlich-kapitalistischer Prägung ist Arbeitslosigkeit selbstverständlicher Bestandteil wirtschaftlichen Produzierens und Handelns. Dies ergibt sich aus der Notwendigkeit von betrieblichen und volkswirtschaftlichen Umstrukturierungen, durch das Konkurrenzprinzip am Markt und durch immer wiederkehrende Probleme einer tendenziellen Überproduktion.
- Durch wirtschaftliche Umstellung droht nicht nur der Arbeitsplatzverlust. Bei steigenden Preisen nimmt gegenwärtig die Kaufkraft der Löhne und Renten ab. Zur Arbeitslosigkeit kommt dann eine schleichende Verarmung hinzu.
- Längerfristige Arbeitslosigkeit führt trotz verschiedener verbesserter Maßnahmen in vielen Fällen zu erheblichen finanziellen Belastungen für die Betroffenen und deren Familien. Besonders bitter trifft Langzeitarbeitslosigkeit Familien mit mehreren Kindern. Der größere Teil dieser Familien lebt von der geringeren Arbeitslosenhilfe oder erhält gar keine Leistungen und ist auf die Sozialhilfe angewiesen.
- Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland (West) befindet sich seit ca. 8 Jahren in einem lang andauernden Wirtschaftsaufschwung. Dennoch hat dies an der Situation der Arbeitslosigkeit wenig geändert. Es zeichnet sich ab, daß eine Integration von Arbeitslosen aussichtslos wird, wenn dies nicht einmal unter den aktuell günstigen Bedingungen gelingt. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bleiben dann hinter dem selbstgesteckten Ziel einer sozialen Marktwirtschaft deutlich zurück.

...

- Bei anhaltend steigender Erwerbsneigung von Frauen und weiter wachsender Zuwanderung aus osteuropäischen Ländern wird die Zahl der Erwerbspersonen um voraussichtlich 2,5 Mio Menschen steigen. Selbst unter günstigsten Voraussetzungen nimmt im selben Zeitraum die Zahl der Arbeitsplätze nur in gleichem Umfang zu. Das bedeutet, daß mittelfristig das Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt bestehen bleibt, die Zahl der Arbeitslosen wird tendenziell eher zu- als abnehmen.
- Qualitativ wird sich die Nachfrage nach Arbeitskräften deutlich verschieben. Bis zum Jahr 2010 geht die Nachfrage nach Arbeitskräften, die für einfache Tätigkeiten qualifiziert sind, deutlich zurück. In den kommenden 20 Jahren werden ca. 2,5 Mio Arbeitsplätze verschwinden, auf denen einfache Tätigkeiten zu verrichten sind. Das betrifft die industrielle Produktion genauso wie Arbeitsplätze in der Verwaltung.
- Langzeitarbeitslosigkeit droht zu einer Dauererscheinung einer prosperierenden Wirtschaft zu werden. Gleichzeitig nimmt der Qualifizierungsdruck auf die Arbeitskräfte deutlich zu.

2. Personale, soziale und gesundheitliche Belastungen

- Die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit führen zu erheblichen Spannungen in Familien. Vor allem wenn der Mann der Alleinernährer war und sich jetzt weniger wert und überflüssig fühlt. Die Arbeitslosigkeit von Frauen führt andererseits zum gleichen Ergebnis. Nehmen die Spannungen zu, so kann es zur Entfremdung, zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen den Ehepartnern oder gegen die Kinder, zur Flucht in den Alkohol, zu kriminellen Verfehlungen, zu Depressionen bis hin zu Selbstmordversuchen, in vielen Fällen auch zur Scheidung und Trennung in der Familie kommen.
- Jugendliche aus Familien, die bereits durch ein Familienmitglied von Arbeitslosigkeit betroffen sind, werden leichter arbeitslos, als Jugendliche aus nicht betroffenen Familien. Gerade bei ungelernten jugendlichen Arbeitslosen, oft ohne qualifizierten Schulabschluß, hatte die Mehrzahl der Väter und Mütter keine Ausbildung beendet, waren also auch selbst oft von Arbeitslosigkeit betroffen.

...

- Arbeitslosigkeit führt zu phsychosomatischen Erkrankungen. Dazu zählen z.B. Magen-Darm-Beschwerden, Neubildung von Magen- und Zwölffingerdarmgeschwüren, Verschlechterung von Asthma-Leiden und Verschlechterung von Herz-Kreislauf-Beschwerden. Nach Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit werden die nicht finanziellen psychischen Belastungen von Arbeitslosen noch stärker empfunden als die finanziellen.
- Ein aktives Agieren des Einzelnen ist in der heutigen Wirtschaft nötig. Dabei ist er jedoch vor Überforderung zu schützen. Die Menschlichkeit des Systems ist immer wieder neu zu fordern. Der christliche Glaube kann sowohl Kraft zum Handeln als auch Kraft zum Nein-Sagen geben.
- Arbeitslosigkeit schafft eine Sinnkrise. Dahinter steht die Tatsache, daß die Arbeit in unserer ethischen und kulturellen Tradition den entscheidenden Grundwert in der Interpretation des eigenen Selbstverständnisses bildet.
- Arbeit ermöglicht den Menschen als Subjekt Verantwortung zu übernehmen, sich selbst den Mitmenschen und das Gemeinwesen zu erhalten, Wirklichkeit zu erfahren und daran Identität zu bilden, Beziehungsverhältnisse aufzubauen, sich in Gesellschaft zu integrieren und diese Gesellschaft zu interpretieren.
- Der einsetzende Realitätsverlust, die Einengung des Gesichtskreises und Handlungsraumes führen insgesamt zu Schrumpfung des psychologischen und sozialen Lebensraumes. Der/die Arbeitslose merkt, wie wenig er/sie als Person in einem leistungsorientierten System gefragt ist. Das Zusammengehörigkeitsgefühl unter Arbeitslosen ist abnehmend, da das Zusammenwirken fehlt. Soziale Kontakte in der Familie und im weiteren Umkreis können den sozialen Grundverlust täglicher erlebter sozialer Realität nicht aufwiegen.
- Das Gefühl, im großen und ganzen nicht mehr dazuzugehören, hat Konsequenzen für andere Bereiche. Zeit wird belanglos zur gleichbleibenden Dauer. Freizeit ist im Schnitt nicht in der Lage, dem individuellen Leben einen vergleichbaren Sinn zu geben, wie die Arbeit es vermag.

...

- Die Umwelt reagiert ihrerseits auf Arbeitslose kaum mit Verständnis. Ursachen für das Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß werden eher bei dem/der Betroffenen als im Gesellschaftssystem gesucht. Betroffene, erzogen in demselben Arbeitsethos, sind geneigt, ihr Geschick ebenfalls auf individuelles Versagen zurückzuführen. Rationale Erklärungsversuche sind gegenüber den emotionalen Empfinden zu schwach, um sich durchsetzen zu können.
- Arbeitslosen fällt es schwer, Initiative zu ergreifen, um neue Arbeit zu suchen. Je öfter sich abschlägige Bewerbungen wiederholen, desto hoffnungsloser empfinden sie sich.

3. Verantwortung und ethische Verpflichtung

- In einer wohlhabenden und zugleich den Prinzipien der Menschenwürde und Solidarität verpflichteten Gesellschaft muß es die Aufgabe der politisch Verantwortlichen sein, den von Arbeitslosigkeit längerfristig Betroffenen die Möglichkeit einer gesellschaftlich sinnvollen und anerkannten Beschäftigung zu geben.
- Der Sinn des Lebens entsteht nicht durch die Arbeit, sondern durch das Ja Gottes zum Menschen. In der Situation der Arbeitslosigkeit hinein kann christlicher Glaube besonders sprechen, denn er befreit nicht von Leistung aber von Leistungsdruck.
- Arbeitslosigkeit kann helfen, bewußt zu machen, das bisherige Arbeit entmenslichte Arbeit war. Es bietet sich die Chance, bessere Formen zu entwickeln. Der eigentliche Sinn von Arbeit kann neu erkannt und die Einsicht in die Notwendigkeit einer Humanisierung der Arbeit gewonnen werden.
- Der Wechsel von Arbeit und Ruhe als Korrektiv und Pflege der Gottesbeziehung zwischen Werk- und Feiertag kann durch den Zustand der Arbeitslosigkeit nur noch schwer wahrgenommen werden.
- Das Gottesreich wird mit einem Menschen verglichen, der zunächst arbeitslosen Tagelöhnern den gleichen Lohn wie den ganztätig Beschäftigten zahlt, was zwar den menschlichen Gerechtigkeitssinn an-

...

greift, aber die göttliche Gerechtigkeit und Freigiebigkeit darstellt. Heutiges Arbeitslosengeld und Unterstützung für Arbeitslose hat sich wie im Gleichnis mindestens zu orientieren am Lebensnotwendigen, trotz teilweiser oder völliger Arbeitslosigkeit.

- Die christliche Kirche, die einzelnen Gemeinden, jeder einzelne Christ, sie alle sind aufgerufen in spezifischer Weise die Lasten der Arbeitslosen mitzutragen. Seelsorgerliche Aufgaben treffen hier mit sozialen und diakonischen Herausforderungen zusammen.
- Die christliche Ethik hat stets den mitmenschlichen Charakter der Arbeit unterstrichen. Arbeit bezieht den Menschen in Gesellschaft und Gemeinschaft ein. Es entspricht dem christlichen Menschenbild, daß jeder Mensch die Möglichkeit zu einer tätigen Existenz behalten sollte, in der er verantwortlich wirken und sich selbst sowie seine Familie ernähren kann. Arbeit ist kein Selbstzweck, sondern notwendiges Mittel, den Bedarf des Einzelnen, der Familie und der Gemeinschaft zu sichern.

4. Gezielte Herausforderungen und Aktivitäten

- Sozialpolitische Maßnahmen müssen in Wechselbeziehung mit der wirtschaftlichen Entwicklung gesehen werden. Die Unternehmen müssen in dieser Lage bereit sein, größere Risiken als gemeinhin üblich zu übernehmen und gegebenenfalls einen Solidarbeitrag zu entrichten. Gewinnerzielung und soziale Verpflichtung sind Grundlagen für unternehmerische Tätigkeit in einer sozialen Marktwirtschaft. Die ökologische Verantwortung tritt hinzu.
- Konzertierte Aktionen von Gewerkschaften, Arbeitgebern, Kommunalverwaltungen, Arbeitsverwaltungen, Trägern der Wohlfahrtspflege und Kirche sind notwendig. Nur durch tätige Mithilfe aller und durch persönliche Kontakte kann ein neues Miteinander und ein Klima entstehen, in dem die vorhandenen Kräfte gebündelt werden.
- Erhalt und Sanierung bestehender Arbeitsplätze gehen vor "Kahlschlag". Kurzarbeit geht vor Entlassung.
- Arbeitsmarktpolitik muß stärker als bisher zum integrierten Bestandteil der Wirtschaftspolitik werden.

...

- Erwerbsarbeitsprojekte müssen als ständige Einrichtung für Betätigungsfelder installiert werden, die gesellschaftlich und kommunal zwar notwendig sind, die aber bisher nicht geleistet werden konnte. Erwerbsarbeitsprojekte können nur im Rahmen einer konzertierten Aktion eingerichtet werden. Erwerbsarbeitsprojekte wirtschaftspolitisch zu fördern und zu unterstützen, wird in Zukunft ein wesentlicher Bestandteil einer regionalen Strukturförderung sein müssen.
- Arbeitszeitverkürzung ist integrativer Bestandteil einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Nur durch Verteilung von Arbeit und Einkommen kann eine dauerhafte Integration aller Menschen in einer arbeitsorientierten Gesellschaft gelingen.

Literatur:

- Gezielte Hilfen für Langzeitarbeitslose EKD Text Nr. 19
- BrakeImann, Günter: Zur Arbeit geboren? Beiträge zu einer christlichen Arbeitsethik. Bochum: SWI 1988
- Duchrow, Ulrich: Weltwirtschaft heute - Ein Feld für bekennende Kirche. München 1987
- Sölle, Dorothee: Lieben und Arbeiten: Eine Theologie der Schöpfung. Stuttgart 1985
- Arbeitslosigkeit solidarisch überwinden, Kundgebung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 9. Nov. 1990
- Hengsbach, Friedhelm: Verdrängt das nationale Interesse die gesellschaftliche Solidarität? Frankfurt (Main) 2. 11. 1990
- Arbeitslosigkeit und Armut in der DDR. Anstöße zur Diskussion aus der Sicht der kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit.
In: KDA Nr. 5/6 1990

ARBEITSLOSENPROGRAMM

GRUNDLAGENBESCHREIBUNG (OKTOBER 1988)

1. Arbeitslosigkeit hat in unserer Gesellschaft einen dauerhaft hohen Stand. Auch eine expandierende Wirtschaftsentwicklung mit stark gestiegener Ertragslage hat daran nichts geändert. Umgekehrt - die Zahl Langzeitarbeitsloser ist beständig gestiegen und die Lage der sog. "Problemgruppen" hat sich ständig verschlechtert.
Das ist mitverursacht durch jahrelange Negierung von arbeitsmarktpolitischen Handlungsbedarf durch gesellschaftliche Verantwortungsträger. Zusätzlich hat der Gesetzgeber den Großteil Erwerbsloser sozialpolitisch schlechtergestellt. Das bewirkte ein Doppeltes: einerseits andauernde Auseinandersetzung über den "gesellschaftlichen Skandal Massenarbeitslosigkeit" und andererseits einen Gewöhnungseffekt, daß Massenarbeitslosigkeit und deren Folgen einen "Normalzustand" unserer Gesellschaft darstellt, über den man zur Tagesordnung übergeht. Beides existiert nebeneinander.
2. In der Evangelischen Kirche sind viele Einzelne und Gremien nicht zur Tagesordnung übergegangen. Seit Auftreten der Massenarbeitslosigkeit sind eine Vielzahl von Aktivitäten und eine große Anzahl von Stellungnahmen zu den Hintergründen, Auswirkungen, Bedeutungen und möglichen Überwindungsstrategien dieser Arbeitslosigkeit in unserer Industriegesellschaft entwickelt worden. Die EKD und Gliedkirchen haben ihre eigene Bedeutung und Verantwortung in diesem Zusammenhang benannt.
Die Kirche hat wiederholt betont, nicht schweigen zu können,
 - wenn einer Vielzahl Menschen verwehrt wird, für ihre materiellen Lebensgrundlagen selbst zu sorgen bzw. sie sozial nicht angemessen versorgt werden,
 - wenn sie an aktiver Teilhabe an der gesellschaftlichen Arbeit ausgeschlossen sind,
 - und wenn sie an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden mit den Auswirkungen schwerwiegender sozialer, psychischer und finanzieller Probleme.Die sieht darin einen Angriff auf die Menschenwürde, der mit dem christlichen Menschenbild nicht vereinbar ist.
Nach christlichem Verständnis erhält der Mensch von Gott das Mandat, seine Schöpfung zu bebauen und zu bewahren. Ist diese Arbeit auch mit Mühsal verbunden, wird ihr doch gleichsam der Segen lebenserhaltenden Erfolgs versprochen. Zudem soll sie durch Sozialordnungen wie dem Gebot der Sabbatrube, der Sklavenfreilassung, der zum Leben ausreichenden Entlohnung u.a. vor Mißbrauch und Ausbeutung geschützt werden. Arbeit gibt es nach biblischem Verständnis nicht als Selbstzweck. Sie ist menschliches Handeln im geschichtlichen Schöpfungsverlauf. "Solange die Erde steht soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht" (Neuer Bund). Sie ist geschichtliches und kulturelles Handeln, mit der der Mensch seine Geschichte machen soll, bleibt aber eingegrenzt durch die Gefahr schöpferischer Überheblichkeit. Am Turmbau zu Babel werden die selbst- und gemeinschaftszerstörerischen Auswirkungen der Vergötzung menschlicher Leistung thematisiert. Arbeit hat Sinn, nur wenn sie in den Grenzen der Schöpfung Gottes, seiner Geschichte mit den Menschen, seiner Gerechtigkeit und Erlösung steht: menschliche Teilhabe an seiner Arbeit.
Das heißt aber auch umgekehrt: Menschen untereinander sollen diese Teilhabe nicht verunmöglichen und niemanden ausschließen. Gott meint jeden Menschen und ermeint sie als Gemeinschaft. Die Organisation von Arbeit muß allen Menschen Mitwirkungsmöglichkeiten geben, muß ihnen Lebensgrundlagen sichern, muß sie teilhaben lassen an der Gestaltung der materiellen (schöpfungs-gemäßen), sozialen und kulturellen Entwicklung der Gesellschaft und der ganzen Welt.

in den Kirchenkreisen Tiergarten-Friedrichswerder und Wedding e.V.

Beratungs- und Begegnungszentrum :

Emdener Straße 5
1000 Berlin 21

Tel.: 395 36 38
13⁰⁰ - 15⁰⁰ Uhr

Bereich Arbeitsmarktpolitik :

Alt-Moabit 25
1000 Berlin 21

Tel.: 394 85 22
10⁰⁰ - 14⁰⁰ Uhr

Andreas Hallbauer

Trägerübergreifende Maßnahme:

"Kommunales Forum Beschäftigung Tiergarten"

- Entwurf 1 der Version 4
aufgrund Akten gelegt
zu der 5.10.81 lux*
1. Kommunales Forum Beschäftigung
 2. Regiestelle Kommunale Beschäftigung
 3. Personal
 4. Arbeitstrukturen
 5. Stufenplan (Arbeitsschritte)
 6. Anhang
 - Finanzplan (Rohentwurf)
 - Schaubild
 - Erste Arbeitsvorhaben
 - Modell: Schritte zur Initiierung eines Projektes

1. Kommunales Forum Beschäftigung Tiergarten

1.1. Zielsetzung

1.1.1. Kommunales Forum

Das Kommunale Forum ist ein Instrument des Dialogs aller gegenüber dem Problem der (Langzeit-) Arbeitslosigkeit in Verantwortung stehenden, die unterschiedlichen Kompetenzen und Ressourcen untereinander abzustimmen mit dem Ziel der Förderung neuer Beschäftigungsfelder in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Wohnumfeld, Umwelt und Kultur im Bezirk Tiergarten. Die Ergebnisse werden im "Verbundmodell" umgesetzt.

1.1.2. Verbundmodell

Ziel ist die Vorbereitung bezirklicher Beschäftigungsinitiativen durch die Vorbereitung bzw. den Aufbau eines Tiergarten Verbundmodells. Hierbei wird der bezirkliche Bedarf an Maßnahmen zur Steigerung der Lebensqualität, Stadtreparatur, sozialer und kultureller Dienstleistungen usw. durch Einbeziehung und Befragung von

- Bewohnern
- Stellen des Bezirksamtes
- Bürgerinitiativen
- Kirchengemeinden u.a.

ermittelt. Dies wird ergänzt durch Einbeziehung bezirklicher Ressourcen:

- Gewerbe und Industrie
- Bildungs- und Kultureinrichtungen
- bereits vorhandene Beschäftigungs- und Erwerbsloseninitiativen.

1.1.3. Verbesserung der Arbeit mit und für Erwerbslose

Bisher unverbunden arbeitende Initiativen werden zur Kooperation angeregt, bisherige Erfahrungen zusammengefaßt und weiterentwickelt.

Wichtigste Zielperspektive ist die Verbesserung der Chance zur Wiedereingliederung in den sogenannten Ersten Arbeitsmarkt. Erwerbslose sollen kurzfristig sozial und materiell stabilisiert, zielgerichtet qualifiziert und sozialarbeiterisch begleitet werden um den Aufbau einer Perspektive längerfristiger Beschäftigung abzusichern.

Primäre Zielgruppe sind Erwachsene Erwerbslose über 25 Jahre.

1.2. Aufgaben

1.2.1. Aufbau und Durchführung eines Kommunalen Forums

Angesprochen und gewonnen werden sollen die Bezirksverwaltung, Stadtteilinitiativen, Kirchengemeinden, Parteienvertreter, Betriebe und Gewerkschaften, sowie Projekte.

Angeknüpft wird u.a. an die Bereichsentwicklungsplanung Tiengarten (BEP), um hier entsprechende Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen integrieren zu können, des weiteren an die Arbeit der Tiengartener "Gesundheitskonferenz".

Besonderer Wert gelegt wird auf die Gewinnung und Kooperation mit Tiengartener Handwerksbetrieben.

1.2.2. Defizit und Ressourcenanalyse

Das bei unterschiedlichen Stellen bisher ungenutzt vorhandene Expertenwissen über Bedürfnisse und Lebenssituation der Bevölkerung kann fruchtbar gemacht und zusammengeführt werden. Die leitenden Fragestellungen dabei sind:

- Welcher Bedarf existiert im Bezirk ?
- Über welche sachlichen und subjektiven Ressourcen verfügt er ?
- Wie kann hierauf aufbauend ein Verbundmodell zur Förderung zusätzlicher Beschäftigung organisiert werden ?

Die Ergebnisse der Bürgerversammlungen und Expertengespräche im Rahmen des Kommunalen Forums sollen dokumentiert und gebündelt werden. Sie müssen für die weitere öffentliche Diskussion u.a. in der BVV zur Verfügung gestellt werden.

1.2.3. Aufbau eines Verbundmodells

Zur Umsetzung der Defizit- und Ressourcenanalyse in Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte wird die Beratung mit weiteren Stellen gesucht:

- Senator für Arbeit, Verkehr und Betriebe
- Landesarbeitsamt
- Innungen, Kammern, Arbeitgeberverbände
- Gewerkschaften, Betriebsräte
- wissenschaftliche Einrichtungen
- Beratungseinrichtungen wie BBJ-Consult

2. Regiestelle Kommunale Beschäftigung

Die laufende Arbeit des "Kommunalen Forums Beschäftigung Tiergarten" wird von der "Regiestelle Kommunale Beschäftigung" durchgeführt.

Diese hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Herstellen eines Kooperationsverbundes zwischen bezirklichen Stellen (Bezirksamt, BVV), Stadtteilvereinen wie dem Moabiter Ratschlag e.V., kirchlichen und sozialen Einrichtungen, Arbeitgebern, Gewerkschaften, Arbeitsamt, sowie Arbeits- und Ausbildungsprojekten v.a. um sich über Arbeitsbedarfe, soziale Lage, Ausbildungsdefizite, freie Stellen, Integrationsarbeitsplätze usw. auszutauschen.
- Erschließung neuer Beschäftigungsfelder
- Initiierung von beschäftigungspolitischen Diskussionen, Entschließungen usw. im Rahmen bezirklicher Möglichkeiten
- Aquirierung von Integrationsarbeitsplätzen bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern
- Initiierung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen
- Initiierung von sozialpädagogischer Betreuung
- Initiierung von Arbeitsgemeinschaften zwischen Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten und privaten bzw. öffentlichen Arbeitgebern
- Auswertung und Dokumentation der Arbeit

3. Personal der Regiestelle Kommunale Beschäftigung

3.1. Einzelqualifikationen, Arbeitsschwerpunkte, Eingruppierung

1 Sozialwissenschaftler/Ökonom

Arbeitsschwerpunkt: Initiierung und Vernetzung von Beschäftigungsprojekten und -maßnahmen
BAT IIa/III

1 Sozialwissenschaftler/Pädagoge

Arbeitsschwerpunkt: Initiierung und Vernetzung von Qualifizierungsprojekten und -maßnahmen
BAT IIa/III

1 Sozialpädagoge

Arbeitsschwerpunkt: Initiierung und Vernetzung sozialpädagogischer Betreuung und Beratung
BAT IIa/III

3.2. Allgemeine Qualifikationsmerkmale:

- Konzeptionelle Fähigkeiten im Bereich "Arbeit und Ausbildung"
- Erfahrungen im Zusammenhang mit Beschäftigungs- und Ausbildungsprojekten oder vergleichbare Projekterfahrung
- Geschick im Umgang mit öffentlichen Institutionen
- Organisationstalent
- möglichst Mehrfachqualifikationen im jeweiligen Arbeitsfeld (z.B. Handwerksberuf und sozialwissenschaftliche Ausbildung)

4. Arbeitsstrukturen

4.1. Träger der "Regiestelle"

Die Regiestelle Kommunale Beschäftigung ist beim "Berliner Arbeitslosenzentrum e.V." angesiedelt.

4.2. Beirat

Nach Möglichkeit soll ein Beirat gebildet werden, dem Vertreter der verschiedenen im "Kommunalen Forum" kooperierenden Gruppierungen und Institutionen angehören sollten.

4.3. Jahresforum

Regelmäßig einmal im Jahr sollte ein "Jahresforum Kommunale Beschäftigung Tiergarten" stattfinden, um die laufende Arbeit auszuwerten und Perspektiven anzuvisieren.
Dazu sollten alle zu vernetzenden Gruppierungen und Institutionen eingeladen werden.

5. Stufenplan (Arbeitsschritte)

5.1. Arbeitsschritte

Die Arbeit vollzieht sich in mehreren Phasen, die sich z.T. zeitlich überlappen und, wenn das Projekt einmal etabliert ist, im regelmäßigen Turnus wiederholen:

0. Anlaufphase

- Kontaktaufnahme mit zentralen Kooperationspartnern, Vorstellung des Projektes
- Datensammeln:
bezirkliche Institutionen und Betriebe und solche, die im Bezirk Arbeiten durchführen
bezirkliche Projekte und Einrichtungen, die Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und schulische Bildungsmaßnahmen durchführen
- erste Schritte zu einem Kooperationsverbund bezirklicher Projekte, Betriebe und Institutionen

1. Erschließung vorhandener und zusätzlicher Arbeitsplätze

1.1. Aquirieren von Integrationsarbeitsplätzen (v.a. für Langzeitarbeitslose)

- Einzelarbeitsplätze
- Sammelarbeitsplätze z.B. bei öffentlicher Auftragsvergabe (z.B. im Zusammenhang mit der BEP-Tiergarten) oder bei Neueinstellungen im Ö.D.

parallel:

1.2. Erschließung zusätzlicher Arbeitsplätze

- Bürgerbefragung (vgl. Schöneberg)
- Teiluntersuchungen im Zusammenarbeit mit der Hochschule
- bezirkliche Arbeitsmarktkonferenzen (vgl. Schöneberg)

2. Konzipierung und Initiierung von Projekten

Beschäftigungs- Qualifizierungs- und Kooperationsprojekte werden nach Inhalt, Umfang, Träger, Personal, Ausstattung und Finanzierung entwickelt v.a. in den Bereichen:

→ zusätzliche Arbeit

- Qualifizierung
- Integration in den ersten Arbeitsmarkt
- Überleitung vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt

3. Betreuung der Projekte

Die Betreuung der Projekte beginnt am Ende eines jeweiligen Tumus` der Erschließung von Arbeitsplätzen und der Initiierung entsprechender Projekte.

Die Auswertung der Arbeit erfolgt am Ende eines jeweiligen Tumus`.

Erfahrungsaustausch mit anderen kommunalen Foren erfolgt parallel zur laufenden Arbeit.

5.3. Mindestlaufzeit

Die Mindestlaufzeit des Projektes beträgt 5 Jahre.

Anlaufphase:	1 Jahr
1. Tumus	
Erschließung vorhandener und zusätzlicher Arbeitsplätze:	1 Jahr
Konzipierung und Initiierung von Projekten:	1 Jahr
2. Tumus	
Erschließung ...	1 Jahr
Konzipierung und ...	1 Jahr
Gesamt:	5 Jahre

Finanzplan (Rohentwurf)

1. Kosten Büroausstattung

3 Schreibtische
3 Schreibtischstühle
3 Schreibtischlampen
3 Büroregale
3 Büroschränke
3 Schreibmaschinentische
3 Schreibmaschinen
3 Telephone
Büromaterial: Grundausrüstung
Tischkombinationen und Stühle für ca. 20 Personen
Gegebenenfalls: Renovierungskosten
Summe:

2. Laufende Monatskosten

2.1. Personalkosten

1 Sozialwissenschaftler/Ökonom BAT IIa/III
1 Sozialwissenschaftler/Pädagoge BAT IIa/III
1 Sozialpädagoge BAT IIa/III
Summe:

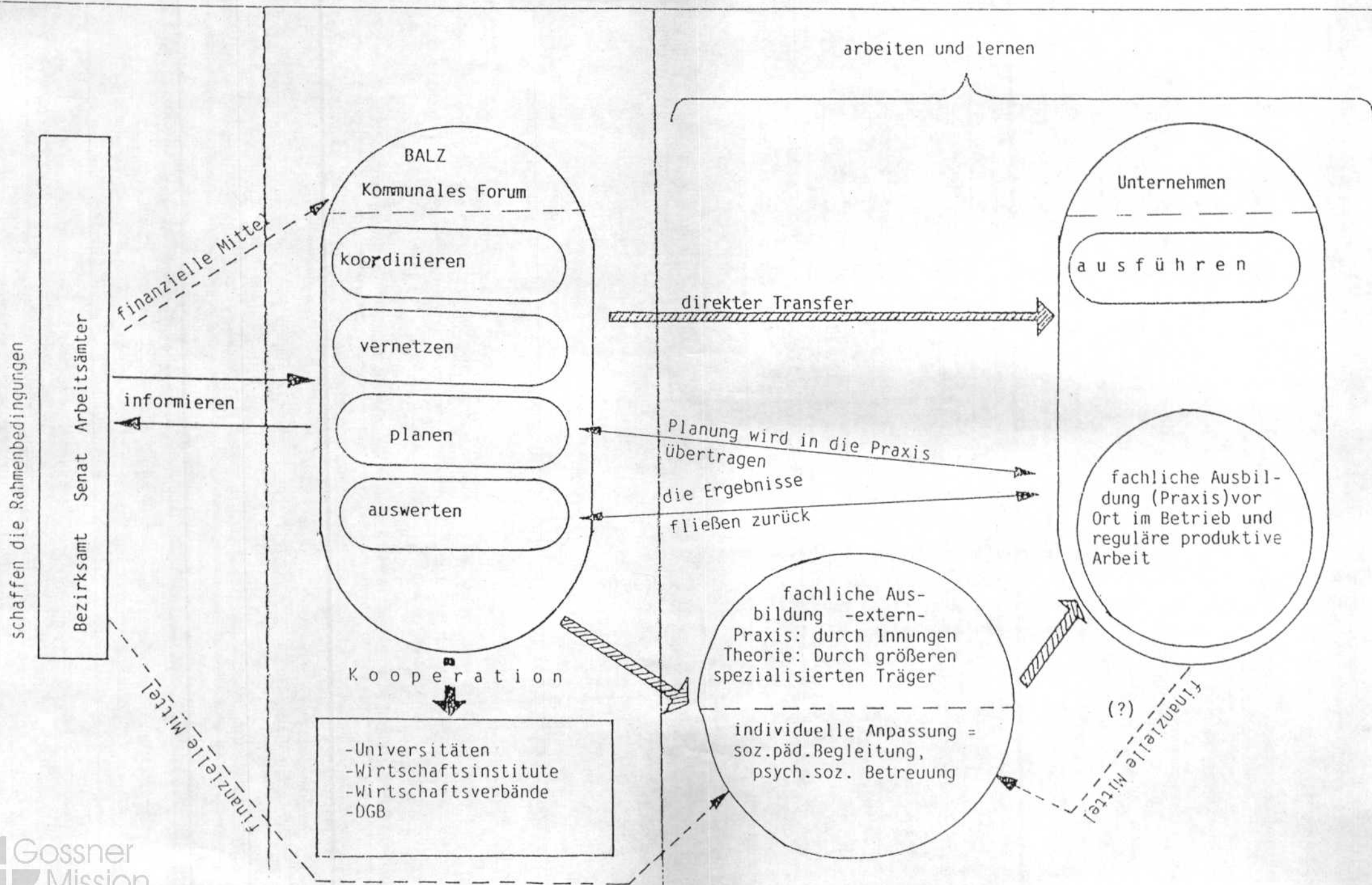
2.2. Etat

Kleinere Gutachten (z.B. Untersuchungen Arbeits- und Qual.felder)
Kleinere Aufträge (z.B. Adressenlisten)
Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Plakate, Anzeigen, Massensendungen)
Summe:

2.3. Kosten Unterhalt Büroräume und Betrieb

Miete für Büroräume für 3 Personen sowie Tagungsmöglichkeiten für 20 Personen
Gas, Wasser, Elektrik
Telefon
Büromaterial
Summe:

" DYNAMISCHES MODELL "



Erste Arbeitsvorhaben einer Regiestelle Kommunale Beschäftigung

- Initiierung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten im Rahmen der Bereichsentwicklung Tiergarten (Es handelt sich dabei um Pilotprojekte im Bereich der Städteerneuerung. Die Integration in den ersten Arbeitsmarkt soll hier über Arbeitsgemeinschaften oder unmittelbar bei privaten Arbeitgebern erfolgen.)
- Bestandsaufnahme Tiergarten Projekte
- Durchführung einer Veranstaltung zur Arbeitslosigkeit in Tiergarten (Hearing, Arbeitsmarktkonferenz o.ä.)
- Vorbereitung einer BWV-Entscheidung zu Beschäftigungsmaßnahmen in Tiergarten
- Aquirierung von Integrationsarbeitsplätzen bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern

Modell: Schritte zur Initiierung eines Projektes

- Bestimmung des Arbeitsfeldes bzw. Bereiches, in denen Beschäftigungs- bzw. Qualifizierungsprojekte sinnvoll sind
- Analyse der Arbeitsinhalte und des Arbeitsumfangs, um die Qualifikationsprofile und die Anzahl der Teilnehmer am Projekt zu bestimmen
- Finden eines Trägers für die potentiellen Maßnahmen
- Kontakt mit dem Arbeitsamt, um potentielle Teilnehmer des Projektes zu finden
- Bestimmen der notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen
- Finden eines Trägers für die Qualifizierungsmaßnahmen
- Finden eines Trägers für die sozialpädagogische Begleitung der Projektteilnehmer
- Beantragung von Stellen für die fachliche Begleitung, Qualifizierung und sozialpädagogische Betreuung
- Starten des Projektes
- geg.falls: Selbstanstellung der Teilnehmer und (von Teilen) des Betreuungspersonals

Qualifizierungsgesellschaften müssen ihr Personal erst qualifizieren

Zu den Stärken und Schwächen der Arbeitsmarktmaßnahmen in den neuen Bundesländern / Von Gerhard Bosch und Horst Neumann

Alles, was in den letzten zwanzig Jahren in den westlichen Teilen Deutschlands erdacht und ausprobiert worden ist, um Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsumbrüche aufzufangen, wird jetzt auf die fünf neuen Bundesländer übertragen. Zu den Instrumenten zählen vor allem Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften, die „drüben“ wie „Wundermittel“ gehandelt werden. Im Bund Verlag, Köln, haben jetzt Horst Neumann (Industriegewerkschaft Metall) und Gerhard Bosch (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB, Düsseldorf) ein Buch herausgegeben: „Beschäftigungsplanung – Beschäftigungsgesellschaft. Neue Instrumente der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik“. In ihrer, gekürzt dokumentierten Einleitung skizzieren die Autoren Notwendigkeiten und Grenzen dieser Politik.

Ende der 70er Jahre sind in der Bundesrepublik Deutschland die ersten Ideen zu Beschäftigungsgesellschaften, Arbeitskräftepools bzw. Beschäftigungsplänen entstanden. In Werften, Unterhaltungs-elektronik, Stahl- und Rüstungsbetrieben standen Massenentlassungen an. Die Spielräume für weitere Frühpensionierungen waren zumeist durch vorangegangenen Personalabbau bereits ausgeschöpft; weiterer Personalabbau hätte nur mit Entlassungen realisiert werden können. Anders als in den 60er Jahren, als die betroffenen Regionen zunehmend unsicher, ob die Entlassungen überhaupt einen neuen Arbeitsplatz finden würden, eine finanzielle Entschädigung konnte immer weniger einen Arbeitsplatzverlust kompensieren. Die starke räumliche Konzentration des Personalabbaus beinhalten außerdem die Gefahr, daß die Gewerkschaften mit ihrer Sozialpolitik das Ausbluten ganzer Regionen und den Verlust gewerkschaftlicher Einflüsse auf den Strukturwandel absegnen.

Durch die Vereinbarung von Beschäftigungsplänen sollte Personalabbau nicht mehr nur hingenommen und abgeleitet, sondern es sollten Alternativen zum Personalabbau entwickelt werden. Ziel der gewerkschaftlichen Überlegungen war es, den von Entlassung bedrohten Beschäftigten zunächst eine Qualifizierung anzubieten und damit Zeit für eine Diversifizierung von Regionen bzw. Betrieben zu gewinnen, die eine Anschlußbeschäftigung erlauben sollte. Dazu war es nötig, den bisher passiven Sozialplanmitteln eine aktive arbeitsmarkt- und strukturpolitische Stoßrichtung zu geben und sie mit öffentlichen Mitteln (der Bundesanstalt für Arbeit, der Länder und des Bundes) zu verbinden. Die Umsetzung dieser Zielsetzung und die Sicherung von Arbeitnehmerinteressen in einem solchen planvolleren Strukturwandel erforderte zudem eine Verbesserung der Information und der Mitwirkung von Arbeitnehmervertretern.

Es dauerte bis 1985 bis der erste Beschäftigungsplan (bei Grundig) abgeschlossen wurde. Es folgten bis heute in der alten Bundesrepublik 30 bis 40 weitere betriebliche Vereinbarungen vor allem im Organisationsbereich der IG Metall, die jedoch nicht alle umgesetzt wurden. Die weitestgehenden Beschäftigungspläne wie etwa die von Grundig enthalten Vereinbarungen über die Einrichtung paritätischer Kommissionen zur Produkt-differenzierung, zur Qualifizierung und zur menschengerechten Gestaltung der Arbeitsplätze sowie erweiterte Informationsrechte über Personalplanung. Dieser Beschäftigungsplan wurde dadurch für zahlreiche andere Initiativen zum Vorbild. Eine Reihe von Vereinbarungen (z. B. Nixdorf) enthalten jedoch lediglich auf sich allein gestellt das Qualifizierungselement, sind also eigentlich Qualifizierungspläne.

Alle Beschäftigungspläne stehen weiterhin in der Tradition von Sozialplänen; sie sind auf der Basis der Paragraphen 111 und 112 Betriebsverfassungsgesetz abgeschlossen worden und enthalten immer auch Abfindungs- und Frühpensionierungsregelungen. Die Erzwirkbarkeit von Sozialplänen schuf erst den Spielraum, auch Beschäftigungspläne auszuhandeln und die Unternehmen stärker auf internen Strukturwandel zu verpflichten. Jede Deregulierung der Sozialplanvorschriften, wie sie etwa von der Deregulierungskommission der Bundesregierung vorgeschlagen wird, vermindert nur die beschäftigungspolitische Verantwortung der Unternehmen zugunsten einer Politik des Heuerns und Feuerns.

Voraussetzung eines unternehmensinternen Strukturwandels ist die Umstellung bzw. Erweiterung der Produktpalette. Die Gewerkschaften forderten daher in mehreren Betrieben mehr Einfluß auf die Produktplanung, um Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern. Bei Grundig und Krupp wurden paritätische Kommissionen eingerichtet, die unter Mithilfe externer Sachverständiger (auf Kosten der Unternehmen) Vorschläge zu neuen Produkten entwickeln sollten. Bei Grundig wurden Vorschläge zur Umwelttechnik entwickelt. Beide Unternehmen haben nicht zuletzt aufgrund neuer Ideen aus der Belegschaft ihre zumindest teilweise verkrusteten Innovationsstrukturen verbessert. „Die Erwartungen müssen... begrenzt sein, weil die Märkte überall besetzt und nicht einfach planvoll aufzubrechen sind, weil die Entwicklung neuer Produkte und Leistungen ihre Zeit braucht“ (Olaf Sund). Langfristig sind jedoch solche Anstöße für Innovation nicht zu unterschätzen. Allzuoft scheitern diese betrieblichen Initiativen, gerade in Konzernbetrieben jedoch an einer festgelegten, konzerninternen Arbeitsstellung, die neue Produkte ausdrücklich anderen Konzernunternehmen vorbehält. In solchen Fällen müssen – wie bei Krupp Rheinhausen – Investitionen anderer Konzerntüchter zum Ausgleich der Arbeitsplatzverluste eingeforen werden.

Neue Produktideen können auch zur regionalen Diversifizierung genutzt werden. Bei der Stilllegung der Udevalla-Werft in Schweden wurden zahlreiche Ideen aus der Belegschaft zu Betriebsgründungen registriert, die schließlich mit Hilfe öffentlicher Unterstützung zu 47 Neugründungen führten. Eine solche Synchronisierung von Arbeitsplatzverlusten und der Schaffung neuer Arbeitsplätze ist vor allem in Situationen von akuten Unternehmenskrisen nur mit aktiver Unterstützung der öffentlichen Strukturpolitik möglich. Gerade deshalb versuchen die Gewerkschaften, die Unternehmen zu längerfristiger Planung neuer Produkte zu veranlassen.

Die Rüstungsbetriebe werden künftig nur Massenentlassungen vermeiden können, wenn sie sich frühzeitig auf neue Produkte umstellen. Andere Branchen und Betriebe werden am Markt langfristig nur bestehen können, wenn ihre Produkte umweltverträglich sind. Die Entwicklungslinien künftiger Produktion werden gerade in einer solchen Umbruchphase nicht in einer technischen Fortschreibung des Status quo bestehen, sondern in gesellschaftlichen Dialogen über Umwelt und auch Sozialverträglichkeit mitentscheiden.

Wenn solche Strukturveränderungen nicht langfristig angegangen werden, geraten Gewerkschaften leicht in unheilvolle Allianzen mit konservativen Kräften, Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie oder nicht umweltverträglichen Produktionen zu verteidigen. Die Diskussion über neue Produkte kann daher nicht nur eine (meist zu späte) Reaktion auf einen konkreten schon feststehenden Arbeitsplatzabbau sein, sondern muß über diesen unmittelbaren Anlaß hinaus langfristige Perspektiven der Strukturpolitik enthalten. Solche Perspektiven erhalten ihre Realisierungschancen durch ein Bündnis von Gewerkschaften mit anderen gesellschaftlichen Reformkräften.

Die finanzielle Last der Finanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen ruht weitgehend auf der Bundesanstalt für Arbeit. Sie mußte während der Qualifizierung das Unterhaltsgeld übernehmen, das durch Sozialplanmittel aufgestockt wurde. In der alten Bundesrepublik ergaben sich Probleme durch den Konstruktionsunterschied zwischen Beschäftigungsplänen und Arbeitsförderungs-gesetz. Beschäftigungspläne zielen auf die Qualifizierung ganzer Gruppen von Entlassung bedrohter Beschäftigter. Das gesamte Förderungsrecht des AFG ist hingegen nach dem Versicherungsprinzip auf Einzelpersonen zugeschnitten, die bestimmte Voraussetzungen (Versicherungszeiten, persönliche Eignung etc.) aufweisen müssen. Da die Qualifizierung von Beschäftigten im Grundsatz eine betriebliche Aufgabe ist und die Kassen der BA nicht durch die Betriebe auf Kosten der Arbeitslosen geplündert werden sollen, enthält das AFG sowie die gesamte Verwaltungshaltung der Bundesanstalt eine Art institutionalisierten Mißtrauens gegenüber der Förderung von noch Beschäftigten.

Nach dem Arbeitsförderungs-gesetz können Beschäftigte, die keinen beruflichen Abschluß haben, gefördert werden.

Dies gilt auch für Beschäftigte, die unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Bei der Auslegung des Begriffs „Bedrohung von Arbeitslosigkeit“ hat es erhebliche Meinungsverschiedenheiten gegeben. Eine Reihe von Arbeitsämtern sah eine Bedrohung von Arbeitslosigkeit erst gegeben, wenn die Kündigung bereits ausgesprochen war. Dies lag konträr zur Absicht von Beschäftigungsplänen. Flexiblere Ämter nahmen eine Bedrohung bereits an, wenn eine Massenentlassungsanzeige des Betriebes einging, ohne daß bereits individuelle Kündigungen vorlagen. Vollig unzumutbar ist, daß in jedem einzelnen Fall mit dem örtlichen Arbeitsamt erneut eine Rechtsauslegung vorgenommen werden muß, bei der unabsehbar bleibt, wie eng oder weitergehend sich das Arbeitsamt verhält (vgl. den Fall Nixdorf). Angesichts erwarteter Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit den Arbeitsämtern weichen Betriebe lieber auf Warteschleifenmodelle aus. Sie entlassen die Beschäftigten mit einer Wiedereinstellungszusage.

Die Arbeitsämter sind mit einer restriktiven Interpretation des AFG in der Gefahr, passive Warteschleifenmodelle auf Kosten aktiver Arbeitsmarktpolitik zu fördern, ohne dabei dem Beitragszahler einen Pfennig einzusparen. Seit Anfang 1990 sieht das AFG – in Erwartung von Zerschließungen – eine neue Möglichkeit vor, die bislang unseres Wissens noch nicht praktiziert wurde: In Branchen mit strukturellen Anpassungsproblemen können Kurzarbeiter in besonderen Betriebseinheiten zusammengefaßt und qualifiziert werden.

In der betrieblichen Praxis haben sich eine Reihe verschiedener Qualifizierungsmodelle herausgebildet: Bei Grundig und Blohm & Voss beispielsweise ruhten während der bis zu 24monatigen Qualifizierung die Beschäftigungsverhältnisse. Bei HDW Ross und Klockner Humboldt Deutz wurden die ruhenden Beschäftigungsverhältnisse auf die Dauer der Qualifizierungsmaßnahmen befristet; die Qualifizierung war hier also nur eine Übergangshilfe für einen Betriebswechsel. Saarstahl und Krupp vereinbarten sogenannte Warteschleifenmodelle; die Betroffenen wurden mit einer Wiedereinstellungszusage entlassen; als Arbeitslose konnten sie sich qualifizieren oder auf eine Wiedereinstellung warten; im Saarland bemühte sich die Stahlstiftung, die die Betroffenen in der Warteschleife betreute, um die Organisation von Weiterbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Bei Klockner-Becorit wurde die Rückkehr in den Betrieb aus der Warteschleife von der erfolgreichen Teilnahme an einer Weiterqualifizierung abhängig gemacht. Die Elektronischen Werke Deutschland/Thomson in Villigen/Schweiz richteten eine „Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft“ ein; die Betroffenen hatten ein doppeltes Beschäftigungsverhältnis bei dieser Gesellschaft und bei EDW; sie wurden qualifiziert, arbeiteten nach Bedarf im alten Unternehmen oder wurden auf den Arbeitsmarkt vermittelt. Auch die nunmehr für die ehemalige DDR vorgesehenen Kurzarbeiter-Modelle hatten bereits Vorläufer in der bundesdeutschen Stahlindustrie, allerdings ohne Qualifizierungselement. Hier wurden vorwiegend ältere Beschäftigte in sogenannten Personalersatzbetrieben zusammengefaßt und warteten in Dauerkurzarbeit auf ihre vorgezogene Pensionierung.

Diese verschiedenen Grundmodelle sind aus unterschiedlichen betrieblichen und lokalen Ausgangsbedingungen entstanden. Saarstahl war beispielsweise gezwungen, in nur wenigen Wochen 2899 Stellen abzubauen. Davon waren viele ältere Hüttenarbeiter betroffen, so daß ein reines Qualifizierungsprogramm nicht in Frage kam. Aus diesem Grunde wurde ein Warteschleifenmodell praktiziert.

Wichtiger noch als die Form der Modelle war die Teilnehmerauswahl. In eigentlich allen Betrieben war der Widerspruch zwischen anspruchsvollen Qualifizierungs- und Vermittlungszielen für die „überschüssigen“ Arbeitskräfte und dem Interesse der Unternehmen, mit dem Personalabbau auch seine Belegschaftsstruktur zu verbessern, unübersehbar. Dieser Widerspruch ist allenfalls teilweise auflösbar. Die meisten Unternehmen wollten sich von einem Teil ihrer Belegschaft trennen, den sie nicht für fähig hielten, Anschluß an den technischen und organisatorischen Fortschritt zu halten. Aus diesem Grunde favorisierten viele

Kräfte, mit dem eine regionale Erneuerung erst Chancen hat.

Die Arbeitsmarktperspektiven sind insgesamt so desolat, daß die von Entlassung Bedrohten kaum an eine Verbesserung ihrer eigenen Arbeitsplatzperspektiven durch Qualifizierung glauben. Die Arbeitsämter sind selbst im Aufbau und zu unerfahren, um eine gute Beratung anbieten zu können. Auch die Kräfte der Gewerkschaften und Betriebsräte sind durch Diskussionen über Sanierungskonzepte der Unternehmen und durch den Aufbau der eigenen Organisation zu stark gebunden, als daß sie jeden einzelnen beraten und motivieren könnten. Einzig die weniger restriktive Fassung und Auslegung des Arbeitsförderungs-gesetzes schafft bessere Ausgangsbedingungen als im Westen. So kann man, wenn man von Entscheidungen einzelner Arbeitsämter absieht, in den neuen Bundesländern gegenwärtig nicht vom Nadelöhr Arbeitsförderungs-gesetz sprechen.

Unter diesen Rahmenbedingungen verwundert es nicht, daß die Gründung von Qualifizierungs- und ABM-Gesellschaften sehr langsam verläuft und ein mühsamer vielfach improvisierter Aufbauprozess ist. Die geplanten arbeitsmarktpolitischen Größenordnungen dürften in regional- und bildungspolitisch sinnvoller Weise nur erreicht werden, wenn frühzeitig analysiert wird, daß die neuen Träger der Arbeitsmarktpolitik zu regionalen Bildungs- oder Entwicklungszentren mit längerfristigen Funktionen für die regionale Erneuerung ausgebaut und somit auch attraktiv für qualifiziertes Personal werden. Auf diese Weise kann z. B. die bislang fehlende regionale Bildungsinfrastruktur entwickelt werden. ABM kann die Funktion übernehmen, von den Kommunen gegenwärtig noch nicht finanzierbare Dienstleistungen bzw. Infrastrukturinvestitionen aufzubauen (vor allem im Umweltbereich, aber auch im Wohnungsbau und bei sozialen Dienstleistungen).

Anders als in der alten Bundesrepublik, können aber ABM-Maßnahmen durch innovative und anspruchsvolle Projekte realisiert werden, da auch hochqualifizierte Kräfte entlassen werden und Arbeitslosigkeit nicht auf die sogenannten Problemgruppen konzentriert ist. Der enorme Personalabbau in den neuen Bundesländern kann allerdings nicht durch Träger aufgefangen werden, die entweder auf Qualifizierung oder ABM spezialisiert sind. Qualifizierungsmaßnahmen dauern oft nur wenige Monate und reichen kaum aus, das länger andauernde Beschäftigungstief zu überbrücken; anspruchsvollere ABM benötigen einen bildungspolitischen Vorlauf. Deshalb ist es in Ost- noch dringlicher als in Westdeutschland, Beschäftigungs- bzw. Arbeitsförderungs-gesellschaften zu gründen, die das gesamte Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik einsetzen (...)

Beschäftigungsplan und Beschäftigungsgesellschaft haben ihre Grenzen in den praktischen Handlungsspielräumen einzelner Unternehmen und in den prin-

zipiellen Schranken der einzelwirtschaftlichen Konkurrenz.

„Einzelne Unternehmen sind auch bei überragender Größe und Bedeutung für einzelne Standorte – aus volkswirtschaftlicher Sicht notwendigerweise so spezialisiert, als daß sie in ihrem „Mikrokosmos“ den internen Strukturwandel an den jeweiligen Standorten der Beschäftigungseinkünfte proportional zum volkswirtschaftlichen Strukturwandel vollziehen könnten.“ Damit verweist H. Bömer auf die Überforderung der Einzelkapitale durch die Devise „Wer abholt muß auch aufhorsten“. „... ein einzelner Konzern soll den gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel regional differenziert durch Diversifikation sozial- und regionalverträglich realisieren. Meine Gegenseite hierzu lautet: Nur die Gesamtheit aller wirtschafts-, sozial-, struktur- und regionalpolitischen Instrumente sowie vor allem auch die Steuerpolitik mit ihrem Zugriff auf die Gewinnverwendung der Unternehmen kann im Verbund mit der Arbeitszeitpolitik... diese Aufgabe leisten.“

Beschäftigungspläne und Beschäftigungsgesellschaften haben ihre Grenzen zweitens im System der Konkurrenz, im beschäftigungspolitischen Nullsummenspiel, das bei Erfolg eines Beschäftigungsplans oder einer Beschäftigungsgesellschaft durchaus eintreten kann. Im Bericht über den Beschäftigungsplan bei Grundig wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Sicherung von Arbeitsplätzen in der heimischen Region auch zu Lasten ausländischer Standorte ging. Die Autoren verweisen – wie andere – deshalb nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Einbindung einzelwirtschaftlicher Initiativen in überbetriebliche beschäftigungspolitische Zusammenhänge.

Die politischen Grenzen dieses neuen Ansatzes liegen schließlich im Widerstand der Unternehmen, solche Verantwortung zu übernehmen. Aus konservativer unternehmerischer Sicht stellen die neuen Ansätze erweiterte Mitbestimmungsansprüche von Betriebsräten und Gewerkschaften dar. Aus Sicht des Ordoliberalismus ist sozial-staatlich geregelter Strukturwandel ein unzulässiger Eingriff in das Spiel der Konkurrenz. Demokratische Beteiligung der Arbeitnehmer und soziale Gerechtigkeit stoßen auf ideologisch verbrämte Machtsprüche. Insofern ist die Ablehnung und Reserviertheit gegenüber den gewerkschaftlichen Initiativen im Westen und die schrittweise Akzeptanz als Notstandsprogramm in Ostdeutschland nicht verwunderlich.

Um ein Abwandern der Arbeitskräfte und eine längerfristige Verschlechterung der Standortposition zu verhindern, kann sich auch die etablierte Regionalwissenschaft dafür erwärmen, durch Beschäftigungsgesellschaften Übergangsbeschäftigungen zu sichern (...)

Die Initiativen für Beschäftigungspläne und Beschäftigungsgesellschaften verweisen auf Reformen des Gesamtzusammenhangs von sektoraler und regionaler Strukturpolitik. Beschäftigungsplan und Beschäftigungsgesellschaft sind institutionelle Modelle, die nur dann ihren Sinn erfüllen, wenn sie in ein entsprechendes Umfeld gestellt werden, in dem Unternehmensentscheidungen, Kommunal-, Landes-, Bundes- und EG-Politik, Arbeitsämter und Banken, Gewerkschaften und die Öffentlichkeit gleichermaßen aktiv werden. Deshalb geht es in diesem Buch auch

nicht nur um die Darstellung betrieblicher oder unternehmensbezogener Beschäftigungspolitik, sondern gleichermaßen um die Reform regionaler, nationaler und europäischer Strukturpolitik.

Kein Arbeitnehmer darf aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen sein, seine Heimat zu verlassen – dieser Leitsatz einer sozialverpflichteten Regionalpolitik ist nicht national- oder heimatspezifisch, sondern vor allem beschäftigungs- und wirtschaftspolitisch gemeint. Multikulturelle Offenheit und europäische Integration setzen gerade gleichwertige Arbeits- und Lebensverhältnisse in den Regionen voraus. Die Verhinderung eines tieferen regionalen Wohlstandsgefälles und die Angleichung der weniger entwickelten Landesteile ist deshalb eine zentrale strukturpolitische Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft und der Mitgliedsländer. Ein Ressourcentransfer ist dazu unerlässlich, nicht als unbegrenzte Subvention, sondern zur Stärkung der inneren Entwicklungspotentiale der Regionen.

Interner Strukturwandel in Betrieb und in der Region zielt darauf, die innere Lebensfähigkeit einer Region zu erhalten. Das Konzept des inneren Strukturwandels wendet sich gegen neolibérale Ansätze, die die Region als beliebig austauschbaren Produktionsstandort des weltweit operierenden Kapitals betrachten. Konsequente Fortsetzung dieser Logik wäre die Produktion auf dem Flugzeugträger, der immer dort vor Anker geht, wo Wechselkurse und Zinsen, Löhne und Arbeitnehmerrechte gerade am günstigsten für das Einzelkapital stehen.

Interner Strukturwandel in der Region zielt dagegen auf eine mittel- und langfristig angelegte Stabilisierung und Stärkung der Nachfrage- und Angebotsstrukturen, die diese Region von der Lebensqualität her für die Menschen und von der Standortqualität für Investoren attraktiv machen. Dazu gehört die wirtschaftsnahe Infrastruktur ebenso wie die Dichte der Forschungs-, Entwicklungs-, Bildungs- und kulturellen Einrichtungen. Durch Produkt- und Prozessinnovation, durch die Verbesserung der Forschungs- und Qualifizierungsinfrastruktur soll die Angebotskraft in der Region gestärkt werden.

Die Betonung dynamischer Bestandsentwicklung und regionaler Potentiale richtet sich gegen eine Degradierung der Region zur verlängerten Werkbank, gegen den Autonomieverlust, der sowohl durch die Internationalisierung der Konzernstrukturen und in Ost-Deutschland zusätzlich durch die West-Dominanz wächst. Deshalb ist in den neuen Ländern der Aufbau autonomer Unternehmenseinheiten (zum Beispiel eigenständige börsennotierte Aktiengesellschaften) von Bedeutung für die Entwicklung ausgewogener Eigentumsstrukturen.

Die Betonung regional orientierter Kreisläufe ist nicht zuletzt durch ökologische und verkehrspolitische Überlegungen bedingt. Eine regional orientierte

lichen Kostenbetrachtung macht es keinen Sinn, zum Beispiel Autos um den halben Erdball zu transportieren, wenn sie genauso gut im Lande (in der Großregion Europa zum Beispiel) produziert werden können. Es geht nicht um Autarkiemodelle oder die Dominanz kleinst-räumiger Wirtschaftskreisläufe, es geht aber um Alternativen zu hemmungslosen Handelsoffensiven im Sinne regional differenzierter abgestufter Handels- und Lieferverflechtungen.

Ein sinnvoller Ressourcentransfer zur Stärkung der endogenen Potentiale erfordert die Analyse und Eingrenzung von Stärken und Schwächen. Regionalanalysen sollen der Prioritäten- und Konsensbildung dienen, und eine mittelfristige Programm- und Planungsperspektive eröffnen. Regionale Entwicklungsprogramme zielen auf die Überwindung isolierter Projekte und unkoordinierter, teils kontraproduktiver Aktionen. Regionale Entwicklungsprogramme sollen die Konzentration der finanziellen Mittel und gesellschaftlichen Kräfte auf die politisch wichtigsten Schwerpunkte lenken, sei es in der Umweltsanierung, Energieversorgung, Verkehrspolitik oder Bildungsinfrastruktur. Gerade die gesellschaftspolitischen großen Debatten über ökologische Umgestaltung der Wirtschaft, über Raumordnung und Stadtplanung, Verkehrs-, Energiepolitik und Rüstungskonversion bieten regionalpolitisch viele Ansatzpunkte zur Konkretisierung in kommunalen und landesspezifischen Investitionsprogrammen.

Gerade diese beinahe flächendeckend erforderlichen Zukunftsinvestitionen bieten auch Ansätze, um eine Eskalation der Regional Konkurrenz zu vermeiden oder zu dämpfen. Eine Verbesserung der betrieblichen oder regionalen Beschäftigungslage allein durch Maßnahmen auf der Angebotsseite kann erfolgreich lediglich zu Lasten anderer Betriebe oder Regionen sein. Eine Verbesserung regionaler Lebensqualität durch entsprechende staatliche Infrastruktur- und Investitionspolitik kann beschäftigungspolitisch überwiegend zugunsten anderer Regionen wirken (...)

Eine Auflösung dieses Dilemmas, die Verbindung von expansiver Nachfrage und neuem Produktangebot, von höherer Lebensqualität und stabiler Beschäftigung ist nicht durch kleinräumige Kreisläufe, durch Regionalisierung oder Autarkie erreichbar, sondern nur durch die gleiche und gleichzeitige Ausrichtung der Politik auf den verschiedenen Ebenen, von der Kommune über die Länder und Nationalstaaten bis zur europäischen Ebene möglich. Erforderlich sind europäische Programme und Abstimmungsprozesse, zum Beispiel zur Umweltsanierung oder Verkehrspolitik, die gleichzeitig in vielen Ländern Investitionen und Produktionen mobilisieren. Erforderlich sind im Extremfall wie zum Beispiel in den neuen Bundesländern auch zeitlich begrenzte Auflagen für einen local-content in der öffentlichen Vergabepolitik.

Notwendig für eine integrierte Regionalpolitik sind schließlich erweiterte Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten. Regionale Strukturpolitik muß aus der Grauzone des Lobbyismus herausgeholt werden. Dazu können „Runde Tische“, regionale Strukturbeiräte mehr Transparenz und Konsensfindung im vormaligen parlamentarischen Raum eröffnen.



Bilder: dpa / Christoph Busch

Unternehmen auch traditionelle Sozialplanregelungen, da sie Abfindungen und Frühpensionierung genauer auf solche Zielgruppen orientieren konnten. Die Qualifizierungsbereitschaft der Unternehmen begrenzt sich gerade bei Massenentlassungen auf kleinere Gruppen von Beschäftigten. Auch Grundig wollte den Beschäftigten Personal ausleasen nutzen. Das Unternehmen stellte eine Transferliste mit Arbeitskräften auf, die es loswerden wollte und verfolgte die Absicht, diese für Qualifizierungsmaßnahmen wenig geeigneten Arbeitskräfte vor die Wahl „Qualifizierung oder Abfindung“ zu stellen. Nur in wenigen Fällen haben Unternehmen die Gelegenheit genutzt, zusammen mit dem Betriebsrat, den Gewerkschaften, Bildungsträgern und dem Arbeitsamt ihre Belegschaft neu zu qualifizieren (z. B. Südkor-Werft in Papenburg). Dieser Widerspruch zwischen Qualifikations- und Selektionsinteressen erklärt die im Vergleich zu Frühpensionierungen und Abfindungen nur bescheidenen Teilnahmezahlen an Weiterbildungsmaßnahmen.

Die Teilnahme scheiterte vielfach auch an der mangelnden Bereitschaft der Belegschaftsmitglieder. In der Hektik des Personalabbaus und der dabei üblicherweise entstehenden Atmosphäre des Mißtrauens war es schwer, Bildungsbereitschaft zu erzeugen. Diese muß langfristig durch frühzeitige Informationen, Vorbereitungs-kurse, finanzielle und sonstige Anreize herangebildet werden. Die bei Grundig geschaffenen paritätischen Bildungskommissionen bieten hier einen guten Ansatzpunkt – weit über den Anlaß des Personalabbaus hinaus. Beschäftigungs- bzw. Qualifizierungspläne können damit den Einstieg des Unternehmens in eine verbesserte Weiterbildungsplanung befördern.

Qualifizierungsmaßnahmen waren keine Garantie für einen Arbeitsplatz. Vor allem für Ältere waren isolierte Qualifizierungsmaßnahmen nicht das geeignete Instrument, da ihre Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht oder nicht allein in Qualifizierungsdefiziten, sondern (in zumeist informellen) Altersgrenzen lagen. Für definitiv entlassene Beschäftigte, die keinen neuen Arbeitsplatz gefunden hatten, wurden in mehreren Fällen Beschäftigungsgesellschaften gegründet. Die Hamburger Gesellschaft „Ökologische Technik“ ist aus der Stilllegung von HDW-Ross hervorgegangen. Aus Sozialplanmitteln (ein Novum!) und Mitteln des Landes wurden Stammpersonal und Sachkosten getragen. Die ca. 100 ehemaligen Werftarbeiter wurden über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanziert. Die Gesellschaft war ursprünglich mit weitgehenden strukturpolitischen Absichten gestartet worden. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß solche auf schwervermittelbare Arbeitskräfte orientierte ABM-Gesellschaften nicht der Träger ökologischer High-Tech-Innovation sein

sondern mobiler werden. Das Arbeitsamt hat auf der überbetrieblichen Verwertbarkeit der Qualifikationen bestanden und hiermit eine wichtige Qualitätskontrolle ausgeübt. Sund wendet sich zu Recht gegen eine „Just-in-time-Mentalität“ in der Weiterbildung; er weist darauf hin, daß die „kurzfristige Anschlußqualifizierung, die flinke Vermittlung von Ver-satzstücken“ auch den betrieblichen Anforderungen immer weniger gerecht wird. Beschäftigungspläne haben in vielen Fällen den Anstoß zu einer systematischen betrieblichen Bildungsplanung gegeben, die auch langfristigen betrieblichen Qualifikationsinteressen Rechnung trägt.

In den neuen Bundesländern betrug schon Ende 1990 die industrielle Produktion nur noch 50 Prozent des Vorjahreswertes. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nimmt seit Beginn der Währungsunion rasch zu. Mit Auslaufen des Kündigungsschutzes Mitte 1991 kann es zu einer in der deutschen Geschichte beispiellosen Kündigungswelle kommen. Arbeitsplätze werden erheblich schneller vernichtet als neugeschaffen.

Die Stärke arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen liegt darin, daß sie auf den Arbeitsmarkt sofort wirken können, während Wirtschaftsförderung und Investition erheblich längere Ausreifezeiten haben. Mit Hinblick darauf sollen Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen jetzt dazu dienen, die beschäftigungspolitische Katastrophe in Ost-Deutschland zu verhindern. Auch die Arbeitgeber haben – anders als in der alten Bundesrepublik – mangels Alternativen ihre prinzipiellen Einwände zurückgestellt. Das Tempo des Aufbaus von Qualifizierungs- und ABM-Gesellschaften entspricht jedoch bei weitem nicht den praktischen Notwendigkeiten. Die Betriebe kämpfen ums Überleben und konzentrieren ihre Kapazitäten auf Sanierungskonzepte.

Innerhalb und außerhalb der Betriebe existiert keine tragfähige Infrastruktur von Bildungsträgern, die in kurzer Zeit Bildungsangebote aus dem Boden stampfen kann. Die Qualifizierungsgesellschaften müssen erst selbst ihr Personal qualifizieren und sind dann angesichts der unsicheren Beschäftigungsperspektiven in den Gesellschaften selbst sofort in Gefahr, dieses Personal wieder zu verlieren. Hinzu kommt, daß in den neuen Bundesländern gegründete Qualifizierungsgesellschaften sich im Wettbewerb mit etablierten Trägern aus der Bundesrepublik behaupten müssen; dabei haben sie schlechte Karten; denn anders als ihre Westkonkurrenten verfügen sie nicht über qualifiziertes Personal und über ausreichende Mittel, um die Finanzengpässe in der Startphase zu überbrücken. Die Neigung zum kritischen Westkonsum ist auch in der Arbeitsmarktpolitik noch stark verbreitet; es fehlt daher noch an der notwendigen Förderung der eigenen

Gerhard Neumann

Essen vom Baum

Zwei weitere Stellungnahmen zu George Steiners ...

Die hermeneutischen Wissenschaften haben sich in eine Sackgasse manövriert, das parasitäre Gerede der Moderne hat die Authentizität der großen Schöpfungsakte überwacht, das Ich des Menschen ist im Rauschen der Diskurse verschollen. George Steiners Buch *Von realer Gegenwart* versteht sich als ein kulturkritischer Fanfarenstoß gegen diese Befunde und als eine kulturpolitische Utopie zu deren Überwindung. Es setzt auf die Gültigkeit von Bedeutung, auf die Wirkungs-macht des Schöpfers, auf die Autonomie des Selbst, und es setzt auf die Gegenwart Gottes als deren beglaubigender Instanz. Dieser konservative Gestus, der aus der Fülle kulturellen Wissens seine Überzeugungskraft gewinnt, hat die große Wirkung des Buches ermöglicht; Widerspruch und Zustimmung provoziert.

Steiners Buch steht in einer langen Reihe von Formulierungen des hermeneutischen Problems nach dem Zweiten Weltkrieg, und es tritt mitten in eine krisenhafte Situation hinein. Erich Auerbachs großes Werk hatte 1946 die Frage nach der literarischen Mimesis in der Geschichte der europäischen Literatur zwischen „Nachahmung“ und „Darstel-

delle der Verifizierung oder Falsifizierung nach Popperschem Muster, der statistischen Wahrscheinlichkeit und Prognose. Verstehen künstlerische Werke ergibt sich vielmehr wesentlich in der Aufführung solcher Werke durch den Zuschauer, den Vorleser, den Tänzer, den musikalischen „Interpreten“. Schöpferische Anverwandlung dieser Art vollziehe sich aber auch, indem in der Musik ein Thema durch eine Folge von Variationen „kritisiert“, in der Literatur ein Mythos nacherzählt wird oder Fassungen und Entstehungsvarianten eines Werkes dessen Wesen deuten; dies alles sind keine Theorien, keine Metaphern, sondern methodischen Praktiken, sondern „Erzählungen über die Erfahrung von Form“.

Warum dies so ist, wird von Steiner im zweiten Kapitel seines Buches erörtert. Das 19. Jahrhundert zeige einen Paradigmenwechsel im Verhältnis von Sprache und Welt, dasjenige, was er den „gebrochenen Kontrakt“, eine der wenigen echten Revolutionen, nennt und zwischen 1870 und 1940 sich vollziehe lässt; Exponenten dieser Revolution im Sprachgeschehen sind Mallarmé – mit seiner These von der Loslösung der Sprache aus ihrer Re-

ferenzqualität – und Rimbaud – mit seiner Dekonstruktion der ersten Person Singular. Es ist der Augenblick in der Geschichte der Kunst, wo der Status von „Bedeutung“ zweifelhaft wird, damit aber alle Vorstellungen von Wertung, Interpretation, Textualität und Verantwortung für die Bedeutung des Textes ins Spiel kommen; die moderne hermeneutische Wissenschaft entsteht.

Von nun an beginnen die Zeichen zu „zirkulieren“, die Sprache kennt keine konzeptionelle Endlichkeit mehr. Für die ästhetische Wahrnehmung ist kein absoluter Punkt außerhalb der Diskurse mehr wahrnehmbar. Es ist der Umschlag dessen, was Steiner „reale Anwesenheit“ nennt, in „reale Abwesenheit“, der Um-schlag des Logozentrismus in die Ära „nach dem Wort“. Als das „Schibboleth dieser Situation“ erweist sich der „Tod Gottes“. Die Dekonstruktion von Ich und Urheberschaft trennt das Ästhetische vom Sündenfalle.

Die Krise, die in diesen beiden Ur-szenen schlummert, kommt in dem Ereignis zum Ausdruck, das man den „zweiten Sündenfall“ genannt hat: in der Sprach-verwirrung beim Turmbau zu Babel (Steiners Hauptwerk trägt den Titel *Nach Babel*). Was in der tautologischen Gewissheitsformel Gottes – „Ich bin der ich bin“ – und im Verschmelzungsgestus der Freundschaft zwischen Montaigne und



Illustration: Angelika Fritsch

lung“ aufgeworfen; Emil Staigers *Grundbegriffe der Poetik*, im gleichen Jahr erschienen, hatten im Rückgriff auf Heideggers *Sein und Zeit* menschliches Schöpferium – herausgehoben aus aller Historie – aus drei Konstanten anthropologischen Verhaltens zur Zeit zu deuten gesucht. Ernst Robert Curtius' Buch von 1948 über *Europäische Literatur und lateinisches Mittelalter* schließlich rekonstruierte literarische Tradition als ein langsam sich umwälzendes Argumentationssystem mit über Jahrhunderte sich bewahrenden Redemustern, gespiegelt aus einem literarischen Reservoir.

Die großen Arbeiten der Frankfurter Schule und ihres Umkreises führten zwanzig Jahre später zu einer neuen Artikulation des Problems, soziologische, marxistische und psychoanalytische Ansätze verschänkten sich mit der hermeneutischen Theorie Gadamer's zu einem blühenden (oder wuchernden) Methodenstreit, zu widersprüchlichen Postulaten; die Rezeption Heideggers und Nietzsches, aber auch der linguistischen Theorien Saussures und der Moskauer und Prager linguistischen Schulen in Frankreich ließen dort die poststrukturalistischen Entwürfe eines Roland Barthes und Michel Foucault, die mit dem Begriff der „Grammatologie“ verknüpften Konzepte Derridas entstehen: Deren Auswirkungen auf Paul de Man's dekonstruktivistischen Ansatz sind erst jüngst Gegenstand vehementer Auseinandersetzungen gewesen.

George Steiners Buch versucht, im freien Gestus eines Essays, einen Neuanfang, eine Auflösung dieser sich ins Ausweglose verwickelnden „Akrobatik“, eine Durchschneidung des zum gordischen Knoten verwirkelten Methodendilemmas – und zwar durch einen Salto mortale in die „reale Gegenwart“ der Transzendenz. Es ist eine einzige Frage, die Steiner interessiert: Die nach dem schöpferischen Menschen und dessen Sprache. Er entwirft eine Schöpfungstheorie, sein Interesse ist semantisch, er fragt nach dem Inhalt der Botschaft eines Kunstwerks, und nach dessen Wahrheit. „Hat unser Sprechen Inhalt?“ heißt denn auch die provokante Formulierung des Untertitels.

Das Schöpferische

In dieser emphatischen Form ist das Thema des Schöpferischen vielleicht gar keine so alte Frage, wie das Buch vorgibt. Diese entsteht erst mit dem Interesse am kreativen Menschen und seinem „Genie“ in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und artikuliert sich in den Versuchen eines Diderot (*Rameaus Neffe*), eines Herder oder E.T.A. Hoffmann (im *Ritter Gluck*), den Zusammenhang von Schöpferium, Wahrheit und Semiotik, von bildnerischen, literarischen, musikalischen Zeichen und ihrer Korrespondenz zu Körperzeichen zu ergründen.

Steiners Essay konzentriert sich denn auch auf die beiden letzten Jahrhunderte und sucht dem Problem künstlerischer Bedeutungsstiftung in einem Dreischritt beizukommen. Das erste Kapitel diagnostiziert das Vorherrschen sekundärer Diskurse in unserem Zeitalter; das zweite Kapitel bemüht sich um eine Erklärung dieses Bruchs, das Auseinanderfallen von Kosmos und Logos, von Welt und Sprache, das dritte Kapitel sucht sich das Wesen der Kunst selbst als Unmittelbarkeit, als Erfahrung des Unvorhersehbaren, als „Begegnung“ und Epiphanie zu versichern.

Ein Verstehen jener authentischen Aussagen, die Kunstwerke enthalten, erfolgt nach Steiners Meinung nicht durch das Wuchern kritischer Jargons, wie sie der Strukturalismus, der Poststrukturalismus und die Dekonstruktivistin entwickelt haben, auch nicht durch Berge von Sekundärliteratur, und schon gar nicht durch Übernahme logischer oder naturwissenschaftlicher Erklärungsmodel-

ferenzqualität – und Rimbaud – mit seiner Dekonstruktion der ersten Person Singular. Es ist der Augenblick in der Geschichte der Kunst, wo der Status von „Bedeutung“ zweifelhaft wird, damit aber alle Vorstellungen von Wertung, Interpretation, Textualität und Verantwortung für die Bedeutung des Textes ins Spiel kommen; die moderne hermeneutische Wissenschaft entsteht.

Vier große Bewegungen zeichnen sich im Gefolge dieses revolutionären Geschehens ab: Wittgensteins Demonstration des Verlustes der Urschuld des Diskurses angesichts des Nichtsagbaren; die Psychoanalyse als Sprachpraxis mit ihrer Einsicht in den Konflikt von Autorität und Spontanität; die neue Sprachwissenschaft im Gefolge Saussures, die an die Stelle einer referentiellen Semantik eine solche interner Relationen setzt, und die von Fritz Mauthner begründete sprachkritische Bewegung, die die fatale Unsicherheit des sozialen Sprachgebrauchs zwischen Klischee und Lüge denunziert. Als letzte Konsequenz dieser Entwicklung deutet Steiner die „dekonstruktiven, Saturalien“ Derridas und Paul de Mans, deren Merkmale er aufzählt: ihren metatheoretischen Charakter, die Gleichschaltung von Kritik und schöpferischem Tun, den Verzicht auf Wertung, die fortgesetzte, alle Grenzen überschreitende Transformation von Texten in Texte (eine ubiquitäre „Intertextualität“), die Löschung der für die Erfahrung „realer Gegenwart“ entscheidenden Kategorien der Erinnerung, der Individualität und der Werkhaftigkeit.

Schließlich widmet sich Steiners Buch einer Phänomenologie der Erfahrung von Kunst, die deutlich durch Vorstellungen Heideggers geprägt ist: Furcht und Wahrnehmung („apprehension“) treten im Glücksmoment der Begegnung mit dem „anderen“, das die Kunst ist, zusammen; das Kunstwerk stiftet Wahrheit, „Beheimatung“, „Orientierung“ – in eins damit ist es ein „Affront gegen den Tod“. Die letzte – und wichtigste – Frage des Buches gilt der Begründung von Kunst: Warum soll es – um eine Frage Kants abzuwandeln – Kunst geben und nicht vielmehr nichts? „Es gibt“, sagt Steiner, „ästhetisches Schöpfung, weil es die Schöpfung gibt“; ihr Legitimationsgrund ist die Transzendenz. Schöpfung (Entstehen) ist das Wesen der Welt, der homo significans des Paradieses ist dessen erster Initiator. Kunst wird so zur „Gegen-Schöpfung“, zur „Lust am Anfang des Seins“, Gott erscheint als der benedite „andere Künstler“ (Picasso).

Dies findet zuletzt seinen Ausdruck in der Differenz der Geschlechter. Während der Mann aus dieser schöpferischen „Unterlegenheit“ heraus der „Schaffung fiktiver Formen“ zuneigt, empfindet die Frau, aus ihrer „Fähigkeit, gestaltendes Leben hervorzubringen“, keinen Impuls zum Kampf mit einem eifersüchtigen Gott. Das Wesen des Mannes ist geprägt durch sein Schöpferium, das Rivalisieren mit dem Schöpfergott; der Frau, als Gebärende, ist dieser Zwang fremd. So wird die in den jüngsten Auseinandersetzungen um die Geschlechterdifferenz in der Kultur aufbrechende alte Entscheidungsfrage zwischen Geschlecht und Fiktion, zwischen Sexualität und Dichtung von Steiner im „Setzen auf Transzen-

denz“ kurzerhand aufgehoben, in die Hand des Schöpfers des Menschenpaars zurückgelegt.

Steiners glänzend vorgetragener Entwurf einer Schöpfungstheorie ist selbst ein mythisches Konstrukt; wenn er die Dekonstruktivistin die „Meister der Lehre“ nennt, so erweist er sich selbst als Meister des „richtigen Zitats“, als Nacherzähler der schlingigen Menschheitsgeschichten. Im Zentrum seines Entwurfs stehen zwei Ursprungsmythen. Der erste ist die Urszene im Paradies, in der Gott zum Menschen spricht und das Spiel von Prägung und Schöpferium, von Verbot und Freiheit in Gang setzt: Adam, der durch das Verbot Freie, der den Dingen Namen gibt, kraft der Fähigkeit, die der Schöpfergott ihm verlieh. Der zweite Mythos zeigt den Menschen, der im Angesicht Gottes seine Sprache sucht, repräsentiert in Moses und Aaron, Moses, der in stockenden Sätzen spricht und verstummt, Aaron, der in fließender Rede sich äußert – Schweigen und Sprache als die beiden Formen, in denen der Mensch der Transzendenz „antwortet“ (Steiners Buch *Sprache und Schweigen* ist diesem Doppelgestus gewidmet).

Die Krise, die in diesen beiden Urszenen schlummert, kommt in dem Ereignis zum Ausdruck, das man den „zweiten Sündenfall“ genannt hat: in der Sprach-verwirrung beim Turmbau zu Babel (Steiners Hauptwerk trägt den Titel *Nach Babel*). Was in der tautologischen Gewissheitsformel Gottes – „Ich bin der ich bin“ – und im Verschmelzungsgestus der Freundschaft zwischen Montaigne und

Rimbauds nacherzählt, praktiziert er selbst „Übersetzung“. Verstehen der Schöpfung als Nachschöpfung; er erzählt vom Verhalten des Menschen zwischen „Sprechen und Schweigen“, „Nach Babel“, im Angesicht der Transzendenz.

Eine neue Ästhetik

Steiners Entwurf einer neuen Ästhetik (die eigentlich die „alte“ des in Vergessenheit geratenen menschlichen Schöpferiums ist) hebt mit Recht zwei Begriffe hervor: den der Semantik (der Bedeutung, der Wahrheit des Zeichens); und den des Ich (des schöpferischen Subjekts). Und sie bedient sich ihrer, als gäbe es einen Gott, der Herr der Zeichen und Herr des Gartens ist, der Bedeutung garantiert und der das Verbot im Paradies ausspricht. Wenn dies so ist, dann erscheint das Parästetische der Diskurse als ein gleichsam Äußerliches, durch Einlassung auf die Erfahrung der Transzendenz, den Blick Gottes Übersteigbares, den Kommunikationsakt vom gottlosen Menschen nur Aufgedrängtes; und das Unschöpferische und Gesichtlose des modernen Ich zeigt sich dann als das Wesen des freien Menschen Fremde, seine Eigentümlichkeit nur Überformende, das dieser abschütteln könnte, wie man sich von den Formeln der Konvention, vom Verdikt des Vaters befreit.

Steiners Entwurf übersieht, daß das Wesen einer Botschaft nicht im freien Zeichensatz zwischen Sender und Empfänger besteht, sondern daß das Medium selbst parasitär ist, Störgeräusch („bruit, parasite“) und Ermöglichung von Kommunikation zugleich, und in dieser Uneinheitlichkeit liegt die Bedingung der Möglichkeit von Sprache (wie das Buch Michel Serres' *Der Parasit* gezeigt hat); er übersieht ferner, daß das Vertrauen in die schöpferische Kraft des Ich und dieses Ich beschneidende Prägungskraft der Autorität zwei Seiten derselben Medaille sind, Erblühen des Authentischen und Erlöschen von Eigentümlichkeit zugleich, wobei dies für das Verhältnis von Vater und Sohn so gut wie für das zwischen Gesamtkultur und einzel-nem gilt; und er übersieht zuletzt, daß die Ursprungsmythen, die er erzählt, dieser Infektion durch das Parästetische des Sündenfalls, die Schlange, und durch das Verbot des Vaters schon von Anfang an unterliegen. Der Sündenfall als die Ver-treibung aus dem Angesicht Gottes, als der Verlust „realer Gegenwart“ hat sich schon im Paradies, nicht erst im 19. Jahrhundert ereignet.

Mit Recht weist Steiner darauf hin, daß diese Prinzipien des Parästetischen jeder Botschaft und der Beschädigung jeden Schöpferiums, jeder Eigentümlichkeit sich bei Kafka in beispielhafter Form nachweisen lassen: im *Schloß* und im *Urteil* so gut wie in der *Kaiserlichen Botschaft* und in der *Sorge des Hausvaters*. Die Texte der Künstler zeigen es, und Deuter dieser Texte müssen es in Rechnung stellen. Diese Strukturen beschreiben ist der Preis der Kommunikation. Es kam mit der Schlange ins Paradies. Wir müssen essen, um es wiederzufinden. Steiners Buch tut so, als wäre uns dies schon gelungen.

Christoph Menke

der Erkenntnis

... polemischem Essay „Von realer Gegenwart“

„Jede These“, schreibt Steiner an einer zentralen Stelle seines Traktates *Von realer Gegenwart*, „die, sei es theoretisch oder praktisch, Literatur jenseits von Gut und Böse ansiedelt, [ist] trügerisch.“ Trügerisch nennt Steiner die ästhetizistische Ansiedelung der Literatur jenseits der Moral nicht nur, weil sie eine falsche Auffassung der Literatur enthält. Vielmehr bedeutet ihre Verstellung des Ästhetischen stets auch eine Verstellung des Ethischen und „der Untergang des Humanismus in den Geisteswissenschaften in heutiger Kultur und Gesellschaft den Untergang des Humanen“. Eine Betrachtungsweise, die das Ästhetische vom Ethischen löst, verspielt mehr als nur den Wahrheitsgehalt künstlerischer Erfahrung. Sie verspielt nicht weniger als die Möglichkeit ethischer, normativer Verbindlichkeit überhaupt – die Möglichkeit, der Gefahr nihilistischer Dehumanisierung durch Errichtung einer festen Werteordnung begegnen zu können.

Diese Überzeugung bildet den Hintergrund der scharfen, ja wütenden Angriffe, die Steiner gegen die Dekonstruktion richtet. Es ist müßig, darüber zu streiten, ob er ihr gerecht wird. In vielerlei Hinsicht gilt das gewiß nicht; so übersteigt Steiner etwa völlig den Versuch von Jacques Derrida, vor allem im Hinblick auf den doppelten Fall Heideggers und de Mans, die implizite Normativität der Dekonstruktion zu unterstreichen. Aber darum geht es nicht; es geht vielmehr um

tion ergötzt; und deshalb brauchen wir eine Autorität, die die Dekonstruktion verbietet oder doch in ihre Schranken weist. Das ist der Kern von Steiners Appell. Wir müssen jetzt die Kunst (vor ihrer literarischen Dekonstruktion) retten, weil nur die Kunst uns (vor der modernen Dekonstruktion des Humanen) zu retten vermag.

Die metaphorisch suggerierte Verknüpfung der nationalsozialistischen „Dekonstruktion des Humanen“ mit der literarisch-philosophischen Dekonstruktion eines sinn- und subjektorientierten Verstehens bildet das bewegende Zentrum von Steiners Polemik. Daraus bezieht sie ihren moralischen Ernst. Der aber kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Argument, mit dem Steiner jene Verknüpfung zu untermauern versucht, ebenso brüselig ist wie sein hoher Ton schal. Denn es wiederholt nur die These aller konservativen Faschismustheorien seit Heidegger, es sei die Moderne, das „wertzerstörende, nihilistische „Zeitalter des Epilogs“, das für den Rückfall in Barbarei verantwortlich sei. Diese Erklärung ist in vielen Hinsichten unplausibel; schon ihre geistesgeschichtliche Beschränktheit und ihre Verwechslung von Voraussetzungen mit Ursachen diskreditieren sie. Vor allem aber ist ihre Deutung der Moderne als nihilistisch abwegig.

Steiner wendet viel Mühe, und viele Seiten, an ihren Nachweis. Den hofft er durch ein sprachphilosophisches Argument zu erbringen: Demnach soll schon der Begriff sprachlicher Bedeutung die Idee einer göttlich verbürgten Ordnung implizieren. Umgekehrt folgt daraus, daß die Preisgabe dieser Ordnung – Signum der Moderne – die „nihilistische“ jeder kommunizierbaren Bedeutung meint; daß also, umgekehrt, wer überhaupt kommuniziert, bereits – glaubt. Ausgerechnet Wittgensteins Skepsis soll das, ex negativo, belegen. Der aber läßt sich genau das Gegenteil entnehmen: daß man auf sehr viel „metaphysischen Komfort“ (Richard Rorty) verzichten kann, ohne schon mit nichts dazustehen. Es reichen ein paar recht diesseitige Dinge – gemeinsame Interessen und -Praktiken gehören dazu, „Gesellschaftliches“ also – um so etwas wie kommunikativ verwend- und verstehbaren Bedeutungen zu kommen. Es ist eher ein solches „pragmatisches“ Bewußtsein, das die Moderne definiert denn nihilistische Zersetzung.

Sicherlich, zu einem Begriff der Sprache, von dem aus sich unmittelbar ein Urteil über die Inhalte des Sprechens ableiten ließe – von dem aus Hitlers Rede als ein „Gegenlogos“ erscheint –, kommt man so nicht. Es fragt sich aber, ob das ein sinnvolles Ziel einer Sprachtheorie sein kann; die Berufung auf ein ontotheologisches Fundament der Sprache hat in den Jahrtausenden, in denen sie gültig war, offensichtlich nur wenig zur Vermeidung von Inhumanität beitragen können. Inhumanität muß als solche, durch politische-ethische Argumente, mehr noch: durch Erfahrungen bekämpft werden; die Behauptung, daß sie dem „Geist der Sprache“ widerspreche, nützt da wenig.

Transzendente Sinnsucher

Noch weniger nützt die Berufung auf die Kunst. Und zwar nützt sie deshalb nichts, weil die Kunst nicht hergibt, was Steiner von ihr fordert: eine „messianische Verkündigung“ oder „Verlebbildung des Seins“, die sie zum „Schutzhut der Humanität“ machte. Was passiert, wenn man die Kunst so zu Antworten auf die eigenen Wert- und Sinnfragen zu nötigen versucht, hat Stefan George in einem seiner kleinen Prosastücke – in vielen überzeugender als die oft raunen- de Dichtung – festgehalten: Er schildert dort ein Grüppchen transzendenter Sinnsucher, die eine Maske durch Befehl zum Sprechen bringen wollen. Als alles nichts hilft, nimmt der Ich-Erzähler den Finger zu Hilfe, um ihre Lippen gewaltsam zu öffnen. Jetzt reagiert die Maske: Sie beißt dem Zuhörer in den Finger.

Die bissige Abwehr des Kunstwerks dem gegenüber, der es zum Sprechen nötigen will – das ist aber gerade die Erfahrung, die die Dekonstruktion artikuliert. Und doch hat Steiners Impuls, die Kunst vor der Dekonstruktion zu retten, etwas sehr Überzeugendes. Es kommt hervor, wenn man der Zweideutigkeit nachhört, die Steiners Rede von der „realen Gegenwart“ der Kunst hat. Denn Steiner selbst versteht sie keineswegs nur als die Gegenwart eines transzendenten Gehalts im Kunstwerk, sondern auch als die in keine Vergegenwärtigung (von etwas anderem) auflösbare eigene Gegenwart des Werkes. Und es ist diese Gegenwart der Kunst, in der Unmittelbarkeit und Sinnlichkeit ihres Erscheinens, die die Dekonstruktion mit der Differenz künstlerischer von den Spielen und Strategien aller Texte preisgibt.

Auch, ja gerade der überwältigenden Gegenwart der Kunstwerke eignet eine ethisch-politische Bedeutung; „die Andersheit“, die in uns eintritt, macht uns anders“. Nur kann die ästhetisch wirkte Verwandlung des Menschen jetzt nicht mehr als die durch das Wissen um den Sinn des Seins verstanden werden. Es finden sich bei Steiner jedoch Hinweise, die die ethische Bedeutung ästhetischer Gegenwart ohne diese Voraussetzung zu bestimmen erlauben: Bedeutung für unser Leben eignet der Kunst, weil uns die Erfahrung ihrer uneinholbaren Gegenwart aus unserem Leben herausversetzt – und dadurch allem in unserem Leben, unseren Praktiken und Diskursen, Grenzen setzt. Diese durch die Kunst, von außen, geschehende Begrenzung hat aber Wirkungen für das so Begrenzte; sie ist eine Bedingung seines Gelingens.

Liest man Steiners Plädoyer für den Erhalt der Gegenwart der Kunst gegen ihre Aneignungen und Reduktionen im Lichte dieser Idee eines uns im Blick auf sich selbst von außen gelingenden Lebens, dann bekommt auch seine Rede vom Theologischen am Ästhetischen einen anderen Sinn als den positiv verbürgter Transzendenz. In einem Aphorismus aus der aller Theologie unverdächtige *Fröhlichen Wissenschaft* hat Nietzsche diese Leistung der Religion bezeichnet, die nur die Kunst in die Moderne unverfälscht hinüberzusetzen vermag: „Indem sie ewige Perspektiven um ihn beschrieb, lehrte sie den Menschen, sich aus der Ferne sehen.“

FUNDSTÜCK

Vornehmer Ton?

George Steiner beruft sich auch auf Kant, wenn er die These aufstellt, was wir in Literatur, Kunst und Musik als von zwingender Größe erkennen, sei religiös inspiriert; überall, wo wir in der Kunst die Erfahrung von Sinn machen, zeugt dieser von realer Gegenwart Gottes. Er führt nicht aus, wo Kant eine Ästhetik der Anwesenheit Gottes im Kunstwerk begründet. Der Nachweis wäre auch schwer zu führen. Vielmehr sei Steiners These eine zentrale Bestimmung aus Kants *Kritik der Urteilskraft* zugeordnet, in der Kant darlegt, wie gebrochen, bloß analogisch die Kunst/ das Schöne Symbol der Ideen der Vernunft sein kann (deren eine grundlegende Gott ist, die anderen sind Freiheit und Unsterblichkeit). „Kritik“ kommt von „krinein“ d.h. „unterscheiden“; Kants *Kritik der Urteilskraft* erweist sich als besonders *Fundstück*, da sie eine Lücke unterseiden bereitstellt für die Diskussion um die reale Gegenwart Gottes in der Kunsterfahrung, die stets davon bedroht ist – weil sie das Geschäft der Kritik als sekundäres Gerede verunglimpft – ins gottbegeisterte Stammeln zu geraten.

Kant hat die Vernunft (in der *Kritik der praktischen Vernunft*) als ohnmächtig ausgewiesen: sie stellt einen vernünftigen Endzweck des Daseins in der Welt auf und dekretiert, daß er verwirklicht werden soll, aber sie kann eben nur dekretieren, sie kann nicht beweisen, daß die Wirklichkeit eine ist, die für ihre Ideen (sei es Gott, sei es Freiheit) überhaupt empfänglich ist. Das heißt: Keine Anschauung kann den Ideen angemessen sein, jede Konkretisierung der Freiheit wird zur unzulässigen Einschränkung, wer die Utopie auslöst, zerstört sie, jedes Bildnis, das wir uns von Gott machen, bleibt unendlich hinter dessen Wesen zurück. So ist von den Ideen einerseits gefordert, daß sie in die Wirklichkeit gelangen, müssen wir sie andererseits aber im Hinblick auf Anschauung als wesentlich unerfüllt erkennen.

Diesem Verhältnis von Anspruch und Versagung antwortet beim Schönen eine Unmöglichkeit gerade von der entgegengesetzten Seite. Bei der Beurteilung eines Gegenstandes als schön nehmen wir eine rationale Struktur wahr und sind uns sicher, daß es möglich sein muß, diese Struktur durch einen Begriff zu bestimmen. Aber jede begriffliche Fassung greift dann zu kurz, erscheint unangemessen. So haben wir beim Schönen eine Anschauung, die begrifflich unerfüllt bleibt. Hierin ist die nie an ein Ende gelangende Ausdeutbarkeit des Kunstwerks formuliert. Und jetzt erst sagt Kant, daß die eine Unmöglichkeit an die Stelle der anderen treten, auf sie „übertragen“, zum Symbol der anderen werden können.

Nichts also von realer Gegenwart der Idee (z.B. Gottes) im Kunstwerk, sondern: an zwei Relationen wird ein Gemeinsames (Unmöglichkeit), aber in entgegengesetzter Richtung erkannt und darum eingeräumt, daß die eine zur Stellvertretung der anderen werden könne. Begriffliche Unmöglichkeit als Verhältnis von Anschauung und Begriff in der Erfahrung des Schönen kann zum Symbol für anschauliche Unmöglichkeit als Verhältnis von Idee und Anschauung werden.

sinnlichungsproblematik der Ideen werden. Das ergibt den berühmten Satz „Das Schöne ist das Symbol des Sittlichen“. Diese bloß analogische, bloß symbolische Vermittlung zwischen der Welt der Sinne und der Welt der Ideen war von Beginn an und ist bis heute ein Ärgernis. Schiller rannte gegen diese Grenzziehung an, dann die Romantiker, in unserem Jahrhundert Heidegger (das Kunstwerk als Entbergen des Seins), jetzt George Steiner. Kant hat sehr wohl gewußt, daß es dem Menschen schwer erträglich ist, auf bloß metaphorische Anschauung der Ideen der Vernunft eingeschränkt zu sein und hat ihm daher in der *Kritik der Urteilskraft* eine zweite, allerdings negativ bleibende Weise vorgestellt, den Ideen zur Wirklichkeit zu verhelfen, das Erhabene. Den Ideen der Vernunft ist keine Darstellung angemessen, die Unangemessenheit aller Darstellung aber läßt sich sinnlich darstellen. Das schlechthin Große, die Natur in ihrer Unermesslichkeit bzw. als Manifestation nicht zu bändigender Gewalt, läßt alle Versuche des Menschen dies zu fassen, scheitern und nötigt seine Vernunft, der Sinnwelt ein „übersinnliches Substrat“ (ein Allgemeines, Göttliches, Ganzes) zu unterlegen, womit er sich selbst – real – in seinem Vermögen zu Ideen bekräftigt.

Eigenartigerweise läßt Steiner diese Kategorie des Erhabenen unentfaltet. So trifft ihn ungeschützt das Verdikt, das Kant in seiner fulminanten polemischen Schrift *Von einem neuerdings erhobenen vornehmen Ton in der Philosophie* formuliert hat. Kant warnt dort vor den neuen philosophischen „Mystagogen“, die ohne Umweg über begriffliche Deduktion die Ideen der Vernunft sinnlich anschauen wollen, daher der Vision vertrauen. Der „ästhetischen Vorstellungskraft“ als dem Verfahren, den Ideen der Vernunft Anschauung zu unterlegen, kann man sich, so wird Kant nicht müde zu betonen, nur „hinter nach“ und nur per analogiam bedienen, wenn das Denken die Ideen der Vernunft und die moralischen Gesetze, die sie erläßt, auf deutliche Begriffe gebracht hat, um also danach „durch sinnliche, obzwar nur analogische Darstellung jene Ideen zu beleben, doch immer mit einiger Gefährden in schwärmerische Vision zu geraten, die der Tod der Philosophie ist“.

Nietzsche hatte den Tod Gottes verkündet und hierauf seine für das 20. Jahrhundert fundamentale Philosophie errichtet. Steiner will dieses Kapitel schließen. Kann er es nur, mit Kant zu sprechen, um den Preis des Todes der Philosophie?

BERNHARD GREINER

Immanuel Kant: Kritik der Urteilskraft (1790), hg. von Karl Vorländer. Hamburg 1974 (Meiner Philosophische Bibliothek, Bd. 39 a).

Immanuel Kant: Von einem neuerdings erhobenen vornehmen Ton in der Philosophie (1796), in: Kants Werke, hg. von Ernst Cassirer, Bd. VI. Berlin 1923.

Die Autoren dieser Seite

GERHARD NEUMANN, Professor für Literaturwissenschaft an der Universität München. CHRISTOPH MENKE, lehrt am Institut für Philosophie, Fachrichtung Hermeneutik, der Freien Universität Berlin. BERNHARD GREINER, Professor für Literaturwissenschaft an der Universität Tübingen.

ABM - Ideensammlung

nach Maßnahmefeldern

Mit ABM sollen für die Zielgruppen des Arbeitsmarktes zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten erschlossen werden.

Die aufgeführten Arbeiten dienen als Anregung und sollen aufzeigen, in welchen Bereichen ABM geplant und durchgeführt werden können.

Dabei muß in jedem Einzelfall das Vorliegen der Förderungsvoraussetzungen geprüft werden.

- I. Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsbau
- II. Küstenschutz und Landgewinnung
- III. Forstwirtschaft
- IV. Verkehrswesen
- V. Bau-, Industrie- und Freizeitgeländeerschließung sowie Hochbau
- VI. Büro und Verwaltung
- VII. Soziale Dienste
- VIII. Sonstige

I Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsbau

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Maßnahmeziel)
1	Ausbau und Reinigen von Entwässerungsgräben sowie Gewässer- reinigungsarbeiten
2	Befestigungsarbeiten an Wasserläufen
3	Wiederherstellung und Pflege von natürlichen Feuchtgebieten
4	Untersuchung über Fragen der Luftreinhaltung in einer Region
5	Feststellungen über Umweltbelastungen in einer Region
6	Verschönerungsarbeiten an Wanderwegen (auch Markierungen) und Grünanlagen
7	Fertigen und Aufstellen/Instandsetzung von Abfallbehältern auf Waldparkplätzen u.ä.
8	Erfassung ehemaliger Mülldeponien bzw. Müllablagerungen
9	Errichtung von Lärmschutzanlagen (Mauern, Hecken u.ä.)
10	Anlegen von Wind- und Lärmschutzpflanzungen (Gestaltungshinweis: Gewinnung von berufspraktischen Fertig- keiten und Erfahrungen zur Verbesserung der Vermittlungsmöglich- keiten, insbesondere für Jugendliche)
11	Erfassung, Beschreibung und Katalogisierung von Landschafts- schäden eines Gebietes
12	Beseitigung von Orkanschäden
13	Neuaufforstung und Pflege von Mischwald
14	Durchforstungsarbeiten, Jungwuchspflege, Zaunabbau und Zaun- neubau
15	Fertigen und Anbringen von Nistkästen, Errichtung von Wald- futterplätzen
16	Sonstige Landschaftspflegemaßnahmen (Planung und Ausführung)
17	Anlage von Trimpfaden
18	Bau von Naherholungseinrichtungen, z. B. Wanderwege, Ruhebänke, Grillstationen, Holzzelte und Wanderschutzhütten
19	Stadtverschönerungsarbeiten, z. B. Planung und Ausführung zusätz- licher Begrünungsaktionen im innerstädtischen Bereich, Tiergarten, Kinderspiel-, Bolz- und Sportplätze; (Gestaltungshinweis: sozialpädagogische Betreuung, Gewinnung von berufspraktischen Fertigkeiten und Erfahrungen)

II Küstenschutz und Landgewinnung

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Maßnahmeziel)
-------------	---

- | | |
|---|--|
| 1 | Ausbau von Entwässerungsgräben an den Mitteldeichen, Deich- und Uferschutzarbeiten |
|---|--|

III Forstwirtschaft

- | | |
|---|---|
| 1 | Zusätzliche Pflege des Jungwuchses im Forst, zusätzliche Reinigungsarbeiten als Folge der Umweltverschmutzung |
| 2 | Reinigung des Waldes von Unrat, vornehmlich Spazier-, Wander- und Trimpfade |
| 3 | Anlage von Waldlehrpfaden
(Anlegen von Wegen in den Wäldern mit Erläuterungen über den Baumbestand usw.) |
| 4 | Anlegen von rad- und rollstuhlgerechten Wanderwegen |
| 5 | Arbeiten zur Vorbeugung von forstwirtschaftlichen Schäden, z.B. wegen Umweltverschmutzung |
| 6 | Wildschadenverhütung |

IV Verkehrswesen

- | | |
|---|---|
| 1 | Anlage von Geh- und Radwegen |
| 2 | Schaffung eines Rad- und Wanderwegenetzes (bestehend aus regionalen und überregionalen Rad- und Wanderwegen, unabhängig vom Verlauf bereits bestehender Straßenführungen) |
| 3 | Absenken von Bordsteinen bzw. Anlegen von Auffahrschrägen an Überwegen und Straßenkreuzungen |
| 4 | Einrichtung eines Verkehrs-Übungsplatzes |
| 5 | Verkehrsuntersuchungen: Unfallschwerpunkte, Möglichkeit der Nachtabstaltung von Verkehrssignalen |

V Bau-, Industrie- und Freizeitgelände-
erschließung sowie Hochbau

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Maßnahmeziel)
1	Ausbau, Modernisierung von Jugend- und Gemeinschaftsräumen
2	Umbau eines Hauses zum Jugendzentrum (Gestaltungshinweis: Gewinnung von berufspraktischen Fertigkeiten und Erfahrungen insbesondere für Jugendliche; arbeitsintensive Tätigkeiten auch für leistungsgeminderte Fachkräfte)
3	Instandsetzungs- und Restaurierungsarbeiten denkmalswerter und sonst erhaltenswerter Bausubstanzen
4	Instandsetzungsarbeiten an erhaltenswerten Grabmälern und sonstigen Friedhofsanlagen
5	Erschließung eines Industriegebietes (Verbesserung der Infrastruktur)
6	Erstellung eines Abenteuerspielplatzes mit entsprechender Fertigung von Holzspielgeräten
7	Sanierung von Wohngebieten - Erstellung eines Entwicklungsplanes zur Durchführung einer umfassenden Modernisierung von städtischen Altbauwohnungen - Fertigung und Erarbeitung von Bauplänen
8	Archäologische Ausgrabungen und Konservierung der Funde
9	Zusätzliche Arbeiten für den Fremdenverkehr, z. B. Instandsetzung von Geräten - Ruhebänke streichen - Erneuern und Instandsetzen von Wegweisern für Wanderwege usw.
10	Erarbeitung von Verkehrs-/Naherholungskonzepten
11	Erstellung von Zimmernachweisen (Fremdenverkehr)
12	Einrichten einer Informationskartei über Sehenswürdigkeiten, Besucherziele und Erholungsmöglichkeiten
13	Erarbeitung von Wanderwegskizzen
14	Anlage und Erweiterung sonstiger Naherholungseinrichtungen
15	Vorbereitung und Neugestaltung von Schulhöfen in Spiel- und Freizeitflächen
16	Vorbereitung und Umgestaltung von Hinterhöfen zu Kommunikationseinrichtungen und Freizeitflächen

VI Büro und Verwaltung

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Maßnahmeziel)
1	Ermittlung des Wärmepotentials zum Zwecke eines umweltfreundlichen und rationellen Energieeinsatzes
2	Aufbau einer Phonotheek (Kassettenausgabe) und Erstellung neuer Kataloge für die Jugendbücherei
3	Mikroverfilmung von Krankengeschichten der Kliniken
4	Erstellung, Ergänzung und Änderung einer Denkmalliste
5	Systematische Katalogisierung des Ausstellungsfundus einer Stadt/Gemeinde
6	Archivierungs-, Sortier- und Katalogisierungsarbeiten in Museen, Archiven und ähnlichen Einrichtungen
7	Erstellung von Ortschroniken
8	Arbeiten in archäologischen Instituten (z. B. Inventarisierung und Magazinierung von archäologischen Funden)
9	Makulierung des Buchbestandes, Erstellen eines Schlagwortkataloges und Errichtung einer Altenbücherei in der Stadtbücherei
10	Vorbereitende Maßnahmen zur Erfassung von Kulturdenkmälern eines Landkreises, Katalogisierung
11	Darstellung der Entwicklung des Katastrophenschutzes einschl. Ermittlung und Sichtung des vorhandenen Aktenmaterials
12	Durchführung einer Bestandsaufnahme im öffentlichen Personenverkehr
13	Untersuchungen über allgemeine Fragen der Luftreinhaltung (Verbesserung der lufthygienischen Situation in Städten)

VII Soziale Dienste

1	Ausweitung des Betreuungs- und Freizeitangebotes in Alten- und Pflegeheimen
2	Zusätzliche Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsarbeiten in Kindergärten, Sprachheilschulen u. ä.

- 3 Zusätzliche Förderungs- und Betreuungskräfte für Behinderten-
 wohnstätten
- 4 Zusätzliche ambulante Haus- und Krankenpflege
- 5 Transport von Essen für Hilfsbedürftige und Kranke (Essen
 auf Rädern)
- 6 Literatur auf Rädern für alte und behinderte Menschen
- 7 Einrichtung einer Sozialstation (Einrichtung einer Spielstube,
 Sonderkindergarten, Hausaufgabenstube für milieugeschädigte
 Kinder, ambulante Krankenpflege, Altenbetreuung, Familienpflege)
- 8 Intensivierung der Betreuung der Jugendhilfe in Erziehungs- und
 Lebensberatungsstellen
- 9 Sozialpädagogische Betreuung von Kindern auf Spielplätzen (Aus-
 weitung der Aktivitäten eines Jugendförderkreises)
- 10 Betreuung arbeitsloser Jugendlicher
- 11 Betreuung und Förderung von geistig behinderten Kindern
- 12 Ambulante Putz- und Betreuungsgruppe für alte, gebrechliche Menschen
- 13 Intensivierung des Hausbesuchsdienstes für alte und kranke Menschen
- 14 Betreuung von Alkoholikern/Suchtkranken
- 15 Intensivierung der Sprachförderung ausländischer Kinder in den
 städtischen Kinderheimen
- 16 Betreuung von Schulentlassenen und -abgängern, arbeitslosen Jugend-
 lichen, ausländischen Kindern
- 17 Intensivierung der nachgehenden Betreuung von Schwerbehinderten
- 18 Erwerbslebensvorbereitende Hilfen (Chancenverbesserung für schwer
 zu vermittelnde Jugendliche und Erwachsene)
- 19 Frühbetreuung Behinderter (Elternberatung, Erziehungsberatung,
 Hausbesuchsdienst)
- 20 Begleitende und nachgehende Betreuung psychisch Behinderter
- 21 Entwicklung eines Modells zur Betreuung von Schlüsselkindern
- 22 Versorgung von Kindern bei Klinik- bzw. Kuraufenthalt der Mütter
- 23 Hausaufgabenbetreuung für Lernbehinderte
- 24 Schulische Versorgung von Heimkindern, Hausaufgabenbetreuung
- 25 Sozialpädagogische Betreuung einer Internatsgruppe von noch nicht
 berufsreifen Jugendlichen
- 26 Allgemeine (Hausaufgaben-) Betreuung von Schlüsselkindern
- 27 Mitbetreuung von Kleinstkindern im Kindergarten

- 28 Nachträglicher Erwerb des Hauptschulabschlusses von arbeits-
losen ausländischen Jugendlichen
- 29 Ergänzungsunterricht für lernschwache Kinder/Legastheniker
(Förderkurs, Hausaufgabenbetreuung)
- 30 Umbau alter Stadtbusse unter Berücksichtigung der besonderen
Bedürfnisse des Transportes behinderter Menschen
- 31 Unterstützung des Sozialarbeiters (Spielplatzleiters) bei
der pädagogischen Betreuungsarbeit mit den Kindern; allge-
meine Arbeiten auf dem Abenteuerspielplatz
- 32 Sozialpädagogische Betreuung älterer Bürger in Altenclubs
und Altentagesstätten
- 33 Projekt zur Früherfassung von verhaltensauffälligen Kindern;
Entwicklung eines geeigneten diagnostischen Verfahrens
- 34 Beratung und Aufklärung ausländischer Eltern, welche ent-
scheidende Bedeutung einem Kindergartenbesuch für die
geistige Entwicklung ihrer Kinder zukommt
- 35 Heranführen vereinsamter alter Menschen an Altenclubs
- 36 Freizeitmaßnahmen für Behinderte
- 37 Fahrdienst für Behindertenbetreuung
- 38 Betreuung von akut kranken Kindern; Patienten beschäftigen z.B.
Spiele, Lesen, Basteln; Herstellen von Kontakten zu Patienten,
die nicht oder nur selten Besuch erhalten; Betreuung von Kindern
der Besucher während der Besuchszeiten
- 39 Mithilfe beim Aufbau eines Freizeitclubs für Behinderte
- 40 Erstellung von Grundlagenmaterial für die Entwicklung von
Sozialstationen und Nachsorgeeinrichtungen für psychisch Behinderte
- 41 Einkaufs- und Betreuungsdienst für ältere und behinderte Bürger
(mit Kfz.-Einsatz)
- 42 Betreuung und Überwachung von Kindern und Jugendlichen auf
Bauspielplätzen (Abenteuerspielplätzen)
- 43 Arbeiten in Frauenhäusern/Jugendhäusern
- 44 Entwicklung und Durchführung musisch/kreativer Angebote für Kinder
- 45 Stundenweise Betreuung von Kindern aus kinderreichen Familien
zur Entlastung der Mutter (z. B. bei Arztbesuchen u.ä.)
- 46 Befristete Unterbringung und Betreuung von Pflegefällen zur zeit-
weisen Entlastung der Pflegefamilien

VIII Sonstige

- 1 Feststellung der Umweltbelastung in einer Region
- 2 Abholen, Aufbereiten, Lagern und Verteilen von gebrauchten Möbeln,
Kleidern und Haushaltsgegenständen zur Weitergabe an sozial be-
dürftige Personen
- 3 Entfernen von wilden Plakatierungen und Parolen
- 4 Erfassung der Gemeinde/Stadtgeschichte

- 5 Errichtung von Gemeindearchiven
- 6 Forschungsvorhaben
- 7 Umweltberater für Privathaushalte
- 8 Einführung einer organischen Müllabfuhr
- 9 Aufbau und Betreuung eines Recycling-Projektes
- 10 Restaurierung eines alten Segelschiffes für ein Museum
- 11 Kombinationsmaßnahmen Arbeiten und Lernen, Arbeitsteil
mit mehreren Arbeitsschwerpunkten und Qualifizierungsteil
- 12 Zusätzliche Sportangebote

Wenn Sie die Förderungsmöglichkeiten
nutzen wollen sprechen Sie mit Ihrem

Arbeitsamt IV Berlin

Rudower Chaussee 16 - 25
Berlin
1199

Telefon: 63899 0

ABM-Sachbearbeitung:
63899 213

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht

Unser Zeichen

Datum

I 012 - 5590 -

**Was Sie
über**

ABM

**- Allgemeine
Maßnahmen zur
Arbeits-
beschaffung -
wissen
sollten.**

● Allgemeine Hinweise

● Arbeitsförderungsgesetz

● ABM - Anordnung

Welche Arbeitnehmer können in ABM beschäftigt werden?

Die Förderung wird nur für Arbeitnehmer gewährt, die vom Arbeitsamt zugewiesen sind.

Die Arbeitsämter sind besonders interessiert an der Durchführung von ABM für Arbeitslose, deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt ungünstig sind

Welche Arbeiten können gefördert werden?

Beispiele →

Grundsätzlich können alle Arbeiten gefördert werden, die

- im öffentlichen Interesse liegen, d.h., deren Ergebnis der Allgemeinheit mittelbar oder unmittelbar zugute kommt,

- zusätzlich sind, d.h., daß sie sonst nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt würden.

- nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zweckmäßig sind.

Welche Leistungen können gewährt werden?

Zuschüsse

An die Träger der Maßnahmen können – entsprechend der arbeitsmarktlichen Bedeutung der jeweiligen Maßnahme – Zuschüsse

in der Regel 50 bis 75 %, in gesetzlich geregelten Fällen

bis 100 % des Arbeitsentgelts für die vom Arbeitsamt zugewiesenen Arbeitnehmer gewährt werden.

Darlehen, Zinszuschüsse

Neben den Zuschüssen können Darlehen oder Zinszuschüsse gewährt werden.

Wie lange kann gefördert werden?

Förderungsdauer der Maßnahme

Die Durchführung der Arbeiten kann in der Regel 1 Jahr lang gefördert werden.

Dauer der Beschäftigung

Vom Arbeitsamt werden Arbeitslose für die Beschäftigung in einer ABM in der Regel bis zu 1 Jahr zugewiesen.

Förderungsdauer und Beschäftigungsdauer können auch ver-

Einige Beispiele für förderungsfähige Arbeiten:

Bau einschließlich Verkehrswesen und Versorgungsanlagen

Bau und Ausbau von Straßen und Wegen
Neu- und Ausbau von Rad-, Radwanderwegen
Erschließung von Wohnbau-, Industrie- und Freizeitgelände
Errichtung, Erweiterung von Alten- und Pflegeheimen, Krankenhäusern
Errichtung von Kinderspielplätzen, Sportplätzen, Freibädern
Anlage von Waldlehr- und Trimpfpfaden
Umbau von Häusern in Jugendtreffs, Gemeindezentren usw.
Bau einer zentralen Wasserversorgungsanlage
Bau von Kanalisationsanlagen und Schmutzwasserleitungen
Instandsetzung und Reinigung von Spielplätzen

darunter

Wohnungs-, Dorf- und Stadtsanierung

Erfassung von sanierungsbedürftigen Gebäuden und deren Schäden
Anlegen von Denkmalkarteien
Sanierung und Renovierung kulturhistorischer Bauten
Anlage von Fußgängerzonen
Hinterhofsanierung

Büro und Verwaltung

Registratur- und Karteiarbeiten
Einführung neuer Technologien (EDV)
Mikroverfilmung von Krankengeschichten
Erstellung von Ortschroniken
Einführung eines neuen Archivierungssystems
Aussonderung, Umsignierung und Neukatalogisierung in der Bücherei
Archivierungs-, Sortier- und Katalogisierungsarbeiten in Museen, Archiven und ähnlichen Einrichtungen

Soziale Dienste

Familienbetreuung
Häusliche Kranken-, Alten- und Behindertenbetreuung
Hausaufgabenbetreuung von Lernbehinderten
Freizeitbetreuung von Schlüsselkindern
Betreuung von Alkoholikern und Suchtkranken
Einrichtung einer Sozialstation
Transport von Essen auf Rädern
Beratung und Betreuung mißhandelter Frauen
Betreuung von jugendlichen Ausländern
Zusätzliche Betreuung Pflegebedürftiger in Altenheimen und Krankenhäusern

Landschaftspflege

Errichtung und Unterhaltung von Garten-, Grün- und Parkanlagen
Reinigung des Waldes von Unrat
Vorbeugende Maßnahmen gegen Insektenbefall
Aufforstungsarbeiten
Wildschadensverhütung
Seen-, Ufer- und Bachreinigungsarbeiten
Anlage von Windschutzpflanzungen

Naturschutz

Untersuchungen über Umweltbelastungen
Anlage und Unterhaltung von Biotopen
Pflege von Feuchtgebieten
Anlegen von Tümpeln und Weihern
Rekultivierungsarbeiten
Flurbereinigungsmaßnahmen
Bodensanierungsmaßnahmen
Wasserschutzmaßnahmen

Sonstiges

Umweltberater für Privathaushalte
Einführung einer organischen Müllabfuhr
Aufbau und Betreibung eines Recycling-Projektes
Restaurierung eines alten Segelschiffes für ein Museum
Kombinationsmaßnahmen Arbeiten und Lernen, Arbeitsteil mit mehreren Arbeitsschwerpunkten und Qualifizierungsteil
Zusätzliche Sportangebote

Wenn Sie die Förderungsmöglichkeiten nutzen wollen und gleiche oder auch völlig andere zusätzliche Arbeiten durchführen können,

sprechen Sie mit Ihrem Arbeitsamt

Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung

1. Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung

§ 91

[Förderung aus Mitteln der Bundesanstalt]

(1) Die Bundesanstalt kann die Schaffung von Arbeitsplätzen nach den folgenden Vorschriften fördern (Förderung aus Mitteln der Bundesanstalt).

(2)¹⁾ Arbeiten, die im öffentlichen Interesse liegen, können durch die Gewährung von Zuschüssen an die Träger der Maßnahmen gefördert werden, soweit die Arbeiten sonst nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt würden und die Förderung nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zweckmäßig erscheint. Die Förderung von Arbeiten, die ohne Verzug durchzuführen sind, ist ausgeschlossen. Gleiches gilt für Arbeiten, die üblicherweise von juristischen Personen des öffentlichen Rechts durchgeführt werden, es sei denn, daß es sich um Arbeiten im Sinne des Absatzes 3 Nr. 2 oder 4 in Arbeitsamtsbezirken handelt, deren Arbeitslosenquote im Durchschnitt der letzten sechs Monate vor der Bewilligung der Förderung mindestens dreißig vom Hundert über dem Bundesdurchschnitt gelegen hat. Neben den Zuschüssen können auch Darlehen oder Zinszuschüsse²⁾ gewährt werden.

(3) Bevorzugt zu fördern sind Arbeiten, die geeignet sind,

1. die Voraussetzungen für die Beschäftigung von Arbeitslosen in Dauerarbeit zu schaffen, insbesondere die Folgen von Strukturveränderungen oder der technischen Entwicklung auszugleichen oder
2. strukturverbessernde Maßnahmen vorzubereiten, zu ermöglichen oder zu ergänzen oder
- 3.³⁾ Arbeitsmöglichkeiten für langfristig arbeitslose Arbeitnehmer zu schaffen oder
- 4.⁴⁾ die soziale Infrastruktur zu verbessern oder der Erhaltung oder Verbesserung der Umwelt zu dienen.

(4)⁵⁾ Die Förderung von Arbeiten in Arbeitsamtsbezirken mit einer im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt guten Beschäftigungslage ist ausgeschlossen.

... Dies gilt nicht für Maßnahmen, deren Förderung vor dem 31. Dezember 1991 bewilligt wird.

(5)⁶⁾ Absatz 2 ist in der bis zum 31. Juli 1979 geltenden Fassung anzuwenden, wenn die Förderung einer Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung vor dem 1. August 1979 bewilligt worden ist.

¹⁾ geändert und ergänzt durch Gesetz vom 23. 7. 1979 (s. Anhang A 28)

²⁾ geändert, ergänzt, neugefaßt durch Gesetz vom 22. 12. 1981 (s. Anhang A 34)

³⁾ geändert durch Gesetz vom 14. 12. 1987 (s. Anhang A 61)

⁴⁾ geändert durch Gesetz vom 12. 12. 1977 (s. Anhang A 25)

⁵⁾ ergänzt durch Gesetz vom 26. 4. 1985 (s. Anhang A 43)

* Durchschnitt der ehemaligen DDR-Gebietes bei Maßnahmen, die bis 30.6.91 bewilligt werden

** Durchschnitt der ehemaligen DDR-Gebietes, bei Maßnahmen, die bis 31.12.91

§ 92

[Träger der Maßnahme]

(1) Träger ist, wer die Maßnahme für eigene Rechnung ausführt oder ausführen läßt.

(2)¹⁾ Träger können sein

1. juristische Personen des öffentlichen Rechts,
2. Unternehmen oder Einrichtungen des privaten Rechts, die gemeinnützige Zwecke verfolgen,
3. sonstige Unternehmen oder Einrichtungen des privaten Rechts, wenn zu erwarten ist, daß die Förderung den Arbeitsmarkt in wirtschafts- oder sozialpolitisch erwünschter Weise belebt.

¹⁾ geändert durch Gesetz vom 23. 7. 1979 (s. Anhang A 28)

§ 93

[Personenkreis – Rechtsbeziehungen zwischen Arbeitnehmer und Träger]

(1)¹⁾ Die Förderung wird nur für Arbeitnehmer gewährt, die vom Arbeitsamt zugewiesen sind. Es dürfen grundsätzlich nur Arbeitnehmer zugewiesen werden, die

1. für die Zeit unmittelbar vor der Zuweisung Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezogen haben oder Anspruch auf eine dieser Leistungen hatten oder die Voraussetzungen des § 46 Abs. 1 für einen Anspruch auf Unterhaltsgeld erfüllt haben und
2. innerhalb der letzten zwölf Monate vor der Zuweisung mindestens sechs Monate beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet waren.

bis 31.12.91 Den Tatbeständen des Satzes 2 Nr. 1 und 2 stehen der Bezug von staatlicher Unterstützung während der Zeit der Arbeitsvermittlung oder die Meldung beim Arbeitsamt zur Vermittlung einer anderen Tätigkeit vor Inkrafttreten dieses Gesetzes gleich.

Arbeitsnehmer, die nicht zugewiesen sind, dürfen nur in dem notwendigen Umfang beschäftigt werden.

(2)²⁾ Die Beziehungen zwischen den zugewiesenen Arbeitnehmern und dem Träger oder dem Unternehmer richten sich nach den Vorschriften des Arbeitsrechts. Das Arbeitsverhältnis kann ohne Einhaltung einer Frist gekündigt werden, wenn das Arbeitsamt den Arbeitnehmer abberuft; der Arbeitnehmer kann das Arbeitsverhältnis auch dann ohne Einhaltung einer Frist kündigen, wenn er eine andere Arbeit oder eine berufliche Ausbildungsstelle findet oder an einer Maßnahme zur beruflichen Bildung teilnehmen kann.

(3)³⁾ Das Arbeitsamt kann den zugewiesenen Arbeitnehmer abberufen, wenn es ihm einen Dauerarbeitsplatz oder eine berufliche Ausbildungsstelle vermitteln oder ihm die Teilnahme an einer Maßnahme zur beruflichen Bildung ermöglichen kann.

¹⁾ neugefaßt durch Gesetz vom 22. 12. 1981 (s. Anhang A 34)

²⁾ geändert durch Gesetz vom 26. 4. 1985 (s. Anhang A 43)

³⁾ geändert durch Gesetz vom 23. 7. 1979 (s. Anhang A 28)

§ 94¹⁾

[Höhe des Zuschusses]

(1) Der Zuschuß soll mindestens fünfzig vom Hundert des tariflichen oder, soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, des für vergleichbare Beschäftigung ortsüblichen Arbeitsentgelts betragen; er darf fünfundsechzig vom Hundert des Arbeitsentgelts nicht übersteigen.

(2) Bei Maßnahmen, die in Arbeitsamtsbezirken, deren Arbeitslosenquote im Durchschnitt der letzten sechs Monate vor der Bewilligung der Förderung mindestens dreißig vom Hundert über dem Bundesdurchschnitt gelegen hat, durchgeführt werden und in denen überwiegend Arbeitnehmer beschäftigt werden, deren Unterbringung unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes erschwert ist, darf der Zuschuß neunzig vom Hundert nicht übersteigen.

(3) In Arbeitsamtsbezirken im Sinne des Absatzes 2 darf für Arbeitnehmer, deren Zuweisung in eine Maßnahme aus arbeitsmarkt- oder sozialpolitischen Gründen in besonderer Weise geboten ist, der Zuschuß bis zu einhundert vom Hundert betragen, wenn der Träger finanziell außerstande ist, einen Teil des Arbeitsentgelts der zugewiesenen Arbeitnehmer zu übernehmen. Zuschüsse nach Satz 1 dürfen für höchstens fünfzehn vom Hundert aller in einem Kalenderjahr zugewiesenen Arbeitnehmer bewilligt werden.

(4) Der Zuschuß wird nur für die von den zugewiesenen Arbeitnehmern innerhalb der Arbeitszeit des § 69 geleisteten Arbeitsstunden gezahlt.

¹⁾ neu gefaßt durch Gesetz vom 20. 12. 1988 (s. Anhang A 65)

* Durchschnitt der ehemaligen DDR-Gebietes bei Maßnahmen, die bis 30.6.91 bewilligt werden

** auf dem ehemaligen DDR-Gebiet 15% für Maßnahmen, die bis 30.6.91 bewilligt werden

§ 95

[Antragstellung und Verfahren]

(1)¹⁾ Die Förderung ist von dem Träger vor Beginn der Maßnahme bei dem Arbeitsamt zu beantragen, in dessen Bezirk die Maßnahme durchgeführt werden soll. § 49 Abs. 3 gilt entsprechend.

(2)²⁾ gestrichen

(3)³⁾ Die Bundesanstalt bestimmt unter Berücksichtigung des Zweckes der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung sowie der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes durch Anordnung⁴⁾ das Nähere über die Förderung aus Mitteln der Bundesanstalt, insbesondere über die Höhe des Zuschusses und die Bedingungen des Darlehens, über die Gewährung und die Höhe von Zinszuschüssen⁵⁾, über die Abberufung von zugewiesenen Arbeitnehmern, über die Förderungsfrist sowie über das Verfahren. Dabei soll sie für schwer vermittelbare Arbeitslose Ausnahmen von den Vorschriften des § 91 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 4 zulassen, wenn dies nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zweckmäßig erscheint. § 82 Abs. 1 Satz 2⁶⁾ gilt sinngemäß.

¹⁾ geändert durch Gesetz vom 23. 7. 1979 (s. Anhang A 28)

²⁾ gestrichen durch Gesetz vom 23. 7. 1979 (s. Anhang A 28)

³⁾ neugefaßt durch Gesetz vom 22. 12. 1981 (s. Anhang A 34)

⁴⁾ s. Anhang C 22

⁵⁾ geändert durch Gesetz vom 14. 12. 1987 (s. Anhang A 61)

§ 96¹⁾

[Verstärkte Förderung]

(1) Die Bundesanstalt kann zur Sicherstellung der Restfinanzierung von Maßnahmen, die nach §§ 91 bis 95 gefördert werden, weitere Beträge für die Gewährung von Darlehen und Zuschüssen bereitstellen (verstärkte Förderung). Aus diesen Mitteln sollen Zuschüsse vor allem für Arbeiten gewährt werden, durch die in angemessenem Umfang Dauerarbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden. Vorzugsweise sollen Arbeiten gefördert werden, die der Vorbereitung oder Ergänzung anderer wirtschaftsfördernder Maßnahmen, insbesondere der Anpassung an wirtschaftliche Strukturveränderungen oder dem wirtschaftlichen Fortschritt dienen.

(2) Darlehen und Zuschüssen nach Absatz 1 dürfen nur bewilligt werden, wenn auch das Land, dem die Arbeit zugute kommt, Darlehen oder Zuschüsse in angemessener Höhe und zu nicht weniger günstigen Bedingungen gewährt. Der Präsident der Bundesanstalt kann auf Antrag des Landes die Landesmittel zuteilen und verwalten.

(3) Die Bundesanstalt kann zur Durchführung der verstärkten Förderung durch Anordnung das Nähere über Voraussetzung, Art, Umfang und Überwachung der Förderung bestimmen.

¹⁾ neugefaßt durch Gesetz vom 14. 12. 1987 (s. Anhang A 61)

**Anordnung
über die Förderung von Allgemeinen Maßnahmen
zur Arbeitsbeschaffung aus Mitteln der Arbeitsverwaltung
(ABM-Anordnung)**

vom 1. Juli 1990

§ 1

Zielsetzung

(1) Die Bundesanstalt für Arbeit fördert Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (Maßnahmen) mit dem Ziel, im Rahmen der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung

1. Arbeitslosigkeit abzubauen,
2. eine dauerhafte und qualifikationsgerechte Wiedereingliederung arbeitsloser Arbeitnehmer zu erreichen,
3. Impulse zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur und zu sonstigen Strukturverbesserungen zu geben, um auch dadurch zusätzliche Dauerarbeitsplätze zu schaffen.

(2) Bei der Planung und Förderung von Maßnahmen sind die erhöhte Arbeitslosigkeit bestimmter Personengruppen und die regionalen und überregionalen Unterschiede des Arbeitsmarktes unabhängig von den Grenzen der Arbeitsamtsbezirke besonders zu beachten.

§ 1a

Träger

(1) Träger ist, wer Arbeiten im Sinne des § 91 Abs. 2 AFG für eigene Rechnung ausführt (Regierarbeiten) oder ausführen läßt (Vergabearbeiten).

(2) Träger können sein

1. juristische Personen des öffentlichen Rechts, wenn

a) Arbeiten in Arbeitsamtsbezirken durchgeführt werden, deren Arbeitslosenquote im Durchschnitt der letzten sechs Monate vor der Bewilligung der Förderung 30 vom Hundert über dem Durchschnitt der Deutschen Demokratischen Republik liegt und die Arbeiten geeignet sind

– strukturverbessernde Maßnahmen vorzubereiten, zu ermöglichen oder zu ergänzen oder

– die soziale Infrastruktur zu verbessern oder der Erhaltung oder Verbesserung der Umwelt dienen,

oder

b) Arbeiten durchgeführt werden, die überwiegend der Beschäftigung von in § 2 Abs. 3 genannten Personengruppen dienen,

oder

c) die Förderung bis zum 30. Juni 1991 bewilligt wird;

2. Unternehmen oder Einrichtungen des privaten Rechts, die gemeinnützige Zwecke verfolgen;

3. sonstige Unternehmen oder Einrichtungen, wenn sie Maßnahmen nach § 5 Abs. 1 Satz 3 oder Abs. 2 durchführen.

(3) Träger können nur dann gefördert werden, wenn eine ordnungsgemäße und erfolgreiche Durchführung der Maßnahme gewährleistet ist.

§ 2

Personenkreis

(1) Grundsätzlich dürfen nur Arbeitnehmer zugewiesen werden, die

1. für die Zeit unmittelbar vor der Zuweisung Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezogen haben oder Anspruch auf eine dieser Leistungen hatten oder die Voraussetzungen des § 45 Abs. 1 AFG für einen Anspruch auf Unterhaltsgeld erfüllt haben und

2. innerhalb der letzten zwölf Monate vor der Zuweisung mindestens sechs Monate beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet waren.

Dem Tatbestand des Satzes 1 Nr. 1 steht der Bezug von staatlicher Unterstützung während der Zeit der Arbeitsvermittlung vor Inkrafttreten des Arbeitsförderungsgesetzes gleich. Dem Tatbestand des Satzes 1 Nr. 2 steht die Meldung beim Arbeitsamt zur Vermittlung einer anderen Tätigkeit vor Inkrafttreten des Arbeitsförderungsgesetzes gleich. Von den Voraussetzungen der Sätze 1 und 2 ist ausnahmsweise ganz oder teilweise abzusehen, sofern dies aus arbeitsmarkt- oder sozialpolitischen Gründen in besonderer Weise geboten ist. Das gilt insbesondere für Arbeitnehmer, die vor dem 1. 1. 1991 zugewiesen werden, sowie für Arbeitnehmer, die zu einem der in Absatz 3 Nr. 1 bis 5 genannten Personenkreise gehören.

(2) Schwer vermittelbare Arbeitslose sollen bevorzugt zugewiesen werden. Besonders Vorrang haben Arbeitslose, die aus mehreren Gründen schwer vermittelbar sind.

(3) Schwer vermittelbar sind insbesondere Arbeitslose, die

1. schwerbehindert sind,

2. mindestens fünfzig Jahre alt sind,

3. unter fünfundsiebenzig Jahre alt sind, keinen beruflichen Abschluß haben, innerhalb der letzten sechs Monate mindestens drei Monate arbeitslos gemeldet waren und in absehbarer Zeit weder in eine berufliche Ausbildungs- oder Arbeitsstelle vermittelt werden noch an einer beruflichen Bildungsmaßnahme teilnehmen können; von dem Erfordernis der dreimonatigen Mindestarbeitslosigkeit kann im begründeten Einzelfall abgewichen werden, insbesondere bei Zuweisung in Maßnahmen Arbeiten und Lernen,

4. ein Jahr oder länger arbeitslos gemeldet sind oder

5. der Direktor eines Arbeitsamtes mit Zustimmung des Beirates aus anderen Personengruppen unter Berücksichtigung der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes im jeweiligen Geschäftsbereich für längstens zwölf Monate als schwer vermittelbar bestimmt hat. Dabei sollen mehrere Merkmale zusammenkommen.

(4) Arbeitnehmer, die voraussichtlich nur noch kurzfristig arbeitslos sein werden, sollen in der Regel nicht zugewiesen werden.

(5) Bei der Auswahl der Arbeitslosen für Maßnahmen ist der Vorrang der Vermittlung in berufliche Ausbildungsstellen oder Arbeit sowie der Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung zu beachten.

§ 3

Zuweisung

(1) Arbeitslose Arbeitnehmer dürfen nur in Maßnahmen zugewiesen werden mit Beschäftigungen, die den tariflichen oder, soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, den gesetzlichen oder ortsüblichen Bedingungen vergleichbarer nichtgeförderter Beschäftigungen entsprechen.

(2) Es ist anzustreben, die arbeitslosen Arbeitnehmer in Maßnahmen zuzuweisen, in denen ihre beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten erhalten oder erweitert werden.

(3) Die Dauer der Zuweisung richtet sich unter Berücksichtigung der Art der Arbeiten insbesondere nach den persönlichen Verhältnissen der Arbeitslosen sowie den arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen.

(4) Das Arbeitsamt soll Arbeitslose in der Regel bis zu einem Jahr zuweisen. Die Zuweisung kann bis zu zwei Jahren erfolgen oder bis zu dieser Dauer verlängert werden, wenn dies aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Gründen zweckmäßig ist. Dies gilt insbesondere bei älteren Arbeitnehmern ab 50 Jahre oder wenn die Übernahme in ein Dauerarbeitsverhältnis zu erwarten ist. Die Zuweisungsdauer nach Satz 2 kann in Ausnahmefällen, insbesondere bei Maßnahmen im Bereich der sozialen Dienste, verlängert werden, wenn die anschließende Übernahme in ein Dauerarbeitsverhältnis gesichert ist. Die Zuweisung darf insgesamt drei Jahre nicht überschrei-

- (1) Die Bestimmungen, den zugewiesenen Arbeitnehmer in Dauerarbeit zu vermitteln, sind auch während der Zuweisung fortzusetzen. Dazu ist dieser in angemessenen Zeitabständen zur Arbeitsüberprüfung einzuladen.
- (2) Will das Arbeitsamt einen zugewiesenen Arbeitnehmer abberufen (§ 53 Abs. 3 AFG), sind dem Arbeitnehmer, dem Träger der Maßnahme und dem beauftragten Unternehmen die Abberufung und der Zeitpunkt, zu dem sie wirksam werden soll, unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Die Zuweisung endet mit diesem Zeitpunkt, auch wenn das Arbeitsamt nicht gemäß § 53 Abs. 2 AFG gekündigt worden ist. Bei der Entsendung über eine Abberufung ist zu berücksichtigen, ob die Übernahme des Arbeitnehmers in ein Dauerarbeitsverhältnis bei dem Träger oder dem Unternehmen gesichert ist.

Arbeitsmarktlücke Zweckmäßigkeit

§ 5

- (1) Die Maßnahmen sind so zu planen und durchzuführen, daß die Beschäftigungsmöglichkeiten entsprechend den Problemachwerpunkten der regionalen und beruflichen Teilarbeitsmärkte geschaffen. Sie sollen die wirtschaftsplanerischen und strukturellen Teilarbeitsmärkte berücksichtigen. Sie sollen die wirtschaftsplanerischen und strukturellen Teilarbeitsmärkte berücksichtigen. Sie sollen die wirtschaftsplanerischen und strukturellen Teilarbeitsmärkte berücksichtigen.
- (2) Vorrangig zu fördern sind Arbeitsstellen, durch die berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten erworben werden können, die zur beruflichen Eingliederung in den Arbeitsmarkt beitragen. Die Maßnahmen sollen die berufliche Eingliederung in den Arbeitsmarkt fördern.
- (3) Die Maßnahmen sollen die berufliche Eingliederung in den Arbeitsmarkt fördern. Die Maßnahmen sollen die berufliche Eingliederung in den Arbeitsmarkt fördern.

Zusätzliche Arbeiten

§ 6

- (1) Zusätzlich sind Arbeiten, die ohne Förderung nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden, zu fördern.
- (2) Zu den Arbeiten, die gefördert werden dürfen, gehören nur Arbeiten, die
 1. nicht aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung durchgeführt werden müssen oder die
 2. nicht üblicherweise von juristischen Personen des öffentlichen Rechts durchgeführt werden.
- (3) Arbeiten, zu deren Durchführung eine rechtliche Verpflichtung besteht, können gefördert werden, wenn sie ohne Förderung zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden. Dies ist der Fall, wenn sie ohne Förderung zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden.

- Gleiches gilt für Arbeiten, die üblicherweise von juristischen Personen des öffentlichen Rechts in Arbeitsstellen durchzuführen sind, deren Arbeitsmarktlücke im Durchschnitt der letzten sechs Monate vor Bewilligung der Förderung mindestens dreifach vom Handel über dem Durchschnitt der Deutschen Demokratischen Republik gelegen hat. Dabei muß es sich um Arbeiten handeln, die strukturellen Arbeitsstellen vorbereiten, ermöglichen oder ergänzen, die soziale Infrastruktur verbessern oder der Verbesserung der Umwelt dienen.
- Arbeiten, die ohne Verzug oder innerhalb einer bestimmten Frist durchzuführen sind oder üblicherweise von juristischen Personen des öffentlichen Rechts ohne Verzug durchzuführen werden, können nicht gefördert werden. Hierzu gehören auch laufende Instandsetzungs-, Unterhaltungs- und Verwertungsbauarbeiten oder sonstige Arbeiten, die von der Sache her unauflösbar oder nach allgemeinen Rechts- und Verwertungsgrundsätzen für eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung unerlässlich sind.
- (2a) Die Beschäftigung auf bestimmten Arbeitsstellen (Absatz 3 Satz 3) und auf bestimmten Arbeitsstellen (Absatz 3 Satz 4) gilt nicht für Maßnahmen, deren Förderung vor dem 30. Juni 1991 bewilligt wird.
- (4) Durch die Förderung der Maßnahmen darf die Einrichtung und Wiederherstellung von Dauerarbeitsstellen nicht verhindert werden.

Öffentliches Interesse

§ 7

Die Arbeiten liegen, unbeschadet der Rechtsnatur des Trägers, im öffentlichen Interesse (§ 91 Abs. 2 Satz 1 AFG), wenn das Ergebnis der Maßnahmen der Allgemeinheit unmittelbar oder mittelbar dient und der Nutzen des Maßnahmenergriffnisses für die Allgemeinheit offensichtlich gegeben ist.

Sonstige Förderungs Voraussetzungen

§ 8

- (1) Der Träger hat die Finanzierung der Maßnahmen sicherzustellen.
- (2) Eine Förderung darf nur insoweit gewährt werden, als eine Verpflichtung Dritter, dem Träger der Maßnahme Zuzuschüsse, Darlehen oder Zinszuschüsse für die gleichen Zwecke zu gewähren, nicht besteht, oder der Dritte außerstande ist, solche Leistungen zu gewähren. Satz 1 gilt entsprechend, wenn ein Dritter dem Träger Leistungen gewährt, ohne dazu verpflichtet zu sein.
- (3) Leistungen nach den §§ 97 und 98 AFG sowie solche, die nach anderen Anordnungen Vorrang haben sollen, schließen Leistungen nach den §§ 91 bis 95 AFG aus.
- (4) Mit der Durchführung der Arbeiten soll der Träger grundsätzlich ein Wirtschaftsunternehmen beauftragen.
- (5) Der Träger kann die Arbeiten selbst durchführen (Regelarbeit), wenn das nach der Art der Arbeiten oder unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der zuzuwiesenden Arbeitnehmer zweckmäßig ist oder wenn der Träger bei Vergabe der Arbeiten außerordentliche Vorteile, die Maßnahmen durchzuführen.

Förderungsdauer/ Maßnahmenbeginn

§ 9

- (1) Für die Förderung einer Maßnahme sind eine Förderungsdauer und der voraussichtliche Beginn festzusetzen. Dabei sind Art und Umfang der Maßnahmen, der zuzuwiesende Personenkreis sowie Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zu berücksichtigen.
- (2) Die Förderungsdauer soll in der Regel ein Jahr nicht überschreiten. Sie kann bis zu zwei Jahren festgesetzt oder bis zu dieser Dauer verlängert werden, wenn dies aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Gründen zweckmäßig ist. Insbesondere wenn hierdurch die Schaffung zusätzlicher Dauerarbeitsplätze zu erwarten ist. Die Förderungsdauer nach Satz 2 kann in Ausnahmefällen, insbesondere bei Maßnahmen im Bereich der sozialen Dienste, verlängert werden, wenn hierdurch zusätzliche Dauerarbeitsplätze geschaffen werden. Die Förderungsdauer darf insgesamt drei Jahre nicht überschreiten.
- (3) Arbeiten, die auf eine längere Dauer mit dem Ziel der Beschäftigungswachstum, schwerer Unternehmungen oder sonstiger Maßnahmen angelegt sind, können auch ohne zeitliche Unterbrechung mehrmals hintereinander gefördert werden. Dies gilt insbesondere, wenn die Maßnahmen die soziale Infrastruktur verbessern oder ausbauen, bestehend eine berufliche Qualifizierung oder sozialpädagogische Betreuung vornehmen.

§ 10

Zuschuß

- (1) Der Zuschuß (§ 94 AFG) soll entsprechend dem Eigeninteresse des Trägers an der Durchführung der Maßnahmen und seiner Eigenleistungsfähigkeit sowie der arbeitsmarktlücken Bedeutung der Maßnahmen, insbesondere nach dem Anteil zu bestrittenden schwer vermittelbaren Arbeitslosen (§ 2 Abs. 2), in Höhe von fünfzig vom Hundert bis zu Hundert vom Hundert des Arbeitsmarktlücken Bemaßes werden.

(2) Bei Maßnahmen in Arbeitsamtsbezirken, deren Arbeitslosenquote im Durchschnitt der letzten sechs Monate vor der Bewilligung der Förderung mindestens dreifach vom Hundert über dem Durchschnitt der Deutschen Demokratischen Republik gelegen hat, kann der Förderungssatz,

1. wenn überwiegend Arbeitnehmer aus den in § 2 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 bestimmten Personengruppen beschäftigt werden, bis zu neunzig vom Hundert,
2. für Arbeitnehmer, deren Zuweisung in eine Maßnahme aus arbeitsmarkt- oder sozialpolitischer Gründen in besonderer Weise geboten ist, und der Träger finanziell außerstande ist, einen Teil des Arbeitsentgelts zu übernehmen, bis zu hundert vom Hundert.

des Arbeitsentgelts betragen.

Zuschüsse nach Nr. 2 dürfen für höchstens fünfzehn vom Hundert aller in einem Kalenderjahr zugewiesenen Arbeitnehmer bewilligt werden. Dabei soll die Förderung nach Nr. 2 die Arbeitsamtsbezirke mit einer deutlich über dreifach vom Hundert über dem Durchschnitt der Deutschen Demokratischen Republik liegenden Arbeitslosenquote besonders berücksichtigen.

(2a) Bei Maßnahmen von besonderer arbeitsmarkt- oder sozialpolitischer Bedeutung, deren Förderung vor dem 30. Juni 1991 bewilligt wird, kann abweichend von § 94 AFG in Verbindung mit § 10 Abs. 1 und 2 dieser Anordnung der Zuschuß bis zu neunzig vom Hundert des Arbeitsentgelts betragen. Ausnahmeweise kann der Zuschuß bis zu hundert vom Hundert betragen, wenn die Maßnahme andererseits nicht durchgeführt werden könnte.

(3) Bei Maßnahmen, deren Kosten ganz oder zum Teil auf Dritte umgelegt werden können oder die zu Einnahmen führen, soll der Zuschuß fünfzig vom Hundert des Arbeitsentgelts nicht übersteigen.

§ 11

Darlehen und Zinszuschüsse

(1) Ein Darlehen kann neben dem Zuschuß gewährt werden, wenn die Maßnahme mit dem Zuschuß allein nicht oder nicht in dem arbeitsmarktpolitisch erwünschten Umfang durchgeführt werden kann und an der Förderung wegen der Art der zuzuweisenden Arbeitslosen ein besonderes arbeitsmarkt- oder sozialpolitisches Interesse besteht.

(2) Die Gewährung eines Darlehens setzt eine angemessene Eigenleistung des Trägers voraus. Das Eigeninteresse des Trägers an der Durchführung der Maßnahme ist dabei zu berücksichtigen. Bei Maßnahmen von besonderer arbeitsmarkt- oder sozialpolitischer Bedeutung, deren Förderung vor dem 30. Juni 1991 bewilligt wird, kann auf eine angemessene Eigenleistung des Trägers verzichtet werden.

(3) Das Darlehen darf den Zuschuß nur bis zu achtzig vom Hundert der Gesamtkosten der Maßnahme ergänzen. Es soll die einfache und darf die doppelte Höhe des Zuschusses nicht übersteigen.

(4) Liegen die Voraussetzungen für die Gewährung eines Darlehens vor, soll an seiner Stelle vorrangig ein kapitalisierter Zinszuschuß bewilligt werden. Soweit die Voraussetzungen für ein Darlehen bis zu einem Betrag von 100 000 DM vorliegen, ist ein Zinszuschuß zu gewähren. Der Zinszuschuß ist aufgrund eines Zinssatzes von jährlich vier vom Hundert, einer Laufzeit von 10 Jahren und des auf volle 100 DM nach unten gerundeten nicht ausbezahlten Darlehensbetrages zu berechnen. Werden Arbeiten an ein Wirtschaftsunternehmen vergeben, ist der Berechnung des Zinszuschusses ein Zinssatz von fünf vom Hundert zugrunde zu legen.

§ 12

Darlehensbedingungen

(1) Das Darlehen ist jährlich mit vier vom Hundert zu verzinsen. Bei Maßnahmen von besonderer arbeitsmarkt- oder sozialpolitischer Bedeutung kann eine geringere Verzinsung eingeräumt oder das Darlehen zinslos gewährt werden. Das Darlehen ist mit vier vom Hundert unter Zuwachs der ersparten Zinsen zu tilgen. Es können bis zu zwei tilgungsfreie Jahre eingeräumt werden.

(2) Ist der Träger der Maßnahme keine juristische Person des öffentlichen Rechts, ist das Darlehen durch selbstschuldnerische Bürgschaft einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder eines Kreditinstituts zu sichern. Eine dingliche Sicherung ist nur in Ausnahmefällen zuzulassen.

(3) Die Tilgung beginnt am Ersten des Monats, der auf den Tag der Auszahlung der letzten Darlehensrate folgt. Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

(4) Die erste Rate der Zins- und Tilgungsbeträge ist sechs Monate nach Beginn der Tilgungsfrist, die weiteren Raten sind jeweils halbjährlich fällig; Absatz 5 bleibt hiervon unberührt.

(5) Die Zinsen für die Zeit von der Auszahlung des Darlehens bis zum Beginn der Tilgungsfrist (Zwischenzinsen) – im Falle der Vorschaltung von Freijahren bis zu deren Beginn – sind innerhalb eines Monats nach Beginn der Tilgungsfrist bzw. im Falle der Vorschaltung von Freijahren innerhalb eines Monats nach deren Beginn fällig.

(6) Nicht gestundete Tilgungsbeträge sind in Höhe von drei vom Hundert über dem Diskontsatz der Deutschen Bundesbank zu verzinsen. Für nicht gestundete Zinsbeträge ist der Arbeitsverwaltung ein Verzugschaden in gleicher Höhe zu ersetzen.

§ 13

Antragstellung

(1) Der Antrag auf Förderung einer Maßnahme ist schriftlich bei dem Arbeitsamt zu stellen, in dessen Bezirk die Maßnahme durchgeführt werden soll. Umfangreiche Arbeiten sind in zeitlich und räumlich übersehbare Abschnitte zu unterteilen. Auf Verlangen des Arbeitsamtes ist eine Stellungnahme des Personal-/Betriebsrates zu den Angaben im Antrag vorzulegen. Eine solche Stellungnahme ist zu verlangen, wenn die Förderungsdauer auf mehr als ein Jahr festgesetzt oder über diesen Zeitraum hinaus verlängert werden soll.

(2) Bei Maßnahmen, für die nur ein Zuschuß beantragt wird, sind auf Verlangen des Arbeitsamtes die voraussichtlichen Kosten und deren Finanzierung nachzuweisen.

(3) Bei Maßnahmen, für die ein Darlehen oder ein Zinszuschuß beantragt wird, sind die voraussichtlichen Gesamtkosten und deren Finanzierung nachzuweisen. Dies gilt auch, wenn der Träger Leistungen Dritter (§ 8 Abs. 2) erhält oder beanspruchen kann.

§ 14

Entscheidung über den Antrag

(1) Über einen Antrag auf Förderung entscheidet der Direktor des Arbeitsamtes nach Anhörung des Beirates.

(2) Für die Entscheidung über einen Antrag auf Förderung bedarf es der Zustimmung des Leiters der Zentralen Arbeitsverwaltung, wenn eine Gesamtförderung aus Mitteln der Arbeitsverwaltung von mehr als 300 000 Deutsche Mark oder ein die einfache Höhe des Zuschusses übersteigendes Darlehen (§ 11 Abs. 3 Satz 2), sofern es 80 000 Deutsche Mark nicht überschreitet, gewährt werden soll.

(3) Der Leiter der Zentralen Arbeitsverwaltung hat vor seiner Zustimmung nach Absatz 2 seinen Beirat anzuhören.

(4) gegenstandslos

(5) Die Entscheidung über den Antrag ergeht durch schriftlichen Bescheid.

(6) Mit dem Anerkennungsbescheid ist der Träger zu verpflichten, dem Arbeitsamt unverzüglich anzuzeigen, wenn

- a) die zugewiesenen Arbeitnehmer vorübergehend gegen im Betrieb beschäftigte Stammkräfte auf andere als die durch die Maßnahme geschaffenen Arbeitsplätze ausgetauscht werden müssen,
- b) die Maßnahme nicht in dem angegebenen Umfang durchgeführt oder über den angegebenen Umfang hinaus erweitert werden soll,
- c) über die Angaben im Antrag hinaus Leistungen Dritter zuerkannt oder erhöht wurden.

(7) Der Anerkennungsbescheid kann weitere Auflagen und Bedingungen enthalten.

(8) Für bestimmte Arbeiten kann für einen festzulegenden Geltungsbereich festgestellt werden, daß die Voraussetzungen der Zusätzlichkeit und des öffentlichen Interesses gegeben sind.

Auszahlung und Abrechnung der Zuschüsse

- (1) Die Zuschüsse zum Arbeitsentgelt werden in der Regel monatlich nachträglich nach Vorlage eines Nachweises über gezahltes oder zu zahlendes Arbeitsentgelt ausgezahlt. Vor Prüfung beim Träger/Unternehmen können diese Zahlungen nur geleistet werden, wenn der Träger sich verpflichtet, etwa hierdurch zu Unrecht gewährte Beträge zu erstatten.
- (2) Die mit Anerkennungsbescheid bewilligte Förderung kann auch anteilig ab Beginn der Förderung mit Entstehen der Zahlungsverpflichtung des Trägers monatlich gleichbleibend bis zwei Monate vor deren Ablauf ausgezahlt werden. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend. Soweit es zum Anlaufen einer Maßnahme erforderlich ist, kann eine Teilzahlung geleistet werden. Sie darf ein Drittel der mit Anerkennungsbescheid bewilligten Förderung nicht übersteigen.
- (3) Nach Abschluß der Maßnahme hat der Träger innerhalb von 6 Monaten nach Beendigung der Maßnahme eine Gesamtabrechnung vorzulegen. Ein nach Fristablauf eingehender Antrag kann als rechtzeitig gestellt anerkannt werden, wenn die Anspruchsvoraussetzungen noch zweifelsfrei festgestellt werden können.
- (4) Mit der Gesamtabrechnung hat der Träger das maßgebliche Arbeitsentgelt, die Leistungen Dritter und auf Verlangen des Arbeitsamtes die Gesamtkosten der Maßnahme nachzuweisen.
- (5) Erhält der Träger nach Erteilung des Anerkennungsbescheides zusätzlich Leistungen Dritter, so sind diese zu zwei Dritteln auf den Zuschuß anzurechnen; sie sind darüber hinaus anzurechnen, soweit der Zuschuß und die Leistungen Dritter sonst die Gesamtkosten der Maßnahme überschreiten würden. Dies gilt nicht, wenn eine entsprechende Erhöhung der Gesamtkosten der Maßnahme eingetreten ist.
- (6) Der Träger hat über die Einhaltung seiner Verpflichtungen, die sich gegenüber der Arbeitsverwaltung aus dem Arbeitsförderungs-gesetz, dieser Anordnung, dem Anerkennungsbescheid und etwaigen vertraglichen Verpflichtungen ergeben, Rechnung abzulegen. Auf Verlangen des Arbeitsamtes hat der Träger eine Stellungnahme seines Personal-/Betriebsrates vorzulegen. Eine solche Stellungnahme hat das Arbeitsamt zu verlangen, wenn die Förderungsdauer auf mehr als ein Jahr festgesetzt oder über diesen Zeitraum hinaus verlängert wurde.
- (7) Der Träger hat die Maßnahmebelege mindestens 10 Jahre nach Ablauf der Förderungsdauer für Prüfungszwecke aufzubewahren.

Arbeitsentgelt

- (1) Als förderungsfähiges Arbeitsentgelt im Sinne des § 94 AFG gelten auch Leistungen, die an die zugewiesenen Arbeitnehmer (§ 93 Abs. 1 AFG) aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder tarifvertraglicher Vereinbarungen für Zeiten gezahlt worden sind, in denen diese Arbeitnehmer eine Arbeitsleistung nicht erbracht haben. Satz 1 gilt nicht, soweit diese Leistungen dem Arbeitgeber aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder tarifvertraglicher Vereinbarungen im Rahmen eines Ausgleichssystems erstattet werden.
- (2) Die Summe des Arbeitsentgelts ist zur pauschalen Abgeltung
- a) der Beitragsanteile zur Sozialversicherung und der Beiträge zur Arbeitsverwaltung, die der Arbeitgeber für die zugewiesenen Arbeitnehmer aufzubringen hat,
 - b) der Umlage nach § 83 Abs. 1 des Gesetzes über die Sozialversicherung und
 - c) der Beiträge, die der Arbeitgeber im Rahmen eines Ausgleichssystems für die Zahlung von Urlaubsentgelt zu leisten hat,
- jeweils um einen bestimmten Vomhundertsatz zu erhöhen. Bei der Berechnung der Vomhundertsätze hat die Zentrale Arbeitsverwaltung für alle Beiträge und Umlagen jeweils für die Zeit vom 1. Juli bis zum 30. Juni des Folgejahres die im Monat Juli geltenden Beitragsätze heranzuziehen. Die berechneten Vomhundertsätze sind bekanntzugeben.

Sonderbestimmungen zur Auszahlung und Abrechnung des Darlehens

- (1) Das Darlehen wird nach Abschluß der Maßnahme fällig, wenn vom Träger die in § 15 geforderten Voraussetzungen nachgewiesen wurden.
- (2) Bis zur Fälligkeit des Darlehens können auf die nachgewiesenen Kosten Abschläge geleistet werden. Die Zahlung darf neunzig vom Hundert des anerkannten Darlehensbetrages nicht überschreiten.
- (3) Erhält der Träger nach Erteilung des Anerkennungsbescheides zusätzlich Leistungen Dritter, so ist zunächst das Darlehen um diese Leistungen zu kürzen. Dies gilt nicht, wenn eine entsprechende Erhöhung der Gesamtkosten der Maßnahme eingetreten ist. Übersteigen die Leistungen Dritter den Darlehensbetrag, gilt § 15 Abs. 5.
- (4) Verringern sich die Gesamtkosten der Maßnahme, ist das Darlehen und ggf. der Zuschuß anteilig zu kürzen. Erhöhen sich die Gesamtkosten, kann grundsätzlich kein höheres Darlehen gewährt werden.
- (5) Wurde aus Gründen, die weder vom Träger noch vom Unternehmen zu vertreten sind, das im Anerkennungsbescheid genannte förderungsfähige Arbeitsentgelt nicht erreicht, kann anstelle des ausgefallenen Zuschusses auf Antrag des Trägers ein Darlehen gewährt werden. Werden die Arbeiten mit Darlehen gefördert, kann dieses beim Vorliegen der in Satz 1 genannten Voraussetzungen abweichend von § 11 Abs. 3 Satz 2 in der sich aus dem Anerkennungsbescheid ergebenden Höhe ausgezahlt werden, wenn die Maßnahme in dem beantragten Umfang durchgeführt wurde.
- (6) Vor Auszahlung des kapitalisierten Zinszuschusses hat der Träger die Gewährung eines entsprechenden Darlehens grundsätzlich durch ein Kreditinstitut nachzuweisen.
- (7) Der Träger hat die Maßnahmebelege bis zum Ablauf von drei Jahren nach Tilgung des Darlehens aufzubewahren.

Aufhebung von Entscheidungen,
Erstattung von zu Unrecht gewährten Förderungsleistungen

- (1) Die Entscheidung über die Förderung ist nach § 151 Abs. 1 AFG insbesondere aufzuheben, wenn für die bewilligte Maßnahme nachträglich Leistungen Dritter zuerkannt oder erhöht werden, die zu einer Verminderung der Förderung gemäß § 15 Abs. 5 bzw. § 17 Abs. 3 führen.
- (2) Hat der Träger die ihm durch Anerkennungsbescheid auferlegte oder auf sonstiger Rechtsvorschrift beruhende Anzeigepflicht auf einen Dritten übertragen, hat er für dessen Unterlassen wie für eigenes Verschulden einzustehen.
- (3) Das Arbeitsamt kann auf die Erstattung zu Unrecht gewährten Beträge verzichten, wenn und soweit die Förderung im Falle der unverzüglichen Anzeige gewährt worden wäre.

Inkrafttreten

Die Anordnung tritt am 1. Juli 1990 i. Kraft.

Die Direktorin

Rudower Chaussee 16 - 25
Berlin
1199

Was man als Träger zur Aufnahme von

DARLEHEN FÜR ARBEITSBESCHAFFUNGSMASSNAHMEN

wissen sollte

Bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit gewinnen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zunehmend an Bedeutung.

Hemmend wirken sich oft fehlende materielle Voraussetzungen aus.

Um Trägern die Sicherstellung von AB-Maßnahmen zu erleichtern, können **Darlehen** vom Arbeitsamt gewährt werden.

Darlehen können verwendet werden für Sachkosten (Ausrüstungen, Materialien, Arbeitsgegenstände).

Es ist vom Träger sicherzustellen, daß z. B. hochwertige Ausrüstungen und Geräte auch nach Abschluß der ABM für die Durchführung weiterer Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Ein Darlehen kann neben dem Zuschuß gewährt werden.

Das Darlehen soll die einfache und darf die doppelte Höhe des Zuschusses nicht übersteigen.

Die Darlehen sind zinsfrei, und es besteht die Möglichkeit der Einräumung von zwei tilgungsfreien Jahren.

Die Tilgungsrate des Darlehens beträgt 4 Prozent.

Ein Darlehen kann erst ausgezahlt werden, wenn dessen Sicherung nachgewiesen ist (Bürgschaftserklärung von Banken oder der Öffentlichen Hand).

Betriebe, die von der Treuhand verwaltet werden und Darlehen beantragen, benötigen für ABM die Bürgschaftserklärung der Treuhand.

Sollten sich Ihrerseits hierzu noch Fragen ergeben, wenden Sie sich bitte an Herrn Roloff, Tel. 63899 213, Zimmer 110.

Mit freundlichen Grüßen

(des Beitrittsgebietes)

Zusammenfassung der Überlegungen
zur Sozialsekretärsausbildung-Ost
während der Vertreterversammlung des KDA
09.05.1991 in Mülheim/Ruhr

1. Während der Vertreterversammlung wurde angeregt, über die Sozialsekretärsausbildung in den neuen Bundesländern zu sprechen, so daß sich eine Arbeitsgruppe während der Vertreterversammlung bildete, an der eine Teilnehmerin vom SWI und Teilnehmer aus dem Bereich des KDA, der einzelnen Landeskirchen, des AKA, der ASS, der Sozialakademie Friedewald und - zeitweise - Herr Generalsuperintendent Dr. Krusche, Berlin, teilnahmen.
2. Die Arbeitsgruppe trug noch einmal kurz Erfahrungen aus dem Durchgang Sozialsekretärsausbildung-West von 1987 bis 1989 zusammen. Im Blick auf zukünftige Kurse wurde vorgeschlagen, das Frauenthema stärker in die Ausbildung zu integrieren, möglichst akzeptable Zahlen für einen Kurs zu erreichen und die Landeskirchen zu bewegen, auf eigene Ausbildungsmodelle zu verzichten. Im Zusammenhang der Sozialsekretärsausbildung generell, was also auch für ein neues Modell für den Osten Bedeutung haben wird, wurde bemerkt, daß die Tatsache einer staatlichen Anerkennung durch das Bundesbildungsministerium von erheblichem Wert sein kann, gerade auch bezogen auf die arbeits- und sozialrechtliche Situation von Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Ein einheitliches Berufsbild und ein gleichmäßiger Ausbildungsgang für Sozialsekretärinnen und Sozialsekretäre wird gewünscht, wobei zu sehen ist, daß die persönlichen, schulischen und beruflichen Vorqualifikationen, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mitbringen, eine breite Auffächerung belegen.

Bei dem zu verfolgenden Ziel "staatliche Anerkennung durch den Bundesbildungsminister" ist zur Zeit die Tendenz herauszuhören, daß evangelische wie katholische Kirche dahin neigen, eine zweifache Prüfung vorzusehen, nämlich einen sogenannten weltlichen und einen religiösen Teil, der von unterschiedlichen Prüfungskommissionen abgenommen würde, aber zu einer

einheitlichen Prüfung und Anerkennung im staatlichen wie im kirchlichen Sektor führen könnte. Die Tatsache einer zu erwartenden Ausbildung von Teilnehmern aus der alten DDR könnte einen zusätzlichen Schub bedeuten, damit die EKD veranlaßt wird, die staatliche Anerkennung in diesem Sinne schnell zu betreiben.

3. Konzeption einer Sozialsekretärsausbildung-Ost

Ein Entwurf zu einer solchen Ausbildung ist im Oktober von der Ev. Sozialakademie Friedewald vorgelegt worden. Er unterscheidet sich darin von der Konzeption der Sozialsekretärsausbildung-West, daß zukünftige Sozialsekretärinnen und Sozialsekretäre aus der alten DDR veranlaßt werden sollen, beide Lebenswirklichkeiten und Situationen kennenzulernen und mit ihnen umzugehen: sie müssen einerseits aus der Kirche und der Arbeitswelt der alten DDR kommen und deren betriebliche und gesellschaftliche Hintergründe kennen, aber auch im Vorgriff auf ihre zukünftige Arbeit im Osten, Kenntnisse und Erfahrungen aus den betrieblichen, gesellschaftlichen und kirchlichen Bedingungen des Westens aufnehmen. Diese doppelten Bedingungen können sie dann in einer Erprobungsphase an ihrem zukünftigen Einsatzort einbringen, so daß sie sich selber damit stabilisieren und am Ort ihrer zukünftigen Wirksamkeit und innerhalb der Kirche einschließlich der Anstellungsträger Einsicht und Zustimmung vermitteln.

Die wirtschaftliche Seite der Ausbildung ist so gestaltet, daß die 3jährige Ausbildung über das Arbeitsförderungsgesetz finanziert wird.

Unter den Teilnehmern in der Arbeitsgruppe wird darauf hingewiesen, daß der finanzielle Rahmen dieser beruflichen Förderung bei den niedrigen Löhnen, die als Basis für die Bezahlung durch die Arbeitsverwaltung benutzt werden, zu schlecht sein könnte.

Die Anwesenden sind sich darüber im klaren, daß der wesentliche Einschnitt erst nach der 3jährigen Ausbildung anfällt, wo Anstellungsträger bereit sein müssen, neue Stellen für die so ausgebildeten Sozialsekretärinnen und Sozialsekretäre anzubieten.

Im Blick auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bedeutet dies, daß von ihnen hohe Motivation, Mut und Experimentierfreudigkeit erwartet werden. Zugleich ist deutlich, daß eine Ausbildung mit verschiedenen Ausbildungs-

orten und einer so langen Phase frauen- und familienfeindlich ist, weil während der Erziehungszeit Frauen vermutlich eine solche Ausbildung nicht absolvieren können. Dagegen müßten dezentrale Angebote gestellt werden, die aber wegen der geringen Teilnehmerzahl und des hohen finanziellen, organisatorischen und personellen Aufwandes nicht realistisch zu sein scheinen.

Es wird die Idee eingegeben, ein Fernstudium für den Beruf Sozialsekretärin/ Sozialsekretäre anzubieten, wobei man auf umfangreiche Erfahrungen im Bereich des Bundes der Ev. Kirchen in der alten DDR zurückgreifen könnte. Dazu wäre es erforderlich, eine intensive pädagogische Vorarbeit zu leisten und Mentoren für Studienzirkel am Ort anzubieten, dazu könnte der AKA mit seinen Mitgliedern zur Verfügung stehen. Eine Finanzierung dieses Projektes könnte aber nur über die EKD möglich sein.

4. Verabredungen

Von der Seite des AKA wird angeregt, schnell eine Konsultation herzustellen, bei der folgende Punkte verhandelt werden sollten:

1. Diskussion des Konzeptes Sozialsekretärsausbildung-Ost mit allen Mitgliedern der AKA, ggf. Korrekturen und Verbesserungsvorschläge für dieses Konzept, das von der Ev. Sozialakademie Friedewald im Oktober 1990 als Entwurf vorgelegt worden ist.
2. Gespräche mit den Kirchenleitungen in der alten DDR, damit die Kirchenleitungen über die persönlichen Kontakte der AKA für Idee und Realisierung einer Sozialsekretärsausbildung-Ost einschließlich der Stellenerrichtungen gewonnen werden.
3. Treffen mit Interessenten
Es wird vorgeschlagen und "beschlossen", daß die Initiatoren, die in Mülheim versammelt sind und weitere Vertreter von AKA, KDA und ASS, die sich mit der Sozialsekretärsausbildung-Ost beschäftigen und sie unterstützen, mit den potentiellen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die Sozialsekretär werden wollen, zusammentreffen.

Als Termin für eine solche Begegnung wird der Zeitpunkt Ende August/Anfang September 1991 vorgeschlagen; der Begegnungsort sollte in Thüringen sein, wobei Friederichsroda bei Gotha ins Spiel gebracht wird.

4. Der Termin für die Konsultation zwischen AKA, KDA, ASS und Friedewald soll der 3. und 4. Juni 1991 in Berlin sein. Ich werde mit der Federführung für die Einladung zu dieser Tagung betraut; die Liste der AKA-Mitglieder, die im November 1990 in Berlin für die Konsultation mit dem KDA geschrieben wurde, wird zur Einladung für die AKA-Mitglieder benutzt.

gez. Heienbrok

Einführung:

Ausbildung von Sozialsekretären im Gebiet der ehemaligen DDR

Erstmals seit 57 Jahren ist es der Ev. Kirche im Gebiet der früheren DDR möglich, eine freie gesellschaftliche Entfaltung zu suchen, speziell gerichtet auf den Bereich Arbeitswelt und Gesellschaft. Bis dahin war durch weltanschaulichen Monopolanspruch des Systems Faschismus wie durch gewaltsamen Staatssozialismus der Ev. Kirche eine entsprechende Praxis verwehrt.

Wie eigenständig die Ev. Kirchen vor 1933 eine solche Betätigung in Arbeitswelt und Gesellschaft gewollt haben im konzeptionellen Sinne und wie eine solche Betätigung tatsächlich ausgerichtet war - ihre Bindungen an das Staatskirchenregiment und entsprechende Nachwehen dieser Phase eingerechnet, mag dahingestellt bleiben.

Aus der Beobachtung dieses erheblichen Einschnittes im gesellschaftlichen Kontext des Lebens der Kirche, in Konzeption und Praxis ergibt sich eine Überlegung in fünf Punkten:

1. Arbeitswelt und Kirche sind in der Gegenwart des östlichen Teils Deutschland noch zwei Welten; die Trennungslinie zwischen diesen Welten mag durch eine behauptete Eigengesetzlichkeit (der Wirtschaft) und auf eine falsch interpretierte Zwei-Reiche-Lehre und eine darauf fußende kirchliche Praxis vertieft worden sein; jedenfalls haben beide Seiten - Kirche und Arbeitswelt mit ihren Organisationen - keine praktische Erfahrung einer konstruktiven oder auch kritischen Zusammenarbeit, sondern allenfalls die Erfahrung der Distanz. Zudem muß beachtet werden, daß das Verhältnis der Ev. Kirche zur Arbeitswelt und Gesellschaft bis 1933 überlagert war durch das Problem des Kirche-Staat-Verhältnisses, was mit dem Ende des Staatskirchenregimentes und dem Beginn der Diktatur 1933 zusammenhing, so daß in der Phase der Demokratie während der Weimarer Republik die Fragen nach dem Verhältnis zum Staat dominant waren. Ein neues Verhältnis zum Staat hat die Ev. Kirche in Teilen 1934 aufgenommen, indem sie mit der Barmer Theologischen Erklärung ihre Aufgabe neu formulierte: dankbarer und froher Dienst an den Geschöpfen, wobei es noch eine unerledigte Aufgabe ist, diese Formulierung für das Selbstverständnis der Kirche gegenüber dem Staat auch in den Bereich von Arbeitswelt und Gesellschaft auszuziehen.

2. Aus jener Beobachtung der Distanz zwischen Kirche und Arbeitswelt ergibt sich für einzelne Menschen, die als Interessenten an den Beruf eines kirchlichen Sozialsekretärs herangehen wollen, daß sie jene massive Erfahrung der Trennung von Kirche und Arbeitswelt als Faktum mittragen. Ihnen wird die Kirchenferne der Arbeitnehmerschaft und die Gesellschaftsferne der Kirche vor Augen sein, fast wie eine Selbstverständlichkeit. Wenn die Arbeitswelt in der ehemaligen DDR unter dem Vorzeichen des Staatssozialismus und einer zentralen Planung stand, dann sind andere gesellschaftliche Bedingungen vorhanden gewesen und es liegen für einen Mitarbeiter der Kirche eben andere Vorerfahrungen zugrunde als bei Sozialsekretären in der alten Bundesrepublik. Dies wird Folgerungen für das didaktische Konzept der Ausbildung von Sozialsekretären aus der ehemaligen DDR haben müssen.
3. Auf die Kirche in dem vereinten Deutschland und damit auch auf die Kirche in der alten DDR kommen aus dem Bereich der Gesellschaft, der Arbeitswelt und einzelner Menschen neue Erwartungen zu; das wird die Kirche verpflichten, sich innovativ zu betätigen, sich neu zu orientieren und andere Angebote kirchlicher Arbeit aufzubauen. Auf den Sektor Betriebe, Arbeitswelt und Politik kommen zwei typische Belastungen aus der Geschichte der DDR zu: eine massive Arbeitslosigkeit und die ökologische Last. Sozialethisch formuliert sind das Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Probleme der Steuerung in der ökologischen Krise. Auf diese gesellschaftlichen und politischen "Altlasten" werden die Kirchen in der alten DDR reagieren müssen, wenn sie denn ein neues gesellschaftliches Mandat und eine neue gesellschaftsdiakonische Praxis annehmen wollen. Es geht hiermit also auch um die zukünftige Rolle der Kirche, das Selbstverständnis der Kirche und das ekklesiologische Bild, das die Landeskirchen in der alten DDR von sich selbst zeichnen wollen. Die Bevölkerung in den neuen Bundesländern wird eine solche Erwartung den Kirchen auferlegen, auch wenn die für sich selbst zunächst noch nicht mit Konzeption und Strategien gegenüber den hier genannten Problemen auftreten können.
4. Auf eine kirchliche Industrie- und Sozialarbeit im Bereich des Bundes der Ev. Kirchen in der alten DDR kommt eine spezielle Vermittlungstätigkeit zu, die im Beruf des Sozialsekretärs zwischen Kirche und Arbeitswelt in zweifacher Richtung gefordert ist: einmal müssen Kenntnisse aus der westlichen Situation von Arbeitswelt und Wirtschaft gewonnen werden, die Mitarbeiter müssen sich selber orientieren, damit sie anderen später Orien-

tierung geben können; die Bedingungen von Ökonomie, Mitbestimmung, Arbeitsrecht und Arbeitsverwaltung u. ä. sind hier gemeint. Im ersten Schritt müssen also Sozialsekretäre aus der alten DDR Informationen, Kenntnisse und Erfahrungen zu ihrer eigenen Orientierung aufnehmen. Dazu muß ein Praktikum im Westen angeboten und absolviert werden, wobei wegen der Wohnbedingungen eine möglichst grenznahe Ausbildung gesucht werden sollte. Zum zweiten geht es bei einem Einsatz zukünftiger Sozialsekretäre in der alten DDR darum, daß Kirchengemeinden, Kirchenkreise oder kirchliche Werke als Träger der Industrie- und Sozialarbeit die Situation Arbeitswelt, Arbeitslosigkeit und Gesellschaft vorauszudenken, zu experimentieren, Angebote aufzubauen und sich auf eine ungewisse Zukunft der Gesellschaft einzulassen haben, wo andere gesellschaftliche Gruppen nicht antreten und nichts anbieten. Dies ist auch kirchlich gesehen Neuland, ein Experimentierfeld, das Pionierarbeit verlangt. Sich auf eine solche Aufgabenstellung für die Kirche einzulassen, wird vermutlich aber genau einem neuen Standort der Kirche in der Gesellschaft entsprechen, den sie eben noch suchen und finden muß.

5. Aus diesen Gedanken resultieren die konzeptionellen und didaktischen Überlegungen für den Entwurf einer Ausbildung von Sozialsekretären aus der alten DDR: Die Ausbildung muß zugleich auf eine neue Situation hinarbeiten, indem sie die Absolventen orientiert, sie muß aber auch Identität schaffen. Darum sind Orientierung im Westen, Erkunden, Erproben und Anleiten am zukünftigen Einsatzort im Osten Deutschlands gemeint. Die betroffenen Personen müssen durch die Anleitung stabilisiert werden und die Aussicht haben, einen neuen Aufgabenbereich in der Kirche übernehmen zu können.

Der vorliegende Entwurf für die Ausbildung zum Beruf des Sozialsekretärs für Bewerberinnen und Bewerber aus dem Gebiet der ehemaligen DDR folgt der Richtlinie des Rates der EKD und beachtet gleichzeitig Kriterien, die bei der staatlichen Anerkennung dieses Berufes durch den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft vermutlich zu beachten sind, wie sich aus anderen staatlich anerkannten Berufsbildern ergibt.

R a h m e n p l a n

zur Fortbildung evangelischer Sozialsekretäre/-innen in den fünf neuen Bundesländern

Ausgangssituation

Mit dem Beitritt der DDR zum Rechtsgebiet der Bundesrepublik Deutschland ist deren politisches, ökonomisches und soziales System weitestgehend auf die fünf neuen Bundesländer übertragen worden. Als verständliche und nachweisbare Begleiterscheinungen dieses - von breitester politischer Zustimmung getragenen und schnellstmöglichst vollzogenen - radikalen Bruches mit der eigenen Nachkriegsgeschichte sind Verunsicherung und Existenzängste, Orientierungsschwierigkeiten und Identitätsprobleme zu verzeichnen.

Am deutlichsten und schärfsten tritt die Dimension des Umbruchprozesses derzeit im Zentralbereich jeder Industriegesellschaft, der Arbeitswelt zutage. Die Bewältigung der drängenden aktuellen Probleme, insbesondere aber die sozialverträgliche Einbindung der Arbeitnehmer in die Strukturen und Mechanismen eines leistungs- und konkurrenzorientierten Wirtschaftssystems werden darüber entscheiden, ob und in welchem Ausmaß der bisherige breite politische Konsens in bezug auf unsere Wirtschafts- und Sozialordnung auch weiterhin Bestand haben wird.

Die mit der (Um-)Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen verbundenen Aufgaben stellen auch für die Kirchen eine besondere Herausforderung dar. Die tragende Rolle, die vor allem die Ev. Kirche in der ehemaligen DDR beim Demokratisierungsprozeß gespielt hat, haben ihr als gesellschaftsgestaltender Faktor zu beträchtlicher Glaubwürdigkeit verholfen. Von ihr wird erwartet und ihr wird zugetraut, daß sie mit gleichem Engagement und gleicher Kompetenz ihren Beitrag zur Lösung der anstehenden sozialpolitischen Fragen zu geben vermag.

Ihre sozialpolitische Kompetenz haben die beiden Kirchen bisher in den alten Bundesländern in hohem Maße nachgewiesen. Dazu gehören einmal ihre Erfahrungen und Leistungen im klassischen sozialkaritativen Aufgabenbereich. Daneben und weitergehend haben sie - aus der

Sicht der evangelischen Sozialethik/katholischen Soziallehre - konzeptionelle Grundsatzvorstellungen und aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen und Positionen in den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß um die Ausgestaltung unserer Arbeitsgesellschaft eingebracht.

Im Rahmen des besonderen Arbeitsbereiches "Industrie- und Sozialarbeit" hat die EKD ihren gesellschaftspolitischen Gestaltungsauftrag auch organisatorisch-personell sichtbar verankert. Für die sachkompetente Wahrnehmung dieses Aufgabenfeldes bildet die Ev. Sozialakademie Friedewald in den alten Bundesländern seit über 30 Jahren Sozialsekretäre/-innen fort (vergleichbare Fortbildung auf katholischer Seite: KAB-Sekretäre). Fortbildungslehrgänge wurden auch für Sozialberater für ausländische Arbeitnehmer (staatlich anerkannte Fortbildung) durchgeführt.

Zielsetzung

Im Fortbildungslehrgang sollen die Teilnehmer vor dem Hintergrund der spezifischen Probleme des Vereinigungsprozesses insbesondere dazu befähigt werden,

- a) als Träger der gesellschaftlichen Diakonie der evangelischen Kirche in den Konfliktfeldern von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat zu arbeiten,
- b) die politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen und Prozeßabläufe einer rechtstaatlichen Demokratie und einer sozialen marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung sachkompetent zu vermitteln,
- c) Einzelnen und Gruppen die Zusammenhänge, Interessensituationen und Probleme der Arbeitswelt und der Industriegesellschaft zu verdeutlichen und zu verantwortlichem Handeln zu führen,
- d) im Raum der Kirche die Probleme der Menschen in Gesellschaft und Arbeitswelt bewußt zu machen.

Didaktisch-methodische Konzeption

Die Fortbildung umfaßt einen Zeitraum von 3 Jahren. Die fünf mehrwöchigen theoretischen Lehrgangsböcke (Theorieeinheiten) mit dazwischenliegenden integrierten mehrmonatigen Praktikumsphasen werden abgeschlossen mit einer Hausarbeit, einer Klausurarbeit und mündlichen Prüfung. Für die Praktikumszeiten werden konkrete Arbeitsaufgaben zugeteilt, und es erfolgt eine kontinuierliche Begleitung seitens des Fortbildungsträgers.

I. Theorieteil

1) Der Fortbildungslehrgang umfaßt folgende Fächergruppen/Fächer:

- I. Theologie, Sozialethik
- II. Soziologie
- III. Volkswirtschafts-/Betriebswirtschaftslehre
- IV. Staats-/Verfassungslehre und Geschichte
- V. Sozialpolitik; Arbeits- und Sozialrecht
- VI. Pädagogik
- VII. Berufspraxis; Verwaltungs-/Organisationskunde

2) Die Leitthemen und inhaltlichen Schwerpunkte der Theorieeinheiten sind:

1. Lehrgang: Grundinformationen

Inhalte: Struktur, Prozesse, (ideen-)geschichtliche Grundlagen unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems, Selbstverständnis und Aufgaben kirchlicher Industrie- und Sozialarbeit, Lernen im Erwachsenenalter

2. Lehrgang: Leitthema: Arbeit in der Gesellschaft

Inhalte: Rahmenbedingungen und Abläufe des Wirtschafts- und Arbeitsprozesses, soziale Sicherungssysteme, (Sozial-)Geschichte des 19./20. Jahrhunderts, kirchliche und theologisch/sozialethische Positionen zur Arbeitsgesellschaft, Grundlagen der Arbeiter/Erwachsenenbildung

3. Lehrgang: Leitthema: Wandlungsprozesse in der Industriegesellschaft-/Technologieentwicklung

Inhalte: Neue Technologien und sozialer Wandel, Konjunktur/Wachstum/Strukturpolitik, Prozesse politischer Meinungs- und Willensbildung, arbeitsrechtliche Handlungsfelder, Arbeitsfelder des/r Sozialsekretärs/-in, Konzeptionen der Erwachsenenbildung

6. Erkundung des zukünftigen Einsatzfeldes

Dauer: ca. 2 Monate

Ort: zukünftiger Einsatzort

Inhalt: Das gesellschaftliche Umfeld der Kirche - am zukünftigen Einsatzort - erkunden: Behörden - Arbeitsverwaltung, Sozialamt, Ausländeramt, Kommunen; Gewerkschaften - Verbände und Einzelgewerkschaften; Arbeitgeberorganisationen - Kammern, berufliche Weiterbildung, Träger der sozialen Sicherung, Erwachsenenbildung; informeller Sektor

7. Kurs C

Dauer: 3 Monate

Ort: Friedewald

Inhalt: Kursteile 5 + 6 der Ausbildung zum Sozialsekretär und Prüfungsklausuren

8. Schriftliche Hausarbeit

Dauer: 3 Monate

Ort: Heimatort

Inhalt: entsprechend Prüfungsordnung

9. Praktikum "Erprobung"

Dauer: 5 Monate

Ort: zukünftiger Einsatzort

Ziel: Sozialsekretär bietet im Namen seiner Ortskirche (zukünftige Industrie- und Sozialarbeit) Kontakte zwischen Kirche und Arbeitswelt an (Begegnung, Bildungsveranstaltungen, Aktionen, Beratung, Praktikum für kirchliche Mitarbeiter)

10. Abschluß: Auswertung und mündliche Prüfung

Dauer: 4 Wochen im letzten Quartal der Ausbildung

Ort: Friedewald

Inhalt: Abschlußprüfung nach Richtlinie

Für Teilnehmer aus der kirchlichen Arbeitswelt:

Praktikum in einem Betrieb, vorzugsweise in der Industrie, dabei
Kennenlernen der "säkularisierten" Arbeitsbedingungen und der Arbeits- und Lebenssituation der Arbeitnehmer in Deutschland-Ost.

3. Erkundung des zukünftigen Einsatzfeldes (5 Monate)

Erkundung des gesellschaftlichen Umfeldes am zukünftigen Einsatzort: Behörden - Arbeitsverwaltung - Sozialamt - Kommunen - Gewerkschaften - Verbände - Arbeitgeberverbände - Kammern, Träger der sozialen Sicherung und Erwachsenenbildung.

Erstellung der schriftlichen Hausarbeit

4. Erprobung (5 Monate)

Im Rahmen der Erprobung soll der SozialsekretärIn in Zusammenarbeit mit seinem zukünftigen Arbeitgeber, Kontakte zwischen Kirche und Arbeitswelt herstellen, Begegnungen, Bildungsveranstaltungen, Aktionen, Beratungen usw. erproben.

5. Einarbeitung vor Ort (8 Wochen)

Diese Phase soll zur Einarbeitung und zur besseren Orientierung im neuen Arbeitsgebiet beitragen.

I. Theologie / Sozialethik

1. Orientierung über Auftrag und Praxis einer kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit, über die gemeindliche Situation in Westdeutschland und über Zutrittsmöglichkeiten der Kirche gegenüber Betrieben
 - a) Positionsbeschreibungen der kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit, Erfahrungsberichte, Äußerungen von Landeskirchlichen Ämtern und Synodalerklärungen; Text der Studienabteilung des Kirchenamtes der EKD: "Kirche und Arbeitswelt - Bausteine zur Bestandsaufnahme eines kirchlichen Handlungsfeldes"

Sachgebiet: Kirchlich-theologische Positionsbeschreibungen der Industrie- und Sozialarbeit
 - b) Kirchenorientierung
Kirchliche Strukturen und kirchliche Organisationen, Mitgliedschaft, Verhältnis von Staat und Kirche

Inhalte: Kirchensoziologie
 - c) Arbeitswelt in der Sicht der Kirche
Verlautbarung der EKD-Synode Espelkamp 1955 und Berlin-Spandau 1982
2. Einführung in den Beruf des kirchlichen Sozialsekretärs, Reflexion der geleisteten Praktika und vertiefende Arbeit
Rückblick auf die drei Praktika und Reflexion: Der IST-Zustand von kirchlicher Industrie- und Sozialarbeit, gemeindlicher Situation und industrieller Arbeitswelt, Herausarbeitung von thematischen Fragestellungen

Biblische Theologie: Schöpfungsberichte, Urgeschichte, Bundesschlüsse, prophetische Theologie und Neues Testament zu den Themenkomplexen Mensch und Arbeit, Gerechtigkeit, Eigentum, Leistung

Beachtung der kirchengeschichtlichen Positionen aus Reformation, Bekenntnisentwicklung und Ökumene: Kirche in der Gesellschaft und Kirche in der Arbeitswelt, besondere Texte: Barmer Theologische Erklärung, Leuenberger Konkordie, Lima-Texte, ökumenische Theologie, Theologie der Befreiung, Kairos-Dokumente, Verlautbarungen anderer christlicher

Kirchen; Kirche angesichts der sozialen Frage im 19. Jahrhundert

3. Hinführung zu den theologisch- und sozialetischen Aufgaben der kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit der Gegenwart
Sozialetische Positionen zu den Themen: Eigentum, Mitbestimmung, soziale Sicherheit, Frauenarbeit, Leistung, Arbeitslosigkeit, Neue Technologien, Ökologie, Weltwirtschaftsordnung (Studium der entsprechenden Denkschriften der EKD)
4. Kirchliche Industrie- und Sozialarbeit angesichts der Erfahrungen der Kirche in der früheren DDR
Gemeinde und Kirche während der 40 Jahre Kirche in der DDR (Konzept der "Kirche im Sozialismus"), Marxismus und Christentum, Texte und Erfahrung aus der Situation der Kirche in der DDR
Strömung der Theologie des 20. Jahrhunderts: Luthertum, dialektische Theologie, "Königsherrschaft Christi"
Begründung kirchlichen Handelns in der Gesellschaft anhand der Denkschriften: "Aufgaben und Grenzen kirchlicher Äußerungen zu gesellschaftlichen Fragen", "Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie", "Der Entwicklungsdienst der Kirche", Texte zu Problemen der ausländischen Arbeitnehmer und Asylbewerber;
Anforderungen an den Dienst der Kirche im Gebiet der ehemaligen DDR: Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftsethik, Handlungsmodelle für die Kirche in dieser Situation

II. Soziologie

1. Individuum

- 1.1 Natur des Menschen
- 1.2 Natur der Gesellschaft
- 1.3 Sozialisation
- 1.4 Persönlichkeit und Identität

2. Arbeitswelt

- 2.1 Arbeit in der Arbeitsgesellschaft: Soziologie der Arbeit
- 2.2 Das Unternehmen
- 2.3 Die Beschäftigten/Soziale Struktur
- 2.4 Produktion und Produktivkraftentwicklung:
 - Mensch und Technik

3. Gesellschaft

- 3.1 Soziale Schichtung, sozialer Konflikt
- 3.2 Entwicklung der Familie und Lebensform
- 3.3 Industriegesellschaft oder Postmoderne
- 3.4 Sozialer Wandel und soziale Mobilität
- 3.5 Religionssoziologie

4. System und Krise

- 4.1 Produktionistische Systeme und ökologische Herausforderung
- 4.2 Gesellschaftliche Werte im Wandel

III. Volks- und Betriebswirtschaftslehre

1. Grundinformation
 1. Grundtatbestände und Funktionsmechanismen des Wirtschaftens
 2. Wirtschaftskreislauf, Sozialprodukt
 3. Marktmechanismus, Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft
 4. Aufbau und Aufgabenbereiche von Unternehmen
2. Struktur, Ablauf und Steuerung von Wirtschaftsprozessen
 1. Preisbildung, Unternehmenskonzentration und Wettbewerb
 2. Geldbereich und Geldversorgung
 3. Staatshaushalt, öffentliche Einnahmen und Ausgaben, Fiskalpolitik
 4. Grundfunktion des Betriebes: Produktion, Absatz
3. Entwicklungs- und Strukturprobleme in der Wirtschaft
 1. Konjunktur und Wachstum
 2. Arbeitsmarkt und Beschäftigung
 3. Einkommens- und Vermögensverteilung
 4. Umwelt
 5. Außenwirtschaftliche Beziehungen (EG und Weltmarkt)
 6. Betriebsgröße, Marktmacht und Finanzierung von Unternehmen
4. Praxisorientierte Handlungsfelder
 1. Kommunale und regionale Beschäftigungspolitik/Strukturpolitik
 2. Arbeitszeit-, Steuer-, Tarifpolitik und Verteilungsgerechtigkeit
 3. Ökologisches Wirtschaften, umweltfreundliche Produkte/Produktion

IV. Staatsbürgerkunde und Geschichte

1. Politische Ideengeschichte, Systemgrundlagen, Strukturprinzipien

1. Feudalismus, Liberalismus, Faschismus, Sozialismus
2. Demokratie - Rechtsstaat - Sozialstaat
3. Föderalismus
4. Parlamentarismus
5. Pluralismus

2. Geschichtliche/Sozialgeschichtliche Entwicklungen im 19./20. Jahrhundert

1. Nationalstaaten in Europa, Kolonialismus
2. Ost-West-Konflikt
3. Sozialgesetzgebung in Deutschland
4. Internationale Arbeiterbewegung

3. Politische Meinungs- und Willensbildung

1. Parteien und Parteiensysteme, soziale Bewegungen
2. Interessenverbände
3. Wahlen und Wahlsystem
4. Öffentliche Meinung, Medien, Presse

4. Nationale und übernationale politische Organisationsformen/Politikfelder

1. Kommunale Selbstverwaltung
2. EG
3. Internationale Organisationen, außenpolitische Beziehungen

V. Sozialpolitik

1. Grundlagen und Geschichte

1. Einbindung und gesellschaftliche Bedingungen der sozialen Sicherung
2. Geschichte der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften
3. Entstehung der Arbeiterfrage, Anfänge der Sozialpolitik und der Arbeiterbewegung
4. Die Arbeiterbewegung bis 1945
5. Aufbau der heutigen Gewerkschaften
6. Aufgaben, Rechtsstellung und Selbstverständnis der Gewerkschaften
7. Unternehmerschaft und ihre Organisationen:
Geschichte, Rechtsstellung und Selbstverständnis

2. Das System der sozialen Sicherung

1. Versicherung und Versorgung
2. Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung
3. Die soziale Selbstverwaltung
4. Sozialrecht und Sozialgerichtsbarkeit

3. Arbeitsrecht

1. Grundlagen des Arbeitsrechts
2. Arbeitsvertrag
3. Tarifvertrag
4. Kündigungsschutz
5. Arbeitsförderung (AFG)
6. Arbeitsgerichtsbarkeit
7. Betriebsverfassung/Personalvertretung
8. Mitbestimmung
9. Arbeitskampfrecht

4. Arbeitsmarktpolitik

1. Arbeitslosigkeit
2. Arbeitsförderung
3. Rationalisierung
4. Zukunft der Arbeit
5. Arbeitszeit
6. Situation ausländischer Arbeitnehmer

VI. Pädagogik

1. Lernen im Erwachsenenalter

1. Reflexion der eigenen Lernerfahrungen in Schule, Betrieb, Gesellschaft und Kirche
2. Einführung in Lernsituationen in Kirche (Konzeptionen ev. Erwachsenenbildung), Betrieb (berufliche Bildung und Fortbildung) und Gesellschaft (politische Bildung)

2. Lernen lernen

Didaktische Hilfen für die eigene Arbeit:

Lektüre, Protokoll, Referat, Vortrag, Planung eigener Veranstaltungen; Lernen in der Gruppe

3. Arbeiterbildung und Erwachsenenbildung

1. Geschichte, Organisationsformen und Inhalte der Arbeiterkulturbewegung
2. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit
3. Konzeption der Erwachsenenbildung
4. Inhalte und Ziele der Ev. Erwachsenenbildung

5. *Schulische Bildung*

4. Kirchliche Industrie- und Sozialarbeit als Bildungsarbeit

1. Konzeption der Bildungsarbeit in der kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit
2. Didaktik und Methodik in der kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit
3. Gesetzliche Grundlagen der Erwachsenenbildung, des Bildungsurlaubs, der Freistellung und der Betriebsratsschulung

VII. Berufspraxis

1. Hinführung zu den Strukturen und Bedingungen der Industrie- und Sozialarbeit innerhalb der Kirche
 1. Zur Situation des Berufes Sozialsekretär in der Kirche
 2. Das Selbstverständnis des kirchlichen Sozialsekretärs und der Industrie- und Sozialarbeit
 3. Zur Geschichte des Berufsbildes Sozialsekretär
2. Kirchlicher Rahmen
 1. Organisationsstrukturen und Kirchenverfassung
 2. Arbeitsfelder in der Kirche (Seelsorge, Gottesdienst, Diakonie, Bildung)
3. Arbeitsfelder des Sozialsekretärs in Wirtschaft und Gesellschaft
 1. Betriebe und Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer
 2. Behörden und Organisationen
 3. Parteien, soziale Bewegungen und informelle Gruppen
3. Hinführung zur eigenen Praxis des Sozialsekretärs
 1. Büroorganisation
 2. Bildungsarbeit
 3. Leitung und Durchführung von Veranstaltungen
 4. Rechtliche und finanzielle Abwicklung von Maßnahmen

Friedewald, den 21.10.1990

E n t w u r f

Ausbildung zum Beruf des Sozialsekretärs/-in für Bewerberinnen und Bewerber aus dem Gebiet der ehemaligen DDR

I. Zielsetzung

Im Rahmen der Arbeit der ev. Landeskirchen, die im Gebiet der ehemaligen DDR liegen und im "Bund der Evangelischen Kirchen" zusammengefaßt sind, gab es keine öffentlich zugelassene kirchliche Industrie- und Sozialarbeit, weil den Kirchen als Trägern einer solchen Arbeit dazu die Möglichkeiten entzogen waren. Nach 40 Jahren Existenz der Kirchen in der DDR einerseits und nach Eröffnung der Chance zu neuer Entfaltung andererseits ist deshalb die Aufgabe gestellt, eine kirchliche Industrie- und Sozialarbeit speziell unter diesen Bedingungen aufzubauen.

Die Distanz der Kirche zur Arbeitswelt, sowohl historisch gewachsen wie politisch verordnet, und die Kirchenferne der Masse der Arbeitnehmerschaft haben dahin geführt, daß das Thema Arbeitswelt für die Kirche nicht erprobt ist und möglicherweise aus dem Horizont ihrer Verpflichtungen "ausgewandert" ist. Auf der anderen Seite werden der Kirche in der ehemaligen DDR, da sie eine hohe Glaubwürdigkeit besitzt, Probleme wie z. B. die Massenarbeitslosigkeit "vor die Füße gelegt" (Konsistorialpräsident Stolpe), so daß auch innerhalb der Landeskirchen Personal für eine eigenständige kirchliche Industrie- und Sozialarbeit gefordert wird (Generalsuperintendent Krusche).

Die folgende Skizze ist speziell dafür gedacht, den Aufbau einer kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit über die Ausbildung kirchlicher Sozialsekretärinnen und Sozialsekretäre (im Folgenden: Sozialsekretäre) zu fördern; andere Aspekte, die hierher gehören wie Ausbildung von Industriefarrern und Gewinnen von wissenschaftlichen Mitarbeitern und Kontaktarbeit in kirchliche wie betriebliche und gesellschaftliche Bereiche hinein, werden hier bewußt ausgeklammert.

II. Eingangsvoraussetzungen für die Teilnahme an der Ausbildung zum Beruf des Sozialsekretärs

Der zukünftige Sozialsekretär hat umfangreiche Erfahrung aus der Arbeitswelt in der ehemaligen DDR nachzuweisen; er muß Mitglied einer Landeskirche sein, die dem "Bund der Evangelischen Kirchen" angehört; ein pfarramtliches Zeugnis der Heimatgemeinde über die Dauer der Kirchenzugehörigkeit ist vom Bewerber vorzulegen.

III. Status während der Ausbildung

Für die Zeit der Ausbildung zum Beruf des Sozialsekretärs wird die Finanzierung über kirchliche Mittel oder AFG erfolgen.

IV. Verlauf der Ausbildung

1. Einführung

Dauer: max. 3 Monate

Ort: Friedewald

Inhalte: Rahmenbedingungen, Ziele, Institutionenkenntnisse, Kontakte zu Personen der Ausbildung
(Friedewald, Mentoren, Partnermentoren u. ä.)

2. Praktikum "West"

Dauer: ca. 6 Monate

Ort: Partner - KDA - Stelle im Westen

(z. B. Kiel, Lübeck, Neumünster, Hamburg, Stade, Lüneburg, Wolfsburg, Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Göttingen, Kassel, Fulda, Schweinfurt, Hof, Nürnberg)

Phasen: a) Einführung in Industrie- und Sozialarbeit
(2 Monate bei Partner-KDA)

b) Einführung in die Kirchensituation West
(2 Monate bei einer Kirchengemeinde in der Nähe des Partner-KDA)

c) Betriebspraktikum West

(2 Monate im Betrieb West, vermittelt
durch Partner-KDA)

3. Kurs A

Dauer: ca. 3 Monate

Ort: Friedewald

Inhalt: Fächer und Stundenzahlen richten sich nach der
Verordnung zur Fortbildung für ausländische
Sozialberater/staatl. anerkannte Sozialsekre-
täre

4. Praktikum "Ost"

Dauer: ca. 3 Monate

Ort: zukünftiger Einsatzort

Ziel: Kenntnisse gewinnen und Vertrautheit her-
stellen zur Ist-Situation der Kirchengemeinden
im Kirchenbund:

Gottesdienst, Christenlehre, Diakonie, Seel-
sorge, gesellschaftliche Rolle der Kirche,
Vergangenheit und Gegenwart ("Kirche im So-
zialismus"; "Gemeinde im Übergang");

Erfahrungen aufarbeiten, Anforderungen sehen

3 Monate in Kirchengemeinde
und/oder Betriebspraktikum in
Betrieb "Ost" je nach Vorerfahrung

5. Kurs B

Dauer: 3 Monate

Ort: Friedewald

Inhalt: Kursteile 3 + 4 der Ausbildung zum Sozial-
sekretär

6. Erkundung des zukünftigen Einsatzfeldes

Dauer: ca. 2 Monate

Ort: zukünftiger Einsatzort

Inhalt: Das gesellschaftliche Umfeld der Kirche - am zukünftigen Einsatzort - erkunden: Behörden - Arbeitsverwaltung, Sozialamt, Ausländeramt, Kommunen; Gewerkschaften - Verbände und Einzelgewerkschaften; Arbeitgeberorganisationen - Kammern, berufliche Weiterbildung, Träger der sozialen Sicherung, Erwachsenenbildung; informeller Sektor

7. Kurs C

Dauer: 3 Monate

Ort: Friedewald

Inhalt: Kursteile 5 + 6 der Ausbildung zum Sozialsekretär und Prüfungsklausuren

8. Schriftliche Hausarbeit

Dauer: 3 Monate

Ort: Heimatort

Inhalt: entsprechend Prüfungsordnung

9. Praktikum "Erprobung"

Dauer: 5 Monate

Ort: zukünftiger Einsatzort

Ziel: Sozialsekretär bietet im Namen seiner Ortskirche (zukünftige Industrie- und Sozialarbeit) Kontakte zwischen Kirche und Arbeitswelt an (Begegnung, Bildungsveranstaltungen, Aktionen, Beratung, Praktikum für kirchliche Mitarbeiter)

10. Abschluß: Auswertung und mündliche Prüfung

Dauer: 4 Wochen im letzten Quartal der Ausbildung

Ort: Friedewald

Inhalt: Abschlußprüfung nach Richtlinie

A l t e r n a t i v e:

7. Praktikum "Erprobung"
8. Kurs C
9. Schriftliche Hausarbeit
10. Abschluß

1. Theologie / Sozialethik

1. Kurseinheit 1: Orientierung über Auftrag und Praxis einer kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit, über die gemeindliche Situation in Westdeutschland und über Zutrittsmöglichkeiten der Kirche gegenüber Betrieben

- a) Positionsbeschreibungen der kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit, Erfahrungsberichte, Äußerungen von Landeskirchlichen Ämtern und Synodalerklärungen; Text der Studienabteilung des Kirchenamtes der EKD: "Kirche und Arbeitswelt - Bausteine zur Bestandsaufnahme eines kirchlichen Handlungsfeldes"

Sachgebiet: Kirchlich-theologische Positionsbeschreibungen der Industrie- und Sozialarbeit

- b) Kirchenorientierung

Kirchliche Strukturen und kirchliche Organisationen, Mitgliedschaft, Verhältnis von Staat und Kirche

Inhalte: Kirchensoziologie

- c) Arbeitswelt in der Sicht der Kirche

Verlautbarung der EKD-Synode Espelkamp 1955 und Berlin-Spandau 1982

2. Kurseinheit 2: Einführung in den Beruf des kirchlichen Sozialsekretärs, Reflexion der geleisteten Praktika und vertiefende Arbeit
Rückblick auf die drei Praktika und Reflexion: Der IST-Zustand von kirchlicher Industrie- und Sozialarbeit, gemeindlicher Situation und industrieller Arbeitswelt, Herausarbeitung von thematischen Fragestellungen

Biblische Theologie: Schöpfungsberichte, Urgeschichte, Bundesschlüsse, prophetische Theologie und Neues Testament zu den Themenkomplexen Mensch und Arbeit, Gerechtigkeit, Eigentum, Leistung

Beachtung der kirchengeschichtlichen Positionen aus Reformation, Bekenntnisentwicklung und Ökumene: Kirche in der Gesellschaft und Kirche in der Arbeitswelt, besondere Texte: Barmer Theologische Erklärung, Leuenberger Konkordie, Lima-Texte, ökumenische Theologie, Theologie der Befreiung, Kairos-Dokumente, Verlautbarungen anderer christlicher

Kirchen; Kirche angesichts der sozialen Frage im 19. Jahrhundert

3. Kurseinheit 3: Hinführung zu den theologisch- und sozialetischen Aufgaben der kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit der Gegenwart
Sozialetische Positionen zu den Themen: Eigentum, Mitbestimmung, soziale Sicherheit, Frauenarbeit, Leistung, Arbeitslosigkeit, Neue Technologien, Ökologie, Weltwirtschaftsordnung (Studium der entsprechenden Denkschriften der EKD)
4. Kurseinheit 4: Kirchliche Industrie- und Sozialarbeit angesichts der Erfahrungen der Kirche in der früheren DDR
Gemeinde und Kirche während der 40 Jahre Kirche in der DDR (Konzept der "Kirche im Sozialismus"), Marxismus und Christentum, Texte und Erfahrung aus der Situation der Kirche in der DDR
Strömung der Theologie des 20. Jahrhunderts: Luthertum, dialektische Theologie, "Königsherrschaft Christi"
Begründung kirchlichen Handelns in der Gesellschaft anhand der Denkschriften: "Aufgaben und Grenzen kirchlicher Äußerungen zu gesellschaftlichen Fragen", "Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie", "Der Entwicklungsdienst der Kirche", Texte zu Problemen der ausländischen Arbeitnehmer und Asylbewerber;
Anforderungen an den Dienst der Kirche im Gebiet der ehemaligen DDR: Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftsethik, Handlungsmodelle für die Kirche in dieser Situation

2. Soziologie

Grundinformationen: Soziale Systeme

1. Individuum

- 1.1 Natur des Menschen
- 1.2 Natur der Gesellschaft
- 1.3 Sozialisation
- 1.4 Persönlichkeit und Identität

2. Arbeitswelt

- 2.1 Arbeit in der Arbeitsgesellschaft: Soziologie der Arbeit
- 2.2 Das Unternehmen
- 2.3 Die Beschäftigten/Soziale Struktur
- 2.4 Produktion und Produktivkraftentwicklung: Mensch und Technik

3. Gesellschaft

- 3.1 Soziale Schichtung, sozialer Konflikt
- 3.2 Entwicklung der Familie und Lebensform
- 3.3 Industriegesellschaft oder Postmoderne
- 3.4 Sozialer Wandel und soziale Mobilität
- 3.5 Religionssoziologie

4. System und Krise

- 4.1 Produktionistische Systeme und ökologische Herausforderung
- 4.2 Gesellschaftliche Werte im Wandel

3. Volks- und Betriebswirtschaftslehre

a) Grundinformation

1. Grundtatbestände und Funktionsmechanismen des Wirtschaftens
2. Wirtschaftskreislauf, Sozialprodukt
3. Marktmechanismus, Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft
4. Aufbau und Aufgabenbereiche von Unternehmen

b) Struktur, Ablauf und Steuerung von Wirtschaftsprozessen

1. Preisbildung, Unternehmenskonzentration und Wettbewerb
2. Geldbereich und Geldversorgung
3. Staatshaushalt, öffentliche Einnahmen und Ausgaben, Fiskalpolitik
4. Grundfunktion des Betriebes: Produktion, Absatz

c) Entwicklungs- und Strukturprobleme in der Wirtschaft

1. Konjunktur und Wachstum
2. Arbeitsmarkt und Beschäftigung
3. Einkommens- und Vermögensverteilung
4. Umwelt
5. Außenwirtschaftliche Beziehungen (EG und Weltmarkt)
6. Betriebsgröße, Marktmacht und Finanzierung von Unternehmen

d) Praxisorientierte Handlungsfelder

1. Kommunale und regionale Beschäftigungspolitik/Strukturpolitik
2. Arbeitszeit-, Steuer-, Tarifpolitik und Verteilungsgerechtigkeit
3. Ökologisches Wirtschaften, umweltfreundliche Produkte/Produktion

4. Staatsbürgerkunde und Geschichte

I. Politische Ideengeschichte, Systemgrundlagen, Strukturprinzipien

1. Feudalismus, Liberalismus, Faschismus, Sozialismus
2. Demokratie - Rechtsstaat - Sozialstaat
3. Föderalismus
4. Parlamentarismus
5. Pluralismus

II. Geschichtliche/Sozialgeschichtliche Entwicklungen im 19./20. Jahrhundert

1. Nationalstaaten in Europa, Kolonialismus
2. Ost-West-Konflikt
3. Sozialgesetzgebung in Deutschland
4. Internationale Arbeiterbewegung

III. Politische Meinungs- und Willensbildung

1. Parteien und Parteiensysteme, soziale Bewegungen
2. Interessenverbände
3. Wahlen und Wahlsystem
4. Öffentliche Meinung, Medien, Presse

IV. Nationale und übernationale politische Organisationsformen/Politikfelder

1. Kommunale Selbstverwaltung
2. EG
3. Internationale Organisationen, außenpolitische Beziehungen

5. Sozialpolitik

a) Grundlagen und Geschichte

1. Einbindung und gesellschaftliche Bedingungen der sozialen Sicherung
2. Geschichte der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften
3. Entstehung der Arbeiterfrage, Anfänge der Sozialpolitik und der Arbeiterbewegung
4. Die Arbeiterbewegung bis 1945
5. Aufbau der heutigen Gewerkschaften
6. Aufgaben, Rechtsstellung und Selbstverständnis der Gewerkschaften
7. Unternehmerschaft und ihre Organisationen:
Geschichte, Rechtsstellung und Selbstverständnis

b) Das System der sozialen Sicherung

1. Versicherung und Versorgung
2. Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung
3. Die soziale Selbstverwaltung
4. Sozialrecht und Sozialgerichtsbarkeit

c) Arbeitsrecht

1. Grundlagen des Arbeitsrechts
2. Arbeitsvertrag
3. Tarifvertrag
4. Kündigungsschutz
5. Arbeitsförderung (AFG)
6. Arbeitsgerichtsbarkeit
7. Betriebsverfassung/Personalvertretung
8. Mitbestimmung
9. Arbeitskampfrecht

d) Arbeitsmarktpolitik

1. Arbeitslosigkeit
2. Arbeitsförderung
3. Rationalisierung
4. Zukunft der Arbeit
5. Arbeitszeit
6. Situation ausländischer Arbeitnehmer

6. Pädagogik

1. Lernen im Erwachsenenalter

- a) Reflexion der eigenen Lernerfahrungen in Schule, Betrieb, Gesellschaft und Kirche
- b) Einführung in Lernsituationen in Kirche (Konzeptionen ev. Erwachsenenbildung), Betrieb (berufliche Bildung und Fortbildung) und Gesellschaft (politische Bildung)

2. Lernen lernen

Didaktische Hilfen für die eigene Arbeit:

Lektüre, Protokoll, Referat, Vortrag, Planung eigener Veranstaltungen; Lernen in der Gruppe

3. Arbeiterbildung und Erwachsenenbildung

- a) Geschichte, Organisationsformen und Inhalte der Arbeiterkulturbewegung
- b) Gewerkschaftliche Bildungsarbeit
- c) Konzeption der Erwachsenenbildung
- d) Inhalte und Ziele der Ev. Erwachsenenbildung

4. Kirchliche Industrie- und Sozialarbeit als Bildungsarbeit

- a) Konzeption der Bildungsarbeit in der kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit
- b) Didaktik und Methodik in der kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit
- c) Gesetzliche Grundlagen der Erwachsenenbildung, des Bildungsurlaubs, der Freistellung und der Betriebsratsschulung

7. Berufspraxis

1. Hinführung zu den Strukturen und Bedingungen der Industrie- und Sozialarbeit innerhalb der Kirche

- a) Zur Situation des Berufes Sozialsekretär in der Kirche
- b) Das Selbstverständnis des kirchlichen Sozialsekretärs und der Industrie- und Sozialarbeit
- c) Zur Geschichte des Berufsbildes Sozialsekretär

2. Kirchlicher Rahmen

- a) Organisationsstrukturen und Kirchenverfassung
- b) Arbeitsfelder in der Kirche (Seelsorge, Gottesdienst, Diakonie, Bildung)

3. Arbeitsfelder des Sozialsekretärs in Wirtschaft und Gesellschaft

- a) Betriebe und Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer
- b) Behörden und Organisationen
- c) Parteien, soziale Bewegungen und informelle Gruppen

3. Hinführung zur eigenen Praxis des Sozialsekretärs

- a) Büroorganisation
- b) Bildungsarbeit
- c) Leitung und Durchführung von Veranstaltungen
- d) Rechtliche und finanzielle Abwicklung von Maßnahmen

Friedewald, den 21.10.1990

Pfr. L. Althausen - Stadtjugendpfarramt Brandenburg

1800 Brandenburg
(Beetzseeufer 5)

Tel. 25501

'Cafe Contact' → Jugendarbeitslosenzentrum

- in einem gemieteten Haus des Domstifts
- ein Sozialdiakon
ein ZDL
eine Sozialarbeiterin (ohne Ausbildung)

Projekt:

1. Phase Arbeitslose beraten, begleiten, Offenes Angebot sich zu treffen
2. Phase Haus sammeln - mit ABM
3. Phase Haus nutzen für
 - Beratung / Begleitung
 - Beschäftigungswerkstätten
 - Ausbildung

offen:

- Stelle des Sozialdiakons z.Z. unbesetzt
- wo hat Interesse an Sonderlehrgang - wie Sozialarbeit mit Arbeitslosen zu organisieren ist (berufsbegleitend) um diesen ~~im~~ Anfang '97 gemeinsam zu organisieren

Herr Rohr (Diakonisches Werk, Schönhauser Allee)

Arbeitslosentreff Bad Freienwalde

Anliegen: kostenlose Beratung von Arbeitslosen z.B. auch für ABM,
denn → Arbeitsamt darf nicht beraten und Sozialamt schafft es nicht

(Kirchl. Fond für Arbeitslosenprojekte (Aktiv. Arbeitslosenabgabe von Kirchl. Mitarbeitern))
über Amt für Industrie- und Sozialarbeit
Karoliner Platz 6a W-1000 Berlin 19

Haushaltsplan 1991Kostenstelle:
Dienststelle Berlin

Konto	Einnahmen	SOLL 1989	IST 1989	SOLL 1990	IST 1.HJ90	vorauss. IST 2.HJ	SOLL 1991
<u>Eigene freie Mittel</u>							
85	Freiwillige Gaben von Einzelnen und Gemeinden	70,7	78,4	69,9	55,0	20,0	45,0
85	Kollektenanteil Berlin/Brandenbg.	15,0	---	15,0	30,0	---	15,0
85	Sondersp. enden und Kollekten	---	---	6,0	6,0	---	---
85	von Soli-Spenden f. Bewußtseinsbildg.	25,0	41,1	30,0	25,5	5,0	16,0
803	Tagungen eigener Gruppen	1,5	1,8	1,5	0,7	---	2,0
		112,2	121,3	122,4	117,2	25,0	78,0
<u>Sonstige Einnahmen</u>							
852	Beiträge km-Geld	2,0	2,4	2,0	0,6	1,6	2,0
853	Tankgutscheine	3,6	3,6	3,6	---	0,5	---
853	sonstige Erstat- tungen	4,0	6,0	12,0	---	---	---
854	Zuwendungen/ Zuschüsse	---	---	---	---	22,0	200,-
870	Zinsen	10,0	10,7	10,0	9,0	10,0	25,0
		19,6	22,7	27,6	9,6	34,1	227,0
Gesamteinnahmen:		131,8	144,0	150,0	126,8	59,1	305,0

6.4.

Neue Arbeit

Soziale Hilfe GmbH



Ein gemeinnütziges
Unternehmen
der Berliner Stadtmission



1000 Berlin 44 - LenustraÙe 4



Mitglied
im Diakonischen Werk
Berlin e. V.

Telefon 6 91 50 60

M E R K B L A T T

für Teilnahme am QUALIFIZIERUNGSPROJEKT
zum umweltbewußten Maler und Lackierer

Die NEUE ARBEIT - Soziale Hilfe - GmbH bietet
ab 1. November 1989 ein Qualifizierungsprojekt
zum umweltbewußten Maler und Lackierer an.

In einem 2-jährigen Kurs können ABM-berechtigte
Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger im Alter
von 25 - 45 Jahren eine Qualifizierung zum
Malerhelfer erhalten.

Arbeitslose, die bereits 3 Berufsjahre als Maler-
helfer nachweisen können, haben nach Abschluß
dieses Kurses die Möglichkeit, die Gesellenprüfung
vor der Handwerkskammer abzulegen.

Bedingung für die Teilnahme an diesen Kurs ist

- die Bereitschaft zur Teilnahme am Unterricht
der Berufsschule für Maler, Lackierer und
Schilderhersteller,
- die Bereitschaft zum pünktlichen Besuch der
Schule,
- die Bereitschaft zum pünktlichen Erscheinen
am Arbeitsplatz (Arbeitsbeginn ist 7.00 Uhr),
- die Bereitschaft zu alkoholfreiem Leben am
Arbeitsplatz und in der Schule (auch eine
'Restfahne' ist nicht erlaubt). In der Berufs-
schule darf nicht geraucht werden.

Interessenten können sich direkt an die NEUE ARBEIT
wenden.

Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto 31811/00 (BLZ 100 205 00)
Geschäftsführer: Peter Freygang - Amtsgericht Charlottenburg 96 HRB 20234.

Das Unternehmen ist eingetragen in das Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis für Bauaufträge beim Senator für Bau- und
Wohnungswesen für Maler- und Lackiererarbeiten und für den Garten- und Landschaftsbau.

Neue Arbeit

Soziale Hilfe GmbH



Ein gemeinnütziges
Unternehmen
der Berliner Stadtmission



1000 Berlin 44 - Lenaustraße 4



Mitglied
im Diakonischen Werk
Berlin e. V.

Telefon 6 91 50 60

ZIELSETZUNG und AUFGABENSTELLUNG des UNTERNEHMENS

Die NEUE ARBEIT - Soziale Hilfe - GmbH ist ein gemeinnütziges Unternehmen der Berliner Stadtmission und des Diakonischen Werkes Berlin mit dem Ziel, schwer vermittelbaren Arbeitslosen ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis anzubieten.

Die Gesellschaft ist seit 1. März 1983 als Maler- und Lackierbetrieb bei der Handwerkskammer Berlin eingetragen. Unter der Anleitung eines Malermeisters werden sämtliche Maler- und Tapeziererarbeiten ausgeführt. Selbst schwierige Arbeiten, wie das Reinigen und der Neuanstrich von Fassaden, werden von der NEUEN ARBEIT übernommen.

Seit 1. August 1983 unterhält die Gesellschaft zugleich eine Betriebsabteilung Garten- und Landschaftsbau. Ein Gartenbautechniker und ein Baumschulgärtner tragen die Verantwortung für die fachgerechte und sorgfältige Ausführung

- sämtlicher Pflegearbeiten im Bereich des Gartenbaus,
- nahezu aller Arbeiten des Wegebaus, der Umgestaltung und Neuanlagen von Gärten und Parks,
- von Gehölzschnitt, Baumkronenpflege und Baumsanierungen,
- von Baumfällungen bis zu einer Höhe von 15 Metern.

Die NEUE ARBEIT - Soziale Hilfe - GmbH hat am 1. Juni 1989 21 Mitarbeiter beschäftigt. Neben dem Geschäftsführer, einem Buchhalter und den Arbeitsanleitern sind 12 Mitarbeiter im Malerbereich und 4 im Gartenbau tätig.

Von den 16 gewerblichen Arbeitnehmern sind 9 schwerbehindert. Ihre Behinderungen sind der Grund der Nichteinstellung durch Unternehmen der Privatwirtschaft. 5 Mitarbeiter sind gelernte Maler über 55 Jahre. Trotz ihrer Berufserfahrung blieben sie als 'alte Männer' arbeitslos. 2 Arbeitnehmer waren durch fehlende Berufsausbildung lange Zeit arbeitslos und werden jetzt im Unternehmen angelernt.

Die NEUE ARBEIT trägt sich mit der im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen Aufgabenstellung nicht selbst. Sie ist auf Zuschüsse der Arbeitsämter, der Hauptfürsorgestelle, Kollekten und Spenden angewiesen. Aufträge für die genannten Arbeitszweige bilden jedoch die wirtschaftliche Grundlage des Unternehmens.

Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto 31811/00 (BLZ 100 205 00)

Geschäftsführer: Peter Freygang - Amtsgericht Charlottenburg 96 HRB 20234.

Das Unternehmen ist eingetragen in das Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis für Bauaufträge beim Senator für Bau- und Wohnungswesen für Maler- und Lackierarbeiten und für den Garten- und Landschaftsbau.

23.

I. VORSTELLUNG des UNTERNEHMENS

für Langzeitarbeitslose
- ältere
- Behinderte
- Jugendl. ohne Ausbildung
z.B. mit sozialen Problemen

I.1. Gesellschaftszweck

I.2. Realisierung seit 1.1.1983

II. VERGLEICH mit NEUE ARBEIT - BETRIEBEN im alten Bundesgebiet

II.1. Evangelische Gesellschaft Stuttgart

- Sozialhilfeträger
beschäftigt

II.2. 25 NEUE ARBEIT - Betriebe mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen

ganze Pakete
• ABM
• Jugendförderung
• Sozialhilfe
gemeinnützige
Arbeit

GmbH (gemeinnützig)
nicht gewinnorientiert
• Steuergerünstigt
• Unterstützung
(z.B. bis 7% Mehrwertsteuer)

III. KIRCHLICH-DIAKONISCHE BESCHÄFTIGUNGSBETRIEBE unterschiedlicher Betriebsverfassung und Trägerschaften mit 25000 Arbeitsplätzen

IV. PROBLEME der NEUE ARBEIT - Soziale Hilfe - GmbH

IV.1. Liquidität

IV.2. Akzeptanz - z.B. Anerkennung in der Innung

- "Wir stellen die Arbeit ein
wenn der Kollege einstellt"

IV.3. 'Wertschöpfung' contra diakonischem Auftrag - Leistungen

IV.4. Standort ?

notig: eigene Räume - Verhältnis Umsatz - Pacht
Lohnkosten - Zuschüsse

V. BERATUNGSANGEBOT

V.1. Beratung durch Seminare in Brandenburg (Land)

V.2. Individuelle Beratung durch Geschäftsführer- kollegen vor Ort

V.3. Besuche von NEUE ARBEIT - Betrieben und kirchlich-diakonischen Beschäftigungs- initiativen im alten Bundesgebiet

• Erfahrung
• Hilfe

VI. BERATUNGSINHALTE

VI.1. Gründung einer (gemeinnützigen) GmbH

VI.2. Bestellung eines/einer Geschäftsführer(s)/in

VI.3. Bestimmung der Arbeitsbereiche

VI.4. Mittel- und langfristige Auswirkungen der Inanspruchnahme von Zuschüssen

- a) nach dem Arbeitsförderungsgesetz
- b) nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz
- c) nach dem Bundessozialhilfegesetz
- d) der Kommunen
- e) der Landeskirche
- f) des Diakonischen Werkes

Peter Freygang

Geschäftsführer der NEUE ARBEIT - Soziale Hilfe - GmbH

Einführender Beitrag anl. der Arbeitsmarktkonferenz

am 19.11.1990 im Konsistorium der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg

gründ. Stadtkreis
Diak. Werk
Gemeinnützige
GmbH